REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 440 · 6.7.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Alle Wege führen nach Dover
2. Kreativer Anti-Antifaschist. Verfassungsschutz-Präsident Roewer hofierte thüringische Nazis - Joachim Kolb
3. "Es ist wirklich ein Flug ..." Die Welt der Beschleunigung als "Geschichte der Eisenbahnreise" - ge., Hamburg
4. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (Dokumentation) - Ulrich Sander
5. Altlastenbeseitigung auf grüne Art - DSe
6. Kamera läuft. Videoüberwachung im öffentlichen Raum - Jan Wehrheim
7. Hochschule im Wandel der Zeiten. Von der Ordinarien-Uni zum Dienstleistungsunternehmen - Christian Brütt
8. Schwacher EXPO-Protest. Polizeigewahrsam und Platzverweise gegen EXPO-GegnerInnen - Timo Nagel
9. Ende einer Ära. Die Uhr der PRI ist abgelaufen - Rechtskonservative Opposition gewinnt Wahlen in Mexiko - Gerold Schmidt
10. Treue, Ehre, Korruption - Die mexikanische Armee: Dem zivilen Staate treu - als Institution unantastbar - Gerold Schmidt
11. Oppositionelle verhinderten 1989 einen Putsch in Argentinien - sie sitzen heute hinter Gittern - Gruppe Libertad!
12. An Brasiliens Universitäten wehren sich Studierende, Angestellte und DozentInnen gegen Privatisierung (Interview mit C. Schucmann)
13. Den Kokon des Feminismus aufbrechen - Feministische Medien in Guatemala - SK
14. Italien: Die Politik der Bomben. Neuer Streit um Staatsmassaker - Js.
15. Türkei: Mehr Kronzeugen durch kleinere Zellen? - Jan Ketman
16. Asyl - kein Schutz vor Entführung in den Folterstaat Türkei - Anna Chondrula
17. Ein Jahr nach dem "Friedensprojekt". "Jetzt kommt von Öcalan, was uns der türkische Staat seit Jahren erzählt."
18. GASPROM - Anatomie eines Giganten. Der Kampf um Russlands "natürliche Monopole" ist noch nicht entschieden - Kai Ehlers
19. Kein Stiller Ozean. Salomonen, Fiji, Papua: Putsche und Kriege in der Südsee - Vo
20. Friedensgeflüster in Pjönjang. Süd- und Nordkorea beginnen den Dialog - Rainer Werning
21. Die keimfreie Diktatur. Kampf um Meinungsfreiheit im Polizeistaat Tunesien - Bernhard Schmid
22. §129b - Steilvorlage aus Europa. Europäisierung der "Terrorismusbekämpfung" durch Ausweitung des §129a - Mark Holzberger
23. Das zweite Urteil: lebenslange Armut. Interview mit Monika Haas - Rote Hilfe Hamburg
24. Angewandter Realismus. Kontroversen um die Solidarität mit den angeblichen RZ-Mitgliedern - mb.
25. Fünf Frauen gegen den Repressionsapparat - Antirassistische Initiative Berlin
26. Orte der Verzweiflung. Hungerstreiks in Abschiebeknästen - das Beispiel Berlin - Antirassistische Initiative Berlin
27. Grenzcamp, zum Dritten! Antirassistische Aktionswoche in Forst bei Cottbus - h./AG3F, Hanau
28. Mit und ohne Arbeit: sichere Einkommen. Erwerbslose diskutieren über Arbeitszwang und Billigjobs - ALSO Oldenburg
29. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit
30. Mit Sicherheit unsicher. Rot-grüne Gegenreform bei der Rentenversicherung - Horst Kahrs
31. Die Regierung handelt - Die Bewegung schweigt - Tobi, Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet
32. "Das kann man jetzt Wahlbetrug nennen". Interview mit Francis Althoff - BI Lüchow Dannenberg
33. Das rot-grüne Atomprogramm für das 21. Jahrhundert - Jochen Stay
34. Der "Geschichtsdenker" Ernst Nolte und sein "missverstandenes" Lebenswerk. Der Historikerstreit geht weiter - Js.
35. "... wie ein Kürbis im Gemüsegarten". Zur Debatte um embryonale Stammzellforschung - Ingrid Schneider

36. Offener Brief an das "Netzwerk zur demokratischen Kontolle der Finanzmärkte" - BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft
37. Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte - Netzwerk
38. Christopher Street Day und SM. Manifest der Schlagwerker - Michael Gümbel
39. Word Up! Garantiert vom Rezensenten persönlich gelesene Wortporduktion - Raul Zelik
40. Der Traum der Levante - Theo Bruns
41. Botschaften in totgesagten Wortschätzen. "Freundeskreis" mit Esperanto auf Tournee - DSe
42. Der Imageschaden beginnt zu wirken. Erfolgreiche Proteste bei der Lufthansa-Jahreshauptversammlung - kmii
43. AUFGEBLÄTTERT
44. KALENDER
45. "Tötet sie alle ..."
46. Quelldatei 44.htm
47. Strahlende Erfolge, Strahlende Zukunft

1. Alle Wege führen nach Dover

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/auf440.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:auf440

Migration in der globalisierten Welt ist ein tödliches Unterfangen. Wo die Freiheit von Kapital- und Warenbewegungen sowie von Dienstleistungen grenzenlos ist, da endet die Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen in den Strömungen des Rio Grande, der Oder und des Mittelmeers. Oder in einem Lastwagen in Dover.

58 Menschen sind in einem holländischen LKW erbärmlich erstickt. Für kurze Zeit erregte ihr Tod die mediale Aufmerksamkeit und gab europaweit Diskussionen Nahrung - nicht aber über Einwanderung und weniger tödliche Grenzen, sondern über "Schleuserkriminalität" und "Harmonisierung" der europäischen Asylpolitik. Immer wenn in den europäischen und US-amerikanischen Wohlstandsinseln Flüchtlinge und Menschen, die ohne gültige Papiere ihre Arbeitskraft verkaufen wollen, in Flüssen oder Hafenbecken ertrinken, wenn sie verbrannt oder erschlagen werden, dann wird mit viel geheuchelter Bestürzung und Anteilnahme in der Stimme über die Verbesserung von Abschottung, Abschiebung und Überwachung geredet. Dieses Procedere ist ekelhaft, aber nicht neu.

Nun sind die 58 chinesischen AuswanderInnen zu einem Zeitpunkt getötet worden (so muss man das wohl richtigerweise sagen), wo gerade in der Bundesrepublik viel über Einwanderung debattiert wird. Die Greencard-Diskussion hat hier zu einer großen Koalition von Wirtschaft und Industrie, über CDU und FDP, zu Grünen und SPD geführt. Alle wollen dasselbe: mehr Einwanderung - wenn es denn der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke nützt. Und seit dem 12. Mai hat diese neue deutsche Einigkeit auch eine repräsentative Gallionsfigur - den Bundespräsidenten. In seiner "nachdenklichen" und über den grünen Klee gelobten "Berliner Rede" sagt Bruder Johannes aus Wuppertal, warum "wir Einwanderung brauchen": für "unseren" Wohlstand, für "unsere Sozialversicherungssysteme", gegen "unsere" Alterspyramide, für "unser" multikulturelles Image. Denn: "Wenn wir über Zuwanderung und Integration sprechen, dann ist es nicht nur legitim, sondern wichtig, dass wir auch an unsere eigenen Interessen denken."

Und hier schließt sich der Kreis vom LKW in Dover zum Präsidentenpalais in Berlin. Es gibt Menschen, die "uns" nützen und Menschen, die "uns" nicht nützen. Das Einwanderungsgesetz, so wie es aktuell diskutiert wird, Greencard und Harmonisierung der Asyl- und Abschottungspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille, genau wie Johannes Rau und Otto Schily oder Rezzo Schlauch und Angela Merkel. Es ist kein Zufall, wenn Einwanderungsgesetz und Verschärfung des Asylrechts jetzt zusammen diskutiert werden, wie das die CDU und Bundesinnenminister Schily tun. Hier entsteht nichts anderes als ein neues Grenzregime, das die Sortierung von Menschen auf die Höhe der globalen Kapitalverwertung hebt: Abschottung plus Einwanderung. Gezielte und flexibel regulierte Einwanderung für die Verwertbaren und Nützlichen, für hoch qualifizierte Arbeitskräfte oder für die Heloten in Gaststätten- und Reinigungsgewerbe und am Bau. Der Rest kann und muss draußen bleiben.

Die Einwanderungspolitik der USA ist das beste Beispiel, wie auf diese Weise ein Heer von Illegalisierten geschaffen wird. Menschen, die bei Bedarf als superbillige, weil rechtlose Arbeitskraft in Schwitzbuden, Klitschen, privaten Haushalten oder im sogenannten informellen Sektor ausgebeutet werden, die aber auch jeder Zeit ausgewiesen und abgeschoben werden können. Die Geschichten sind Legende, wo in Hamburg oder in Berlin Bauunternehmer kurz vor Fertigstellung des Auftrags selbst durch anonyme Anrufe Razzien initiierten, um Löhne zu sparen.

Die neue parteienübergreifende Liberalität in der Einwanderungsdiskussion ist keine. Sie hat mit Humanität und Menschenrechten für Geflohene und Verfolgte genau so wenig zu tun wie mit einer grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit für ArbeitsmigrantInnen. Abschottung plus Einwanderung ist ein Synonym für die Herrschaft der Verwertbarkeit in globalisierten Märkten. Für die "nutzlosen Esser", die hier noch nicht einmal eine vernünftige multikulturelle Döner-Bude zu Stande bringen, wird die Reise auch in Zukunft an der Grenze oder im Abschiebeknast enden. Oder in einem LKW in Dover.

2. Kreativer Anti-Antifaschist. Verfassungsschutz-Präsident Roewer hofierte thüringische Nazis

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:09

Lange Zeit konnte er sich an Fehlern und Skandalen erlauben, wofür man andere längst auf die Straße gesetzt hätte, nun ist er doch noch über eine Affäre gestürzt: Helmut Roewer, seit 1994 Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen, hatte über zwei Jahre den ehemals führenden Neonazi Thomas Dienel als VS-Agent für größtenteils unbrauchbare Informationen bezahlt. Mit den Honoraren hatte Dienel rechtsextremes Propagandamaterial finanziert.

Mangelnde Kreativität kann man Roewer bei der Ausübung seines Jobs wirklich nicht nachsagen. Im Gegenteil: Immerhin hatte er es geschafft, die in Thüringen faktisch nicht existente radikale Linke als dem grassierenden Neonazismus mindestens gleichwertige Gefahr zu konstruieren. Zur Unterfütterung seines vorgefassten Feindbildes zog Roewer so ziemlich alles heran, was im Land auch nur irgendwie nach linker Politik roch. Als Folge gerieten Gewerkschaften und ihnen nahe stehende Einrichtungen ebenso zum Observationsobjekt des Geheimdienstes wie Kirchengemeinden oder Flüchtlingsinitiativen.

Nachzulesen ist das alles in "Der Monat im Amt", Roewers persönlicher Kolumne in der Verfassungsschutzpublikation Nachrichtendienst. Wer von Herrn Roewer darin eine nüchtern-sachliche Analyse der antidemokratischen Kräfte in Thüringen erwartet hatte, wurde allerdings enttäuscht. Stattdessen bekam man ein in überheblich zynischem Tonfall geschriebenes Arbeitstagebuch zu lesen, das vor vagen Behauptungen, Mutmaßungen und gehässigen Diffamierungen antifaschistisch engagierter Personen in Thüringen nur so strotzte. Egal ob zur Wehrmachtsausstellung - ein Ausdruck der "übermächtige(n) westliche(n) Geschichtsbetrachtung", deren Ende "überfällig" gewesen sei, oder zur Walser-Bubis- und Sloterdijk-Debatte, die Roewer zum Anlass nahm, sich über die "Nazi-Keule" der "Empörungs-Apostel" lustig zu machen - stets fiel Roewers Hauspostille durch kernige rechte Positionen auf, die ebenso gut in der Jungen Freiheit hätten stehen können.

Seine Ansichten über das "Dritte Reich" selbst gab Roewer auf einer Podiumsdiskussion im Januar 1999 in Jena zum Besten: "Eine richtige Schlussfolgerung kann ein ganz normaler Mensch nur ziehen, wenn man ihm gesagt hat, was passiert ist, und zwar die schlechten und die guten Seiten." Der Applaus von den im Saal zahlreich anwesenden Neonazis war ihm damit sicher.

Keine guten Seiten konnte der Thüringer Verfassungsschutz demgegenüber einer (friedlich verlaufenen) Demonstration des DGB-nahen Flüchtlingsrates Thüringen am 21. März 1998, dem internationalen Tag gegen Rassismus, unter dem Motto "Gleiche soziale Rechte für Flüchtlinge" abgewinnen. Die Demonstration wurde im Nachrichtendienst unter der Rubrik "Linksextremismus" angeführt, deren Anmelderin zur Freude der äußerst umtriebigen Anti-Antifa (besser bekannt unter der Bezeichnung Thüringer Heimatschutz) namentlich genannt.

Roewer war nie müde geworden, öffentlich zu versichern, man habe die rechte Szene im Griff. Dies stellte er zuletzt Ende Februar eindrucksvoll unter Beweis, als der Verfassungsschutz die erwartete Größe eines Neonazi-Aufmarsches in Erfurt mit 50 TeilnehmerInnen angegeben hatte. Letztendlich wurden es zehn Mal so viele. Ähnlich gut informiert präsentierte sich der Verfassungsschutz schon im vergangenen November, als in Schorba ein großes Skin-Konzert mit mehreren international bekannten neonazistischen Bands stattfand, an dem etwa 1.000 Neofaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet, der Schweiz und den USA teilnahmen. Ein Polizeisprecher beklagte sich, man habe die Veranstaltung nicht verhindern können, da man durch den Thüringischen Verfassungsschutz nicht informiert worden sei. Roewer bestätigte diese Darstellung im "Monat im Amt" auf seine gewohnt lässig-sarkastische Art: "Das ist weise angemerkt; Retourkutschen bleiben deswegen in ihren Stallungen." (Nachrichtendienst,11/99)

Wenig Verständnis zeigte Roewer auch für Personen, die im Gegensatz zu seinen Gepflogenheiten die neonazistischen Umtriebe in Thüringen nicht kleinreden. Neben engagierten Gewerkschaftsfunktionären kam

auf diese Weise auch ein Fernsehjournalist, der seit Jahren im rechtsextremen Milieu recherchierte, ins Visier Roewers. Im Gegensatz zu Roewers Amt hatte dieser Journalist von einem geplanten Neonazi-Aufmarsch in Gotha erfahren und Szenen dieses Aufmarsches für einen von der Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegebenen Dokumentarfilm über den Rechtsextremismus in Thüringen verwendet. Der Film, der von der Landeszentrale in keiner Weise bemängelt worden war, wurde von Roewer als tendenziöses Machwerk denunziert, dessen "offenbar vorher gestecktes Ziel - eine Schreckensbilanz zu ziehen", die objektiven Lage absichtlich verfälsche. Den seinem Amt verborgen gebliebenen Aufmarsch in Gotha konnte sich Roewer nur dadurch erklären, dass der Film-Autor die Neonazis dafür vielleicht selbst bezahlt hätte.

Allerdings sollte man das Problem der Verharmlosung der neofaschistischen Szene in Thüringen nicht auf die Person Roewer reduzieren. Vielmehr zeichnet sich der allgemeine staatliche Umgang mit Rechtsextremismus in Thüringen durch eine kaum zu überbietende Bagatellisierung verbunden mit der absichtlichen Diffamierung und Entmutigung der antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte aus.

Kennzeichnend für Thüringen ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt, weswegen Roewer nun letztendlich doch noch suspendiert wurde: Nicht die Tatsache, dass der Verfassungsschutz über Dienel die thüringische Neonazi-Szene mehr als zwei Jahre zu einem nicht unerheblichen Teil finanziert hat, war für die Beurlaubung Roewers ausschlaggebend, sondern vielmehr, dass MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes diesen Skandal öffentlich gemacht haben.

Joachim Kolb

3. "Es ist wirklich ein Flug ..." Die Welt der Beschleunigung als "Geschichte der Eisenbahnreise"

Autor: ge., Hamburg · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:23

Nach der Eröffnung der Eisenbahnlinie von Paris nach Rouen und Orleans im Jahr 1843 nannte Heinrich Heine die Eisenbahn ein "providentielles Ereignis". Er fuhr fort: "Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unserer Anschauungsweise und in unseren Vorstellungen! Sogar die Elementarbegriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden." Die Veränderungen, die Heine prophezeite, sind für uns heute nur noch schwer, wenn überhaupt nachvollziehbar. In seiner Studie "Geschichte der Eisenbahnreise" zeigt Wolfgang Schivelbusch, wie die Eisenbahn die industrielle Revolution vorangetrieben und den Alltag der Menschen und ihre Wahrnehmung grundlegend verändert hat.

Begonnen hatte alles rund 150 Jahre früher im Kohlerevier bei Newcastle mit der ersten Dampfmaschine von Newcomen, die das Wasser aus den Kohleschächten pumpte. Anschaulich stellt der Autor die ersten Schritte in der Mechanisierung dar, an deren Ende die Durchsetzung der modernen industriellen Produktionsweise steht. War Newcomens Dampfmaschine nur zu Auf- und Abbewegungen in der Lage, so ermöglichte Watts Niederdruck-Dampfmaschine seit den 1780er Jahren durch ihre Fähigkeit, Rotationsbewegungen herzustellen, den Einsatz der Dampfkraft in der Industrieproduktion. Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert machte die Hochdruckmaschine von Evans schließlich den Weg frei für die bewegliche Verwendung der Dampfmaschine, der Dampfmaschine, die auf Gleisen fuhr.

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts diente diese Erfindung ausschließlich dem Transport der Kohle. Interessant zu erfahren, dass viele britische Unternehmer wie beispielsweise Boulton diese Erfindungen energisch vorantrieben und ihr Kapital in deren Förderung steckten. Seit das englische Parlament, dominiert von landwirtschaftlichen Interessen, 1815 das Corn Law verabschiedet hatte, stiegen die Steuern auf Importgetreide. Als Folge verdoppelten sich die Kosten für Lebensmittel und Saatgut; die Unterhaltung der Pferde, dem wichtigsten Transportmittel, verteuerte sich erheblich. Durch die Mechanisierung des Transports konnten schließlich die Auswirkungen der Steuern umgangen werden: der billigere Brennstoff Kohle, mit dem die Dampfmaschinen in den Kohlerevieren beheizt wurden, verdrängte die Pferdekraft.

Die Dampfkraft verschlingt den Raum

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die "Eisenbahn" noch eine Dampfmaschine, die, auf Räder gesetzt, auf einem Schienenweg fuhr und Kohlen in den englischen Industrierevieren transportierte. Noch viele Probleme galt es zu lösen, bevor die Eisenbahn zum öffentlichen Transportmittel werden konnte. Konstruktionsfehler mussten behoben werden, nicht ausreichende Werkstoffe wie das zunächst für die Herstellung der Schienen verwendete Gusseisen gegen geeignetere Materialien ausgetauscht und die Fertigungstechniken verfeinert werden. Erst der Zusammenschluss von Rad und Schiene, an dem vor allem die Ingenieure und Handwerker der britischen Kohlereviere in den folgenden Jahrzehnten experimentierten, führte zur maschinellen Einheit, in der das "Spiel", der freie Spielraum in den Konstruktionen so weit wie möglich reduziert wurde.

Wie erlebten die Menschen, die vor dem Beginn des Eisenbahnzeitalters an das langsame Reisen in den Postkutschen gewöhnt waren, die ungleich schnellere Fahrt mit der Eisenbahn? Eine Fülle von zeitgenössischen Dokumenten verdeutlichen das anfangs zwiespältige Verhältnis der Menschen zu dem neuen Verkehrsmittel. Die Eisenbahn wurde mit einem "Projektil" verglichen, das den Reisenden "durch den Raum schießt" und ihn doch sicher an sein Ziel bringt. In zeitgenössischen Reiseberichten klagten die Autoren darüber, dass sie die durch die Beschleunigung erzwungene Wahrnehmung als "Wirklichkeitsverlust" und als "Vernichtung des Raums" empfanden. Schwindelgefühle und körperliches Unwohlsein waren häufig die Folge.

Auch die Zunahme der neuen Eindrücke empfanden die an das traditionelle Reisen gewöhnten Menschen als belastend. Wolfgang Schivelbusch zitiert aus Reiseberichten, in denen Reisende versuchten, wie sie es gewohnt waren, Vordergrund und Hintergrund der durchfahrenen Landschaft gleichermaßen zu erfassen - und nach kurzer Zeit über Müdigkeit klagten. Sie fühlten sich eingeschlossen in einem engen Raum mit anderen Reisenden, die ebenso wie sie nur an das Ende der Reise dachten und ungeduldig auf die Uhr blickten. Bereits in der Nacht vor der Bahnreise fand der Schriftsteller Gustave Flaubert keinen Schlaf, er dachte mit Grauen an den Blick aus dem Abteilfenster, der ihn nervös machte.

Die Klage Gustave Flauberts steht für viele andere Äußerungen von Zeitgenossen, die in den ersten Jahrzehnten der Eisenbahnreise noch keine dem neuen Transportmittel adäquate Wahrnehmung entwickelt hatten: "Ich langweile mich derart in der Eisenbahn, dass ich nach fünf Minuten vor Stumpfsinn zu heulen beginne. Die Mitreisenden denken, es handle sich um einen verlorenen Hund; durchaus nicht, es handelt sich um Herrn Flaubert, der da stöhnt."

Mitte des Jahrhunderts hatten die Menschen sich an die neue Art des Reisens gewöhnt. Die Eisenbahn wurde zur Normalität. Die charakteristische Redewendung aus den ersten Jahren des Eisenbahnreisens, dass die Bahn "Raum und Zeit vernichten" würde, verschwand aus dem Sprachgebrauch. Ein Indiz dafür, dass die Eisenbahn die Wahrnehmung der Reisenden verändert hatte. Der "panoramatische Blick", so Wolfgang Schivelbusch, hatte sich herausgebildet. Beim vorindustriellen Reisen, beispielsweise in einer Kutsche, hatte der Reisende sinnlichen Kontakt zur Landschaft, er konnte ihre Struktur, ihre Beschaffenheit erleben, die Gerüche in sich aufnehmen. Durch die bis dahin unbekannte Geschwindigkeit verschwand dieser sinnliche Kontakt. Der von der Bewegung diktierte Blick durch das Abteilfenster nahm die Landschaft nur mehr wahr als eine Abfolge von Bildern, als ein Panorama, das vor den Augen vorüberzieht.

Wolfgang Schivelbusch zitiert aus Reiseberichten, in denen die Autoren den Blick aus dem Abteilfenster genießen: "Die Schönheiten Englands, die traumhaft sind, sollten entsprechend flüchtig sein. Sie erscheinen am attraktivsten, wenn man mit vierzig Meilen dahinrast, angehängt an eine Lokomotive." Charakteristisch für diese neue Wahrnehmung wird die "Fähigkeit, das Unterschiedene, wie es jenseits des Abteilfensters abrollt, unterschiedslos aufzunehmen". Was anfangs als Belastung für das Sehen erlebt wurde, von der Maschine "Eisenbahn" erzwungen, "geht ein in den Blick, der folglich nur noch mobil sehen kann". Die durch die Industrialisierung des Transportwesens veränderte Wahrnehmung ist zur 2. Natur geworden.

Die Angst vor einem Eisenbahnunfall war in den ersten Jahrzehnten unterschwellig immer vorhanden. "Es ist wirklich ein Flug, und es ist unmöglich, sich von der Vorstellung eines sofortigen Todes aller bei dem geringsten Unfall zu lösen", so hieß es in einem englischen Reisebericht aus dem Jahr 1829. Mit der Gewöhnung an das neue Verkehrsmittel verschwand diese Angst, sie machte - auch bedingt durch die Verbesserung der Technik - einem Gefühl der Sicherheit Platz. Um so größer war der Schock, den das erste große Eisenbahnunglück auf der Strecke Paris-Versailles im Jahr 1842 auslöste. 55 Reisende wurden getötet und über 100 schwer verletzt. Den Menschen wurde bewusst, dass die moderne Technik im Versagen Katastrophen von nicht bekanntem Ausmaß hervorrufen konnte, eine Erfahrung, die im 19. Jahrhundert völlig neu war und in Zeitungsartikeln und Untersuchungen reflektiert wurde. Der "technische Unfall" war in der vorindustriellen Gesellschaft unbekannt. Unfall wurde in der Vorstellung der Menschen mit Zufall gleichgesetzt, er kam von außen in Gestalt von Stürmen, Überschwemmungen und anderen Naturereignissen. Auch den Achsenbruch einer Kutsche empfanden die Reisenden wohl kaum als Katastrophe, da sie während der Fahrt ohnehin kräftig durchgeschüttelt wurden.

Der panoramatische Blick

Die Erschütterung durch das Eisenbahnunglück wirkt um so stärker, je mehr die neue Technik akzeptiert und damit die anfänglichen Ängste "überlagert" werden. "Man kann ... sagen", so Wolfgang Schivelbusch, " je zivilisierter der Fahrplan, je effektiver die Technik, um so katastrophaler die Destruktion im Kollaps. Es besteht ein genaues Verhältnis zwischen dem Stand der Technik und der Fallhöhe der Unfälle dieser Technik."

In Exkursen wie etwa dem über "Industrielle Ermüdung" zeigt der Autor, dass die ersten Eisenbahnunglücke u.a. unter den Fachleuten intensive Diskussionen über ein Phänomen auslösten, dass bis heute hoch aktuell geblieben ist: die Materialermüdung. Aus diesen Debatten entstand seit den 1860er Jahren der Beginn der modernen Materialforschung.

Zu den interessantesten Abschnitten des Buches gehören zweifellos die Kapitel, in denen der Autor den "Eintritt der Eisenbahn" in die Stadt schildert. Die Bahnhöfe wurden in den ersten Jahrzehnten der Eisenbahn als Fremdkörper in der Stadt empfunden. War die Postkutsche eingebunden in den ländlichen Raum und durch Poststationen und Gasthöfe "zur Post" eingebunden in die Stadt, so bricht mit der Eisenbahn wie eine große Maschine die Industrialisierung in die Stadt ein.

Raum und Zeit in Bewegung

Das ambivalente Verhältnis der Menschen zu den ersten Bahnhöfen zeigt sich auch in der Bahnhofsarchitektur. Gebäude, die großen Palais ähneln, hinter deren Fassaden die Betrachter, wenn sie noch nichts von der Existenz der Eisenbahn wussten, zweifellos Salons vermutet hätten. Im Innern der Gebäude dagegen beherrschten Eisenarchitekturen das Bild, die Verkehrsfunktion zeigte sich unverhohlen. Um den Übergang in die neue Welt der Beschleunigung zu mildern, versammelten die Reisenden sich zunächst in Wartehallen, bevor sie dann kurz vor Abfahrt des Zuges an die Bahnsteige geführt wurden. Der rasch zunehmende Verkehr beendete das "Intermezzo" der Wartehallen allerdings in wenigen Jahren, typisch für das Innere der Bahnhofsarchitekturen wurde die Empfangshalle mit ihrem direkten Zugang zu den Gleisen.

Der rasch steigende Verkehr veränderte die Straßen in Bahnhofsnähe in wenigen Jahren. Das alte, vielfach noch aus dem Mittelalter stammende Verkehrsnetz hielt dem steigenden Verkehr nicht mehr stand. Paris wird das Paradebeispiel der Sanierung einer Stadt, die in Europa einzigartig ist. Innerhalb von 15 Jahren veränderte Baron Haussmann das Gesicht der Stadt grundlegend. Der Autor widerlegt die häufig vertretene Auffassung, nach der Haussmann die Boulevards ausschließlich aus militärischer Sicht, als "Truppenaufmarsch-Straßen" zur besseren Bekämpfung von Aufständen angelegt hätte. Zweifellos, so Wolfgang Schivelbusch, spielte auch dies in den Planungen Haussmanns eine Rolle, ebenso wie das gesteigerte Repräsentationsbedürfnis des autoritären Second Empire.

Haussmann sanierte die Stadt Paris, um sie dem enorm gestiegenen Verkehr, der insbesondere von den Bahnhöfen ausging, anzupassen. Er ließ die Stadt neu vermessen und die geplanten breiten Straßen in den neuen Stadtplan eintragen. Es folgten die Abrissarbeiten und anschließend Planierungsarbeiten - vergleichbar dem Planieren einer Landschaft vor dem Verlegen der Eisenbahnschienen. Beispielhaft für eine Stadtplanung, die sich am Verkehr orientiert, steht der Boulevard de Strasbourg, der am Bahnhof Gare de l`Est beginnt und gleichsam die Fortsetzung des Schienenwegs in die Stadt darstellt.

Den Parisern erging es in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts ähnlich wie den ersten Eisenbahnreisenden: sie erlebten die drastischen Veränderungen ihrer Stadt so, als wäre etwas Unwirkliches über sie hereingebrochen. Während viele Bewohner und Liebhaber des "alten verschwundenen" Paris sich in der "neuen" Stadt fremd fühlten, setzte sich bei den meisten anderen Menschen auch hier die neue Wahrnehmung durch. Sie empfanden die Avenuen als hell und hygienisch, berauschten sich an der Geschwindigkeit des Verkehrs und an den Waren in den ersten großen Kaufhäusern wie "Bon Marché" oder "Au Bonheur des Dames".

ge., Hamburg

Wolfgang Schivelbusch: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Fischer Taschenbuch Verlag, 1989

4. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (Dokumentation)

Autor: Ulrich Sander · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:35

aber Rechtlosigkeit für die Opfer

Was ist Rechtssicherheit? Sicherheit vor dem Recht? Oder Sicherheit des Rechtes? Wie aus Washington gemeldet wurde, sind deutsche Unternehmen nunmehr sicher vor gerichtlichen Nachstellungen in den USA. Das nennen sie Rechtssicherheit. Die Kläger, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, sollen kein Recht bekommen. Selbst jenen Opfern der NS-Zwangsarbeit, die leer ausgehen, wird das Klagerecht sogar dann verweigert, wenn die beklagte Firma nicht einmal einen Pfennig für die Entschädigung in den Stiftungsfonds der Wirtschaft eingezahlt hat. Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft bedeutet schreiende Ungerechtigkeit für die Opfer.

Leider hat sich die US-Regierung darauf eingelassen. Nachdem Präsident Clinton schon zu Weihnachten 1999 dem Bundeskanzler Schröder versichert hatte, er werde die Gerichte in den USA bitten, die Klagen der Zwangsarbeiter nicht zu behandeln, weil ein Prozess und ein Urteil gegen die deutsche Wirtschaft nicht im außenpolitischen Interesse der USA lägen, hatten die deutschen Konzerne und Banken keine Ruhe gegeben. Sie wollten nicht nur den Verzicht auf Klagen in den USA, sie wollten auch den juristischen Freispruch durch die US-Regierung. Der scheint nun gegeben zu sein.

In der Sache gibt es seit Dezember eigentlich nichts Neues. Es wird keine Prozesse in den USA geben, und man will allenfalls zehn Milliarden für die Opfer aufwenden, halb und halb von Bund und Wirtschaft bezahlt, wobei der Wirtschaft noch 50% an Steuern erlassen werden. Doch eins ist neu: Von den zehn Milliarden werden jene, die nicht in den USA die Prozesse anstreben, die "Opfer aus dem Rest der Welt", weit weniger bekommen. Die US-Regierung hat ihrer Klientel mehr Geld zugesprochen, um die Zustimmung zur juristischen Abstinenz zu erleichtern - auf Kosten anderer Opfergruppen.

Und noch etwas ist neu: Grundsätzlich wird mit der Washingtoner Entscheidung der Schlussstrich gezogen. War noch vor 55 Jahren beim Nürnberger Kriegsverbrechertribunal das NS-Zwangsarbeitersystem zu den ganz schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gezählt worden - die schärfsten Verurteilungen der deutschen Banken und Industriellen kamen übrigens aus dem Munde der US-Prozessvertreter - so ist das deutsche Kapital nun wieder rein wie ein unschuldiges Kind, wenn man Lambsdorff und seinen Unterhändlern in Übersee glauben darf.

Um dies zu erreichen, hat sich eine deutsche SPD-Grüne-Regierung mit ihrem Druck auf das angeblich unabhängige Justizwesen ins Zeug gelegt wie schon seit Adenauers Zeiten nicht mehr, als dieser jenem Senat des Bundesverfassungsgerichts mit Auflösung drohte, der sich nicht beeilen wollte, die KPD zu verbieten. Nach der Drohung kam das Verbot. Und nach der Drohung gegen deutsche und amerikanische Richter und Politiker kam der Freispruch für die NS-Sklavenhalterwirtschaft und ihre Nachfolger.

Auch deutsche Gerichte sollen dem nun folgen. Es sei daran erinnert, dass Minister Eichels ein Hamburger Gericht, das einen vernünftigen Vergleich mit einer polnischen Zwangsarbeiterin und dem Hamburger Senat vorschlug, zur Zurücknahme des Ergebnisses nötigte. Gleichzeitig hatte Minister Fischer durch seine Anwälte in den USA dafür gesorgt, dass ein Gericht eine Klage gegen die Degussa abwies, einer Firma, die nicht nur an Sklavenarbeit verdiente, sondern auch am Massenmord an Juden, Russen und Sinti und Roma mittels Zyklon B, ferner an der Verwertung des Zahngoldes der Opfer. Fischer lies mitteilen, Degussa sei dazu von den Nazis gezwungen worden.

Wie geht es nun weiter? Werden die Unternehmen das Geld für die Stiftung zusammenbekommen? Sie müssen es! Wenn nicht, muss in Betrieben und Gemeinden weiterhin Druck gemacht werden. Für die Antifaschisten geht die Arbeit jetzt erst richtig los. Unsere Organisation, die VVN-BdA, und andere, so die IG Metall, haben ja noch Klagen vor deutschen Gerichten für die Zwangsarbeiter anhängig. Wir werden diese Klagen nicht rückgängig machen. Da soll die deutsche Justiz erst einmal zeigen, wie bei uns die

Gewaltenteilung funktioniert. Vor allem ist unsere Organisation bestrebt, öffentliche Aufklärung über die NS-Wirtschaft zu betreiben.

Die Wirtschaft hat ihre Nazivergangenheit nie aufgearbeitet, nun müssen wir nachhelfen.

Und wir müssen eine weitere Frage klären, die der Entschädigung für die Hinterbliebenen. Unsere Kampagne "Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit", die wir schon seit Mitte der achtziger Jahre verstärkt führen, sah immer die individuelle Lohnnachzahlung vor, wie sie auch das Europaparlament forderte. Mit Bildung der Stiftungsinitiative wurde zwar das Recht auf Lohnnachzahlung verweigert, aber die moralische Zuständigkeit der Wirtschaft für Zahlungen an alle, die im Februar 1999 bei Gründung der Stiftungsinitiative Ansprüche geltend machten, wurde anerkannt. Das kann aber nicht das letzte Wort sein. Spätestens ab 3. Oktober 1990, dem Tag der "Wiedervereinigung", der immer als Stichtag für die Regelung aller offenen Wiedergutmachungsfragen genannt wurde, muss rückwirkend gezahlt werden.

Ulrich Sander

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (Stand 20.03.00)

§ 1 Errichtung und Sitz

(1) Unter dem Namen "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" wird eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Die Stiftung gilt als mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes entstanden.

(2) Der Sitz der Stiftung ist Berlin.

§ 2 Stiftungszweck

(1) Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen.

(2) Innerhalb der Stiftung wird ein Fonds "Erinnerung und Zukunft" gebildet. Seine dauerhafte Aufgabe besteht darin, vor allem mit den Erträgen aus den ihm zugewiesenen Stiftungsmitteln Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. In diesem Rahmen sollen auch Interessen der Erben und Hinterbliebenen von Opfern nationalsozialistischen Unrechts angemessen berücksichtigt werden.

§ 3 Stifter und Stiftungsvermögen

(1) Stifter sind die in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen und der Bund.

(2) Die Stiftung wird mit folgendem Vermögen ausgestattet:

1. Fünf Milliarden Deutsche Mark, zu deren Bereitstellung sich die in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen bereit erklärt haben, einschließlich der Leistungen, die deutsche Versicherungsunternehmen dem International Committee of Holocaust Era Insurance Claims zur Verfügung gestellt haben oder noch stellen werden.

2. Fünf Milliarden Deutsche Mark, die der Bund in gleichen Teilen im Jahr 2000 und zu Beginn des Haushaltsjahres 2001 zur Verfügung stellt. Der Beitrag des Bundes umfasst die Beiträge von Unternehmen, so weit der Bund Alleineigentümer oder mehrheitlich an diesen beteiligt ist.

(3) Eine Nachschusspflicht der Stifter besteht nicht.

(4) Die Stiftung ist berechtigt, Zuwendungen von Dritten anzunehmen.

(5) Erträge des Stiftungsvermögens und sonstige Einnahmen sind nur im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden.

§ 4 Organe der Stiftung Organe der Stiftung sind

1. das Kuratorium,

2. der Stiftungsvorstand.

§ 5 Kuratorium

(1) Das Kuratorium besteht aus 23 Mitgliedern. Dies sind 1. der vom Bundeskanzler zu benennende Vorsitzende,

2. vier von den in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen zu benennende Mitglieder,

3. drei vom Deutschen Bundestag und zwei vom Bundesrat zu benennende Mitglieder,

4. ein Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen,

5. ein Vertreter des Auswärtigen Amtes,

6. ein Vertreter des Bundesministeriums der Justiz,

7. ein von der Conference on Jewish Material Claims against Germany zu benennendes Mitglied,

8. ein vom Bundesministerium der Finanzen zu benennendes Mitglied der Sinti und Roma,

9. ein von der Regierung Israels zu benennendes Mitglied,

10. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu benennendes Mitglied,

11. ein von der Regierung der Republik Polen zu benennendes Mitglied,

12. ein von der Regierung der Russischen Föderation zu benennendes Mitglied,

13. ein von der Regierung der Ukraine zu benennendes Mitglied,

14. ein von der Regierung der Republik Weißrussland zu benennendes Mitglied,

15. ein von der Regierung der Tschechischen Republik zu benennendes Mitglied und

16. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu benennender Rechtsanwalt.

Die entsendende Stelle kann für jedes Kuratoriumsmitglied einen Vertreter bestimmen. Sobald die Auszahlung der Leistungen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 und Satz 2 abgeschlossen ist, spätestens nach Ablauf der ersten Amtszeit gemäß Absatz 2 ist das Kuratorium auf die in Nr. 1, 3, 5, 9, 10, 11, 12, 13 sowie zwei der in Nr. 2 genannten Mitglieder zu vermindern. Durch einstimmigen Beschluss des Kuratoriums kann eine andere Zusammensetzung des Kuratoriums zugelassen werden.

(2) Die Amtszeit der Kuratoriumsmitglieder beträgt vier Jahre. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, kann für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolger benannt werden. Die Mitglieder des Kuratoriums können von der entsendenden Stelle jederzeit abberufen werden.

(3) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Es fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(5) Das Kuratorium beschließt über alle grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören, insbesondere über die Feststellung des Haushaltsplans und die Jahresrechnung. Es überwacht die Tätigkeit des Stiftungsvorstands.

(6) Über Projekte des Fonds "Erinnerung und Zukunft" entscheidet das Kuratorium auf Vorschlag des Stiftungsvorstands.

(7) Das Kuratorium erlässt Richtlinien für die Verwendung der Mittel, so weit die Verwendung nicht bereits durch dieses Gesetz geregelt ist.

(8) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig; notwendige Auslagen werden erstattet.

§ 6 Stiftungsvorstand

(1) Der Stiftungsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden und höchstens 2 weiteren Mitgliedern. Mitglieder des Kuratoriums dürfen nicht zugleich dem Vorstand angehören.

(2) Die Mitglieder des Stiftungsvorstands werden vom Kuratorium bestimmt.

(3) Der Stiftungsvorstand führt die laufenden Geschäfte der Stiftung, insbesondere setzt er die Beschlüsse des Kuratoriums um. Er ist für die Verteilung der Stiftungsmittel an die Partnerorganisationen und den Fonds "Erinnerung und Zukunft" verantwortlich und überwacht ihre zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung, insbesondere, dass die Partnerorganisationen die Vorgaben dieses Gesetzes und die vom Kuratorium zur Mittelverwendung aufgestellten Richtlinien einhalten. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

(4) Das Nähere regelt die Satzung.

§ 7 Satzung

Das Kuratorium beschließt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln eine Satzung. Kommt innerhalb von drei Monaten nach der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums eine Satzung nicht zustande, schlägt der Vorsitzende eine Satzung vor, die mit einfacher Mehrheit angenommen wird. Das Kuratorium kann die Satzung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ändern.

§ 8 Aufsicht, Haushalt, Rechnungsprüfung

(1) Die Stiftung untersteht der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen, ab der zweiten Amtszeit des Kuratoriums der Rechtsaufsicht des Auswärtigen Amtes.

(2) Die Stiftung hat rechtzeitig vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen.

(3) Die Stiftung unterliegt der Prüfung durch den Bundesrechnungshof.

§ 9 Verwendung der Stiftungsmittel

(1) Mittel der Stiftung werden den Partnerorganisationen im Sinne des § 10 zugewiesen. Sie dienen der Gewährung von Einmalleistungen an die nach § 11 Leistungsberechtigten sowie zur Deckung der bei den Partnerorganisationen entstehenden Personal- und Sachkosten. Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 können bis zu 15 000 Deutsche Mark und Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis zu 5 000 Deutsche Mark erhalten. Eine Leistung nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 schließt eine Leistung nach § 11 Abs. 1 Satz1 Nr. 3 nicht aus.

(2) Für die einzelnen beauftragten Partnerorganisationen werden durch Beschluss des Kuratoriums mit einer Mehrheit von zwei Dritteln Höchstbeträge für Leistungen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 sowie Satz 2 (Personenschäden) festgelegt. Die Partnerorganisationen müssen mit diesen Mitteln die vorgesehenen Leistungen für alle Personen erbringen, die am 1. Januar 2000 ihren Hauptwohnsitz in ihrem jeweiligen sachlichen und örtlichen Zuständigkeitsbereich hatten.

(3) Die Mittel der Stiftung sind weiterhin in Höhe von 1. einer Milliarde Deutsche Mark für Leistungen an Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Satz 4, davon 50 Millionen für Leistungen nach § 11 Abs. 1 Satz 4, und 2. 700 Millionen Deutsche Mark für Projekte des Fonds "Erinnerung und Zukunft" zu verwenden. Über die Verwendung der nach Absatz 2 zugeteilten, aber nicht verbrauchten Mittel entscheidet das Kuratorium; nicht verbrauchte Mittel nach Satz 1 Nr. 1 fließen der Conference on Jewish Material Claims against Germany für soziale Zwecke zu.

(4) Die Partnerorganisationen können in Absprache mit dem Kuratorium innerhalb der Quote für Zwangsarbeiter nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Unterkategorien nach der Schwere des Schicksals bilden und entsprechend abgestufte Höchstbeträge festlegen.

(5) Die Stiftungsmittel nach Absatz 3 Nr. 1 umfassen die Beträge, die dem International Committee of Holocaust Era Insurance Claims von der Stiftung oder deutschen Versicherungsunternehmen für Leistungen aus Versicherungsschäden zur Verfügung gestellt wurden oder noch werden.

(6) Die Höchstbeträge nach Absatz 1 dürfen zunächst nur in Höhe von 50 vom Hundert für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und von 35 vom Hundert für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 ausgeschöpft werden. Eine weitere Leistung bis zu 50 vom Hundert der in Absatz 1 genannten Beträge für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 65 vom Hundert der in Absatz 1 genannten Beträge für Leistungsberechtigte nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 erfolgt nach Abschluss der Bearbeitung aller bei der jeweiligen Partnerorganisation anhängigen Anträge, wenn und so weit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist.

(7) Aus den Mitteln der Stiftung sind Personal- und Sachkosten zu tragen.

§ 10 Mittelvergabe durch Partnerorganisationen

(1) Die Gewährung und die Auszahlung der Einmalleistungen an die nach § 11 Leistungsberechtigten erfolgen durch Partnerorganisationen. Die Stiftung ist insoweit weder berechtigt noch verpflichtet.

(2) Die Stiftung und ihre Partnerorganisationen sorgen innerhalb von zwei Monaten nach In-Kraft-Treten des Gesetzes für eine angemessene Bekanntmachung der nach diesem Gesetz möglichen Leistungen für alle in Betracht kommenden Gruppen von Leistungsberechtigten in den jeweiligen Wohnsitzländern. Diese beinhaltet insbesondere Informationen über die Stiftung und ihre Partnerorganisationen, die Leistungsvoraussetzungen und Anmeldefristen.

§ 11 Leistungsberechtigte

(1) Leistungsberechtigt nach diesem Gesetz ist, wer

1. in einem Konzentrationslager im Sinne von § 42 Abs. 2 Bundesentschädigungsgesetz oder in einer anderen Haftstätte oder einem Ghetto unter vergleichbaren Bedingungen inhaftiert war und zur Arbeit gezwungen wurde,

2. aus seinem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 oder in ein vom Deutschen Reich besetztes Gebiet deportiert wurde, zu einem Arbeitseinsatz in einem gewerblichen Unternehmen oder im öffentlichen Bereich gezwungen und unter anderen Bedingungen als den in Nr.1 genannten inhaftiert oder haftähnlichen Bedingungen oder vergleichbar besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen war; diese Regelung gilt nicht für Personen, die nach Österreich deportiert worden sind,

3. im Zuge rassischer Verfolgung unter wesentlicher und schadensursächlicher Beteiligung deutscher Unternehmen Vermögensschäden im Sinne der Wiedergutmachungsgesetze erlitten hat und mangels Erfüllung der Wohnsitzvoraussetzungen des Bundesentschädigungsgesetzes hierfür keine Leistungen erhalten konnte oder auf Grund seines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts in einem Gebiet, mit dessen Regierung die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen unterhielt, nicht im Stande war, fristgerecht Rückerstattungsansprüche geltend zu machen. Sonderregelungen im Rahmen des International Committee of Holocaust Era Insurance Claims bleiben unberührt. Die Partnerorganisationen können im Rahmen der ihnen nach § 9 Abs. 2 zugewiesenen Mittel Leistungen auch solchen Opfern nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen gewähren, die nicht zu einer der in Satz 1 genannten Fallgruppen gehören diese Leistungen dürfen nicht zu einer Minderung der für Leistungsberechtigte nach Absatz 1 Nr. 1 vorgesehenen Beträge führen. Die in § 9 Abs. 3 Ziffer 1 vorgesehenen Mittel können auch für andere als die in Satz 1 Nr. 3 genannten Vermögensschäden verwendet werden, die während des nationalsozialistischen Regimes unter wesentlicher und schadensursächlicher Beteiligung deutscher Unternehmen verursacht wurden.

(2) Die Leistungsberechtigung ist vom Antragsteller durch Urkunden nachzuweisen. Die Partnerorganisation hat entsprechende Beweismittel hinzuzuziehen. Liegen solche Beweismittel nicht vor, kann die Leistungsberechtigung auf andere Weise glaubhaft gemacht werden.

(3) Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung.

§ 12 Begriffsbestimmungen

(1) Kennzeichen für andere Haftstätten im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 1 sind unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung.

(2) Deutsche Unternehmen im Sinne der §§ 11 und 16 sind alle Unternehmen, die ihren Sitz im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 hatten oder haben, sowie deren Muttergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben. Deutsche Unternehmen sind ferner außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 gelegene Unternehmen, an denen in der Zeit zwischen dem 30. Januar 1933 und dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes deutsche Unternehmen nach Satz 1 unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 vom Hundert beteiligt waren.

§ 13 Antragsrecht

(1) Leistungen nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sind höchstpersönlich und als solche zu beantragen. Ist der Leistungsberechtigte nach dem 16. Februar 1999 verstorben oder werden Leistungen nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 beantragt, sind der überlebende Ehegatte und die noch lebenden Kinder zu gleichen Teilen leistungsberechtigt.

(2) Juristische Personen sind nicht leistungsberechtigt.

§ 14 Antragsfrist

Anträge können nur innerhalb von acht Monaten nach In-Kraft-Treten des Gesetzes bei der zuständigen Partnerorganisation gestellt werden (Ausschlussfrist). Solange eine Partnerorganisation noch nicht beauftragt wurde, sind Anträge innerhalb der Frist unmittelbar an die Stiftung zu richten. Anträge, die unmittelbar bei der Stiftung oder bei unzuständigen Partnerorganisationen eingehen, werden an die jeweils zuständige Partnerorganisation weitergeleitet. Das Kuratorium kann für den Bereich einzelner Partnerorganisationen eine Verlängerung der Antragsfrist auf bis zu insgesamt einem Jahr zulassen.

§ 15 Berücksichtigung anderer Leistungen

(1) Die Leistungen sollen den Leistungsberechtigten für erlittenes nationalsozialistisches Unrecht zugute kommen und dürfen nicht zur Minderung von Einkünften aus der Sozialfürsorge und dem Gesundheitswesen führen.

(2) Frühere Leistungen von Unternehmen zum Ausgleich von Zwangsarbeit und anderem NS-Unrecht, auch wenn sie über Dritte gewährt wurden, werden auf Leistungen nach § 9 Abs. 1 angerechnet.

§ 16 Ausschluss von Ansprüchen

(1) Leistungen aus Mitteln der öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherung sowie deutscher Unternehmen für erlittenes nationalsozialistisches Unrecht im Sinne von § 11 können nur nach diesem Gesetz beantragt werden. Etwaige weitergehende Ansprüche im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht sind ausgeschlossen. Das gilt auch, so weit etwaige Ansprüche kraft Gesetzes, kraft Überleitung oder durch Rechtsgeschäft auf einen Dritten übertragen worden sind.

(2) Jeder Leistungsberechtigte gibt im Antragsverfahren eine Erklärung ab, dass er mit Erhalt einer Leistung nach diesem Gesetz auf jede darüber hinausgehende Geltendmachung von Forderungen gegen die öffentliche Hand für Zwangsarbeit und für Vermögensschäden sowie auf alle Ansprüche gegen deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet. Der Verzicht auf Forderungen wegen Zwangsarbeit bedeutet nicht den Verzicht auf Forderungen wegen Vermögensschäden und umgekehrt. Dieser Verzicht umfasst auch den Ersatz von Kosten für die Rechtsverfolgung. Das Verfahren wird im Einzelnen durch die Satzung geregelt.

(3) Weitergehende Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgenregelungen bleiben hiervon unberührt.

§ 17 Bereitstellung der Mittel

(1) Die Auszahlung der Stiftungsmittel erfolgt nach dem In-Kraft-Treten des deutsch-amerikanischen Regierungsabkommens betreffend die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", frühestens nach In-Kraft-Treten des Gesetzes.

(2) Die Stiftung stellt den Partnerorganisationen die Mittel nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 und 3 vierteljährlich auf Grund des nachgewiesenen Bedarfs zur Verfügung. Ihre Verwendung wird von der Stiftung in angemessener Weise überprüft.

§ 18 Auskunftsersuchen

(1) Die Stiftung und ihre Partnerorganisationen sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, so weit besondere gesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen oder die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen das Allgemeininteresse an der Auskunftserteilung überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung des Stiftungszwecks, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung nach §11 verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

§ 19 Beschwerdeverfahren

Bei den Partnerorganisationen sind unabhängige und keinen Weisungen unterworfene Beschwerdestellen einzurichten. Das Verfahren vor den Beschwerdestellen ist kostenfrei. Kosten des Antragstellers werden nicht erstattet.

§ 20 In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt in Kraft, sobald sicher gestellt ist, dass die in § 3 Abs. 2 Nr. 1 genannten Mittel der Stiftung in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesministerium der Finanzen gibt den Tag des In-Kraft-Tretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

5. Altlastenbeseitigung auf grüne Art

Autor: DSe · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:20

Die Grünen haben sich endgültig von ihrer Geschichte verabschiedet und die wenigen Linken, die noch in der Partei verblieben waren, haben sich selbst entsorgt. So lässt sich wohl die Bundesdelegiertenkonferenz vom 23. bis 24. Juni in Münster zusammenfassend bilanzieren. Das deutliche Ergebnis, mit dem der von der Bundesregierung ausgehandelte Atomkonsens verabschiedet wurde und den Fischer, Trittin und andere aufs engste mit der Fortsetzung der Berliner Koalition verbunden hatten, macht klar, dass die Grünen auf dem direkten Weg zur Mitte nicht mehr aufzuhalten sind. Mit der neuen Parteispitze Künast und Kuhn sowie dem neuen Parteirat wird sich Bündnis90/

Die Grünen vor allem an der FDP ausrichten und abarbeiten.

Es mag nach diesem Parteitag diverse Austritte geben. Doch nach dem weitgehend gescheiterten Versuch eines organisierten Austritts im letzten Jahr (Kosovo-Kriegs-Zustimmung) wird es mit Sicherheit ein Austritt in Richtung einer kleinen Bürgerinitiative oder ins Privatleben sein. Mehr ist offenkundig nicht drin. Doch für viele vermeintliche Linke innerhalb der Grünen kommt selbst das nicht in Frage. Antje Radcke, die sich in weiser Vorausschau, dass sie bei den Wahlen zum Sprecheramt gegen Künast sowieso keine Chance haben würde, wenige Tage vor der BKD weit aus dem Fenster lehnte und der Versammlung die Ablehnung des Atomkonsens empfahl, will nach ihrer Niederlage nicht austreten. Stattdessen will sie die Basisarbeit vor Ort wieder aufnehmen, weil es da so viel zu tun gibt. Die Linke ist auf Abtauchstation gegangen und räumt kleinlaut das Feld. Dass sie sich - betrachtet man die hohen Ergebnisse bei den Wahlen zum Parteivorstand und -Rat - an den Wahlen beteiligt haben und die Personalentscheidung im Kern mittragen hat, macht deutlich, dass sich die Linken in ihr Schicksal fügen.

Der Marsch in die Mitte dürfte nun noch glatter verlaufen. Egal ob es um die Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze, die weitere Einsparpolitik gegen SozialhilfeempfängerInnen oder etwa die "Effizienzsteigerung" in der deutschen Flüchtlings- bzw. Einwanderungspolitik (weniger Asyl - mehr nützliche Ausländer) geht: die Grünen modernisieren für ein effizientes Deutschland mit dem besser verdienenden Mittelstand. Hier liegt jetzt das Zentrum grüner Politik. In der Wirtschaftspolitik werden die Unterschiede zur FDP kleiner werden. In Fragen Minderheitenschutz, liberale Grundhaltungen und Ökologie stellen die Grünen das fortschrittliche Element dar, dass sich wirtschaftkonform mit intelligenten Lösungen zu etablieren versuchen wird und so die Räume gegen die FDP abstecken wird. Dabei setzten die Grünen - das hat die BDK deutlich gemacht - vor allem auf ein verbessertes Marketing. Künast und Kuhn werden das Image aufpolieren, was das Zeug hält. Uns werden die Erfolge grüner Politik in den kommenden Monaten vermutlich nur so um die Ohren fliegen.

Erfolge sind, was hinten raus kommt

In Sachen Atomausstieg haben sich die Grünen nun endgültig von ihren Roots verabschiedet. Dabei halten sie es nicht einmal für wichtig, um Verständnis bei der Anti-AKW-Bewegung zu bitten. Offenkundig interessiert es die große Mehrheit bei den Grünen nicht die Bohne, was die Anti-AKW-Bewegung vom Atomkonsens hält. Es wird sicherlich noch viele Grüne geben, die sich auch weiter an Aktionen der Anti-AKW-Bewegung beteiligen werden, die zur Demo am 23. September in Gorleben mobilisieren oder sich zu den kommenden Castortransporten auch quer stellen werden. Doch das dürfte nur noch im Rahmen der Freizeitbeschäftigung stattfinden. Dass sich die Grünen für diesen Konsens ausgesprochen haben, ist nicht unbedingt verwunderlich. Auch das Maß der Zustimmung kann heute wirklich niemanden mehr umhauen. Der echte Hammer an dem Ja der Grünen zu diesem Konsens ist, dass sie damit definitiv der Atomwirtschaft aus ihrer schlimmsten Problemlage heraushelfen - dem Entsorgungsdesaster. Jahrzehntelang haben die Grünen gemeinsam mit der Anti-AKW-Bewegung gegen die vollkommen ungelöste Entsorgung argumentiert und die These vertreten, dass die Stilllegung sämtlicher AKWs schon deshalb auch rechtlich geboten sei, weil es den geforderten Entsorgungsnachweis faktisch nicht gäbe. Ein Endlager ist nicht vorhanden, Gorleben in jedem Fall ungeeignet. Die Wiederaufarbeitung habe mit Entsorgung nichts zu tun, sondern vervielfache sogar noch die zu entsorgende Atommüllmenge. Gerade der heutige Staatssekretär im Umweltministerium Rainer Baake hatte in seiner Zeit in Hessen massiv und intensiv diese faktisch fehlenden Entsorgungsnachweise zum Thema gemacht, wollte auf diesem Weg die Betreiber des AKW Biblis zum Abschalten zwingen. Mehrfach war ihm die

damalige CDU-Bundesumweltministerin Merkel in die Parade gefahren, hatte per Weisung die Behörde aufgefordert, an dieser Problematik nicht weiter zu sticheln. Davon weiß Baake heute nichts mehr.

Die Grünen hatten schon vor der letzten Bundestagswahl in der Vorbereitungsphase die Entsorgung als Ansatzpunkt für eine Ausstiegspolitik beiseite geschoben. Vor allem die Hessen waren es, die die Debatten um die Entschädigung in den Mittelpunkt rückten und die Entsorgungsproblematik klein redeten. Ganz zu schweigen davon, dass bis zur Bundestagswahl die Grünen Restlaufzeiten von nur noch fünf (!) Jahren für verfassungsrechtlich ausreichend hielten und in umfangreichen rechtlichen Studien klarstellten, das die Abschaltung der AKWs in dieser Frist auch entschädigungsfrei möglich wäre.

Was war noch vor der Wahl?

Egal was die Bundesregierung nun in das zu novellierende Atomgesetz schreiben wird. Nach einer nächsten Bundestagswahl und einem Regierungswechsel könnte das mühelos wieder zurückgeholt werden. Braucht es aber nicht. Mit den vereinbarten Strommengen ist die Atomwirtschaft mehr als zufrieden gestellt und zukunftsfähig. Mit den neuen Lagerhallen an den Standorten sorgt die jetzige Regierung dafür, dass es in etwa fünf Jahren auch fast (!) keine Castortransporte mehr geben wird. Einer der wenigen Aspekte des Atomprogramms, an dem es der Anti-AKW-Bewegung über Jahre gelungen war, den Druck gegen die Atomwirtschaft immer weiter zu erhöhen, wird damit abgeschafft. Das Problem ist damit nicht aus der Welt und die Grünen können sich als Verdienst an die Brust nageln, dass sie es waren, die die neuen Standort-Zwischenlager letztlich durchgesetzt haben. Nun werden sie diese Lager noch genehmigen müssen. Dann werden die Castoren nur noch auf dem Betriebsgelände hin und her geschoben. Besser hätte die ungelöste Entsorgung für die Atomwirtschaft gar nicht entpolitisiert werden können.

Überhaupt Biblis: da behaupteten die hessischen Grünen mit Baake an der Spitze in ihrer dortigen Regierungszeit, dass das AKW Biblis aus Sicherheitsgründen sofort abgeschaltet werden müsste. Merkel ging dazwischen und kassierte sämtliche Stilllegungsverfügungen aus dem damals grünen hessischen Umweltministerium. Heute ist auch dazu nichts mehr zu hören. Auch die ältesten Schrottmeiler dürfen im Konsens mit den Grünen weiter betrieben werden und nur die Atomwirtschaft selbst entscheidet - natürlich nach wirtschaftlichen Kriterien, wann ein AKW abgeschaltet wird. Dazu hätte es wahrlich keines Konsens bedurft, dass macht der Kapitalismus ganz allein klar.

DSe

6. Kamera läuft. Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Autor: Jan Wehrheim · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:24

Mal gilt sie als Patentlösung gegen Kriminalität und zur Revitalisierung von Innenstädten, dann ist sie wieder Routine bei der Überwachung von Geschäften, Tankstellen und Banken. Was aber sind die tatsächlichen Gründe und Folgen der Videoüberwachung in öffentlichen Räumen und denen, die es einmal waren. Sind sie eine Lösung für Probleme oder nur eine technische Spielerei? Oder ermöglicht sie nun doch noch - unbeachtet von der Öffentlichkeit - die totale Überwachung aller Menschen?

Sieht man einmal von den Stadtstaaten Singapur und Monaco ab, so kann Großbritannien als Vorreiter für den exzessiven Einsatz von Videokameras gelten. Die Geschichte der sprunghaften Verbreitung von CCTV (1) begann dort Mitte der 80er Jahre. Im Ergebnis existieren heute in allen größeren Städten Großbritanniens (mit Ausnahme von Leeds) CCTV-Anlagen, die auf den öffentlichen Raum ausgerichtet sind, und 200 in sich geschlossene Systeme sind in kleineren Städten installiert. Insgesamt sind dies, je nach Schätzung, 200.000-400.000 Kameras, die dieses Jahr ca. 100-300 Millionen Pfund an Kosten verursachen. Allein in der Londoner U-Bahn stehen 5.000 Kameras, weitere 450 dienen der Überwachung des Straßenverkehrs, und eine unbekannte Anzahl weiterer, von Polizei oder Unternehmen betriebene Kameras filmen Fußgängerzonen, den Financial District oder Wohnviertel. Nicht eingerechnet sind dabei all die Kameras, die in Banken, Tankstellen, Kaufhäusern, Shopping Malls, Restaurants, Parkhäusern, Schulen, Bussen, Kneipen, Krankenhäusern, Altersheimen etc. und sogar in Toiletten von Schulen stehen, oder mit denen verdeckt Menschen ihre NachbarInnen beobachten oder die Industrie ihre Konkurrenz ausspioniert. Es existiert also im Unterschied zu George Orwells "1984" nicht ein "Big Brother", sondern vielmehr unzählige kleine Brüder, und deren Kameras an all diesen, im eigentumsrechtlichen Sinne privaten Standorten sind auch in Deutschland weit verbreitet.

Modell Großbritannien

Im öffentlichen Raum hingegen stehen vor allem die Innenstädte und Geschäftsviertel im Blickpunkt der Kameras. Revitalisierung und feel-good-Faktor sind dabei die Stichworte, die in Großbritannien neben Kriminalitätsbekämpfung, Unruhen und IRA-Anschlägen als Gründe für Videoüberwachung angeführt werden. Somit ist besonders der Einzelhandel aktiv, wenn es um die Implementierung von CCTV geht. In Public-Private Partnerschaften - also in Verbindung mit der Polizei oder den Kommunen - werden dann Überwachungsanlagen installiert. Town-Centre Manager sehen dementsprechend Videoüberwachung auch als wesentlichen Ansatz zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstädte und zur Verhinderung von unerwünschten Erscheinungsformen wie Betteln, informellen Straßenhandel oder Skateboard fahren an. Ganz nach dem Motto "CCTV doesn't just make sense - it makes business sense". Aber auch Versicherungen drängen auf den Einsatz von Videoüberwachung und bieten in manchen Städten bis zu 30% Discount bei Tarifen, wenn sich der Einzelhandel an Videoüberwachung beteiligt. Neben den Innenstädten werden aber auch sogenannte soziale Brennpunkte und Industrieviertel überwacht und auch BewohnerInnen von wohlhabenderen Stadtteilen fordern Videoüberwachung und bezahlen diese oftmals.

In Deutschland ist die Videoüberwachung des öffentlichen Raums bislang noch recht selten anzutreffen. Zur Überwachung des Verkehrs wird sie zwar bereits seit den 50er Jahren eingesetzt, und dabei werden auch nebenbei Demonstrationen überwacht oder auch sogenannte Randgruppen kontrolliert, der explizite Einsatz zur Kriminalitätsprävention oder auch zur vermeintlichen Verbesserung des Einzelhandelsstandortes Innenstadt findet sich hingegen bislang nur auf Sylt (Westerland), Leipzig und Dresden. Während Sylt seine Attraktivität als Urlaubsort für die High Society behalten möchte und der Einsatz sich dort unverblümt gegen "Drogenszene und aggressive Bettler" richtet - und dies nur zur Hauptsaison -, gilt Leipzig als das Modellprojekt zur Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland. Dort werden die Innenstadt, der Hauptbahnhofsvorplatz und seit wenigen Monaten auch der lange Zeit von einer HausbesetzerInnenszene geprägte Stadtteil Connewitz mittels Kameras überwacht, sowie seit Neustem auch eine Straßenbahn. Parallel dazu werden Polizisten in Zivil eingesetzt, die als Festnahmetrupps fungieren. (2) In jüngerer Zeit sind jedoch

verschiedene Kommunen und Bundesländer dabei, ähnliche Initiativen vorzubereiten. Neben Baden Württemberg, Bayern und Hessen u.a. auch Hamburg und Bremen.

Das Beispiel Großbritannien zeigt, welch scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten entstehen, um Städte und ihre BewohnerInnen zu überwachen. Aber nicht nur die Anzahl der Kameras ist entscheidend, sondern auch ihre technischen Möglichkeiten.

Während Anlagen, die bereits seit den 80er oder frühen 90er Jahren in Betrieb sind - und das sind in Großbritannien noch die Mehrzahl - eher eine bescheidene Bildqualität aufweisen und meist nur schwarz-weiß Aufnahmen liefern, sind neuere CCTV-Systeme in der Regel fernbedienbar, rundum schwenkbar, können große Flächen bis zu einer Meile überblicken, aber auch aus 100 Metern einen Buchtitel lesen oder eine Tätowierung identifizieren. Sie verfügen oft über Restlichtverstärker oder Infrarotsichtgeräte, so dass sie auch bei Dunkelheit, Nebel oder Regen einsetzbar sind. Mal nehmen sie dauerhaft auf, mal werden nur die Bildschirme beobachtet, mal sind sie mit Bewegungsmeldern oder Mikrofonen gekoppelt und mal lösen sie erst Alarm aus, wenn in geschlossenen Räumen ein Mikrochip Veränderungen des Luftdruck registriert oder aber wenn sie auf Gerüche oder Berührungen programmiert wurden. Die Übertragung erfolgt über Mikrowellen, Kupfer- oder Glasfaserkabel.

Eine neue Generation von Videoüberwachung, mit der massiv Arbeitsplätze eingespart werden können, ist bereits in der Testphase. "Thinking Cameras" und "Algorythmic Surveillance" sind die neuen Stichwörter. Diese Kameras sollen dank entsprechender Software automatisch Personen, die in Bilddatenbanken erfasst sind, in Menschenmengen identifizieren. Was jedoch in Fußballstadien mit Sitzplätzen und überschaubaren Gruppen von Hooligans als praktikabel erscheint, muss sich in der bewegten Praxis von Fußgängerzonen noch bewähren. Denn bislang ist zu vermuten, dass nicht nur die Software entscheidend ist, sondern dass z.Zt. vor allem die Hardware die Grenzen der automatischen Echtzeiterkennung setzt. (3)

In der Theorie liegt jedoch bei diesem Verfahren die Fehlerquote der Software bislang bei 20%, aber wenn auf Grund eines Verdachts ein Porträt von jemandem angefertigt wird, "dann ist alles ganz einfach: Über ein biometrisches Verfahren werden Gesichtszüge analysiert. Gesichtsmuskel, Falten, Grübchen machen zusammen mit der Gesichtsform das Gesicht fast so unverwechselbar wie ein Fingerabdruck. Sogar mit Sonnenbrille, geänderter Frisur und frisch gewachsenem Bart kann das System nicht überlistet werden". (4) Werden zudem noch Bewegungen berücksichtigt, liegt die Fehlerquote laut Herstellerfirma nur noch bei 0,1% - "Vermummung ausgeschlossen". Die Erkennungsgeschwindigkeit ist dabei allerdings unberücksichtigt, d.h. bei einer entsprechend kleinen Datenbank und einer geringen Menschenmenge mag die heutige Hardware es relativ schnell ermöglichen, dass die Software eine Person identifiziert. Müssen jedoch eventuelle mehrere hunderttausend gespeicherte Fotos mit Zehntausenden sich bewegenden Menschen abgeglichen werden, so könnte schnell das Limit erreicht sein.

Schöne neue überwachte Welt

Die britische Regierung unternimmt allerdings alles, damit sie in Zukunft - bei einem fortgeschritteneren technischen Standard - weit reichender eingesetzt werden können: sämtliche neuen Passbilder werden digitalisiert und somit jährlich ca. 3,5 Millionen digitale Fotos in einer einzigen Datenbank neu erfasst. Realistischer sind solche Einsatzmöglichkeiten jedoch erst einmal im kleineren Rahmen, wie dem Beispiel der Fußballstadien oder wenn z.B. ein Kaufhaus oder auch eine Shopping Mall eine eigene, relativ kleine Datei mit erfassten LadendiebInnen unterhält, und Videokameras der Durchsetzung des Hausverbotes dienen sollen.

Software lässt sich jedoch auch auf Verhaltensweisen oder bezüglich Menschenmassen programmieren. So können übliche Verhaltensweisen programmiert werden, und wenn jemand von diesen über einen Toleranzwert hinaus abweicht, wird Alarm ausgelöst. Durch die Kombination von verschiedenen Merkmalen, wie z.B. Geschlecht, Hautfarbe, Haarlänge etc. könnten somit automatisch bestimmte Personengruppen erkannt werden. Computerprogramme würden damit von ihren ProgrammierInnen Stereotypen bzw. Ausgrenzungs- und Diskriminierungsvorgaben übernehmen. Dies ist jedoch noch Zukunftsmusik, und Standard sind eher einfache schwarz-weiß oder Farbkameras, die schwenkbar sind und über Zoomobjektive verfügen, doch vor wenigen Jahren war auch der heutige Stand noch undenkbar, und mit dem Preisverfall bei der Computertechnologie wird vermutlich alles daran gesetzt werden, um teures Personal durch Software zu ersetzen und Überwachungsmöglichkeiten zu verfeinern.

Was bereits alles möglich ist und praktiziert wird, verdeutlicht auch das Beispiel der Verkehrsüberwachung in London. Der gesamt Innenstadtring kann nicht mehr befahren werden, ohne dass alle Kfz-Kennzeichen registriert und überprüft werden. (5) Der Financial District ist sogar so stark kontrolliert, dass automatisch Alarm ausgelöst wird, wenn ein Auto in einen bestimmten Bereich fährt und diesen nicht innerhalb kurzer Zeit wieder verlässt. Aber auch GeisterfahrerInnen und Geschwindigkeitsübertretungen lassen sich selbstständig erfassen.

Trotz aller technischen Möglichkeiten verläuft Videoüberwachung nicht problemlos. So existieren nicht nur politische Widerstände oder juristische Schranken - je nach Rechtslage in den einzelnen Ländern oder je nach Aktivität der örtlichen DatenschützerInnen - , sondern auch technische Hindernisse. Sonnenlicht oder Scheinwerfer dürfen nicht vertikal auf die Objektive treffen, starker Regen kann die Aufnahmen behindern, die Räume müssen so gestaltet sein, dass keine Bäume, Denkmäler, Mauern etc. die Sicht blockieren und vor allem müssen auch die High-Tech-Anlagen bezahlt werden. Das größte Problem ist bislang jedoch noch die Bilderflut sowie die Tatsache, dass ohne zusätzlichen Ton - denn die Aufnahme von Gesprächen ist (offiziell) fast überall verboten - der Eindruck von Bildern täuschen kann. Selbst wenn also Kameras Bilder permanent übertragen, wird vieles nicht registriert.

Wie schwierig die Auswertung des Bildmaterials ohne entsprechende Software ist, zeigt ein einfaches Rechenbeispiel aus Glasgow. Dort nehmen "nur" 32 Kameras Bilder aus dem öffentlichen Raum auf. Dies ergibt 768 Stunden Datenmaterial pro Tag, das gesichtet werden müsste, um eine verdächtige Person im Nachhinein zu entdecken.

Kameras im öffentlichen Raum sollen im wesentlichen zwei Aufgaben erfüllen. Erstens im Vorfeld disziplinieren, d.h. jeder Mensch im öffentlichen oder semi-öffentlichen Raum muss zwar jederzeit damit rechnen, überwacht zu werden, er/sie weiß aber nie, ob und wann es tatsächlich geschieht und von wem. Aber allein die potenzielle Überwachung soll disziplinierend wirken und Verhaltensabweichungen unterbinden. Damit sollen unerwünschte Verhaltensweisen in den Innenstädten oder Einkaufszentren, die andere Menschen möglicherweise beim Konsum stören, verdrängt werden. Der zweite Aspekt ist Aufklärung von Kriminalität bzw. die Beweissicherung.

Fragliche Ergebnisse

Im Vorfeld disziplinierende Effekte z.B. in Bezug auf Gewaltdelikte sind aber kaum zu erkennen. Eher scheinen sie bei den Verhaltensweisen zu wirken, die vermutlich auch in Wahrheit Hintergrund für die Videoüberwachung sind: "Die Kamerasysteme (werden) vor allem dazu verwendet, ‚asoziales` Verhalten wie Urinieren auf öffentlichen Plätzen, Rauchen unter 18, Graffitischmierereien, Vandalismus, Trunkenheit und Schummeln mit dem Parkschein zu ahnden". (6) Es scheint nicht die Kriminalitätsprävention das Ziel zu sein (bzw. ausschließlich als Generalprävention durch Androhung von Strafe), sondern die anschließende Verfolgung von unerwünschten Handlungen und Straftaten. Bei den genannten Ordnungswidrigkeiten können Sicherheitsdienste und Polizei schnell intervenieren, denn BettlerInnen flüchten nicht. Ernsthafte Straftaten oder politisch motivierte Aktionen können jedoch auch oder nur im Nachhinein verfolgt und kriminalisiert werden, wenn auch mit extrem hohem Aufwand - und vorausgesetzt, es wurde die Aufnahmen gespeichert.

Doch ob sich die Attraktivität der Innenstädte für KundInnen bzw. deren Sicherheitsgefühl dadurch verbessert, dass sie wissen, dass ein Verbrechen aufgeklärt wird, nachdem es verübt wurde, ist doch mehr als fraglich. Doch selbst die Aufklärungsquoten durch Videoüberwachung sind - vor allem in Deutschland - bescheiden: Die Leipziger Polizei präsentiert zwar anhand ihrer, nicht anderweitig verifizierbarer Daten einen beträchtlichen Kriminalitätsrückgang in dem überwachten Innenstadtbereich, aber dennoch wurden in 21 Monaten zwischen dem 01.04.1997 und dem 31.12.1998 immer noch insgesamt 1.217 Straftaten (Diebstähle von und aus Kfz, Taschendiebstähle, Raub/räuberische Erpressung, Körperverletzungen und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetzt) unter den Objektiven der Kameras verübt. Zur Aufklärung bzw. zu Festnahmen auf Grund von Videobildern kam es gerade mal in elf Fällen. Das entspricht einer Quote von 0,9%, und das, obwohl der Bereich theoretisch permanent observiert wurde. (7) In der Praxis sieht dies jedoch anders aus: Entweder die Kamera hat dort den gesamten Bahnhofsvorplatz im Blick, dann ist der Ausschnitt so groß, dass keine Details erkannt werden können, und wenn einzelne Personen herangezoomt werden, sieht man die übrigen ca. 99% des überwachten Bereichs nicht. Das bedeutet, dass die Kamera vorwiegend bei zuvor erfolgten Hinweisen eingesetzt wird, oder bei zufällig entdeckten "verdächtigen" Handlungen, wenn z.B. eine

Person von einem Parkplatz wegrennt. Ein eventueller Autoaufbruch kann kaum erkannt werden, wohl aber eine anschließende Flucht. Aber selbst aus Großbritannien, wo die Kamera- und damit die Überwachungsdichte wesentlich höher ist, werden keine wesentlichen Aufklärungserfolge durch Videoüberwachung berichtet: In Airdire/Schottland liegt laut Polizeilicher Kriminalstatistik eine Steigerung der Gesamtaufklärungsquote von 50% auf 58% vor. Hier wären möglicherweise 8% auf Videoüberwachung zurückzuführen, wobei wiederum andere Faktoren nicht berücksichtigt werden können. Dies ist jedoch angesichts der Tatsache, dass wesentlich mehr Kameras im Einsatz sind und Bilder gespeichert werden, und ebenfalls im Vergleich zum Aufwand und der Tatsache, dass theoretisch Sicherheitspersonal und PolizistInnen alle Delikte beobachtet haben müssten, eine kaum nennenswerte Steigerung.

Wie scheinheilig oftmals die Argumentation für Videoüberwachung ist, zeigt auch die Entdeckung der Sicherheit von Frauen in den Innenstädten.

Entgegen jeglicher statistischer Erkenntnisse, dass nämlich ganz überwiegend Sexual- und Gewaltdelikte bzw. sexualisierte Gewalt an Frauen von Freunden, Bekannten, Verwandten und damit im unmittelbaren Privatbereich begangen wird, und daher Frauen eigentlich nur geraten werden kann: "Verlasst eure vier Wände so oft ihr könnt, traut keinem eurer Beschützer und rettet euch in die Stadt", wird von Seiten der Politik und Polizei regelmäßig auf die Gefahr der Stadt gerade für Frauen hingewiesen. Dabei geht es allerdings meist nicht um durchschnittliche Männer und deren Verhalten Frauen gegenüber. Statt dessen stehen die klassischen, von Medien und Politik konstruierten Tätergruppen im Vordergrund - nämlich Obdachlose, vermeintliche KonsumentInnen von Drogen und per se Ausländer -, und auch Schikanen von Polizisten an Migrantinnen sind dabei nicht gemeint. Das Problem liegt jedoch hauptsächlich bei den "normalen" Alltagserscheinungen bzw. bei den alltäglichen Belästigungen durch Männer aller Schichten und aller Altersgruppen, und dies wird auch im Zusammenhang mit Videoüberwachung deutlich.

In privaten wie öffentlichen Räumen werden Frauen ganz besonders beobachtet. Dies zeigt sich im "normalen Missbrauch" von Überwachungskameras, wenn Frauen in Umkleideräumen am Arbeitsplatz gefilmt werden oder auch wenn Polizisten, wie beispielsweise in einem bekannt gewordenen Fall aus Brooklyn/New York, Großaufnahmen von Frauen bzw. einzelnen Körperteilen schossen. (8) Zwar erregen solche Fälle bei bekannt werden öffentliches Aufsehen, unbeachtet bleibt jedoch der "normale Gebrauch" von Videokameras durch überwiegend männliches Überwachungspersonal, der nicht besonders thematisiert wird.

Das Problem als Lösung

Die Sozialforscherin Sheila Brown hat sich in mehreren nordenglischen Städten mit der Nutzung der Stadtzentren durch Frauen und Männer und dabei vor allem mit Angst und Verhalten sowie dem Einsatz von CCTV befasst. Dabei stehen einige zentrale - aber nicht neue - Feststellungen am Anfang. Das Problem ist nicht, dass Frauen Angst vor Kriminalität oder spezifischen Gefahren haben, sondern dass die gesamte Bandbreite männlich dominanten Verhaltens sie bei einer freien unabhängigen Lebensgestaltung behindert. Dies schlägt sich dementsprechend auch in ihrer Präsenz im öffentlichen Raum nieder: Sowohl tags als auch nachts nutzen doppelt so viele Männer wie Frauen die Stadtzentren und deren Einrichtungen wie Kneipen und Clubs zur Freizeitgestaltung. Während sich ebenfalls Männer von typisch männlichem Verhalten, wie Schlägereien und Trunkenheit zusammen mit "rowdiness" gestört oder bedroht fühlen, reagieren Frauen - im Unterschied zu Männern - schlicht und einfach damit, entsprechende Räume zu meiden. (9) Männer sind dementsprechend wesentlich öfter Opfer und Täter im Zusammenhang mit physischer Gewalt im öffentlichen Raum als Frauen. Frauen fühlen sich jedoch explizit von dem belästigt und damit auch unwohl und unsicher, was Männer als Spaß ansehen bzw. was Männer denken, was Frauen gefällt - nämlich das Anstarren, Hinterherrufen etc.. Das Hauptproblem ist also die unerwünschte Aufmerksamkeit und die daraus resultierenden Belästigungen, die Frauen im öffentlichen Raum durch Männer erfahren. Die Frage in Bezug auf Videoüberwachung ist daher nicht, ob real die Sicherheit von Frauen verbessert wird, sondern das Problem ist, dass Videoüberwachung keineswegs das Anstarren oder andere Belästigungen durch Männer reduziert und viel mehr die ständige Beobachtung noch durch die Männer hinter den Kameras ergänzt wird. Das sonst so oft herangezogene subjektive Sicherheitsgefühl bzw. der bereits erwähnte feel-good-Faktor wird also für Frauen gar nicht verbessert. Dass dies tatsächlich so ist, belegt auch eine Studie der University of Hull, bei der 888 "targeted surveillances" ausgewertet wurden: bei jeder zehnten Frau, die länger beobachtet wurde, geschah dies nur zum Zwecke des Voyeurismus. (10)

Videoüberwachung ist also nicht - wie z.B. die bessere Ausleuchtung öffentlicher Räume - nur eine "technokratische Symptombekämpfung", sondern sogar eine institutionalisierte Fortschreibung des Problems, welches angeblich bekämpft werden soll.

Während die Videoüberwachung von Frauen offenbar auch dazu dient, männliches Dominanzgefühl zu befriedigen und an den Monitoren u.a. Voyeurismus die Motivation für verstärkte Observation ist, zielt sie bei gesellschaftlichen Randgruppen auf konkrete Überwachung und räumliche Ausgrenzung. Visibilität ist auch hier von Bedeutung. Ähnlich wie im Zusammenhang mit dem Entstehen von polizeilichen Kriminalstatistiken unterliegen bestimmte Personengruppen einem erhöhten Kontrolldruck. Bei Videoüberwachung verstärkt sich dies: Zum einen geraten Menschen auf Grund von visuellen Merkmalen, wie Haut- oder Haarfarbe, Alter und Geschlecht, ins Fadenkreuz der ÜberwacherInnen, und zum anderen wird den bereits erwähnten unerwünschten Verhaltensweisen eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, und diese werden wiederum in der Regel einzelnen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben.

Auch hier kann wieder auf die Studie der Kriminologen der University of Hull zurückgegriffen werden: 40% der observierten Personen wurden ohne spezifischen Grund wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe überwacht. Schwarze wurden 1 bis 2 mal so oft überwacht, wie es ihrer statistischen Repräsentanz in der Bevölkerung entspräche. 30% der Schwarzen wurden über neun Minuten hinaus beobachtet, bei Weißen waren dies nur 10%. Weiterhin waren vor allem Jugendliche in Gruppen - und ganz besonders schwarze -, BettlerInnen, Betrunkene, Obdachlose und informelle StraßenverkäuferInnen Opfer von gezielter Videoüberwachung. Aus den erwähnten 888 "Zielüberwachungen" resultierten lediglich 12 Festnahmen und davon sieben wegen Schlägereien und drei wegen Diebstahls. (11) Was also im Endeffekt als Problem identifiziert, observiert und möglicherweise sanktioniert wird, hängt von den Einstellungen, Vorgaben und der Ausbildung der BeobachterInnen ab. Jemand, der Dreadlocks trägt, kann in den Augen des Überwachers kein seriöser Kunde von (teuren) Schweizer Uhren sein und ist daher verdächtig, genauso wie per se Gruppen von Jugendlichen als Ordnungs- oder Sicherheitsrisiko eingestuft werden. Vorurteile und Stereotypen geben den Ausschlag, wer überwacht wird und wer nicht - oder eben explizite Vorgaben z.B. von Firmen wie Marks & Spencer, die z.T. auch im öffentlichen Raum selbst CCTV-Anlagen unterhalten.

Zahlreichen Befragungen zur Folge, erfreut sich Videoüberwachung einer überwältigenden Zustimmung. 95% ist dabei die magische Zahl, die vor allem bei Amateurerhebungen von lokalen Zeitungen und Fernsehsendern oder aber durch die örtliche Polizei in Großbritannien hervorgebracht wird. Aber auch wissenschaftliche Studien bringen Zustimmungsergebnisse um die 70% hervor. Hier ist zwar bereits eine größere Diskrepanz festzustellen, aber die Zustimmung ist immer noch sehr hoch. Stört sich wirklich kaum noch jemand ernsthaft an totaler Überwachung?

Ganz so einfach scheint es jedoch nicht zu sein, denn obwohl mit IRA-Anschlägen, Hooligans und Kindesentführung Stimmung gemacht wurde, wandelt sich die Realität in Großbritannien und Umfragen von Anfang der 1990er Jahre könnten heute anders ausfallen. Es scheint, dass mit der exzessiven Verbreitung von Videoüberwachung sich auch das Bewusstsein wandelt und mit der Verbreitung nun auch die Ablehnung langsam zunimmt. Der Direktor der Bürgerrechtsorganisation Privacy International Simon G. Davies verweist daher auch auf eine andere Untersuchung, die sogar ebenfalls von Anfang der 1990er Jahre stammt. Demnach ist Videoüberwachung nicht nur akzeptiert, sondern gleichzeitig fordert jedeR zehnte Befragte die Entfernung der Kameras und 72% glauben sogar, dass die Technologie missbraucht werden kann und immerhin noch 37% meinen, dass die Regierung in Zukunft die Bevölkerung damit auch tatsächlich überwachen wird. Wenn von überwältigender Zustimmung geredet wird, sind also Zweifel angebracht. Lassen sich die Menschen anfangs noch von Medienberichten und spektakulären Einzelerfolgen von Videoüberwachung beeindrucken, so scheint im Laufe der Zeit nicht nur ein Gewöhnungseffekt einzutreten, sondern auch das Bewusstsein über die Überwachung und damit die Ablehnung zu steigen.

Jan Wehrheim

Anmerkungen:

1) CCTV bezeichnet einen geschlossenen Kreislauf von Fernsehsende- und empfangseinrichtungen, er dient also einem ‚privaten`, geschlossenen TeilnehmerInnenkreis. Gemeint sind damit die unzähligen einzelnen Videoüberwachungsanlagen.

2) Der Leipziger Hautbahnhof, als Paradebeispiel der neuen Generation von Bahnhöfen, weist sich ebenfalls durch eine Omnipräsenz von Videokameras aus: z.Zt. sind es innerhalb des Bahnhofsgebäudes 120 und diese sollen noch auf 160 aufgestockt werden, um laut Aussage des Bahnhofsmanagements die Sauberkeit gewährleisten zu können. Mit so vielen Kameras und drei Angestellte pro Schicht an jeweils neun Monitoren, ist dies wohl weltweit das teuerste Sauberkeitsprojekt. Wobei doch auffällig ist, dass die ebenfalls zahlreich angestellten Schwarzen Sheriffs sich weniger der Sauberkeit, als vielmehr z.B. SchülerInnen, die auf dem Boden sitzend auf ihre Züge warten, widmen und diese schnell zur Ordnung rufen - koordiniert durch die 3-S-Zentrale.

3) Dabei ist weniger die Speicherkapazität der Festplatten entscheidend (ca. 5000 Gesichter brauchen ein Gigabyte Speicherplatz), als vielmehr die Prozessorgeschwindigkeit.

4) Schulzki-Haddouti, Christiane: Watching you - Spähangriff auf den Bürger, in: c`t Heft 24/98

5) Die neuen EU-Autokennzeichen sind im übrigen extra so gestaltet, dass sie automatisch lesbar sind.

6) Anm. 4

7) Angaben der Polizeidirektion Leipzig (unveröffentlichte Statistiken). Insgesamt schwankt laut Polizeilicher Kriminalstatistik die Kriminalität in Leipzig bzw. bewegt sich im bundesweiten Trend. 1996-1998 ging sie zurück, 1999 stiegt sie leicht an, und nun hat sie wieder eine fallende Tendenz. Zu Verlagerungseffekten in Leipzig können auf Grund fehlender Studien keine Aussagen gemacht werden. Lediglich drogenrelationierte Delikte bzw. offene "Drogenszenen" verlagern sich, und dies ist nach Aussage der Polizeidirektion auch explizit ein Ziel der Videoüberwachung.

8) Die Verbreitung von Videoüberwachung an Arbeitsplätzen trifft insgesamt auch besonders Frauen. Von den schätzungsweise 40 Millionen ArbeitnehmerInnen, die in den USA durch Kameras kontrolliert werden, sind die ganz überwiegende Anzahl Frauen, da sie stärker in den überwachten Berufszweigen, wie z.B. Einzelhandel, tätig sind.

9) Brown, Sheila (1999): Whats the problem, girls? CCTV and the gendering of public safety. I

10) Armstrong, Gary /Norris, Clive (1999): The maximum surveillance society, Oxford/New York.

11) Ebd.

Der Artikel ist redaktionell gekürzt und überarbeitete. Eine ausführlichere Fassung erschien in Forum Wissenschaft, 2/2000.

7. Hochschule im Wandel der Zeiten. Von der Ordinarien-Uni zum Dienstleistungsunternehmen

Von der Ordinarien-Universität zum Dienstleistungsunternehmen

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Jugend und Studenten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:30

Zwölf- bis siebzehntausend StudentInnen auf Stuttgarts, Berlins und Kölns Straßen waren am 7. Juni der lärmende Beweis, dass studentische Politik nicht ganz so tot ist wie behauptet. Jusos, Grüne, Liberale und Radikale folgten dem Aufruf des "Aktionsbündnis gegen Studiengebühren" (ABS) und anderer studentischer Vereinigungen. 1000 Mark ab dem vierzehnten Semester als Einstieg in eine generelle Studiengebühr und weiteres galt es zu verhindern: Soziale Gerechtigkeit erzeugt der Markt - wer mit Berlin nicht zufrieden ist, kauft sich seine Bildung halt in Konstanz. KonsumentInnensouveränität als Ersatz für politische Mitbestimmung, ökonomische Rationalität statt politischer Kämpfe sollen die deutschen Hochschulen des 21. Jahrhunderts bestimmen. Studiengebühren wären Teil einer Hochschulstruktur, die sowohl in ihrem Inneren als auch im Verhältnis zur Gesellschaft nach betriebswirtschaftlicher Logik funktionieren würde.

Für Andreas Keller, Aktivist in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und im Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), Anlass genug, sich im Rahmen seiner Dissertation mit dem Thema Hochschulstrukturen zu befassen. Seine inzwischen im BdWi-Verlag veröffentlichte Arbeit ist eine Bestandsaufnahme und Analyse von Hochschulselbstverwaltung und studentischer Mitbestimmung, von studentischen Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechten. Die deutschen Hochschulen versteht Keller als "historisch sedimentierte Institutionen", in die weit zurückliegende Phasen und Auseinandersetzungen zwischen Hochschule und Staat sowie Hochschule und Gesellschaft eingeschrieben seien. Ohne historische Kenntnisse ließen sich heutige Diskussionen und Entwicklungen nicht verstehen. Quer zu historischen Entwicklung betrachtet er jeweils die äußere und die innere Verfasstheit der Hochschule, die Verankerung von studentischer "Mitbestimmung" sowie die politischen Strategien der StudentInnen. Hinsichtlich der Verfasstheit der Hochschulen unterscheidet Keller drei Phasen: die "kulturstaatlich verfasste Ordinarienuniversität" (19. Jahrhundert bis Ende der 1960er Jahre), die "staatlich regulierte, professorendominierte Gruppenhochschule" (Mitte 1970er bis 1990er) und die Hochschulverfassung der Gegenwart.

Primär legt der Autor eine in historischer und juristischer Perspektive angelegte Studie vor, deren Gebrauchswert sich in erster Linie LeserInnen mit einem gewissen Durchhaltevermögen erschließt. So wird z.B. deutlich, dass das "Humboldt'sche Bildungsideal" kein Bezugspunkt emanzipatorischer Bildungspolitik sein kann, da es unmissverständlich in das Denken der "Ordinarienuniversität" eingebettet ist. Autonomie stand hier zwar hoch im Kurs, doch letztendlich war diese verbunden mit einer hierarchisch verfassten Institution, an deren Spitze wenige Professoren standen. Universitäten waren primär Ausbildungsanstalten des Staates und finanziell von diesem abhängig. In Kellers Worten: "Die Wissenschaft wurde sowohl als ein System mit eigener Zweckbestimmung und Sachlogik als auch als integraler Bestandteil staatlichen Handelns verstanden."

Es bleibt also die zentrale Frage, wie "echte" Autonomie und Demokratie möglich sind, wenn entweder Staat oder Markt als Finanzierer in Frage kommen. Eine mögliche Antwort wären Globalhaushalte, mit denen den Hochschulen weitestgehend zweckungebundene Mittel zugewiesen werden könnten. Diese Idee, bereits in den 1960er Jahren diskutiert, wurde aktuell wieder aufgegriffen und teilweise schon umgesetzt. Aber: "Die Konzeptionen der 90er Jahre stimmen zwar mit jenen der 60er Jahre insoweit überein, als beide auf eine Stärkung der Autonomie der Hochschule gegenüber dem Staat abzielen und etwa die Einführung von Globalhaushalten empfehlen, doch an die Stelle einer inneren Demokratisierung der Hochschulen tritt heute ganz überwiegend die Forderung nach einer Hierarchisierung der Willens- und Entscheidungsstrukturen." StudentInnen hätten in diesem Modell eines Dienstleistungsunternehmens nur passive "Rechte", die sich in der Evaluation von Lehre und Lenkung über ihre Kaufkraft, sprich: Studiengebühren erschöpften.

Obwohl Keller den StudentInnen ein rückläufiges Interesse an institutionalisierter Politik attestiert, schließt er daraus nicht, dass die Mitbestimmungsform Verfasste StudentInnenschaft (VS) ad acta gelegt werden solle. Vielmehr favorisiert er Mischformen aus VS und neuen Beteiligungsformen wie "Runde Tische", "Foren" etc.

Als Strategie studentischer Politik empfiehlt er ebenfalls eine Mischform, die Elemente der von ihm im Rahmen der entsprechenden historischen Phasen dargestellten politischen Akteure enthält: Vom MSB Spartakus könne der gesamtgesellschaftliche Maßstab studentischer Interessenvertretung übernommen werden, von den Basisgruppen die Akzeptanz der sozialen Heterogenität der Studentenschaft und vom SDS der Gedanke der unmittelbaren Aneignung des Wissenschaftsprozesses.

Letztendlich gehe es um einen neuen "Dritten Weg", der "zwischen der Verteidigung des status quo, der staatlich regulierten und professorendominierten Gruppenhochschule und der am Modell Dienstleistungsunternehmen orientierten Hochschulstrukturreform" zu suchen sei. Ganz nebenbei müssten die Elemente einer neoliberalen Umstrukturierung herausgefiltert werden. Nach seiner zwar begrenzten, weil überwiegend juristischen, aber dennoch für die konkrete hochschulpolitische Arbeit brauchbaren Analyse hätte er sich die neosozialdemokratistische Diktion seiner Schlussfolgerungen sparen können.

Christian Brütt

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Marburg: BdWi-Verlag 2000,

600 Seiten, 39,80 DM

8. Schwacher EXPO-Protest. Polizeigewahrsam und Platzverweise gegen EXPO-GegnerInnen

Autor: Timo Nagel · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:32

Mit insgesamt rund tausend Protestierenden blieb der Widerstand zur EXPO-Eröffnung hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurück. Durch Ingewahrsamnahme und Platzverweise gelang es der Hannoveraner Polizei den EXPO-Widerstand ohne großes Aufsehen auszuschalten. Etwa die Hälfte der GegnerInnen fand sich gleich zu Beginn auf der Polizeiwache wieder und wurde mit einem mehrtägigen Aufenthaltsverbot für das gesamte Stadtgebiet Hannover belegt.

Die hannoverschen Polizistinnen und Polizisten, sowie die sie unterstützenden Beamten aus anderen Städten werden ein Stern auf der Visitenkarte Deutschlands sein, die wir mit der EXPO abgeben und das Bild, das unsere ausländischen Besucher mit nach Hause nehmen, nachhaltig prägen." So die Worte der EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel bei der Vorstellung des Polizeiprogramms zur Weltausstellung. Die Erwartungen an den zuständigen Polizeipräsidenten aus Hannover, Hans-Dieter Klosa, waren dementsprechend hoch. "Nicht nur das Bild Deutschlands in der Welt wird neu geprägt werden, sondern auch das Ansehen der Polizei", betonte Klosa im Vorfeld. Die Polizeiführung legte großen Wert auf eine korrekte Erscheinung der Einsatzkräfte. Klosa verordnete für alle BeamtInnen Kopfbedeckungspflicht, also Helm, Mütze oder Barett. Auch sonst war die Polizeiführung darauf bedacht, die "gesetzten Erwartungen für die Gäste aus allen Ländern zu erfüllen". Der niedersächsische Abschnittsleiter für die "Linksruck"-Demonstration am Eröffnungsmittag lobte nach der Versammlung die Zugformation einer Polizeihundertschaft aus Mainz in höchsten Tönen: "Erste Klasse, vorneweg die BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, Anm. T.N.) dahinter in einer Reihe die restlichen Kräfte! 1A! Nicht so wie gestern der BGS, das war doch nichts!"

Die Direktive für die Eröffnungstage war klar: Einerseits sollte die EXPO ungestört beginnen, andererseits durfte es keine schlechte Presse über den Polizeieinsatz geben. Polizeipräsident Klosa und seine ihm unterstellten Kräfte verfolgten ein Konzept der Deeskalation, indem sie rund 450 Personen in Gewahrsam nahmen, beziehungsweise fest nahmen und anschließend fast ebenso viele Platzverweisungen und Aufenthaltsverbote verhängten. Deeskalation bedeutet aber nicht schlicht Zurückhaltung der Polizeikräfte. Nach Hans-Peter Schmalzl, Dozent an der Polizeiführungsakademie (PFA) Münster-Hiltrup, bedeutet Deeskalation als Ziel die Befriedung der polizeilichen Lage, beziehungsweise der strategische Gedanke dahin.

In Ausnahmefällen mag die Befriedung der Lage nur über den Umweg einer in Kauf genommenen Eskalation möglich sein, so der PFA-Dozent. Diesen Leitlinien folgend, holte der Direktor des eigens gebildeten EXPO-Polizeistabes, Hans-Dieter Klosa, rund 8.000 BeamtInnen nach Hannover, die durch massive Präsenz deutlich machten, dass die Grenze des polizeilichen Einschreitens niedrig sein wird. Nachdem zur Befriedung der Lage am Vorabend der Eröffnung das Widerstandscamp durchsucht, Funktelefone und dergleichen zur Gefahrenabwehr sicher gestellt, sowie die ersten Personen zur Wache verbracht wurden, zeigte sich keine 24 Stunden später, dass sich die Polizeiführung auf die Sicherheitslage eingestellt hat. War es den Eröffnungstag über dahingehend ruhig geblieben, dass "nur" gezielte Verhinderungsaktionen der EXPO-GegnerInnen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen führten und dadurch im Laufe des Tages rund 80 Personen in Gewahrsam oder festgenommen waren, nutzte die Polizeiführung eine Spontandemonstration am Abend dazu, rund die Hälfte der VersammlungsteilnehmerInnen von weiteren Protesten gegen die Propagandashow abzuhalten. Die polizeiliche Lage wurde dahingehend befriedet, dass am voraussichtlichen Endpunkt der Spontandemonstration, einem angemeldeten Kundgebungsort der PDS, mehrere Hundertschaften Polizei samt Gefangenentransportern auf die Demonstration warteten. Der Demonstrationszug passierte den von der PDS geplanten Kundgebungsort und wurde dann von Polizeikräften eingekesselt. Wenige Augenblicke später kam es zu den ersten Zugriffen. Dabei kam es auch zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen uniformierten Beamten und Polizisten in Zivil, die versehentlich Ziel einer Zugriffsmaßnahme wurden. Außer dieser Schlägerei kam es in diesem Bereich zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen. Von den später vorgebrachten Steinwürfen war ebenfalls nichts zu sehen. Der Großteil der Versammlung war von diesem Polizeieinsatz derart überrascht, dass es trotz der theoretischen Möglichkeit, einen sich anbahnenden Polizeikessel noch zu verlassen, den wenigsten gelungen ist, die Situation zu analysieren und

dementsprechend zu agieren. Die Polizei hatte in der Folge keine Probleme damit, zwiebelschalenartig immer mehr Ketten aufzuziehen und den Bereich weiträumig abzusperren. Die Gefangenenbusse fuhren mehrmals vor, bis alle Eingekesselten abtransportiert waren. Entgegen der Mitteilung eines Polizeisprechers vor Ort wurden alle VersammlungsteilnehmerInnen in Gewahrsam genommen und größtenteils zur Polizeidirektion in die Waterloostraße verbracht, wo sie teilweise bis zum folgenden Mittag auf engstem Raum verbleiben mussten.

Vor dem Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtages im Zusammenhang mit den "Chaostagen" 1995 in Hannover merkte der Hannoveraner Polizeipräsident Klosa an, dass ein längerer Aufenthalt im Polizeigewahrsam die Bereitschaft und Möglichkeit "nach der Entlassung weiter zu randalieren" einschränke. Des Weiteren komme "eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Gewalttäter" hinzu. Verstärkt wurde dieses Moment bei den EXPO-GegnerInnen durch die Androhung, nach der Entlassung wieder aufgegriffen zu werden. Fast alle Ingewahrsamnahmen waren mit einem anschließenden Platzverweis für das gesamte Wochenende und das gesamte Stadtgebiet Hannover verbunden. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die Platzverweisung kann nach dem nach dem Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz (NGefAG) eine weitere Ingewahrsamnahme sein.

Die Polizei konnte sich also darauf verlassen, dass eine ruhig ablaufende Masseningewahrsamnahme, die mit Soliarbeit beschäftigten RestdemonstrantInnen und die abschreckende Wirkung eines halben Quadratmeters Zelle pro Person und Nacht ohne hinreichende Wasserversorgung den Einsatzkräften und den "Gästen aus aller Welt" eine ruhiges EXPO-Eröffnungswochenende bringen werden. Für Anfang August sind "Chaostage" in Hannover angekündigt. Ob Polizeipräsident Klosa auf seine positiven Erfahrungen aufbauen wird?

Timo Nagel

9. Ende einer Ära. Die Uhr der PRI ist abgelaufen - Rechtskonservative Opposition gewinnt Wahlen in Mexiko

Autor: Gerold Schmidt · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:46

Was nahezu unvorstellbar schien, ist Wirklichkeit geworden. Die mexikanische Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) muss nach 71 Jahren ununterbrochener Regentschaft die Macht abgeben - und zwar vollständig. Der nächste Präsident Mexikos: Vicente Fox von der ultrakonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN). Mit 43 Prozent erreichte er am 3. Juli einen Erdrutschsieg und einen kaum für möglich gehaltenen Vorsprung von 5 Prozentpunkten gegenüber dem PRI-Konkurrenten Franciso Labastida. Fox' Partei wird zudem die mit Abstand größte Fraktion im Abgeordnetenhaus und im Parlament stellen. Mit einem Stimmenanteil von etwa 16,5 Prozent landete Cuauhtemoc Cardenas von der links-gemäßigten Partei der demokratischen Revolution (PRD) auf dem dritten Platz. Die PRD behält aber mit Manuel Lopez Obrador weiterhin das Bürgermeisteramt der Hauptstadt D.F in der Hand.

Vor zwölf Jahren ließ die PRI den an den Wahlurnen errungenen Triumph von Cardenas nicht zu. Schon angeschlagen, bescherte ihr vor sechs Jahren ein erneuter Wahlbetrug noch einmal einen deutlichen Sieg. Im Parlament seit 1997 erstmals ohne absolute Mehrheit, versuchte die PRI im Jahr 2000 mit allen Mitteln einer Quasi-Staatspartei im Vorfeld der Wahlen Druck auf die BürgerInnen auszuüben. Doch deren Überdruss an Korruption war zu groß. Sie folgten dem Rat der Opposition: Wahlgeschenke der PRI annehmen und die kurze Einsamkeit in der Wahlkabine nutzen, um gegen sie zu stimmen. Der amtierende Präsident Ernesto Zedillo sicherte sich durch seine umgehende Anerkennung des Oppositionssieges einen Platz in der mexikanischen Geschichte.

Unbestreitbar ist der Abgang der PRI ein historischer Einschnitt; wieviel an realen Veränderungen er nach sich zieht, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Vicente Fox machte im Bemühen, die gesamte Opposition hinter sich zu bringen, im Wahlkampf so viele widersprüchliche Versprechen, dass ihre Einlösung der Quadratur des Kreises gleich käme. Seine Anhängerschaft reicht vom ultrarechten Rand über fanatische Katholiken und Wertkonservative bis hin zu wendigen Ex-Kommunisten, die auf den Fox-Zug aufsprangen, nachdem ein Sieg des linken Oppositionskandidaten Cardenas zunehmend aussichtslos erschien.

Mit seiner Partei verbindet Fox eher eine "Zweckehe". Er selbst ist schwer berechenbar, aber trotz seines überaus polemisch und agressiv geführten Wahlkampf mit Sicherheit kein "mexikanischer Hitler", wie ihn die PRI bezeichnete. Der Rechtspopulist wird sich an seinen Worten messen lassen müssen. In drei Jahren will er das Land politisch reformiert haben. Das "Problem der indigenen Guerilla" EZLN im südlichen Bundesstaat Chiapas löst Fox laut Fox "nach 15-minütigen Gesprächen auf friedliche Weise". Dagegen nehmen Bildung für alle und Armut für niemand in seinen Plänen immerhin eine Regierungsperiode in Anspruch.

Ein Großteil der mexikanischen Wählerschaft ist ohne feste ideologische Bindungen. Ihre Wahlstimme war in erster Linie eine Stimme gegen die PRI und nicht für irgendjemand. Der Zweimeter-Mann Vicente Fox mit dem Cowboy-Image bedeutete für sie das geeignete Vehikel, die verhasste PRI endlich abzuhängen. Wenn der künftige Präsident, der in Wirtschaftsfragen kaum Meinungsverschiedenheiten mit den PRI-Technokraten aufweist, für diese Situation nicht sensibel ist, wird er rapide an Unterstützung verlieren. Die Hälfte der 97 Millionen MexikanerInnen lebt unter der Armutsgrenze. Nachdem sie mehrheitlich den vollmundigen Worten von Fox vertraute, wird sie nun mehr als bunte Personality-Shows nach US-Vorbild sehen wollen.

Gerold Schmidt, Mexiko-Stadt

10. Treue, Ehre, Korruption - Die mexikanische Armee: Dem zivilen Staate treu - als Institution unantastbar

Die mexikanische Armee: Dem zivilen Staate ergeben - als Institution unantastbar

Autor: Gerold Schmidt · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:33

Die mexikanische Armee gilt als Sonderfall in Lateinamerika. Zumindest nach außen hin ist die Treue gegenüber dem jeweiligen Präsidenten fast schon sprichwörtlich. In der Öffentlichkeit spielt das Militär meistens eine scheinbar untergeordnete Rolle. Doch letztendlich ist auch die mexikanische Bundesarmee ein Staat im Staate, der sich in vielen Fällen vor zivilen Instanzen keinerlei Verantwortung stellen muss, gleichzeitig aber Einfluss in vielen zivilen Lebensbereichen hat.

Die ersten Präsidenten nach der mexikanischen Revolution (1910-1917) waren allesamt Generäle. Und es waren ebenfalls maßgeblich Militärs, die ihren Machtkämpfen 1929 mit der Gründung der Nationalen Revolutionären Partei (PNR), dem Vorläufer der daraufhin 70 Jahre ununterbrochen regierenden PRI, eine institutionalisierte Lösung gaben. Bis 1940, dem Ende der Regierungszeit des fortschrittlichen Generals Lazaro Cardenas, bildeten die Militärs offiziell eine der vier Säulen der Partei. Als sich immer mehr Revolutionskämpfer, darunter viele Generäle, in der PRI an den Rand gedrängt fühlten, reagierte die Partei der Institutionalisierten Revolution schnell: 1954 rief sie vor allem für diese Militärs als Satellit die Authentische Partei der Mexikanischen Revolution (PARM) ins Leben.

Kanalisierte Institutionalierung

Nach den 70er Jahren ist diese Partei eher künstlich am Leben gehalten worden. Ironischerweise war es die PARM, die 1988 dem PRI-Dissidenten und Präsidentensohn Cuauhtemoc Cardenas kurzfristig ihr Wahlregister als Plattform für seine Kandidatur zur Verfügung stellte. Der "Sohn des Generals" gewann damals nach allgemeiner Einschätzung die Wahlen, das offizielle Ergebnis lautete anders. Doch den traditionellen Wahlbetrug der PRI-Regierung akzeptierten die Militärs ohne Zögern. Für politisch ambitionierte Militärs hat die PRI immer die Möglichkeit offen gelassen, "im Ruhestand" Karriere zu machen. Ehemalige Generäle als Gouverneure, Senatoren oder Abgeordnete sind keine Seltenheit.

Im Normalfall zeigt sich die mexikanische Bundesarmee nicht besonders kriegerisch. Wenn es allerdings darum ging, interne Opposition gegen den Staat niederzuschlagen, sind die mexikanischen Streitkräfte dazu stets bereit gewesen. So massakrierten sie 1968 mehrere hundert protestierende StudentInnen auf dem Platz von Tlatlolco. Das Vorgehen gegen die Guerilla im Bundesstaat Guerrero Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre war ein Krieg ohne Gnade. Im Militärcamp Nr. 1 von Mexiko-Stadt sollen vor allem in den 70er Jahren zahlreiche militante Oppositionelle gefoltert worden sein. Die Tatsache, dass immer wieder von Folterungen durch Armeeangehörige berichtet wird, zeigt eine Regierungsstrategie: Hat der Staat sich einmal entschieden, gegen die Opposition vorzugehen und dabei Soldaten einzusetzen, lässt er dem Militär bei der Art der Verfolgung weitgehend freie Hand. Selbst wenn Folterungen von offizieller Seite verurteilt werden, muss die Armee nicht fürchten, dafür von zivilen Instanzen belangt zu werden.

Menschenrechtsorganisationen registrieren in Gebieten mit erhöhter Militärpräsenz massive Rechtsverletzungen durch Soldaten. Das reicht von Plünderungen über Vergewaltigungen bis hin zu Mord. Dabei lassen sich Militärs auch für die Zwecke lokaler Machteliten einspannen. Dafür gilt der Fall des Landarbeiters Rodolfo Montiel Flores als exemplarisch. Er wurde über die Grenzen seines Dorfes hinaus bekannt, weil ihm Anfang April in Abwesenheit der angesehene Goldman Environmental Prize für seine Umweltschutzaktivitäten verliehen wurde. Flores gründete im Februar 1998 im Bundesstaat Guerrero eine Organisation, um den illegalen Holzschlag durch den transnationalen Konzern Bois Cascade zu stoppen. Die Behörden hatten zuvor nichts unternommen, Lokalfürsten verdienten an dem Geschäft mit dem Multi. Doch Flores und seine Mitstreiter versperrten die Wege, auf denen das Holz aus dem Hochland abtransportiert wurde. Im August 1998 verließ Bois Cascade den Bundesstaat.

Aber der erfolgreiche Protest der Kleinbauern roch den Autoritäten offenbar nach Subversion. Am 2. Mai 1999 marschierte ein Kommando des 40. Bataillons der Infanterie des Heeres in dem Dorf Pizotla ein und verhaftete Rodolfo Montiel Flores sowie einen Genossen. Die Öko-Campesinos blieben fünf Tage in der Gewalt der

Militärs, wo sie ständig gefoltert wurden. Auch über ein Jahr später leiden Flores und sein Mitstreiter noch an den Folgen der Folterungen: Sie urinieren Blut, haben geschrumpfte Hoden, Knoten auf dem Rücken, Verletzungen am Kopf und am Bauch. Kürzlich wurden die beiden angeklagt, Marihuana und Opium geerntet sowie Waffen getragen zu haben, über die ausschließlich die Streitkräfte verfügen dürfen. Das Verfahren stützt sich juristisch einzig und allein auf die Selbstbeschuldigungen, die sie unter der Folter unterschrieben.

Kein Problem mit der Repression

Auch wer innerhalb der Streitkräfte Kritik übt, muss damit rechnen, mundtot gemacht zu werden. Der Brigadegeneral Jose Francisco Gallardo schlug Anfang der 90er Jahre vor, die Stelle eines Menschenrechtsbeauftragten beim Militär einzurichten. Schon zuvor hatte er sich unbeliebt gemacht, weil er die Korruption eines Vorgesetzten nicht decken wollte. Die Militärjustiz überzog ihn mit mehreren Verfahren. Seit November 1993 sitzt Gallardo in Haft, seine Forderungen nach einem Zivilprozess verhallen ungehört. Selbst die Aufforderung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, den General freizulassen und ihm ein reguläres Verfahren zu ermöglichen, hat die Regierung nicht zur Intervention bewegen können.

Der Aufstand der Zapatisten am ersten Januar 1994 und das Auftauchen der Guerilla-Gruppe EPR anderthalb Jahre später in Guerrero traf die mexikanischen Streitkräfte relativ unvorbereitet. Sie reagierten mit Aufrüstung, der Reorganisierung des Geheimdienstapparates und einer Öffnung bezüglich der Zusammenarbeit mit den USA. In der Konfliktregion Chiapas, aber auch in Guerrero und dem Bundesstaat Oaxaca, bleiben die Militärs nicht mehr wie früher in ihren Kasernen, sondern zeigen mit zahlreichen Camps Präsenz. Besonders in Chiapas ist die Strategie unübersehbar, die Zapatisten ohne erklärten Krieg immer stärker einzukreisen und ihnen schleichend die Luft abzudrücken. Dabei bietet die Armee auf der einen Seite Dienstleistungen wie medizinische Versorgung in Gemeinden an, auf der anderen Seite operieren paramilitärische Gruppen unter ihrem Schutz gegen die mit den Zapatisten sympathisierende Bevölkerung. Die Militärs haben sich an die bisherige Regierungslinie gehalten, keinen offenen Krieg gegen die Zapatisten zu führen - das heißt nicht, dass dies die Regierungslinie bleiben muss. Zu Konflikten mit der neuen Regierung könnte es, laut Expertenmeinung, dann kommen, wenn diese den Rückzug aus Chiapas anordnen würde, um die Lage zu entspannen.

Die Armee seit Chiapas

Mit dem Amtsantritt von Präsident Ernesto Zedillo Ende 1994 begann für viele Beobachter eine Militarisierung der Gesellschaft. Zedillo suchte besonders zu Anfang seiner Regierungszeit auffällig die öffentliche Unterstützung der Armee. So war es beispielsweise ein Novum, dass der Verteidigungsminister sich zur Wirtschaftspolitik der Regierung äußerte. Die Besetzung hoher Polizeiposten mit Generälen, vor allem die Militarisierung der Sicherheitskräfte in der Hauptstadt, sowie die von Militärs geführte Behörde zur Drogenbekämpfung verstärkten Befürchtungen, Zedillo sähe in den Uniformierten seine wichtigste Basis. Doch nachdem mit General Gutierrez Rebollo 1997 der mexikanische Anti-Drogenzar als Kollaborateur der Drogenmafia geoutet wurde und in Mexiko-Stadt Cuauhtemoc Cardenas als erster frei gewählter Bürgermeister einen Zivilisten an der Polizeispitze der Stadt durchsetzte, verschwand das Thema Militarisierung wieder aus den Schlagzeilen. Vom Tisch ist es jedoch nicht: Die neu geschaffene Präventive Bundespolizei (PFP) besteht zu 90 Prozent aus ehemaligen Soldaten. Ihren ersten Einsatz hatte sie gegen die streikenden Studenten der Nationaluniversität UNAM. Zuletzt wurde sie zum Einsatz nach Chiapas geschickt: Unter dem Vorwand, die dortige Bevölkerung vor der Gefahr von Waldbränden schützen zu müssen, sollte die PFP vor allem mit den Zapatisten sympathisierende Gemeinden zwangsumsiedeln.

Gerold Schmidt, Mexiko-Stadt

11. Oppositionelle verhinderten 1989 einen Putsch in Argentinien - sie sitzen heute hinter Gittern

Oppositionelle verhinderten 1989 Putsch in Argentinien - sie sitzen bis heute hinter Gittern

Autor: Gruppe Libertad! · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:12

Am frühen Morgen des 23. Januar 1989 durchbrach ein LKW, gefolgt von mehreren Privatautos, das Haupttor der Kaserne in

"La Tablada", einem Vorort von Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires. Gleichzeitig drang eine weitere Gruppe von der Rückseite des Militärpostens auf das Gelände vor. Innerhalb kürzester Zeit gelang den etwa 60 schlecht bewaffneten AngreiferInnen die nahezu vollständige Besetzung des Militärstützpunktes. Drei Stunden später begann der Krieg: Mehr als 3.000 Soldaten griffen die Kaserne von La Tablada mit Panzern, Artillerie und Flugzeugen an. Sie legten die Kaserne in Schutt und Asche, obwohl die BesetzerInnen längst eine friedliche Übergabe angeboten hatten. 31 BesetzerInnen starben, sechs weitere sind bis heute verschwunden, 22 wurden inhaftiert.

Die Besetzung der La Tablada-Kaserne war von Mitgliedern des Movimiento Todo por la Patria (MTP) organisiert worden. Das MTP hatte sich 1986 als Sammelbecken linker AktivistInnen und Überlebender der Diktatur in Argentinien (1976-1983) formiert. Das siebenjährige Militärregime kostete mindestens 30.000 Oppositionellen das Leben, 18.000 Menschen verschwanden in den Knästen, über 100.000 mussten ins Ausland fliehen. In den ersten sechs Jahren nach der Wiedereinführung der formalen Demokratie versuchten die dank verschiedener Amnestiegesetze straflos gebliebenen Militärs insgesamt vier Mal zu putschen.

Der verhinderte Putsch

Im Januar 1989 verdichteten sich die Hinweise, dass in der Kaserne von La Tablada erneut ein Staatsstreich geplant wurde. "Wir wollten die Militärs daran hindern, die Panzer auf die Straße zu bringen. Wir wussten, dass sie putschen wollten", erinnert sich Cintia Castro, eine der Besetzerinnen von La Tablada. "Wir haben dafür einen sehr hohen Preis bezahlt, aber den Putsch haben wir verhindert", fügt sie hinzu.

Castros Gefängnisstrafe wurde 1996 zur Bewährung ausgesetzt. 14 ihrer GenossInnen von damals sitzen jedoch noch immer unter härtesten Bedingungen ihre Strafe ab, die in einigen Fällen der Isolationshaft gleichkommt. Enrique Gorriaran beispielsweise befindet sich in einem Militärgefängnis und ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Der Generalsekretär des MTP gilt als eine der historischen Leitfiguren der argentinischen Befreiungsbewegung PRT-ERP. Nach 1976 kämpfte Gorriaran an der Seite der Sandinisten in Nicaragua und war 1979 an der Erschießung des Diktators Somoza in Paraguay beteiligt. 1995 wurde er vom argentinischen Geheimdienst in Mexiko entführt und unter anderem wegen Beteiligung bei der Besetzung von La Tablada zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Der 70-jährige Kapuzinerpater Antonio Puigjane bekam wegen der gleichen Aktion 20 Jahre Haft und sitzt derzeit in einem Kloster in Hausarrest. Amnesty International hat Puigjane zum "gewaltlosen politischen Gefangenen" erklärt und seine Freilassung gefordert.

Die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hatte den argentinischen Staat bereits im Dezember 1997 wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Die Kommission erklärte den Prozess gegen die La Tablada-BesetzerInnen für ungültig und forderte Wiedergutmachung. Die Ermittlungen des OAS-Ausschusses hatten ergeben, dass neun der BesetzerInnen erschossen wurden, nachdem sie sich bereits ergeben hatten, die Überlebenden gefoltert wurden und dass Fehler bei der Untersuchung des Falls gemacht wurden. Außerdem habe es eine Einschränkung der Verteidigung gegeben, so die Kommission. Sie bemängelte außerdem, dass nie eine zweite Instanz in dem Gerichtsverfahren gegen die Tablada-BesetzerInnen zugelassen worden war. Gegen die für das Vorgehen und die Morde verantwortlichen Militärs ist zudem niemals ein Verfahren eingeleitet worden. Während des Wahlkampfes hatte der kürzlich neugewählte Präsident Fernando de la Rua erklärt, er werde die Beschlüsse der Menschenrechtskommission akzeptieren ..., seitdem ruht der Fall.

OAS verurteilt Argentinien

Am 29. Mai dieses Jahres traten die Tablada-Gefangenen in den Hungerstreik. Auch Raul Castells hat sich dem Hungerstreik angeschlossen. Der in Argentinien sehr bekannte Aktivist gegen den vorgesehenen drastischen Abbau der Sozialleistungen, sitzt auf Grund seines Engagements für den Erhalt von Rentenansprüchen in Haft. "Auf der Suche nach einer Lösung haben wir über elf Jahre lang alle politischen und juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft", schreiben die Tablada-Gefangenen in ihrer Erklärung. "Wir haben dabei geduldig und vernünftig gehandelt. Aber wir sind nicht bereit, unsere Würde aufs Spiel zu setzen," heißt es weiter. "Deshalb erklären wir hiermit den Beginn eines Hungerstreiks." Die Gefangenen fordern, dass die Beschlüsse der OAS-Menschenrechtskommission endlich umgesetzt werden.

Inzwischen haben die Tablada-Gefangenen auch Unterstützung von internationaler Prominenz. "Es ist der richtige Zeitpunkt, mit Kraft und Entschlossenheit die Freiheit der La Tablada-Gefangenen zu fordern. Es handelt sich um eine Situation, die zum Wohle der argentinischen Gesellschaft beendet werden muss", schrieb Jose Samarago Ende Mai in einem Offenen Brief an de la Rua. Unterzeichnet wurde Saramagos Brief zunächst von den NobelpreisträgerInnen Adolfo Perez Esquivel und Rigoberta Menchu sowie von dem spanischen Schriftsteller Manuel Vazquez Montalban. Mittlerweile haben sich unter anderem Ernesto Cardenal, Osvaldo Bayer, Noam Chomsky, Daniel Ortega und Günter Grass sowie zahlreiche Kirchenvertreter, Politiker und Künstler Lateinamerikas der Erklärung des portugieseischen Nobelpreisträgers angeschlossen. Inzwischen wurde auch eine Initiative im argentinischen Parlament ins Leben gerufen, die für die Gefangenen eine zweite Gerichtsinstanz ermöglichen soll. Diese würde bedeuten, dass sie wieder den Status von Untersuchungshäftlingen erhielten und auf Grund ihrer bereits sehr langen Inhaftierungsdauer sofort freigelassen werden müssten.

Gruppe Libertad!

12. An Brasiliens Universitäten wehren sich Studierende, Angestellte und DozentInnen gegen Privatisierung (Interview mit C. Schucmann)

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:41

1997 gab die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) eine Studie mit dem Titel "Höhere Bildung in Lateinamerika und der Karibik" heraus. Darin wird dem dortigen Hochschulwesen ein Teufelskreis aus mangelnder Flexibilität hinsichtlich der Bedürfnisse des Marktes sowie Ineffizienz der Lehre und Forschung, verursacht durch die zu große Einflussnahme des Staates, verbunden mit einer zu starken Belastung der öffentlichen Haushalte konstatiert. Die Empfehlungen der IDB lauten: Gründung privater Universitäten und Forschungszentren, "that keep close ties to the Market", Mischfinanzierung aus privat und öffentlich für die verbleibenden staatlichen Universitäten, geknüpft an schärfere Zugangsbeschränkungen für Studierende und "Entschlackung" des Lehrkörpers in geisteswissenschaftlichen Studiengängen. Als positive Beispiele für Länder, die den "Teufelskreis bereits durchbrechen konnten", werden Chile, Mexiko und die Universitäten von Sao Paulo (Brasilien) genannt.

Cecilia Schucmann ist Literaturstudentin an der Bundesuniversität von Sao Paulo (USP). Sie war als Aktivistin der brasilianischen Studierendenbewegung an der Besetzung des Rektorats beteiligt, die Anfang Mai den Auftakt für einen Streik an der USP sowie an zwei weiteren staatlichen Universitäten im Bundesstaat Sao Paulo bildete. Mit Cecilia Schucmann sprach Lars Stubbe am 31. Mai in Hamburg.

ak: In Sao Paulo traten ProfessorInnen, Universitätsangestellte und Studierende gemeinsam in den Streik. Wie sehen eure gemeinsamen Forderungen aus?

In Brasilien spielen die ProfessorInnen und Universitätsangestellten traditionell eine führende Rolle bei Streikbewegungen an den Hochschulen, wobei es meist um Lohnerhöhungen geht. Die Universitätsangestellten haben beispielsweise eine eigene Gewerkschaft, die SINTUSP.

So war es auch bei der Vorbereitung und Ausrufung des Streikes an der USP im Mai. Die ProfessorInnen und Angestellten der Universität forderten in erster Linie eine sofortige Lohnerhöhung von 25 Prozent, was lediglich eine Anpassung an den Inflationsindex wäre.

Wir Studierende schließen uns den Forderungen der ProfessorInnen und der SINTUSP an, weil eine Verbesserung ihrer Situation natürlich auch zur Verbesserung der Lehre beiträgt.

Habt Ihr als Studierende auch eigene Forderungen entwickelt?

Klar versuchen wir auch unseren eigenen Weg zu gehen. Eine unserer Forderungen, die von den ProfessorInnen aber auch unterstützt wird, ist zum Beispiel die Einstellung von 800 zusätzlichen Lehrkräften an den Hochschulen im Bundesstaat Sao Paulo. Uns als Studierende geht es vor allem um die interne Demokratisierung der Hochschulen. Gegenüber dem Rektorat fordern wir die Direktwahlen der Universitätsleitung und der ihr unterstehenden Verwaltung mit einer paritätischen studentischen Beteiligung.

Außerdem fordern wir eine Verbesserung der Situation in den studentischen Wohnheimen sowie der Ernährungssituation in den Mensen. Auch lehnen wir die vorgesehene Privatisierung der studentischen Gesundheitsversorgung strikt ab. Diese wird derzeit noch kostenfrei durch das Universitätskrankenhaus gewährleistet. Doch als erster Schritt der Privatisierung wurden vor kurzem die Postgraduierten von der studentischen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Wir fordern, dass sie hierzu wieder Zugang bekommen.

Nicht zuletzt geht es uns um die Finanzierung der Universität. Vor und während der Diktatur (1974-1984) gab es Bundesuniversitäten und kirchliche Universitäten, die politisch und administrativ autark waren und eben entweder von der Kirche oder dem Bund, d.h. dem Staat finanziert wurden, was den Generälen logischerweise nicht passte. In den letzten Jahren der Militärregierungen und vor allem in den ersten Jahren der Redemokratisierung wurden dann Universitäten gegründet, die wie Stiftungen funktionieren. Das heißt, dass sie zu einem Drittel vom Bund bezahlt werden, zu einem Drittel von der Privatwirtschaft finanziert sind und zu

einem Drittel von den Studierenden. Da die Privatwirtschaft bestimmte, nicht-marktkonforme Studiengänge nicht zu fördern, soll dieses Drittel, laut Regierung, auf die Studierenden umgelegt werden. Wir wehren uns gegen diese selektive Form der Erhöhung der Studiengebühren sowie gegen die Einflussnahme der Privatwirtschaft auf Lehre und Forschung und fordern eine Erhöhung des staatlichen Haushaltes für öffentliche Bildung von neun auf mindestens elf Prozent.

Was war der konkrete Auslöser für den Streik?

Die Initialzündung war eine Demonstration am 13. April in Sao Paulo, die vor allem von der SINTUSP, aber auch von den Lehrkräften und Studierenden organisiert wurde. Wir sind mit 5.000 Leuten losgegangen, am Ende waren es 50.000. Das haben wir insbesondere der Landlosenbewegung MST zu verdanken, die sich uns anschloss. Seit langem versuchen wir über Universitätsprogramme Kontakte zu sozialen Bewegungen herzustellen. So läuft an der USP seit Jahren ein studentisches Austauschprogramm mit dem MST. Wir organisieren für die Landlosen Informationsveranstaltungenen, Fortbildungen und unterstützen ihre besetzten Gemeinden. Diese Form der Solidarität hat dazu geführt, dass uns der MST jetzt im Streik unterstützt. Gleichzeitig hat es aber auch Protestbewegungen und Streiks der Transportarbeiter und im Gesundheitswesen gegeben.

Die Demonstration war von massiver Repression der Polizei begleitet. Der Rektor der USP, Jaques Marcovitch, bestellte die Polizei, die brutal gegen die TeilnehmerInnen einer friedlichen Kundgebung vorging, die zum Auftakt der Demonstration auf dem Gelände der USP stattfand. Zwei Gewerkschaftsführer und einige Studierende wurden festgenommen. Die StudentInnen sind kurze Zeit später wieder freigelassen worden, aber Marcovitch strengt jetzt einen Prozess gegen die SINTUSP an und ließ Polizeikräfte anfordern, die verhindern sollen, dass sich SINTUSP-AktivistInnen vor den Universitätsgebäuden postieren, um StreikbrecherInnen abzuhalten.

Der konkrete Auslöser des Streiks war jedoch die Besetzung des Rektorats von ProfessorInnen, SINTUSP-Mitgliedern und Studierenden. So haben wir Marcovitch dazu zwingen können, mit uns in Verhandlungen zu treten.

Wie entwickelte sich die Studierendenbewegung in Brasilien?

Die "neue" Studierendenbewegung formierte sich vor etwa drei Jahren. 1998 wurde Ferndando Enrique Cardoso von der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB) erneut zum Präsidenten gewählt. Spätestens ab Ende der 90er Jahre bildete die Öffnung des brasilianischen Marktes und die Privatisierung des öffentlichen Dienstes - 40 Prozent aller in diesem Sektor Beschäftigten sollen entlassen werden - für ihn das Zentrum der Wirtschaftspolitik. Von den sozialen Konsequenzen sind die Universitäten natürlich nicht verschont geblieben.

Vor etwa zwei Jahren begannen wir dann an der USP regelmäßig mit öffentlichen Versammlungen durchzuführen. Ziel war die Sensibilisierung der Studierenden für die Situation der Universität in der Gesellschaft und für soziale Fragen. Vergangenen September veranstalteten wir dann eine studentische Diskussionswoche, wo wir in verschiedenen Foren konkrete Forderungen entwickelten. Dabei sind wir von den ProfessorInnen sehr stark unterstützt worden. Die Foren setzten auch nach dieser Woche ihre Arbeit fort und mündeten dann Anfang Mai in der Ausrufung des Streiks.

Wie waren die Reaktionen auf den Streik in Brasilien und im Ausland?

In Brasilien gab es praktisch eine Nachrichtensperre, deswegen sollte unser Kampf von sozialen Bewegungen im Ausland möglichst breit bekannt gemacht werden. Allerdings geht es uns nicht nur um Solidarität, sondern wir wollen auch auf ein Problem aufmerksam machen, was uns vielleicht zuerst trifft, weil wir aus den Ländern der Dritten Welt kommen, wo die Attacken des globalisierten Kapitalismus zuerst greifen, aber die Umstrukturierungen im Ausbildungs- und Bildungsbereich werden auch soziale Konsequenzen auf die Hochschulen in den Ländern der ersten Welt haben.

Anmerkung: Am 16. Juni erklärten die Lehrkräfte der USP den Streik von ihrer Seite aus vorerst für beendet. Sie konnten eine sofortige Lohnerhöhung von 4,25 Prozent, eine Anpassung der Löhne an die Inflationsrate im kommenden Oktober und eine weitere Gehaltserhöhung um 3,75 Prozent für Januar 2001 aushandeln.

13. Den Kokon des Feminismus aufbrechen - Feministische Medien in Guatemala

Autor: SK · Rubrik: Frauen; Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:10

Feministische Politikansätze hatten in Guatemala nie einen leichten Stand. Sogar viele Frauengruppen lehnen eine Selbstdefinition als feministisch ab. Die Gründe dafür speisen sich einerseits aus der vor allem von Frauen aus dem Süden formulierten Kritik am elitären und eurozentristischen Charakter "traditioneller" feministischer Konzepte. Im Fall von Zentralamerika bedingte andererseits aber auch der Kontext der Bürgerkriege die Marginalität feministischer Projekte. In den 60er und 70er Jahren bildeten sich in Guatemala zunehmend Frauengruppen, die sich mit feministischen Publikationen aus den USA oder Europa beschäftigten. Als Anfang der 80er Jahre die staatliche Repression offener wurde, zerfiel dieser Ansatz einer Bewegung, weil auch die feministischen Zirkel die Notwendigkeit sahen, den Kampf für die allgemeinen Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen.

Seit Anfang der 90er Jahre und verstärkt seit Friedensschluss 1996 sind die Spielräume für Frauenorganisationen weitaus größer geworden. In den Richtlinien internationaler Entwicklungszusammenarbeit und der staatlichen Repräsentationspolitik Guatemalas hat der Begriff Empowerment von Frauen in den letzten Jahren Karriere gemacht. Die tatsächliche politische, ökonomische und soziale Partizipation von Frauen ist jedoch nach wie vor gering. Auch in der guatemaltekischen Medienlandschaft finden sich nur wenige Journalistinnen oder Redakteurinnen. In der Berichterstattung selbst tauchen Frauen, wenn überhaupt, meist in Verbindung mit Gewalt auf: als Geschlagene, Entführte, Vergewaltigte. Im Laufe der vergangenen Jahre sind allerdings einige Medienprojekte entstanden, die den Anspruch verfolgen, Frauen als Medienmacherinnen zu stärken und ein neues Verständnis von Feminismus zu entwickeln.

Bereits 1993 gründete sich das feministische Radiokollektiv Voces de Mujeres. Seitdem sendet die Gruppe jeden Tag eine Stunde lang über die Frequenz der Hauptstadtuniversität USAC. "Wegen der hohen Analphabetismusrate vor allem unter den Frauen, ist Radio in Guatemala das wichtigste Medium", erklärt Ana Monzon, die Koordinatorin von Voces de Mujeres. Die Hauptziele der Gruppe sind "einerseits einen Geschlechterfokus im Wissenschaftsbetrieb zu stärken, andererseits aber auch einen Raum der Artikulation für nicht-organisierte Frauen ohne akademischen Hintergrund zu schaffen." Ana Monzon ist der Meinung, dass dies kein Widerspruch sein muss. "Man kann auch feministische Themen so aufbereiten, dass sie von allen verstanden werden". Vernetzung ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit des Radiokollektivs. Im vergangenen Jahr begleitete die Gruppe die von zahlreichen Frauenzusammenschlüssen getragene Kampagne für ein Gesetz, das sexuelle Übergriffe als Delikt definiert. Insgesamt jedoch, so die Einschätzung von Ana Monzon, könne man in Guatemala inzwischen zwar "von einer Frauenbewegung, nicht aber von einer feministischen Bewegung sprechen."

Frauenstimmen im Äther

Rosalinda Hernandez Alarcon, Mitglied im Herausgeberinnenrat der feministischen Zeitschrift laCuerda, sieht das ähnlich: "Die Forderungen der guatemaltekischen Frauengruppen beziehen sich hauptsächlich auf elementarste Bedürfnisse: Bildung, Landzugang, Gesundheit etc. Das ist ein Unterschied zu anderen Ländern, wo beispielsweise auch das Recht auf Abtreibung gefordert wird."

Die Cuerda wurde vor zwei Jahren von zwei guatemaltekischen Feministinnen aus der Taufe gehoben. Beide hatten schon einige Erfahrungen im journalistischen Bereich gesammelt, konnten ihre Themen aber kaum in guatemaltekischen Zeitungen unterbringen. Sie sahen deshalb die Notwendigkeit, nicht nur Feministinnen, sondern auch Journalistinnen zu fördern. Nach mehreren Treffen mit weiteren Publizistinnen bildete sich ein siebenköpfiger Herausgeberinnenrat. Die Cuerda sollte ein Massenmedium mit feministischer Orientierung werden. Die erste Ausgabe erschien am 8. März 1998. Heute kommt die Zeitschrift monatlich heraus, als Supplement der Tageszeitung El Periodico, mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren. Nicht ohne Stolz stellt Rosalinda fest: "Die Cuerda ist in Guatemala das einzige - von seinem Inhalt her - alternative Massenmedium." Das redaktionelle Konzept ähnelt dem eines Magazins. Die Schwerpunktthemen wie Körper und Sexualität, Frauen und Land etc., werden durch Nachrichten, Berichte und Essays ergänzt.

Die Gründerinnen der Cuerda stellten den Aufbau eines Mediums ins Zentrum, das sich nicht über eine festgelegte Strömung des Feminismus definiert. "Kleinster gemeinsamer Nenner war die Übereinstimmung", so Rosalinda, "Erneuerung des Verständnisses von Feminismus anstoßen zu wollen und ihn wieder auf die Tagesordnung zu bringen." Aus diesen Überlegungen ergaben sich zwei Konsequenzen für die inhaltliche Orientierung des Blattes. Zum einen, dass die Revitalisierung des Feminismus nicht allein Sache der (weißen) Frauen ist, weshalb sich die Zeitschrift auch an Männer richtet und in jeder Ausgabe ein Mann zu Wort kommt. Vor allem bemüht sich die Redaktion aber um die Einbindung von schreibenden Frauen aus der indigenen (Mehrheits-)Bevölkerung. Zum anderen sollte der Fehler so genannter traditioneller Feministinnen nicht wiederholt werden, "deren Publikationen", kritisiert Rosalinda, "für die Mehrheit der Frauen unverständlich bleiben und sich außerdem nur an bereits Überzeugte richten".

Trotzdem hatte es die Cuerda anfangs schwer, die Vorbehalte potenzieller LeserInnen gegen das Attribut feministisch auszuräumen. "Als wir die ersten Ausgaben herausbrachten, wurden wir als sehr radikal angesehen", erzählt Rosalinda, "aber als die Leute auch die folgenden Ausgaben zu lesen begannen, bemerkten sie, dass man sich vor der Cuerda nicht fürchten muss". Seit sich die Zeitschrift in der Hauptstadt etabliert hat, versuchen die Herausgeberinnen mehr Frauengruppen im Landesinneren zu erreichen. Mittlerweile ist die Cuerda in acht Provinzen des Landes zu erhalten und stößt dort auch bei indianischen Frauenorganisationen auf positive Resonanz. "Nur so können wir den Kokon des Feminismus aufbrechen," meint Rosalinda. Das neueste Projekt aus dem Kreis der Cuerda-Frauen ist die Internetzeitschrift Tertulia.

Den Feminismus erneuern

Nach Ansicht von Rosalinda weist das wachsende öffentliche Interesse an der Cuerda darauf hin, dass es "sogar in Guatemala möglich wird, über Feminismus zu sprechen." Für einen Backlash könnte allerdings die neue ultrarechte Regierung sorgen. "Für uns ist diese Regierung eine faschistische Regierung, die versucht eine ideologische Triade von Staat, Religion und Familie, durchzusetzen" erklärt Rosalinda. Insbesondere bei "traditionell" delikaten Themen wie Sexualität mache sich die reaktionäre Orientierung der Regierungspartei FRG bemerkbar. Die Publizistin nennt auch gleich ein Beispiel: "Wir hatten nie Probleme, die Cuerda herauszubringen, aber in einer der letzten Ausgaben veröffentlichten wir einen Artikel, in dem wir uns für die Legalisierung der Abtreibung aussprachen (die in Guatemala per se verboten ist). Daraufhin sagten die Herausgeber des Periodico, dass sie die Ausgabe nicht beilegen wollen. Wir hatten in diesem Fall zwar nicht direkt mit der Regierung Probleme, aber sie ist verantwortlich für die Bedingungen, unter denen derzeit Journalismus betrieben werden kann."

sk

LaCuerda und Tertulia können unter

lasturias@intelnet.net.gt kostenlos

abonniert werden.

14. Italien: Die Politik der Bomben. Neuer Streit um Staatsmassaker

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:13

Ungewohnt heftig schlagen derzeit Italiens linke und rechte Parlamentsparteien aufeinander ein. Während im politischen Tagesgeschäft der Wettstreit, wer denn die wahre Mitte verkörpere, das Publikum immer mehr langweilt, fliegen in den Fragen der "Vergangenheitsbewältigung" die Fetzen. Es geht, wie schon so oft, um die "Strategie der Spannung", die faschistischen Attentate seit 1969 und insbesondere um die Mittäterschaft des Staates.

Italiens Rechte schäumen. Allen voran die sonst auffallend um Mäßigung bemühten Erben des Neofaschismus wettern gegen die "postkommunistischen" Linksdemokraten (DS), die in der Tat den Streit begonnen haben. Ihre Abgeordneten in der parlamentarischen "Massaker-Kommission" (Commissione stragi) haben ein 326 Seiten starkes Papier vorgelegt über "Massaker und Terrorismus in Italien vom Kriegsende bis heute". Darin werden alle wichtigen Untaten des Rechtsterrorismus abgehandelt, darunter das "Staatsmassaker" von Mailand (1969: 16 Tote), der Anschlag gegen eine Gewerkschaftskundgebung in Brescia (1974: acht Tote) und die Bombe auf dem Bahnhof von Bologna (1980: 85 Tote).

Vor allem geht es den AutorInnen aber um die Hintermänner und Mitwisser der Massaker. Das Fazit der DS-Parlamentarier hat es in sich: "Seit 1969 und davor schon mit den Putschversuchen gab es Massaker des Staates und der atlantischen Allianz, um den Kommunismus zu bekämpfen." Anders gesagt: Im Kalten Krieg war Italien de facto ein Land mit "eingeschränkter Souveränität", ein Kampfgebiet, auf dem die westliche Führungsmacht und ihre italienischen Verbündeten das Voranschreiten der Linken mit allen Mitteln verhindern wollten. Für den "Tag X" der kommunistischen Machtübernahme stand die Konter-Guerilla Gladio bereit; obwohl offiziell erst 1990 enttarnt, war ihre Existenz aber schon lange bekannt und wirkte ebenso einschüchternd wie mehrere Putschversuche vor allem in den sechziger Jahren.

Die Botschaft all dieser vorbeugenden konterrevolutionären Aktivitäten war klar: Die mächtigen transatlantischen Verbündeten der Quasi-Staatspartei Democrazia Cristiana waren nicht gewillt vermeintlichen "sozialistischen Experimenten" tatenlos zuzusehen; notfalls würden sie auch mit Gewalt dagegen einschreiten. Diese Strategie des "Säbelrasselns" (der Sozialist Pietro Nenni) tat ihre Wirkung: Sozialisten und Kommunisten machten ihren Frieden mit der NATO, der PCI erfand später gar den "historischen Kompromiss" mit der Christdemokratie. Denn dass die Rechten gegen eine mit knapper Mehrheit regierende Linke den Bürgerkrieg eröffnet hätten, war nicht von der Hand zu weisen - auch ohne die chilenische Erfahrung von 1973, die offiziell zur Begründung für die neue Bündnispolitik des PCI herhalten musste.

Der Rechtsterrorist Vincenzo Vinciguerra, verantwortlich für den Bombenanschlag von Peteano, bei dem 1972 drei Carabinieri getötet wurden, hat später die Logik der 1969 begonnenen "Strategie der Spannung" offen ausgesprochen. Die Zusammenarbeit von neofaschistischen Bombenlegern mit Teilen der Geheimdienste und der Polizei sollte "destabilisieren, um zu stabilisieren". Nicht um den Umsturz und die Restauration des Faschismus sei es dabei gegangen, sondern um die "Festigung einer autoritären Demokratie, in der die Kommunisten weder Raum noch Bürgerrechte haben sollten". Möglich ist allerdings, dass einzelne Faschisten die Rückendeckung durch den Staat fälschlich als Unterstützung für echten Putschismus ansahen. In Wirklichkeit war, wie auch im Falle der Geheimloge Propaganda Due (P2), das Gegenteil der Fall: Die illegalen Machenschaften dienten zur Absicherung der "legal" erworbenen Herrschaft.

Die jetzt vorgelegte linksdemokratische Kampfschrift enthüllt letztlich kaum etwas, was nicht "im Prinzip" bekannt war. Dennoch ist sie aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum ersten scheren die AutorInnen mit ihrem Minderheitsvotum aus dem Trott der parlamentarischen Untersuchungskommission aus, die trotz jahrelanger Arbeit zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen ist. Zum anderen attackieren sie zum Teil noch lebende Dunkelmänner der italienischen Politik wie Pino Rauti von der MSI-Abspaltung Fiamma Tricolore, aber auch den Sprecher der neofaschistischen Senatoren, Giulio Maceratini (Alleanza Nazionale). Letzterer habe nachweislich noch 1997 Kontakte zu Kadern der terroristischen Rechten unterhalten. Der Kollaboration mit den Bombenlegern beschuldigen die Linksdemokraten auch den langjährigen MSI-Sekretär Giorgio Almirante.

1987, ein Jahr vor seinem Tod, hatte Almirante auf den Parteivorsitz verzichtet - zu Gunsten seines Zöglings Gianfranco Fini, der heute vorzugsweise als konservativer Biedermann auftritt.

Gleichwohl hat sich Fini von der neofaschistischen Vergangenheit nie distanziert - nicht nur weil das die alten Kämpfer aus der Partei treiben würde. Der Kommentator der römischen Tageszeitung La Repubblica vermutet im neofaschistischen Lager bis heute fort bestehende gegenseitige Abhängigkeiten, die auf Insiderwissen über die terroristische Vergangenheit beruhen könnten: "Was nie geklärt wurde, ist, welches Gewicht die Beziehungen und gegenseitigen Erpressungen der Vergangenheit heute noch haben." Der Kommentar endet mit dem Satz: "Es ist paradox: Die Dinge lägen klarer, wenn unsere extreme Rechte putschistisch im klassischen Sinne gewesen wäre." Wie gesehen, war sie es nicht, sondern auf die Unterstützung durch Staatsdiener angewiesen, die für ihre Mittäterschaft nie zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Js.

15. Türkei: Mehr Kronzeugen durch kleinere Zellen?

Autor: Jan Ketman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:15

Obwohl die türkischen Gefängnisse nach wie vor Orte der staatlichen gedeckten Menschenrechtsverletzungen sind, gibt es Leute, die türkische Gefängnisse denen in Frankreich oder Italien vorziehen. Zu ihnen gehört der Papstattentäter Mehmet Ali Agca, von dem erzählt wird, dass er bei seiner Ankunft in einem Gefängnis in Istanbul voller Freude war und gleich von den Wächtern ein Handy verlangt habe.

Besser verbürgt als diese Anekdote ist der Wunsch des Banden-Chefs Alaattin Cakici, man solle ihn von Frankreich in die Türkei ausliefern. Dies obwohl ihm in der Türkei die Todesstrafe droht, weswegen die französischen Behörden die Auslieferung zuerst verweigerten. Auch als sechs Mitglieder seiner Gang von einer rivalisierenden Gruppe im Gefängnis mit Pistolen und Schnellfeuergewehren der Marke Kalaschnikow regelrecht hingerichtet wurden, einer davon im Zimmer des stellvertretenden Gefängnisdirektors, blieb Cakici dabei, er wollte in die Türkei ausgeliefert werden und hat seinen Wunsch auch erreicht. Als sei er noch immer in Freiheit führt Cakici jetzt im Gefängnis einen Bandenkrieg, in dessen Verlauf in den letzten Wochen fünf weitere Häftlinge starben.

Ein anderes Beispiel für die Ohnmacht des Staates in den Gefängnissen ist die islamistische Terrororganisation Front der Freischärler des islamischen großen Ostens (IBDA-C, nicht zu verwechseln mit der türkisch-kurdischen Hizbullah). Letztes Jahr blamierte sich die Polizei mit der Meldung der Festnahme des Anführers der IBDA-C. Der Grund für die Blamage war der Ort seiner Festnahme: ein Gefängnis in Istanbul. Obwohl er dort schon längere Zeit einsaß, war es der Polizei, bzw. dem Militär nicht gelungen, sein Erscheinen vor Gericht gegen den Widerstand seiner ebenfalls inhaftierten Gesinnungsgenossen durchzusetzen.

Auf all diese Probleme glaubt der türkische Staat jetzt eine Antwort zu haben, die ihn sogar noch international in gutes Licht rückt: Der Übergang zu einem Strafvollzug nach europäischem Vorbild. Gemeint ist insbesondere die Einführung kleinerer Zellen für einen bis drei Häftlinge.

Fast in allen türkischen Gefängnissen sind Zellen für mehr als drei Gefangene der Standard. Z.B. im E-Tip Gefängnis in Diyarbakir gibt es Großzellen für jeweils etwa 80 Häftlinge. Die Zellen sind aufgeteilt in einen großen Aufenthaltssaal und kleine Schlafzellen, die an einer Wand in mehreren Stockwerken übereinander angeordneten sind und durch Gitter abgetrennt werden können. In solchen Großzellen organisieren sich die Häftlinge ein Gemeinschaftsleben. Von Verwandten mitgebrachte Lebensmittel und Bücher werden geteilt. Einzelne Häftlinge geben Kurse z. B. Fremdsprachenunterricht. Durch Folterungen physisch und psychisch beeinträchtigte Häftlinge werden von den Mitgefangenen wieder aufgerichtet. Die Häftlinge haben es meist erkämpft, dass sie mit Gefangenen der gleichen politischen Gruppe in die gleichen Trakte kommen, so dass politische aber eben auch die Banden-Strukturen im Gefängnis weitergeführt werden können.

Dem Staat sind diese Verhältnisse ein Dorn im Auge. Denn sie vermindern den Einfluss auf die Gefangenen. Dahinter verbirgt sich nicht nur der staatliche Gedanke nach "Resozialisierung", sondern auch das Interesse an Verrätern. Grundlage hierfür ist das sogenannte Reuegesetz, es ermöglicht z. B. bei Mord unter gewissen Voraussetzungen eine Strafminderung auf neun Jahre, von denen ungefähr vier abgesessen werden müssen. Gelegentlich kommen wie kürzlich bei der Zerschlagung der Hizbullah sogar Fälle vor, in denen Personen, die an zahlreichen Morden beteiligt waren, nach wenigen Wochen ohne Gerichtsverfahren einfach freigelassen werden. Bei der Bekämpfung der PKK haben solche Überläufer oft gleich in die Reihen der offiziell nicht existierenden Antiterroreinheiten gewechselt.

Das Kollektivleben der Häftlinge erschwert es solche Überläufer bzw. Kronzeugen zu bekommen. Deshalb sind die Exzesse der organisierten Banden in den Gefängnissen nicht unwillkommen, denn sie sind hilfreich, um das alte Großzellensystem zu diskreditieren. Dieses erleichtert zwar sicher mafiöse Strukturen, ist aber nicht in erster Linie dafür verantwortlich zu machen. Dass Dinge wie Waffen, Drogen, Geld, Handfunkgeräte, Handys und Satellitentelefone in türkische Gefängnisse kommen können, hat in erster Linie andere Gründe. Zunächst fällt auf, dass es nur eine Gruppe von Häftlingen ist, die geradezu ein Monopol auf solche Gegenstände im Knast zu haben scheint. Es handelt sich dabei durchweg um mafiose Gruppierungen, die von Leuten geführt werden, die aus den Reihen der rechtsextremen "Grauen Wölfe" in den siebziger Jahren hervorgegangen sind. Im Gefängnis können sie auch weiter auf ihre Verbindungen und ihr Geld bauen und

sicher auch auf einen Schuss Sympathie bei hohen Beamten, die dem Strafvollzug vorstehen und politisch aus der gleichen Ecke kommen. Zu welchen Verbindungen es diese türkischen Bandenbosse mitunter bringen, zeigt der Fall des bereits erwähnten Cakici, der so gerne in ein türkisches Gefängnis überstellt werden wollte: Von ihm ist bekannt, dass er, obwohl international gesucht, ausführlich mit einem Minister telefonierte. Als er dann festgenommen wurde, trug er einen echten Diplomatenpass der obersten Kategorie bei sich.

Anders als diese Häftlinge sterben linke Gefangene im Gefängnis nicht durch die Kugeln rivalisierender Gruppen, sondern weil sie zu spät ärztlich behandelt werden, bei Hungerstreiks oder durch Übergriffe des die Gefängnisse beaufsichtigenden Militärs. Im Kern ging es aber bei den meisten dieser Auseinandersetzungen in den letzten Jahren um das Zellensystem und die damit zusammenhängenden Fragen. Hier nur einige der schlimmsten Beispiele:

- im Januar 1996 werden vier Häftlinge in Ümraniye (Istanbul) von Wächtern erschlagen;

- nach einer Protestkundgebung wird der Journalist Metin Göktepe von Polizisten zu Tode geprügelt;

- im Sommer des gleichen Jahres sterben 12 Häftlinge in einem Hungerstreik. Der Justizminister Sevket Kazan meint, dass die Häftlinge nur eine Show machen würden und sich vorher in der Kantine eingedeckt hätten;

- im September 1997 sterben 10 Häftlinge in Diyarbakir an Schlägen mit Eisenstangen auf den Kopf;

- im September 1999 sterben erneut 10 Häftlinge nach einem Militäreinsatz im Gefängnis Ulucanlar in Ankara. Die Behauptung, die Gefangenen hätten fliehen wollen, stellt sich im Nachhinein als nicht plausibel heraus und die Mehrheit einer parlamentarischen Untersuchungskommission erhebt schwere Vorwürfe. Gegen die eingesetzten Soldaten wird ein Verfahren eröffnet. Auch gegen die 86 überlebenden Gefangenen aus dem Block wird ein Verfahren wegen ihres angeblichen Widerstandes eröffnet. Im Verfahren gegen die Häftlinge werden zusammengerechnet 12.000 Jahre Gefängnis gefordert. Dabei ist während des Militäreinsatzes, bei dem außer den zehn getöteten Gefangenen noch dutzende schwer verletzt wurden, kein einziger Soldat zu Schaden gekommen.

Erneute Hungerstreiks und vielleicht auch der Tod weiterer Häftlinge sind in nächster Zeit zu befürchten, denn die Regierung hält unbeirrt an ihrem neuen Zellensystem fest und sechs Gefängnisse nach europäischem Muster befinden sich im Bau.

Es geht nicht darum, das kollektive Gefängnisleben zu mysthifizieren, denn sicher hat es auch seine Schattenseiten bis hin zu Todesurteilen gegen Abweichler. Um die mafiosen Strukturen zu zerschlagen wären aber andere Dinge notwendig als ein neues Zellensystem.

Jan Keetman

16. Asyl - kein Schutz vor Entführung in den Folterstaat Türkei

Autor: Anna Chondrula · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:21

Der kurdische Politiker Cevat Soysal, der seit Jahren in der Bundesrepublik Asyl hat, wurde vor einen Jahr während eines Besuches in Moldavien von türkischen Sicherheitskräften entführt und in die Türkei verschleppt. Die Bundesrepublik tut bis heute so, als ob es sie nichts angeht. Im Folgenden drucken wir ein Interview mit dem Rechtsanwalt Levent Kanat, der Cevat Soysal vertritt. Das Interview führte Anna Chondrula.

Frage: Der kurdische Politiker Cevat Soysal, der in der Bundesrepublik seit Jahren als politischer Flüchtling anerkannt war, wurde vor fast einen Jahr aus der Republik Moldavien entführt und in die Türkei verschleppt. Können Sie uns zunächst noch einmal den Hergang dieser Entführung schildern?

Levent Kanat: Am 13. Juli des vergangenen Jahres hielt sich Cevat Soysal in Moldawien in der Wohnung von Bekannten auf. Seinem eigenen Bericht zufolge hat er morgens diese Wohnung verlassen, um seine Frau in Deutschland anzurufen. Kaum hatte er das Haus verlassen, wurde er von drei Personen, die moldawisch sprachen, überfallen und geschlagen. Die drei Männer zogen ihm einen Sack über den Kopf und verfrachteten ihn in ein Auto, wo er weiterhin geschlagen wurde. Schließlich wurde ihm der Sack abgezogen und ihm stattdessen die Augen verbunden. Nach einer Fahrtzeit von ca. 1 1/2 Stunden kamen sie an einen Ort, bei dem mein Mandant anhand der Geräusche davon ausgeht, dass es sich um einen Militärflughafen handelt. Dort wurde er an türkisch sprechende Personen übergeben, die ihn in ein Flugzeug brachten und nach wiederum ca. 1 1/2 Stunden Flugzeit landeten sie mit ihm in der Türkei.

Soweit ich gehört habe, war Cevat Soysal doch für etwa acht Tagen verschwunden, d.h. sein Aufenthaltsort völlig unbekannt?

Genau. Er wurde am 13. Juli in die Türkei verschleppt, dort jedoch zu keiner offiziellen Polizeidienststelle gebracht. Er befand sich in den Händen von türkisch sprechenden Personen, die versuchten, ihn zu verhören und ihn foltern. Ihm wurden Drogen verabreicht, er wurde geschlagen und beleidigt. Erst am 21. Juli wurde er an die Antiterrorabteilung des Polizeipräsidiums in Ankara übergeben. Über den Ort, an dem er während dieser acht Tage gefangen gehalten und misshandelt wurde ist nichts bekannt. Auf Grund der Entfernungen, die mit dem Pkw zurückgelegt wurden, geht mein Mandant davon aus, dass es sich um einen Ort innerhalb Ankaras handelte; er geht davon aus, dass es sich um eine Stelle des türkischen Geheimdienstes MIT in Ankara handelt. Interessanterweise wurde er nach dem 21. Juli auf dem Polizeipräsidium nicht mehr verhört. Man versuchte ihn so weit "wiederherzustellen", dass die Folterspuren nicht mehr allzu offensichtlich waren, denn am 23. Juli wurde er dem Gericht vorgeführt und Untersuchungshaft angeordnet. Das Absurde ist, dass auch in den Gerichtsakten, der 21. Juli als Datum der Festnahme vermerkt ist.

War denn in der Türkei nicht bekannt, dass Cevat Soysal festgenommen bzw. gekidnappt worden war?

Doch natürlich. Es wurde über alle Fernsehkanäle verbreitet, sogar der damalige Staatspräsident Süleyman Demirel erklärte stolz, "wenn es darauf ankommt, bringen wir die Leute sogar aus Moldawien hierher". All dies fiel dazu genau in die Zeit des Türkeibesuchs von Außenminister Fischer. Obwohl der Staat sich also einerseits damit brüstete, Cevat Soysal in die Türkei verschleppt zu haben, verweigert man uns bislang trotz aller erdenklichen Demarchen jede Auskunft darüber, wo sich mein Mandant während der acht Tage vom 13. bis zum 21. Juli befand. Wir haben uns auch an die Ärzte des gerichtsmedizinischen Instituts in Ankara gewandt, die die Folterspuren meines Mandanten behandelt haben. Der Arzt sagte uns, er dürfe uns keine Auskunft geben, er dürfe uns dies nicht einmal schriftlich bestätigen. Auch der Staatsanwalt hat uns jede Auskunft verweigert. All das, obwohl im Fernsehen und auf den Pressefotos für jedermann deutlich erkennbar war, dass mein Mandant auf Grund der erlittenen Folter nicht einmal laufen konnte, sondern von zwei Beamten, die ihn unter den Arm fassten, mehr oder weniger geschleppt wurde.

Wie ist denn die augenblickliche Situation, in welchem Gefängnis befindet sich Cevat Soysal und wie geht es ihm?

Cevat Soysal befindet sich derzeit im Zentralgefängnis von Ankara in Ulucanlar. Er ist dort mit 20 weiteren Gefangenen in einer Gemeinschaftszelle untergebracht, die eigentlich für acht Personen vorgesehen ist. Aber gesundheitlich geht es ihm jetzt besser.

Wie ist der Stand im Gerichtsverfahren?

Bisher haben zehn Verhandlungstage stattgefunden. Für meinen Mandanten wird nach §129 des türkischen Strafgesetzbuches, das ist der Separatismusvorwurf, also der "Versuch die Einheit des Landes zu zerstören" die Todesstrafe verlangt. Es gibt in den Akten allerdings keinerlei Beweise gegen meinen Mandanten. Die ganze Anklage stützt sich auf drei Punkte, die völlig gegenstandslos sind. Dabei handelt es sich zum einen um Aussagen, die verschiedene Personen in der Türkei gegen meinen Mandanten gemacht haben. Diese Aussagen sind aber sämtlichst unter Folter zu Stande gekommene Aussagen bei der Polizei, die von den Betreffenden später während des Gerichtsverfahrens widerrufen wurden. Die meisten dieser Personen sind dann vor Gericht freigesprochen worden! Obwohl wir sofort beantragt haben, auch die gerichtlichen Aussagen dieser Personen, in denen sie ihre unter Folter erpressten Aussagen widerrufen, dem Verfahren beizuziehen, hat das Gericht es bis heute nicht vermocht, die vollständigen Akten von den jeweiligen Gerichten anzufordern bzw. zu beschaffen!

Als zweites wird behauptet, dass ein Großteil der Aktionen, die nach der Festnahme Öcalans in der Türkei stattfanden, auf Anordnung Cevat Soysals durchgeführt wurden. Als angeblicher Beweis findet sich dazu in der Akte zahlreiche angebliche Protokolle abgehörter Telefongespräche, die mein Mandant geführt haben soll. Bei diesen vermeintlichen Protokollen gibt es aber weder Datum oder Zeit, geschweige denn die Namen der abgehörten Personen, mit denen Cevat Soysal gesprochen haben soll. Es heißt immer nur "Person X". Von den Kassetten oder Tonbändern der Mitschnitte fehlt überhaupt jede Spur, es kann also kein Stimmenvergleich gemacht werden, um festzustellen, ob es sich überhaupt um die Stimme von Cevat Soysal handelt. Außerdem ist nirgendwo vermerkt, wer diese Telefonate wann mitgehört haben und protokolliert haben will, und um welche Dienststelle oder Behörde es sich überhaupt handelt. Diese "Abhörprotokolle" haben keinerlei Beweiswert.

Und als drittes wird meinem Mandanten vorgeworfen, dass sein Name in den Aussagen von Abdullah Öcalan vorkommt. Im Zusammenhang mit den Aussagen Öcalans wird meinem Mandanten vorgeworfen, in Moldawien politische Schulungen, Seminare für Kurden durchgeführt zu haben. Dazu hat mein Mandant vor Gericht erklärt, dass er bereits während seiner politischen Aktivitäten in der Türkei für verschiedene legale Organisationen, Gewerkschaften und Parteien (HEP und DEP) politische Bildungsveranstaltungen durchgeführt hat und dieses auch im gesetzlichen Rahmen der europäischen Länder dort weitergeführt hat.

Cevat Soysal ist seit mehreren Jahren als politischer Flüchtling in der Bundesrepublik anerkannt. Seine Familie lebt hier und das jüngste seiner Kinder wurde sogar hier geboren. Zum Zeitpunkt seiner Verschleppung aus Moldawien unterstand Cevat Soysal somit im Grunde dem Schutz der deutschen Behörden. Was hat denn die Bundesrepublik bis heute für Cevat Soysal unternommen?

Nichts. Bisher hat die Bundesrepublik leider nichts unternommen. Lediglich zu den Gerichtsverhandlungen erscheint jeweils ein Beobachter der deutschen Botschaft. Außerdem erkundigte sich die Botschaft ab und zu nach Soysals Gesundheitssituation. Diese Untätigkeit ist auch der Grund für meinen Besuch hier. Die deutschen Stellen ziehen sich darauf zurück, dass die Türkei eine "den juristischen Standards entsprechende Verhandlung" zugesagt habe. Doch dieses Versprechen wird nicht eingehalten.

Als Cevat Soysal seinerzeit in der Bundesrepublik politisches Asyl beantragte, hat er vorgebracht, dass auf Grund seiner politischen Einstellung in der Türkei für ihn Lebensgefahr besteht und er hier Schutz vor dieser Verfolgung sucht, und die Bundesrepublik hat ihm politisches Asyl gewährt. Heute ist genau dieser befürchtete Fall eingetreten: Auf Grund seiner politischen Auffassung wird er in der Türkei verfolgt, gefoltert und ihm droht die Todesstrafe, ohne dass irgendwelche Beweise gegen ihn vorliegen. In einer ungesetzlichen Aktion wurde er entführt und wird seit über elf Monaten festgehalten!

Dies ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte. Die Bundesrepublik, die ihm Asyl gewährt hat, müsste sich aktiv für seinen Schutz einsetzen und Druck auf die Türkei ausüben, dass ein den juristischen Standards entsprechendes Verfahren stattfindet. Denn in einem fairen juristischen Verfahren würde er mit Sicherheit freigesprochen werden!

17. Ein Jahr nach dem "Friedensprojekt". "Jetzt kommt von Öcalan, was uns der türkische Staat seit Jahren erzählt."

"Jetzt kommt von Öcalan, was der türkische Staat uns seit 70 Jahren erzählt"

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:34

Was hat das "Friedensprojekt" den KurdInnen gebracht? Der in Kenia gekidnappte und in die Türkei verschleppte PKK-Führer Öcalan rief während seines Prozesses zum Waffenstillstand und zum Frieden zwischen KurdInnen und TürkInnen auf. Was hat sich in der Zwischenzeit getan? Wir dokumentieren einige Stimmen über die Situation nach einem Jahr "Friedensprojekt".

Frage an Sertac Bucak, dem Vorsitzenden des IMK e.V, ob es Zugeständnisse seitens der Türkei gibt: "Die Politik in der Türkei ist nicht bereit in der Kurdenfrage umzudenken, und ich halte gar nichts von der Theorie, dass es eine Verhandlung zwischen Öcalan und der Türkei gäbe, sondern das ist eine alleinige Umkehr Öcalans von seiner alten Linie im Einverständnis mit dem türkischen Generalstabschef. Mit dieser neuen Theorie und den so genannten Zugeständnissen versucht die Türkei über Öcalan, weil seine Organisation die stärkste innerhalb der kurdischen Nationalbewegung ist, die Forderungen der kurdischen Bewegung so weit abzuschwächen wie möglich, sozusagen ihre alte Kurdenpolitik nunmehr durch Öcalan durchzusetzen. Eine Veränderung in der Sache sehe ich nicht. Früher hieß es immer, die Türkei sei mit dem Problem des Terrorismus konfrontiert. Nun existiert der bewaffnete Konflikt nicht mehr und die Türkei ist trotzdem nicht bereit die Kurdenfrage zu akzeptieren. Wenn man die letzte Aussage von Ecevit in Betracht zieht - Ecevit hat gesagt, er betrachte den politischen Separatismus als gefährlicher als den gewaltbereiten Separatismus bestätigt dies die Einschätzung der Kurden, dass die politische Elite der Türkei nicht bereit ist, in der Kurdenfrage umzudenken, die kurdische Frage zu entmilitarisieren und die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen."

Es gibt viele Hoffnungen auf den neuen Staatspräsidenten Sezer, der angekündigt hat, eine Verfassungsreform durchzuführen, und viele erwarten von daher eine Liberalisierung, z.B. die Aufhebung des Sprachverbots. Halten Sie dies für realistisch?

Sezer ist ein ehrenhafter Jurist, ein Demokrat, aber er ist ein Staatspräsident und er gehört keiner Partei an, hat daher keinen politischen Rückhalt, weder vom Parlament noch vom Militär. Seine Aussagen sind natürlich wichtig, aber ob seine Kraft ausreicht, um diese Veränderungen durchzusetzen, das bezweifle ich, so sehr ich es mir auch wünsche. Realistisch sehe ich da wenig Möglichkeiten. Man muss zwischen Özal und Sezer unterscheiden. Özal war damals der ehemalige Vorsitzende der stärksten Partei im Parlament und selbst er war nicht in der Lage die Veränderungen so schnelle durchzusetzen wie er es sich wünschte.

Der 15-jährige Krieg hat sich ja auch auf die Türkei negativ ausgewirkt. Allein all die Mafiagruppen und Banden, die sich infolge des Krieges institutionalisiert haben, z.B. die Dorfschützer, deren Gehälter monatlich das türkische Budget mit mehreren Hundert Mio. DM belasten, riesige Gebiete im sog. "Südosten" der Türkei sind quasi entvölkert, landwirtschaftliche Flächen liegen brach, Investitionen können oder dürfen nicht getätigt werden. Man muss kein Kurdenfreund sein, um auch als türkischer Unternehmer oder Politiker eine Änderung der Politik in der Kurdenfrage zu verlangen, und es gab ja auch in den vergangenen Jahren immer wieder Stimmen aus dieser Ecke, die nach Reformen verlangten. Wo sind die heute, können die keine Änderung bewirken?

Es läuft in der Türkei alles in eine Richtung, die man aus europäischer Sicht überhaupt nicht verstehen kann. Wenn z.B. in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitgeberverbände sich zu irgendwelchen Fragen äußern, dann würde sich der Bundeskanzler tausendmal Gedanken machen, wie er diese Vorschläge in einem Konsens verwirklichen kann. In der Türkei ist es umgekehrt. Die Arbeitgeberverbände oder auch andere Schichten haben immer wieder nach Änderungen verlangt, weil sie in Kurdistan keine Investitionen tätigen können und weil das Land ohne diese Reformen nicht EU-Mitglied werden kann, was sich ja auch auf die Wirtschaft auswirkt. Aber die politische Elite, die Militärs sind momentan nicht bereit, in dieser Frage einen Abstrich zu machen. Und das Problem besteht auch darin, dass die zivilen Politiker zu unfähig und

duckmäuserhaft sind, um sich auch im Verband mit anderen Kräften dagegen durchzusetzen. Natürlich könnte in der Türkei vieles verändert werden, aber keiner traut sich und in der Kurdenfrage schon gar nicht. Aber ohne Lösung dieser Frage wird es auch keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben. Diese Frage wird immer wieder aufbrechen. So können die Machthaber in der Türkei ihre Macht langfristig nicht aufrechterhalten.

Fragen an Riza Erdogan, Europasprecher der PKK:

Nach dem Prozess gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan wurde besonders in der kurdischen Öffentlichkeit der der Eindruck erweckt, es gäbe geheime Absprachen zwischen ihm und dem Generalstab.

Riza Erdogan: Es ist völlig offensichtlich, dass es kein Abkommen gibt. Sonst würde man in der Praxis konkrete Schritte, ein positives Ergebnis sehen. Aber es ist nichts erfolgt. Es zeigt sich offen, dass die Türkei derzeit zu keiner Lösung der kurdischen Frage bereit ist. Die jüngste Erklärung des Sekretariats des Generalstabs zeigt, dass diese Kreise nicht einmal bereits sind, die kurdische Sprache zu zulassen und eine sehr reaktionäre Haltung einnehmen.

Aber was bedeutet dann der Begriff "demokratische Republik" oder "neue Phase" anderes, als einseitige und sehr weitgehende Zugeständnisse der kurdischen Seite?

Wir sehen diese Politik nicht als einseitige Zugeständnisse an. Es handelt sich vielmehr um eine Änderung unserer Strategie. Das kurdische Volk setzt seinen Kampf zur Erreichung seiner Rechte und Freiheiten fort. Wir kämpfen für den Ausbau der Demokratie in der Türkei und die Befreiung Kurdistans. Dabei betrachten wir die Befreiung Kurdistans jedoch nicht als (macht)politischen Begriff sondern als geographischen Begriff, in dem Sinne, dass die Kurden in ihrem Gebiet frei leben können, sich selbst regieren können, z.B. die regionalen Verwaltungen ausüben, sich frei organisieren, ihre Meinung ausdrücken und sich politisch betätigen können. Von daher ist die "demokratische Republik" kein Zurückweichen sondern unser eigenes politisches Programm.

Der türkische Staat sieht diese neue Phase als besonders gefährlich an. Er weiß nicht, wie er reagieren soll. Die Szenarien, die darauf setzten, die PKK würde sich auflösen und ihre Kraft einbüßen, haben sich nicht erfüllt. Der türkische Staat hatte darauf gesetzt, dass die kurdische Bevölkerung unorganisiert und isoliert, vereinzelt wird, um ihnen dann eventuell einzelne kulturelle Rechte zu gewähren. Aber das lässt die PKK nicht zu. Die Kraft zur Lösung der kurdischen Frage liegt bei unserer Partei.

Wenn Europa oder auch Kreise innerhalb der Türkei eine Demokratisierung anstreben, dann geht das nur mit der PKK. Alle Staaten im Nahen Osten, die die militaristisch-aggressive Macht der Türkei eindämmen wollen, sind auf die PKK angewiesen.

Die PKK ist eine Realität, ein politischer Faktor in dieser Region. Wer dies übersieht, begeht einen schweren Irrtum.

Nejdet Buldan ist ehemaliger Bürgermeister der Stadt Yükeskova, Provinz Hakkari und langjähriges Mitglied des kurdischen Exilparlaments. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern dieses Parlaments und legte im November 1998 sein Mandat aus Protest darüber nieder, dass Öcalan von Rom aus eigenmächtig und ohne Absprache mit den Mitgliedern des Parlaments in dessen Namen Erklärungen abgab, in denen die Forderung bezüglich Kurdistans auf eine (begrenzte) Autonomie reduziert wurde.

N. Buldan: Meiner Ansicht nach gibt es kein Friedensprojekt. Es ist völlig offensichtlich, dass der türkische Staat einen wirklichen Frieden niemals akzeptieren wird. Das ganze Gerede von einem angeblichen Projekt ist lediglich eine Demagogie, die der Linie des Generalstabs entspringt und durch welche alle Werte, für die die Kurden seit Jahren unter großen Verlusten gekämpft haben, verleugnet, und vernichtet werden. Der Jahrzehnte dauernde nationale Kampf der Kurden wird nicht nur verleugnet sondern darüber hinaus als Hindernis für eine Demokratisierung der Türkei dargestellt. Das eigentlich Neue ist nur, dass das, was der türkische Staat seit 70 Jahren wiederholt, nun von kurdischer Seite, aus dem Munde Öcalans ertönt.

Das oben beschriebene Konzept des türkischen Staates bzw. des Generalstabs zielt darauf ab, das Kurdentum auszurotten. Selbstverständlich nicht in der Weise, dass jeder einzelne Kurde umgebracht werden soll, sondern vielmehr so, dass die Parteien und Organisationen, die das kurdische Denken und die kurdische Politik vertreten, beseitigt werden. Die PKK hat dieses Konzept ohnehin akzeptiert und bei sich selbst begonnen umzusetzen, sowohl was die Einstellung des bewaffneten Kampfes angeht als auch bezüglich ihrer

politischen Linie. Nun ist die Reihe an der HADEP, die bei den letzten Wahlen die Stimmen und Unterstützung der kurdischen Bewegung großenteils auf sich vereinigen und allein 37 Bürgermeisterämter gewinnen konnte. Dies ist Ausdruck der Hoffnung und Erwartung der kurdischen Bevölkerung. Von daher konzertieren sich die politischen Manöver der verschiedenen Kräfte z.T. auf die HADEP. Innerhalb wie außerhalb der Partei wird starker Druck auf die HADEP ausgeübt (und zwar sowohl seitens des Staates als auch seitens der PKK), sich in eine normale türkische Systempartei zu verwandeln. Dies ist eine der größten Gefahren für die nächste Zeit.

In der kurdischen wie in der deutschen Öffentlichkeit wird in letzter Zeit häufig davon gesprochen, dass die Aufnahme der Türkei in den Kandidatenstatus der EG den Weg zur Lösung der kurdischen Frage ebnen würde. Teilen Sie die Ansicht?

Ich glaube nicht, dass dies die kurdische Frage lösen kann. Die Rechte der Kurden als Nation , d.h. konkret das Selbstbestimmungsrecht, kann nicht in Frage gestellt oder diskutiert werden. Die Rechte der zig Millionen umfassenden kurdischen Nation auf die eher folkloristischen Minderheitenrechte einer kleinen Volksgruppe zu reduzieren, kommt einer Beleidigung der Kurden gleich. Die Minimallösung von kurdischer Seite aus wäre eine Lösung innerhalb einer Föderation.

Selbst wenn nun im Rahmen dieser europäischen Erwartungen einige kleine Schritte unternommen werden sollten, also einige folkloristische Rechte gewährt würden, könnte dies die kurdische Frage nur für eine gewisse Zeitspanne - vielleicht fünf, zehn oder auch 15 Jahre einfrieren, - doch danach wird sie mit derselben oder noch größerer Wucht erneut auf die Tagesordnung kommen.

Dazu muss betont werden, dass die Kurden weder auf militärischem noch auf politischem Gebiet besiegt wurden, sondern ihren eigenen internen Problemen und dem Verrat erlagen.

Bülent, Journalist aus Diyarbakir, meint: "Generell gibt es in der gesamten sogenannten ‚Süd-Ost`- und ‚Ost`-Region keine wirklichen Veränderungen. Dadurch, dass die PKK die Waffen niedergelegt hat und es fast keine bewaffneten Auseinandersetzungen mehr gibt, ist natürlich oberflächlich eine gewisse Sicherheit oder Ruhe eingekehrt. Aber auf der anderen Seite, also z.B. auf der juristischen Seite, ist bisher kein Schritt unternommen worden. So wurde innerhalb des letzten Monats z.B. der Menschenrechtsverein von Diyarbakir erneut für drei Monate geschlossen, ebenso wurde das neu eröffnete Meteri-Kulturzentrum geschlossen, ein Studentenverein verboten, ich könnte noch weitere Beispiele aufzählen. Auch Ministerpräsident Ecevit hat bei seinem Besuch vorletzte Woche in Diyarbakir ganz deutlich erklärt, dass er eine ‚Politisierung` (der türkische Ausdruck für eine aktive Teilnahme am demokratisch-politischen Leben der Kurden) nicht zulassen werde; ich vermute, dass er damit die HADEP meint. Ich denke, dass er damit seine Haltung sehr klar zum Ausdruck gebracht hat. Das heißt zusammengefasst, was die Entwicklung in unserer Region angeht, gibt es weder auf juristischer noch auf kultureller noch auf politischer Ebene irgendeine Veränderung.

18. GASPROM - Anatomie eines Giganten. Der Kampf um Russlands "natürliche Monopole" ist noch nicht entschieden

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:02

In Russland sollen die Wirtschaftsreformen weiter gehen. Das verkündet der frisch gewählte Präsident Wladimir Putin. Sein bisheriger Gönner, Magnat Beresowski, fährt ihm dabei neuerdings öffentlich in die Parade. Die eine Seite wirft der anderen undemokratische Methoden vor. Worum es zwischen den beiden geht, bleibt weitgehend im Dunkeln. Der folgende Artikel beleuchtet die Hintergründe des aktuellen Konfliktes.

"GASPROM", "RAO EUS", "MGS" - das sind die Kürzel für die in Russland so genannten "natürlichen Monopole": Gasversorgung, Energiewirtschaft, Eisenbahn. GASPROM, der Gas-Gewinnungs-Komplex, ist der Gigant unter diesen Giganten. Er kontrolliert 35% des Weltgasaufkommens. Ein Drittel des westeuropäischen, vor allem des deutschen Gasverbrauchs, wird über GASPROM gedeckt. GASPROM - das sind mehr als 10.000 Bohrstellen, mehr als 14.000 Kilometer zentraler Pipelines. Bei GASPROM arbeiten gut 370.000 Menschen. Nicht nur Russland, auch die Länder der ehemaligen Sowjetunion hängen an den Röhren von GASPROM. Über ein Drittel des russischen Staatsbudgets wird von GASPROM getragen. Hier werden die höchsten Löhne Russlands gezahlt, und GASPROM-Personal besetzt Führungsfunktionen des Staates. Der langjährige Ministerpräsident Tschernomyrdin war vordem Chef von GASPROM. Mit 250 Milliarden Rubel Steuerschulden, das ist die Hälfte des Staatsbudgets, ist GASPROM allerdings auch der größte Schuldner der russischen Regierung.

Ein Staat im Staate

So ließe sich die Liste der Superlative fortsetzen. Das Wichtigste ist jedoch, dass GASPROM neben dem Energiemonopol und der Eisenbahn der stärkste Brocken ist, der einer weiteren Privatisierung entgegen steht. Vergleichbare Bedeutung hat nur noch die Frage von Grund und Boden. Schon die sogenannten "Jungen Reformer", allen voran Boris Nemzow, scheiterten an GASPROM und dessen Lobby in der Staatsduma, als sie 1997 auf Drängen des Internationalen Währungsfonds in einer zweiten Reform-Welle zur endgültigen Privatisierung der "natürlichen Monopole" ansetzen wollten. Ein Jahr später folgte der große Bankenkrach. Das Spekulationskapital brach zusammen, der Rohstoffexporteur GASPROM dagegen ging gestärkt aus der Krise hervor.

Inzwischen, drei Jahre später, trotz Ablösung der jungen Reformer, trotz Rücktritt von Boris Jelzin und ungeachtet der Zähmung der Duma durch Wladimir Putin steht die Frage der "natürlichen Monopole" nach wie vor auf der Liste der ungelösten Probleme des Landes. Das wird nirgendwo deutlicher als bei den Kommunisten, die nach wie vor mit rund 30 Prozent der Wählerstimmen ein beachtenswertes Protest- und gegebenenfalls auch Störpotenzial darstellen. Die Kommunisten betonen zwar gegenwärtig ihre Kooperationsbereitschaft gegenüber der neuen Regierung. In den "natürlichen Monopolen" aber sehen sie den Garanten für Russlands Zusammenhalt und rüsten sich für Auseinandersetzungen um diese Frage mit Wladimir Putin.

GASPROM selbst betont in seinen Pressemitteilungen, dass sich an seiner Politik nichts geändert habe, dass es erfolgreich bemüht sei, seine Exporte sowohl nach Europa als auch nach Asien expansiv zu entwickeln, neue Technik einzuführen, sich offen zu halten für die Marktentwicklung usw.

Bemerkenswert ist allerdings das Eingeständnis, dass die Schulden der russischen Verbraucher bei GASPROM beständig steigen. Das betrifft private Haushalte ebenso wie Unternehmen oder öffentliche Stellen. 1998 waren es noch 79 Milliarden Rubel; damit war fast ein Drittel des Jahresverbrauchs nicht bezahlt. Für 1999 waren bereits 109 Milliarden Rubel nicht bezahlter Rechnungen aufgelaufen. Sperrung der Lieferung, erklärt die GASPROM-Leitung, sei jedoch keine Lösung. Es müssten "andere Wege" gefunden werden, wobei offen bleibt, welche "anderen Wege" gemeint sind.

Gleichzeitig rühmen GASPROMS Hochglanzbroschüren aber die eigene Bildungs- und Sozialpolitik: Aufwendige Forschungsprogramme in eigenen wissenschaftlichen Labors, wachsender Einsatz für

Unterhaltung und Neugründung eigener Schulen und Institute, Wohnhäuser, Kindergärten, Krankenhäuser, Kantinen und sogar Sonderpensionen für die eigene Belegschaft werden jährlich bilanziert. Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes nimmt GASPROM eine Pionierrolle für sich in Anspruch.

Wer Genaueres wissen will, ist auf eigenes Nachforschen angewiesen. Auf diesem Weg findet man sich allerdings sehr schnell im Herzen der russischen Wirklichkeit. Formal wurde GASPROM privatisiert. Der Konzern ist heute eine Aktiengesellschaft, an welcher der Staat zu 40 beteiligt ist, die übrigen 60 Prozent liegen bei den Betreibern von GASPROM selbst und bei ausländischem Kapital. Das darf allerdings 9 Prozent nicht übersteigen.

Seit der Privatisierung verfügt GASPROM aber nicht nur über die Mehrheit der eigenen Aktien; die staatlichen Aktien sind darüber hinaus ebenfalls der Leitung von GASPROM unterstellt. "GASPROM ist eine merkwürdige Organisation", erklärt der Reformsozialist Dr. Kolganow, Ökonom an der Moskauer staatlichen Universität, "sie führt Aufsicht über sich selbst; sie ist nicht staatlich und doch gleichzeitig ganz und gar staatlich - ein Staat im Staate. Über die Förderung des Gases, dessen Transport und Weiterverarbeitung hinaus hat GASPROM seine eigenen Verbindungen: eine eigene Fluggesellschaft, eigene Banken, eigene Massenmedien; es ist ein ganzes Imperium."

GASPROM war in hohem Maße an den marktwirtschaftlichen Reformen interessiert, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. In erster Linie deshalb, weil diese Reformen dem Konzern beim lukrativen Gas-Export freie Hand gaben. Auf Grund seiner hohen Einnahmen kann sich GASPROM den sozialen Kompromiss mit seinen Arbeitern leisten - wie die Anfang dieses Jahres von oben vollzogene Gründung einer eigenen Gewerkschaft zeigt.

Die Bevölkerung Russlands, so weit sie nicht zur Belegschaft des Gasmonopols gehört, fühlt sich dagegen von GASPROM ausgeraubt. GASPROM, obwohl der Form nach sowjetisch, erweist sich als der größte unter den Krisengewinnlern - nicht nur ein Staat im Staate, sondern auch eine privilegierte Gesellschaft in der Gesellschaft.

"GASPROM ist das Beispiel dafür", erläutert Boris Kagarlitzki, "wie nichtkapitalistische Strukturen zum Kapitalismus streben. GASPROM organisiert die Beziehungen seiner Werktätigen auf seine Weise, ganze Regionen sind rein von GASPROM aufgebaut. Dieser ganze sowjetische paternalistische Korporativismus ist nicht auf Marktbeziehungen begründet, nicht auf dem freien Lohnarbeiter, sondern funktioniert durch ganz andere Beziehungen der Unterordnung, der Verwaltung usw. Auf der anderen Seite aber ist GASPROM eine total kapitalistische Korporation, weil er schon auf dem internationalen Markt arbeitet, sich am Kapitalexport beteiligt usw. Durchaus möglich", so Kagarlitzki, "dass die Erfolge der Korporation auf dem internationalen Markt geringer wären, wenn GASPROM im inneren kapitalistischer wäre."

Steuern sind Verhandlungssache

Korporativismus, das ist das Stichwort, unter dem sich linke wie rechte Bewertungen GASPROMS treffen. Mit Korporativismus sind die Strukturen des sowjetischen Lebens gemeint, die sich aus der Verstaatlichung und Industrialisierung der traditionellen russischen Bauerngemeinde, der Obschtschina ergaben. Aus ihr gingen die sowjetischen Kolchosen und Sowchosen, also die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe, ebenso aber auch die betrieblichen und wissenschaftlichen Arbeitskollektive hervor. In ihnen war betriebliches und außerbetriebliches Leben wie in einer Pyramide organisiert, an deren Spitze die Führung aus Partei, Gewerkschaft und Betriebsleitung stand. Innerhalb der Pyramiden bestimmten Tauschbeziehungen das Leben - Arbeit gegen soziale Versorgung und Sicherheit. Erst im Austausch zwischen den Pyramiden bekam der Geldverkehr seine eigentliche Bedeutung.

Einen Insider-Einblick in diese Strukturen gibt ein leitender Mitarbeiter GASPROMS, den wir hier Sergej Sergejew nennen wollen. Er arbeitet in einem Moskauer Tochterunternehmen der Korporation und möchte seinen tatsächlichen Namen und seine Funktion nicht öffentlich genannt wissen, weil er daraus Nachteile für seine Position befürchtet. Entscheidend für Sergejew ist die Schuldenfrage. Im ersten Schritt macht er noch die Reformer verantwortlich. Sie hätten, meint Sergejew, durch ihre Politik eine anarchische Situation geschaffen, in der niemand niemanden entsprechend geltender Gesetze bezahle, in der statt dessen alles - bis hin zu den Steuern - Sache von Verhandlungen und Beziehungen sei: "Die Verrechnungen", klagt er, "laufen über Wechsel, über gegenseitige Verschuldung, über einfachen Warenaustausch oder auch über primitivsten

Austausch von Privilegien, also etwa: ‚Wir veranlassen den Leiter dieser oder jener Branche loyal gegenüber der Administration zu sein, und sie berechnet uns weniger Steuern.` So treten alle auf. GASPROM ist keine Ausnahme."

Bei der Erörterung der korporativen Strukturen GASPROMs jedoch stößt Sergejew zu tieferen Wahrheiten vor: In den unteren Schichten der Bevölkerung überlebe man vielfach nur auf Grund dessen, was von englischen Ökonomen die "extrapolare Ökonomie" (für den Eigengebrauch) genannt werde. Obwohl GASPROM ein transnationaler Konzern sei, sei er mit seinen verschiedenen Unternehmen im Lande Teil dieser Struktur, der er sich anpassen müsse.

Damit hat Sergejew die allgemeinste Charakteristik von GASPROM gegeben: GASPROM existiert halb nach den Gesetzen des globalisierten Marktes und halb nach den Tauschgesetzen der traditionellen russischen Gemeinschaftsstrukturen: Obschtschina, Sowchose, Kolchose, Betriebskollektiv. Bindeglied zwischen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Welt zu sein - das ist die soziale und wirtschaftliche Wirklichkeit von GASPROM. Mit ihr steht GASPROM beispielhaft für ganz Russland.

Bindeglied zur kapitalistischen Welt

Kein Wunder also, dass GASPROM Streitapfel der Nation ist, den besonders auch die vaterländischen Kräfte politisch für sich vereinnahmen möchten. "Der Kampf um GASPROM", so formuliert es dementsprechend Alexander Prochanow, wortgewaltiger Propagandist des sich selbst so bezeichnenden patriotischen und imperialen Lagers, "ist der Kampf um den Staat. GASPROM ist ein staatliches Monopol. Es ist eine der formgebenden Strukturen, an denen das Land hängt. Die Struktur ist ganz sicher für den Staat nützlich. In ihr gewinnt man riesige Gelder. GASPROM bringt die Haupteinnahmen in die Staatskasse. In den schrecklichen letzten Jahren hat GASPROM die Industrie durch unentgeltliche Lieferungen am Leben erhalten. Wenn das nicht gewesen wäre, wäre die Industrie und die Landwirtschaft total zusammengebrochen. GASPROM hat zugleich sehr viele Verbindungen zum privaten Geschäft. Das bereichert natürlich nicht das Land, sondern die Geschäftsleute, solche wie Wjecherew (den Vorsitzenden von GASPROM) und Tschernomyrdin, den früheren Premier. GASPROM arbeitet leider nicht zu hundert Prozent produktiv, sondern nur zu sechzig - und vierzig Prozent gehen zur Seite. Aber über GASPROM verwirklicht sich die Geopolitik Russlands. GASPROM reicht in die Ukraine, nach Weißrussland, es beliefert das ganze umliegende Territorium. Es wirkt auch auf die geopolitischen Potenzen Russlands. Deshalb richten sich auf GASPROM zur Zeit Angriffe: Allzu lecker sind die Teile! Man will sie aufteilen, will sie privatisieren, einige dem Westen, den Amerikanern übergeben, andere an Beresowski. Deshalb ist der Kampf um GASPROM wieder einmal der Kampf der liberalen, antirussischen, antistaatlichen Prinzipien gegen die staatstragenden, reichsorientierten, zentralistischen Prinzipien. Wer siegt, das werden wir sehen."

Diese Polemik aus der patriotischen Ecke kommt den Tatsachen vermutlich am nächsten. Kurz nach Wladimir Putins Vereidigung kam es zwischen ihm und Wladimir Beresowski zum offenen Konflikt: Ausgerechnet der Magnat Beresowski, der Putin zuvor mit viel Einsatz unterstützt hatte, warf diesem nun Zentralismus und damit "Verletzung der neuen Demokratie Russlands" vor. Das lässt erahnen, dass die Kämpfe zwischen alten und neuen Strukturen in Russland mit der Wahl Putins noch lange nicht abgeschlossen sind. Womöglich beginnen sie erst jetzt richtig.

Wie dieser Kampf ausgeht, ob er den Zentralstaat stärkt, ob er zur weiteren Privatisierung führt oder ob neue und alte Reiche Russlands sich in einem Kompromiss gegen eine mit beiden unzufriedene Bevölkerung finden, ist eine offene Frage.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

19. Kein Stiller Ozean. Salomonen, Fiji, Papua: Putsche und Kriege in der Südsee

Autor: Vo · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:06

In den letzten Wochen hat es eine Weltecke in die Schlagzeilen der deutschen Presse geschafft, die hier für gewöhnlich keinerlei politische Beachtung findet. Der Südpazifik, immer noch mit dem Klischee paradiesischer Südseeinseln behaftet, erweist sich als Region nicht nur natürlicher, sondern auch sozialer und politischer Wirbelstürme. Putsch auf Fiji, Krieg auf den Salomonen, Unabhängigkeitsbewegung in (West-)Papua. Da braut sich etwas zusammen.

Salomonen

Auf den Salomonen übernahmen am 5. Juni 2000 Teile der Polizeikräfte gemeinsam mit der Miliz "Malaita Eagle Force" (MEF) die Macht in der Hauptstadt Honiara. Sie brachten alle Waffenarsenale der Polizei (eine Armee haben die Salomonen nicht) unter ihre Kontrolle, zwangen den Premierminister zum Rücktritt, stellten ihn unter Hausarrest und besetzten alle strategisch wichtigen Positionen in Honiara. Damit verbesserten sie ihre Ausgangsposition im Krieg mit dem "Isatabu Freedom Movement" (IFM), der bereits seit Anfang 1999 mit niedriger Intensität geführt wurde und seit dem Putsch massiv eskaliert ist.

Die Salomonen, eine südpazifische Inselgruppe mit einer Bevölkerung von ca. 440.000 EinwohnerInnen, wurden 1978 aus britischer Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit entlassen. Über 50% der Bevölkerung leben auf den beiden größten Inseln Gualdalcanal und Malaita. Die Hauptstadt Honiara auf Gualdalcanal war als einzige größere Stadt Attraktionspol für Zuwanderung, vor allem von der Nachbarinsel Malaita. Die zugewanderten Malaitaner suchten Beschäftigung im modernen Sektor der Wirtschaft, im Handel und insbesondere auch im Staatsapparat: das führte dazu, dass Malaitaner in Politik, Verwaltung und Polizei der Salomonen überrepräsentiert sind. Die Zuwanderung brachte für die ansässige gualdalcanalesische Bevölkerung Probleme wegen des Anspruchs der Zugewanderten auf Land für Siedlungszwecke, insbesondere in Honiara und Umgebung. Da sich die seit 1997 amtierende Regierung des Premierministers Bartholomew Ulufa'alu (ein Malaitaner) auf Grund von sprunghaft ansteigender Auslandsverschuldung und von IWF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogrammen zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen sah, gingen Beschäftigungsmöglichkeiten und Verdienst im modernen Sektor zurück; im öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber, kam es zu Lohnstopp und Personalabbau. Die Konkurrenz um die relativ wenigen Arbeitsplätze im formalen Sektor verschärfte sich, und freigesetzte Arbeitskräfte waren gezwungen, in die bäuerliche Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, was wiederum die Landprobleme verstärkte.

Große Teile der Bevölkerung Gualdalcanals meinten nun, von den negativen sozialen Prozessen besonders hart betroffen zu sein, während die Malaitaner auf Grund ihrer privilegierten Stellung im Geschäftsleben und im Staatsapparat alle Lasten auf die Gualdalcanal-Bevölkerung abwälzen würden. Es entstand eine militante Bewegung, die die bereits schwelenden Landkonflikte aufgriff und als "Lösung" die Rückkehr der Malaitaner auf ihre Heimatinsel forderte. Seit Oktober 1998 kam es zu Überfällen auf Wohngebiete von Malaitanern in Honiara und Umgebung. Dabei gab es die ersten Toten. Die zum Schutz der Malaitaner eingesetzte Polizei reagierte teilweise äußerst hart und trug damit zur Eskalation bei. Auf Gualdalcanal-Seite bildete sich die "Gualdalcanal Liberation Army", die sich später die Bezeichnung "Isatabu Freedom Fighters" oder "Isatabu Freedom Movement" (IFM) gab (Isatabu ist der indigene Name für Gualdalcanal). Gegen diese Guerilla setzte die Regierung paramilitärische Spezialeinheiten der Polizei ein, die "Police Field Force" und die "Rapid Response Unit".

Die Malaitaner bildeten ihrerseits Selbstschutzgruppen und machten Jagd auf Gualdalcanal-Leute. Im Juni 1999 erreichten die Auseinandersetzungen einen ersten Höhepunkt; die Regierung verhängte den Ausnahmezustand, und es kam zu einem Massenexodus von Malaitanern. Bis Jahresende sollen bis zu 30.000 von ihnen - also die überwiegende Mehrheit - auf ihre Heimatinsel geflohen sein. Versuche einer Verhandlungslösung scheiterten in der zweiten Jahreshälfte 1999 mehrfach, und auch eine internationale Polizeitruppe, bestehend aus Personal aus Fiji und Vanuatu und finanziert von Australien, die eine Entwaffnung der rivalisierenden Gruppierungen organisieren und überwachen sollte, blieb ohne Erfolg. Anfang des Jahres 2000 konstituierte sich auf Seiten der Malaitaner die "Malaita Eagle Force" (MEF), die sich durch

Überfälle auf Depots der Polizei mit Waffen versorgte und mit der Forderung nach Kompensationen für die Vertreibung der Malaitaner und für die Zerstörung malaitanischen Eigentums in die Auseinandersetzungen eingriff. Seither standen sich im Konflikt drei Parteien gegenüber: die Regierung, das IFM und die MEF.

Der Regierung gelang es weder, zwischen den beiden militanten Gruppen zu vermitteln, noch gelang es ihr, die staatliche Autorität mit Gewalt wieder herzustellen. Ihre Schwäche wurde vollends offenbar, als die MEF und Teile der von Malaitanern dominierten Polizei Anfang Juni die Macht übernahmen. Ulufa'alu musste mit seiner von den Putschisten geforderten Rücktrittserklärung diese Schwäche eingestehen. Auch die internationalen Vermittler und die internationale Polizeitruppe erklärten ihr Scheitern und zogen sich zurück. Australische Truppen und Kriegsschiffe wurden lediglich dazu eingesetzt, einige Hundert australische StaatsbürgerInnen und andere AusländerInnen aus Honiara und Umgebung zu evakuieren.

Die MEF beherrscht seit Anfang Juni die Hauptstadt; sie hat dem IFM den "totalen Krieg" erklärt. Durch die Übernahme der Waffen und insbesondere der modern ausgerüsteten Patrouillenboote der paramilitärischen Polizeieinheiten ist die MEF dem Gegner militärisch klar überlegen. Die IFM-Kämpfer wiederum kontrollieren die ländlichen Gebiete Gualdalcanals; zudem haben sie die einzige Goldmine des Landes, die von einem australischen Bergbaukonzern betriebene Gold Ridge Mine, in ihre Gewalt gebracht und mit dieser größten Devisenquelle der Salomonen ein wichtiges Faustpfand in Händen. Die Kämpfe zwischen MEF und IFM konzentrieren sich auf die Umgebung und Randbezirke Honiaras. Am 20. Juni hat es erste - ergebnislose - Gespräche zwischen Vertretern von MEF und IFM an Bord eines australischen Kriegsschiffes gegeben, Ende Juni soll ein neuer Premierminister gewählt werden, dessen Hauptaufgabe sein wird, eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden. Die Aussichten dafür sind nicht gut.

Fiji

Am 19. Mai 2000 stürmte eine Handvoll bewaffneter Männer unter Führung von George Speight, einem bankrotten Geschäftsmann, das Parlamentsgebäude in Fijis Hauptstadt Suva und nahm 45 ParlamentarierInnen und Regierungsmitglieder, darunter den Premierminister Mahendra Chaudhry, als Geiseln. Die Putschisten forderten die Absetzung der vor Jahresfrist gewählten Regierung, die Aufhebung bzw. Revision der seit 1997 gültigen Verfassung und die Rückgabe allen an indischstämmige Fidschianer verpachteten Landes an indigene Fidschianer.

Auf Fiji leben rund 800.000 Menschen; 51% sind indigene melanesische Fidschianer, 44% sind Indo-Fidschianer, Nachkommen der von den britischen Kolonialherren seit Ende des 19. Jahrhunderts zur Lohnarbeit auf den Zuckerrohrplantagen auf die Inseln geholten Inder. Diese Indo-Fidschianer beherrschen mittlerweile den modernen Sektor des Wirtschaftslebens; die meisten Zuckerrohrplantagen werden von ihnen als Pächter betrieben. Allerdings gehört das Land weiterhin den indigenen Fidschianern; die Nutzungsrechte sind in der Regel auf 30 Jahre befristet und müssen dann neu verhandelt werden. Die Kontrolle über das Land ist mithin auch hier Hauptkonfliktpunkt.

Viele indigene Fidschianer fürchten die Dominanz der zugewanderten Indo-Fidschianer und nehmen für sich Privilegien in Anspruch. Diese Gegensätze hatten bereits 1987 zu zwei Putschen geführt, in deren Folge eine autoritäre, melanesisch beherrschte Staatsführung die Indo-Fidschianer zu Bürgern zweiter Klasse degradierte. Mehr als 80.000 von ihnen verließen das Land. Erst 1997 einigte man sich auf eine neue Verfassung, die für die Indo-Fidschianer Gleichberechtigung und Rechtssicherheit wieder herstellte und zugleich den melanesischen Fidschianern bestimmte Sonderrechte einräumte. Bei den Wahlen 1999 trug die mehrheitlich indo-fidschianische Labour Party den Sieg davon. Mit Mahendra Chaudhry wurde erstmals ein indisch-stämmiger Fidschianer Premierminister. Das passte den intransigenten Elementen auf melanesisch-fidschianischer Seite überhaupt nicht; die ultra-nationalistische Taukei-Bewegung organisierte zahlreiche anti-indische Demonstrationen und forderte, den Einfluss der Indo-Fidschianer zurück zu drängen. In dieses aufgeheizte Klima fiel der Putsch des George Speight. In direktem Zusammenhang damit kam es zu massiven anti-indischen Ausschreitungen und zur Plünderung des indischen Geschäftsviertels in der Hauptstadt Suva.

Während Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Interessenvertretungsorganisationen der indisch-stämmigen Bevölkerung den Putsch ebenso verurteilten wie die internationale Öffentlichkeit und Staatenwelt, verhielt sich das melanesische fidschianische Establishment äußerst ambivalent. Zwar verurteilte

man den Putsch, aber den Forderungen der Putschisten stand man nicht gar so ablehnend gegenüber. Der - melanesische - Präsident Fijis, Ratu Sir Kamisese Mara, trat auf Drängen der Putschisten zurück, um den Weg für eine friedliche Lösung frei zu machen. Das - melanesisch beherrschte - Militär übernahm nach einigem Zögern die Macht, erklärte die Regierung Chaudhry für abgesetzt, verhängte den Ausnahmezustand und verkündete, dass es wenn nötig für eine zweijährige Übergangszeit die Regierungsgeschäfte in Händen behalten werde. Die Verfassung wurde suspendiert, Speight und Kumpanen wurde Straffreiheit zugesichert, und man ließ sich auf einen wochenlangen Verhandlungsprozess mit Speight über die Zusammensetzung einer neuen - melanesisch geführten - Regierung ein, in die auch einige seiner Wunschkandidaten eintreten sollen.

Auch der "Great Council of Chiefs", die Vertretung der indigenen Fidschianer und neben Militär und Putschisten die dritte relevante Kraft im melanesischen Ränkespiel, hat sich nur halbherzig von Speight distanziert. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es im melanesisch-indigenen Establishment gewisse Sympathien für die Putschisten und ihre Taukei-Hintermänner gibt. Allerdings nervt Speight mit seinen überzogenen Ansprüchen; zum Beispiel will er selbst den zukünftigen Präsidenten bestimmen, während die Militärs das dem "Great Council of Chiefs" überlassen wollen. Möglich, dass es den Militärs doch noch zu bunt wird und sie eine militärische Lösung des Problems suchen, zumal die internationale Reputation ihres Landes durch das wochenlange Geiseldrama arg gelitten hat (zur Zeit der Niederschrift dieses Textes Ende Juni befinden sich Chaudhry und 26 seiner Kollegen immer noch in der Gewalt der Putschisten).

Unabhängig vom Ausgang dieser tragischen Farce aber steht fest: Nach dem Putsch haben sich die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und für eine demokratische Entwicklung auf Fiji deutlich verschlechtert. Schon jetzt liegt in Folge des Putsches die Wirtschaft am Boden, die Arbeitslosigkeit ist drastisch angestiegen, und Tausende von indisch-stämmigen Lehrern, Geschäftsleuten, Intellektuellen usw. versuchen das Land zu verlassen. Es ist nicht auszuschließen, dass es zu einer Eruption der Gewalt kommen wird.

Papua

Gleiches gilt für die Lage im indonesisch besetzten (West-)Papua/Irian Jaya. Dort hat die Unabhängigkeitsbewegung seit dem Sturz Suhartos und insbesondere seit der Befreiung Osttimors von der indonesischen Herrschaft neuen Aufschwung erhalten. Die große Mehrheit der indigenen Bevölkerung erkennt die Annexion ihres Landes durch Indonesien 1963 und deren Absegnung durch die UN 1969 nicht an. Vielmehr besteht sie auf ihrem Selbstbestimmungsrecht und will eine Loslösung von Indonesien. Das bekräftigte ein Kongress von rund 3.000 Delegierten Anfang Juni in Port Numbay (Jayapura), der Hauptstadt Papuas.

Die Delegierten nahmen für sich in Anspruch, die Bevölkerung West-Papuas zu vertreten und bekräftigten in deren Namen in der abschließenden Kongress-Resolution den Standpunkt, dass der erste Papua-Kongress am 1. Dezember 1961 bereits die Unabhängigkeit West-Papuas erklärt habe und dass es nurmehr darum gehe, diese Unabhängigkeitserklärung in friedlichem Einvernehmen mit der ehemaligen Kolonialmacht Niederlande, der indonesischen Regierung und den Vereinten Nationen praktisch umzusetzen. Die indonesische Regierung sieht das freilich ganz anders. Sie hat zwar die Durchführung des Kongresses geduldet, aber nach dem Kongress sehr deutlich gemacht, dass sie dessen Repräsentativität nicht anerkennt, das vom Kongress eingesetzte "Präsidium" (die Übergangsregierung der Unabhängigkeitsbefürworter) nicht als Verhandlungspartner akzeptiert und "separatistische Bestrebungen" auch künftig mit aller Härte verfolgen werde.

Das indonesische Militär in Papua wird verstärkt; zugleich bilden sich ähnlich wie vormals in Ost-Timor von den Militärs unterstützte pro-indonesische Milizen, die sich in jüngster Zeit mehrfach blutige Zusammenstöße mit der OPM (dem seit den 60er Jahren aktiven bewaffneten Arm der Unabhängigkeitsbewegung) und neuen Milizen der Unabhängigkeitsbefürworter geliefert haben. Gerüchte besagen, dass Hintermänner aus dem Militär und aus dem Dunstkreis des Suharto-Clans die Unruhe schüren, um die Regierung Wahid zu destabilisieren und Vorwände für ein hartes Eingreifen zu schaffen. Auf der anderen Seite wächst die Ungeduld der papuanischen Bevölkerung, und auch hier versuchen manche zwielichtige Gestalten, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen.

Der Konflikt um die politische Zukunft West-Papuas könnte das Geschehen in Osttimor weit in den Schatten stellen. Denn Indonesien wird diese rohstoffreiche Provinz, in der sich mit der vom US-Konzern Freeport betriebenen weltgrößten Gold- und Kupfermine, der Grasberg-Mine, der größte Steuerzahler und Devisenbringer des Landes befindet, keinesfalls kampflos ziehen lassen. Die politische Wettervorhersage also lautet: stürmische Zeiten im Stillen Ozean.

Vo

20. Friedensgeflüster in Pjönjang. Süd- und Nordkorea beginnen den Dialog

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord); Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:11

Wenn das Attribut "historisch" berechtigt ist, dann war der 13. Juni auf der koreanischen Halbinsel ein historischer Tag mit großem Symbolgehalt. Offiziell noch im Kriegszustand, tauschten die Staatschefs beider Teilstaaten, Kim Dae Jung und Kim Jong Il, erstmals Freundlichkeiten per Handschlag aus. Vorrangig ging es bei diesem Gipfel um Familienzusammenführung und den Ausbau bilateraler Wirtschaftsbeziehungen. Nicht wenig, bedenkt man, dass gegenseitig hochgeschaukelte Feindbilder

und Feindseligkeiten den Umgang miteinander prägten.

Eine friedliche Ära kann nunmehr vermutet, eine dauerhafte Annäherung erwartet werden, doch eine (Wieder-)Vereinigung ist keineswegs auf die Agenda gesetzt werden.

Der Gipfel begann, wie sich das Verhältnis zwischen Seoul und Pjöngjang seit 1945 gestaltet hatte - verspätet, unter strikten Sicherheitsbedingungen und, von ausgewählten südkoreanischen Journalisten abgesehen, weitgehend unter Abschottung der Öffentlichkeit. Noch Samstagnacht (10. Juni) erklärte der Sprecher des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung, Park Joon Young, Pjöngjang habe vorgeschlagen, den Gipfel um einen Tag zu verschieben - aus "einigen kleinen technischen Gründen". Park begründete die Verzögerung für koreanische Verhältnisse nachvollziehbar: Der Präsident glaube halt, "dass ein zusätzlicher Tag des Wartens kein Problem darstellt, haben doch beide Seiten darauf ein halbes Jahrhundert gewartet".

Umso größer war dann die Freude der Bevölkerung diesseits und jenseits des 38. Breitengrades, als sie am Dienstag die Begrüßungszeremonie auf dem Flughafen von Pjöngjang im Fernsehen live miterleben konnte. Für die nordkoreanische Führung ein besonderer diplomatisch-politischer Coup, hatten ihr doch Anfang der neunziger Jahre hoch dotierte Analysten von der Londoner Economist Intelligence Unit bis hin zu Experten im Washingtoner State Department eine ähnlich rasche Implosion wie in der Sowjetunion und Osteuropa prognostiziert.

"Schurkenstaat" im Sonnenschein

Eigentlich war ein solcher Gipfel schon vor sechs Jahren vorgesehen. Die damaligen Präsidenten, Kim Young Sam und Kim Il Sung, hatten sich, teils eingefädelt vom US-amerikanischen Ex-Präsidenten Jimmy Carter, auf ein Treffen verständigt und bereits das Protokoll abstimmen lassen. Doch Mitte Juli 1994 starb der "Große Führer" Kim Il Sung, und Washington hatte Nordkorea wegen der vermeintlichen Gewinnung waffenfähigen Plutoniums in dessen Kernkraftkomplex Yongbyon kurzerhand zum "Schurkenstaat" erklärt. Stillschweigend sah indes die im Frühjahr 1995 getroffene US-amerikanische-nordkoreanische Vereinbarung vor, Umrüstungen in Yongbyon durchzuführen, Leichtwasser-Reaktoren und Kohle an Pjöngjang im Wert von umgerechnet ca. vier Mrd. US-Dollar zu liefern sowie Liaison-Büros in beiden Hauptstädten einzurichten.

Wenngleich die Clinton-Administration erneut ihren "Schurkenstaat"-Vorwurf bekräftigt, setzt Seoul seit dem Amtsantritt Kim Dae Jungs im Februar 1998 auf eine "Sonnenscheinpolitik" gegenüber Pjöngjang. Dort nun erhofft man sich im Gegenzug Hilfe für die seit Jahren infolge verheerender Naturkatastrophen von Hungersnot geplagte Bevölkerung. Beide Kims, der südliche vom früheren Staatsfeind Nummer Eins zum Führer in Seoul und der nördliche vom Sohn zum politischen Landesvater in Pjöngjang aufgestiegen, setzen schließlich auf einen Legitimationsgewinn im Prozess der vorsichtigen Loslösung von dominanten ausländischen Mächten.

Mit dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft (1910-45) erhofften die Koreaner, wieder selbst die eigenen Geschicke zu lenken. Doch noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten sich die USA und Sowjetunion darüber verständigt, Korea auch nach einem Sieg über Japan eine Zeit lang treuhänderisch zu verwalten. Der 38. Breitengrad wurde als Demarkationslinie zwischen zwei Groß- und Siegermächten umso undurchlässiger, je schroffer ihre Eigeninteressen aufeinander prallten. Während die Sowjetunion ihre letzten Truppenkontingente 1948 aus dem Norden abgezogen hatte, bleibt mit ca. 37.000 stationierten GIs die Präsenz der USA im Süden des Landes ungebrochen. Die Staatsgründung der Republik Korea und der

Koreanischen Demokratischen Volksrepublik am 15. August bzw. 9. September 1948 markierte die imperial begründete Teilung des Landes.

Das Misstrauen sitzt tief

An dieser sensibelsten Nahtstelle der Ost-West-Blockkonfrontation Festland kam es zum ersten "heißen" Konflikt des Kalten Krieges (1950-53). Vorangegangen waren auf beiden Seiten (Konter-)Attacken sowie militärische Provokationen, die zum Bürgerkrieg mit häufig wechselnden Frontverläufen und durch Eingreifen von UN-Truppen und chinesischen Freiwilligenverbänden eskalierten. Massenmobilisierungen sorgten nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Panmunjom im Juli 1953 im nördlichen Landesteil dafür, dass die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllt und zeitweilig hohe Wachstumsraten erzielt wurden, was auf gerade unabhängig gewordene Länder des Trikonts faszinierend wirkte. Im Süden herrschte bis Ende der 80er Jahre eine Militärdiktatur, die auf dem Rücken einer staatsterroristisch zugerichteten Arbeiterklasse das "Modell Südkorea" begründete und als dessen Vorzug die Erzwingung von sozialen und nationalen Konsens pries.

Die bislang herausragenden innerkoreanischen Annäherungen, die gemeinsamen Rote-Kreuz-Gespräche, die in dem Nord-Süd-Kommuniqué vom Juli 1972 gipfelten, und der im Dezember 1991 von Seoul und Pjöngjang unterzeichnete Aussöhnungsvertrag geschahen jeweils in Situationen internationaler Umbrüche. Im ersten Fall war kurz zuvor die Feindschaft zwischen der VR China und den USA beigelegt worden, so dass die antikommunistische Propaganda ihr Bedrohungpotenzial einbüßte. Und 1991 verschwand mit der Sowjetunion ein Bündnispartner Nordkoreas von der politischen Bühne, mit dem es seit Beginn der 60er Jahre qua gemeinsamem Beistandspakt verbunden war. Beide Male waren aber auch innerkoreanische Prozesse verantwortlich dafür, dass der Dialog abrupt endete. Schließlich geriet Pjöngjangs Autarkie-Politik durch einen auf Devisenbasis umgestellten Handel mit der VR China und Russland, langandauernde Perioden von Dürre und Überschwemmungen und eigene wirtschaftlich-technologische Versäumnisse ins Wanken.

Nur ein erster Schritt

Eine wirkliche Nord-Süd-Verständigung, von dauerhaftem Frieden und (Wieder-) Vereinigung zu schweigen, würde wohl folgende Schritte erfordern:

- Regelmäßige Konsultationen auf höchster diplomatischer Ebene auf der Basis von Gleichberechtigung im Geiste des Aussöhnungsvertrages, der ein entsprechendes Regelwerk vorsieht.

- Die Schaffung eines Runden Tisches, an dem im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen Vorurteile abgebaut und wo nach gegenseitigem Besuchsprogramm (Stichwort: "kleiner Grenzverkehr") ein umfassender Wirtschafts-, Handels- und Kulturaustausch ausgehandelt werden.

- Die Einbindung anerkannter Persönlichkeiten und relevanter sozialer Kräfte aus Nord wie Süd in den offiziellen Dialog: Die jeweils staatliche Monopolisierung der Friedens- und Wiedervereinigungsproblematik erschwert diesseits und jenseits der Grenze noch immer entsprechende Initiativen. Vor allem das seit 1948 im Süden bestehende Nationale Sicherheitsgesetz ist anachronistisch und widerspricht der postulierten segyehwa (Globalisierung).

- Bilateral abgestimmte Schritte, um frühere bzw. noch präsente "Schutzmächte" (USA, China und Russland) in eine regionale Friedenssicherung - als ostasiatisches Pendant zur OSZE - einzubeziehen, deren Schlussakkord ein Friedensvertrag bildet. Das erfordert die Einstellung südkoreanisch-US-amerikanischer Manöver und den schrittweisen Abzug der in Südkorea stationierten US-Truppen. Im Gegenzug erleichtert es Pjöngjang, seinerseits die Truppenstärke und Militärausgaben zu senken.

- Sodann wäre zu klären, wie in sämtlichen Sphären des gesellschaftlichen Lebens ein geregeltes Miteinander gewährleistet und ein Vereinigungsprozess (als befristete Föderation oder Konföderation) jenseits von Unterwerfungen realisiert werden kann.

All das schüfe lediglich die Bedingungen für zivile Umgangsformen zwischen Nord und Süd - in etwa vergleichbar mit der innerdeutschen Situation nach dem Anfang der siebziger Jahre ausgehandelten Grundlagenvertrag. Bis Stacheldrahtverhaue und Minenfelder geräumt sowie gravierende

Bürgerkriegstraumata und Systemunterschiede überwunden sind, wird eine aufreibende Dialogphase unumgänglich sein.

Rainer Werning

21. Die keimfreie Diktatur. Kampf um Meinungsfreiheit im Polizeistaat Tunesien

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Tunesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:42

In Tunesien unterliegen sämtliche gedruckten, audiovisuellen und elektronischen Medien einer nahezu perfekten Gleichschaltung. Das Bild eines idyllischen "Musterländles", das viele europäische Touristen mit sich herumtragen, bekam in den vergangenen Monaten allerdings Risse - vor allem durch die "Affäre Ben Brik". Mit einem Hungerstreik, der international für Aufsehen sorgte, zwang der 39-jährige Journalist Taoufik Ben Brik das Regime zu ersten Zugeständnissen. Staatspräsident General Zine el Abidine Ben Ali, im Oktober 1999 mit 99,4 Prozent "wieder gewählt", verstieg sich gar zu einer demagogischen Kritik an der "zahnlosen" tunesischen Presse, die er selbst und seinesgleichen unterdrückt.

Das Regime kontrolliert mittlerweile nicht nur die klassischen Medien, sondern auch den Zugang zum Internet. Seit ihrer kritischen Berichterstattung über die Wahlfarce vom Oktober 1999 sind nunmehr auch alle französischen Printmedien (mit Ausnahme der Sportzeitung L'Equipe) vom tunesischen Territorium verbannt. Und auch der französische öffentliche Fernsehsender France 2 ist seither in Tunesien nicht mehr zu empfangen.

"Der letzte freie Journalist" im Lande, wie die - in Tunesien ebenfalls verbotene - Pariser Abendzeitung Le Monde Ben Brik nannte, gab dem Druck jedoch nicht nach. In tunesischen Medien hatte er ohnehin seit 1990 Schreibverbot. Aber als Korrespondent für die französische, katholische (Mitte-Links-)Tageszeitung La Croix und zwei europäische Nachrichtenagenturen suchte Ben Brik weiterhin der Welt draußen zu berichten, was in Tunesien vor sich ging. Über die Agenturen gelangten seine Texte auch in renommierte europäische Presseorgane wie die Neue Zürcher Zeitung und den französischen Courrier international.

Ein Musterland der Repression

Geschützt hat ihn das nicht. Anfang April dieses Jahres erhoben die tunesischen Behörden wegen zweier (in der Schweiz und in Frankreich publizierter) Artikel Klage gegen ihn, wegen der Straftatbestände "Verbreitung falscher Nachrichten in der Absicht, die öffentliche Ordnung zu stören" und "Diffamierung von Staatsorganen". Dafür drohten Ben Brik sechs Jahre Haft.

Zugleich trafen ihn die üblichen Schikanen, die gegen KritikerInnen des Regimes gang und gäbe sind: Sein Pass wurde eingezogen, Telefon und Fax abgestellt. Daraufhin begann Ben Brik am 3. April seine Hungerstreik-Aktion, zunächst in den Räumen des Verlagshauses Aloès. Dieses wurde daraufhin am 10. April durch die Polizei dicht gemacht und versiegelt - wegen "Störung der öffentlichen Ordnung".

Zwei Tage zuvor waren drei Führungsmitglieder der neu gegründeten tunesischen Vereinigung RAID (Sammlung für eine internationale Entwicklungs-Alternative) verhaftet worden, die sich in einem ihrer ersten Kommuniqués mit Ben Brik solidarisiert hatte. RAID ist der tunesische Ableger der erfolgreichen französischen Initiative ATTAC, die sich um Fragen der internationalen Ökonomie und der Nord-Süd-Beziehungen kümmert. Den drei Führungsmitgliedern des tunesischen ATTAC-Ablegers drohen nunmehr bis zu 13 Jahre Haft wegen "Bildung einer illegalen Vereinigung" und "Widerstands gegen die Staatsgewalt". Denn in Tunesien gilt es als Verbrechen, eine nicht durch die Staatsgewalt kontrollierte Vereinigung zu gründen.

Nach dreiwöchigem Hungerstreik wurde Ben Brik in der letzten Aprilwoche in die (private) Klinik Saint Augustin eingeliefert - die öffentlichen Krankenhäuser hatten seine Aufnahme verweigert. Zwei Polizisten in Zivil griffen ihn an seinem Krankenbett körperlich an, während einer der ihn betreuenden Ärzte von den Zivilbeamten in ein Auto gezerrt und 15 Kilometer außerhalb von Tunis ausgesetzt wurde. Am folgenden Tag wurde Ben Briks Wohnung, in die er zurückgebracht worden war, von 300 Polizisten umstellt. Französische und Schweizer Journalisten sowie tunesische Aktivisten der Linken und von Menschenrechts-Initiativen wurden durch die Polizisten gewaltsam am Zutritt gehindert, mehrere von ihnen geschlagen. Bei dieser Gelegenheit wurde Ben Briks Bruder Jellal verhaftet. Namhafte AktivistInnen, darunter die Verlegerin Ben Sédrine, wurden im Anschluss auf der Polizeiwache schwer misshandelt und tragen bis heute die Spuren von Schlägen und Folterungen.

Angesichts wachsenden internationalen Drucks der Öffentlichkeit - vor allem in Frankreich, aber auch in Algerien, Ägypten und im Libanon - sah sich das Ben-Ali-Regime gezwungen, einen teilweisen Rückzieher zu machen. Am 30. April erhielt Ben Brik seinen Pass zurück, zugleich wurde das Ausreiseverbot gegen ihn aufgehoben. Dagegen blieb Taoufiks Bruder Jellal, der bei den Auseinandersetzungen der Vorwoche festgenommen worden war, in Haft. Am 3. Mai wurde er in Tunis zu drei Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt - wegen "Aggression gegen Sicherheitsbeamte". Für Jellal Ben Brik, der bei den Vorkommnissen verletzt wurde und der zusätzlich unter Klaustrophobie leidet, stellte diese Haft eine ernsthafte Bedrohung seiner Gesundheit dar.

Mitverantwortung Frankreichs und Europas

Für Taoufik Ben Brik ist dieses Geben und Nehmen Teil einer Strategie der Staatsmacht. Bereits im Oktober des Vorjahres war Jellal wegen Zugehörigkeit zu der verbotenen (trotzkistischen) Organisation Communiste révolutionnaire verhaftet worden. Damals, so Taoufik Ben Brik, hätten die Polizisten ihm die Freilassung seines Bruders angeboten, "wenn du nicht über die Präsidentschaftswahl schreibst", die im selben Monat stattfindende Farce. Mit der Unterstützung seines Bruders schrieb der Journalist dann aber doch über das Ereignis, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Umgekehrt müsse nun Jellal, nach dem Willen des Regimes, sein Nicht-Stillhalten ausbaden.

Für Ben Brik stellte "der Knochen, den man mir in Gestalt meines Passes dafür hinwirft, dass ich meinen Bruder fallen lasse", eine schlimme Beleidigung dar. Trotz beginnender Beeinträchtigungen seiner Gesundheit und der Gefahr dauernder neurologischer Schäden setzte er seinen Hungerstreik fort, dem sich sein gefangener Bruder Jellal selbst und fünf weitere seiner Geschwister anschlossen. Die Hauptforderungen des Journalisten: Freilassung seines Bruders Jellal, Bezahlung der Behandlungskosten für die gefolterten AktivistInnen durch den tunesischen Staat und Wiedereröffnung des Verlagshauses Aloès.

Taoufik Ben Brik selbst reiste am 4. Mai nach Paris aus, um dort seinen Hungerstreik fortzusetzen - aber auch, um die Verantwortung der früheren Protektoratsmacht Frankreich als Hauptstütze des tunesischen Regimes zu unterstreichen. Paris begann sich in dieser Sache vom tunesischen Regime abzusetzen, dessen polizeistaatliche Borniertheit ihm - seit der Wahlkomödie vom Oktober - allmählich zu weit geht. Allein der gaullistische Kandidat für den Bürgermeister-Posten der französischen Hauptstadt, Philippe Séguin (der in Tunis geboren wurde und als einer der größten Lobbyisten des tunesischen Regimes fungiert), hielt zunächst noch zu seinen Freunden: Die westlichen Demokratiekonzepte seien nicht unter allen Bedingungen zu verwirklichen, da sie die wirtschaftliche Entwicklung voraussetzten. Schließlich moserte Séguin in der französischen Öffentlichkeit aber doch noch ein wenig an seinem Freund Ben Ali und dessen Regierungsmethoden herum.

Am Wochenende vor dem 1. Mai telefonierte Frankreichs Präsident Chirac 45 Minuten lang mit Ben Ali, und es ist ein offenes Geheimnis, dass Paris offen in das "Dossier Ben Brik" eingegriffen hat. Umgekehrt versuchte das französische Außenministerium jetzt auch Druck auf den Journalisten auszuüben, um zu einem kontrollierten Ende des Konflikts zu gelangen.

In jedem Fall ist Frankreich, ebenso wie andere europäische Länder, nicht nur aus historischen Gründen und auf Grund wirtschaftlicher Bindungen tief in die Repressionsgeschichte des tunesischen Regimes verwickelt. Die Ausbildung jener Chargen, die für das Regime die offizielle "Information" verbreiten, wurde durch Paris bezahlt - so subventioniert der französische Staat 60 Prozent des Budgets des hochoffiziellen Ausbildungszentrums CAPJI in Tunis. Die Franzosen sind dabei der deutschen (FDP-nahen) Friedrich-Naumann-Stiftung zuvorgekommen, die gleichfalls Interesse angemeldet hatte. Die Sozialistische Internationale wiederum zählt nach wie vor die tunesische Staatspartei RCD zu ihren Mitgliedern.

Am 15. Mai sah das Ben-Ali-Regime sich schließlich gezwungen, die Freilassung des inhaftierten Jellal Ben Brik zu verkünden. Am selben Tag, nach 42 Tagen Dauer, brach Taoufik Ben Brik seinen Hungerstreik ab. Die bis dahin uneinnehmbar erscheinende Festung des Regimes hatte in diesen Wochen bereits erhebliche Risse bekommen. Diese Risse resultieren auch aus der Unzufriedenheit, die sowohl in den ärmeren und weiter verarmenden Schichten vorhanden ist als auch in den bis dahin politisch stummen Mittelschichten sich auszubreiten beginnt. Bei letzteren wächst der Unmut über die hemmungslose, mafiöse Selbstbereicherung "des Clans", also der Präsidentenfamilie, die das Land weitgehend unter sich aufteilt. Durch die Rivalität

zwischen zwei Seilschaften dringen zunehmend Details über diese mafiösen Machenschaften an die Öffentlichkeit.

Dass die tunesische Diktatur in Europa als Musterland gilt, hängt auch mit wirtschaftlichen Interessen zusammen. Traditionell hängt die tunesische Ökonomie von zwei Sektoren ab, dem (europäischen) Tourismus und der Weiterverarbeitung aus Europa importierter Rohmaterialien zwecks Re-Export (vor allem Textilien und Schuhe). In jüngerer Zeit gerät diese Industrie unter den Druck der noch billigeren asiatischen Konkurrenz. Daher verlegt man sich nunmehr auf das Zusammenmontieren von Autobestandteilen sowie einfacher Elektronikartikel.

Als erstes außereuropäisches Mittelmeerland hat Tunesien im Juli 1995 ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterschrieben. Demzufolge sollen bis 2008 bzw. 2010 die Zollbarrieren zwischen der EU und Tunesien fallen. Einerseits wird es dem Land dadurch bereits jetzt ermöglicht, nach und nach immer mehr Warengruppen ohne Zollschranken nach Europa zu exportieren. Das kurbelt die tunesischen Ausfuhren an und beschert dem Land hohe Wachstumsraten: Im Durchschnitt der letzten Jahre waren 5 Prozent Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, für das laufende Jahr werden 6,5 Prozent prognostiziert. Andererseits werden mittelfristig auch die Einfuhrschranken fallen müssen, die bisher in einigen Sektoren die einheimische Produktion vor der Weltmarktkonkurrenz schützen.

Wegen der horrenden Korruption des "Clans" fließen die Früchte dieses Wachstums aber der (für ein Land des Südens sehr breiten) tunesischen Mittelschicht, und erst recht den Unterschichten, in immer geringerem Maße zu. Selbst nach offiziellen Zahlen liegt die Erwerbslosenquote bei 15 Prozent - ausländische Beobachter gehen von mindestens 20 Prozent aus, tunesische linke AktivistInnen sprechen von fast 30 Prozent.

Rückzieher des Regimes

Von der Unzufriedenheit und der Teil-Niederlage des Regimes im Fall Ben Brik versuchen neben den Islamisten auch bürgerlich-demokratische und linke Kräfte zu profitieren. Der Polizeistaat allerdings schlug, kaum war der Hungerstreik beendet, mit einem neuen Anschlag gegen die Meinungsfreiheit zurück. Am 24. Mai schossen Unbekannte auf den Inhaber einer Kommunikations- und Werbegesellschaft, Riad Ben Fadhel, und verletzten ihn in der Brust. Ben Fadhel war mehr als zehn Jahre lang, von 1988 bis 1999, Chefredakteur der arabischen Ausgabe der Monatszeitung Le Monde diplomatique gewesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach steht der Mordanschlag in Verbindung mit einem Gastkommentar, den Ben Fadhel am Wochenende zuvor in Le Monde veröffentlicht hatte. Darin hatte er Ben Ali aufgefordert, seinen Abgang von der Staatsspitze vorzubereiten.

Bis dahin hatte sich das Regime gegenüber Kritikern meist auf - sich steigernde - Schikanen und Misshandlungen "beschränkt", jedoch nicht zur physischen Liquidierung gegriffen. Der Mordanschlag gegen Riad Ben Fadhel wäre daher als weiteres Anzeichen dafür zu werten, dass die Ben-Ali-Diktatur die Nerven verliert und um sich zu schlagen beginnt.

Bernhard Schmid, Paris

22. §129b - Steilvorlage aus Europa. Europäisierung der "Terrorismusbekämpfung" durch Ausweitung des §129a

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:04

Ein neues Jahrtausend und eine rot-grüne Bundesregierung - Anlass genug, um auf eine Entrümplung der unseligen deutschen Terrorismusgesetzgebung zu hoffen? Wohl kaum. Denn über die Schiene der Europäischen Union (EU) gerät die Bundesrepublik, nicht ohne selbst dabei eifrig mitgewirkt zu haben, unter einen entgegengesetzten, repressiven Handlungsdruck: So steht die Bundesregierung in der Pflicht, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um zukünftig vom Ausland aus operierende kriminelle und "terroristische" Vereinigungen effektiver verfolgen zu können.

Der §129a Strafgesetzbuch (StGB), der die Bildung, die Mitgliedschaft, die Unterstützung sowie das Werbung für eine "terroristische Vereinigung" unter Strafe stellt, bildet das Zentrum des deutschen Staatsschutzstrafrechts. Der §129a ist die Anknüpfungsnorm für eine lückenlose polizeiliche Überwachung eines verdächtigen politischen Spektrums, für die Aushöhlung strafprozessualer Rechte von Beschuldigten und Angeklagten sowie gegebenenfalls deren Isolations-Haftbedingungen.

Eine Maßnahme, die es in sich hat

Der §129a ist eine Art Präventionsstrafnorm, die - wie selbst der Bundesgerichtshof (BGH) 1978 festgestellt hat - eine Strafbarkeit "schon weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen" begründet. Denn nach §129a kann jemand auch dann bestraft werden, selbst wenn er/sie die eigentliche Straftat gar nicht begangen hat. Der Vorteil des sogenannten Vereinigungsdelikts §129a liegt aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden in der enormen Erleichterung der Beweisführung - zu Lasten der Beschuldigten, selbstverständlich. Dem Angeklagten muss nämlich nicht mehr die Begehung einer konkreten Straftat nachgewiesen werden. Stattdessen kann eine Person, die einmal als Mitglied einer kriminellen oder "terroristischen" Vereinigung angesehen wird, für sämtliche dieser Organisation zugeschriebenen Straftaten zur Verantwortung gezogen werden.

Besonders berüchtigt sind diesbezüglich die Tatbestände des Werbens bzw. der Unterstützung einer "terroristischen" Vereinigung. Hiermit werden Handlungen verfolgt, die - in den Worten des BGH - "für die Vereinigung irgendwie vorteilhaft sind". In der Praxis hat sich gezeigt, dass hiermit in der Regel der Staat missliebige Meinungsäußerungen kriminalisiert: So wurden nicht nur JournalistInnen der "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" beschuldigt, weil sie in ihren Zeitungen/Zeitschriften Bekennerschreiben militanter Gruppen abdruckten. Auch Sprayer, die die Wände der Münchener U-Bahn mit dem Slogan "Krieg den Palästen" und einem fünfzackigen Stern bemalten, wurden in den 80er Jahren wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Erst jüngst ergab eine Kleine Anfrage der PDS, dass weniger als 3% der Ermittlungsverfahren, die in den 90 Jahren auf Grund des §129a eingeleitet wurden, auch mit einem gerichtlichen Urteil endeten. (1) Das heißt, über 97% der Fälle verlaufen im Sande. Der Verdacht liegt nahe, dass den Staatsschutz bei der Einleitung entsprechender Ermittlungsverfahren anderes interessiert, als vermeintliche "TerroristInnen" hinter Schloss und Riegel zu bringen. Tatsächlich eröffnet der §129a eine Fülle von Möglichkeiten zur Überwachung großer Personengruppen. Denn, nicht nur Beschuldigte dürfen z. B. abgehört werden, sondern auch deren "Begleit- und Kontaktpersonen". Im Falle der Göttinger Antifa M wurden Mitte der 90er Jahre im Zuge eines §129a-Verfahrens binnen weniger Monate nicht weniger als 14.000 Telefongespräche abgehört. Das Ausforschen und die Kontrolle unliebsamer politischer Spektren ist die eigentliche Funktion des §129a.

Im Dezember 1998 verabschiedete der Rat der Innen- und JustizministerInnen der EU eine sogenannte Gemeinsame Maßnahme, welche die Mitgliedstaaten der EU dazu verpflichtet, in ihr jeweiliges Strafrecht den Tatbestand der Beteiligung an einer "kriminellen Vereinigung" aufzunehmen. (2) Monatelang war hierüber kontrovers zwischen den EU-Staaten verhandelt worden - nicht ohne Grund, denn diese Gemeinsame Maßnahme hat es in sich.

Die rechtsstaatlich bedenkliche Logik des deutsche Staatsschutzstrafrechts - die einigen europäischen Rechtssystemen bislang völlig fremd gewesen ist - wurde nunmehr zu einer verbindlichen Vorgabe für sämtliche EU-Staaten. Als "kriminelle Vereinigung" wird in Art. 1 der "auf längere Dauer angelegte organisierte Zusammenschluss von mehr als zwei Personen" definiert, "die in Verabredung handeln, um Straftaten zu begehen, die mit einer Freiheitsstrafe von im Höchstmaß vier Jahren oder einer schwereren Strafe bedroht sind." Mit dieser weit reichenden Definition werden auch Formen des politischen bzw. des sozialen Protests erfasst, die in bestimmten Situationen Gefahr laufen, plötzlich außerhalb der Legalität gestellt zu werden (von Demonstrationen, über Hausbesetzungen, bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen). (3)

Die EU verpflichtet ihre Mitgliedstaaten, Personen selbst dann wegen ihrer Tätigkeit in einer kriminellen Tätigkeit zu verfolgen, wenn diese an der eigentlichen Tatausführung gar nicht beteiligt gewesen sind. Mehr noch, diese strafbare Handlung muss noch nicht einmal begangen worden sein. Aber damit nicht genug: eine Person soll auch für "sonstige Tätigkeiten der Vereinigung" belangt werden können, sofern sie sich "bewusst" gewesen sei, dass ihre - nicht näher spezifizierte - "Beteiligung" zur Durchführung der kriminellen Aktivitäten der Vereinigung "beiträgt." Diese "sonstigen Tätigkeiten" befinden sich nun endgültig im eigentlich straflosen Vorfeld krimineller Handlungen - damit können alle mögliche legalen Aktivitäten kriminalisiert werden.

Modell Deutschland

Dieser Problematik waren sich die Innen- und JustizministerInnen der EU sehr wohl bewusst. Und so haben sie sich in Art. 2 Abs. 2 der Gemeinsamen Maßnahme gegenseitig zu einer "möglichst weitgehenden Unterstützung" auch in den Fällen verpflichtet, in denen ein Mitgliedstaat derartige Vorfeldhandlungen nicht unter Strafe gestellt hat - diese dort also nach wie vor vollkommen legal sind. (4)

Schließlich wurden die EU-Staaten dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2000 die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, Mitglieder krimineller Vereinigungen zu verfolgen - unabhängig davon, an welchem Ort innerhalb der EU sich die eigentliche Operationsbasis dieser Gruppe befindet bzw. wo sie agiert. Konkret heißt dies, dass deutsche Strafverfolgungsbehörden beispielsweise das Mitglied eines finnischen Schmuggler- oder eines griechischen Fluchthelferrings oder aber der baskischen ETA hier zu Lande verfolgen können - obwohl klar ersichtlich ist, dass die Bundesrepublik nicht zu deren Aktionsfeld zählt.

Diese Bestimmung ist für das deutsche Staatsschutzstrafrecht das einzige Neue. Bislang ist die Gemeinsamen Maßnahme in der Bundesrepublik noch nicht umgesetzt. Es existiert lediglich ein entsprechender Vorentwurf des Justizministeriums vom August 1999. Danach soll mit Hilfe eines neu in das Strafgesetzbuch einzuführenden §129b die §§129 und 129a auch für kriminelle und "terroristische" Vereinigungen in einem Mitgliedstaat der EU gelten.

In Bundesrepublik hat man auch ohne diese Bestimmung in der Vergangenheit ausländische kriminelle/"terroristische" Vereinigungen verfolgt. Voraussetzung hierfür war aber, dass diese Organisation in Deutschland zumindest über eine Teilstruktur verfügt. Unendliche Winkelzüge waren beispielsweise seitens der Bundesanwaltschaft nötig, um einen deutschen Ableger der Brüsseler Europavertretung der PKK zu erfinden - alles nur damit hier zu Lande Kurdinnen und Kurden mit Hilfe des §129a StGB angeklagt werden konnten. Auf derlei Umstände kann nach Umsetzung der EU-Maßnahme verzichtet werden.

Und dennoch: die praktischen Auswirkungen des geplanten §129b dürften auf absehbare Zeit weniger in der Festnahme und Aburteilung ausländischer "Terroristen" liegen. Die PKK konnte - wie erwähnt - sowieso schon ohne einen §129b verfolgt werden. Der zweite Versuch, ausländischen Organisationen wegen Aktionen im Bundesgebiet den Prozess zu machen, endete Anfang der 90er Jahre mit Freisprüchen für die mutmaßlichen IRA-Mitglieder. Die politischen Entwicklungen in Irland seither lassen vermuten, dass es bis auf weiteres zu keiner Neuauflage der Kontinentalkampagne der IRA kommt. Bleiben Gruppierungen, wie die baskische ETA oder aber der griechische "17. November". Allerdings liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich der deutschen Staatsschutz auf die Verfolgung dieser Gruppierungen vorbereitet.

Der Schwerpunkt des §129b dürfte somit erst einmal darin liegen, die gegenseitige Rechtshilfe - also im wesentlichen den grenzüberschreitenden Informationsaustausch und die seit kurzem deutlich erleichterte Auslieferung politischer Straftäter - zu intensivieren. "Möglichst weitgehende Unterstützung" haben sich die EU-Staaten in der Gemeinsamen Maßnahme gegenseitig versichert. Zudem wollen die Mitgliedstaaten ihr

Vorgehen in grenzüberschreitenden Ermittlungskomplexen untereinander so abzustimmen, dass eine möglichst "effiziente Strafverfolgung" sichergestellt wird.

Der §129a wird seit seiner Entstehung 1975 durch Bürgerrechtsverbände und kritische JuristInnenvereinigungen kritisiert, da die verfassungs- und bürgerrechtlichen Kosten dieses Sondergesetzes zu hoch und seine Erforderlichkeit äußerst fraglich sind. Auch die Grünen haben zu Oppositionszeiten mehrfach - zuletzt in der vergangenen Wahlperiode - die Abschaffung des §129a gefordert, ebenso die PDS, die zudem angekündigt hat, diesen Aspekt ihres Strafrechtsdemokratisierungsgesetzes aus der letzten Legislaturperiode jetzt erneut einzubringen.

Erst jüngst hatte das Komitee für Grundrechte und Demokratie dazu aufgerufen, eine Kampagne zur Abschaffung der §§129 und 129a zu starten. Dies könnte auf fruchtbaren Boden fallen, nachdem im Januar diesen Jahres der Deutsche Anwalt Verein zusammen mit der Bundesrechtsanwaltskammer, der Strafverteidiger-Vereinigung und dem Verein Deutscher Strafverteidiger vorgeschlagen hat, zumindest Folgevorschriften des §129a - wie z. B. das Kontaktsperregesetz aus dem Deutschen Herbst 1977 - endlich zu streichen.

§129b - europaweite Kriminalisierung

Doch eine solche Kampagne sollte die europäische Wirklichkeit mit reflektieren. Die §§129 und 129a müssen in ihrer Gesamtheit zweifelsohne einer umfassenden bürgerrechtlichen Kritik unterzogen werden. Aber auf einzelstaatlicher Ebene kann die Abschaffung der §§129 und 129a sinnvollerweise nicht mehr gefordert werden. Was bleibt, ist aber mehr als nur der schale Appell an die europäischen Instanzen, dass, was man gerade erst beschlossen hat, gleich wieder abzuschaffen. Vielmehr muss die Umsetzung der Gemeinsamen Maßnahme nicht so ablaufen, wie es sich das Bundesjustizministerium gedacht hat. Es gibt Alternativen: So ist die Bundesrepublik nämlich durch die Gemeinsame Maßnahme nicht gezwungen, UnterstützerInnen und Werbende für eine terroristische Vereinigung weiter strafrechtlich zu verfolgen. Möglich wäre somit, im Hinblick auf die erst einmal unumgängliche Umsetzung der Gemeinsamen Maßnahme ein Paket zu schnüren, im Zuge dessen diese beiden Varianten aus dem §129a gestrichen würden (und somit auch nicht auf den §129b übertragen würden).

Ein kleines Brötchen fürwahr (auch wenn zu berücksichtigen ist, dass 85% aller §129a-Ermittlungsverfahren sich auf Unterstützung bzw. Werben beziehen) - aber Europa hat uns inzwischen, was das Ausmaß im Bereich der Staatsschutz-Kooperation angeht, fest im Griff.

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) BT-Drs. 14/2840. Bei anderen - unpolitischen - Delikten liegt die Quote bei weit über 40%.

2) Amtsblatt L 351 vom 29.12.98, "terroristische Vereinigungen" werden von dieser Gemeinsamen Maßnahme mitumfasst.

3) Als strafwürdiger Zweck krimineller Vereinigungen wird in der Gemeinsamen Maßnahme die Begehung nicht nur solcher Straftaten angesehen, bei denen es um die Erlangung "geldwerter Vorteile" geht. Vielmehr stellt die "unzulässige (also nicht unbedingt rechtswidrige!, ak) Beeinflussung der Tätigkeit öffentlicher Stellen" eine nicht minder verwerfliche Absicht krimineller Vereinigungen dar.

4) Die große Besorgnis einiger EU-Staaten fand seinen Niederschlag in der Präambel der Gemeinsamen Maßnahme. Darin heißt es, dass bei der Verfolgung krimineller Organisationen die Europäische Menschenrechtskonvention und hierbei insbesondere weder das Recht auf freie Meinungsäußerung noch die Versammlungs- und Vereinsfreiheit unter die Räder kommen dürfe.

23. Das zweite Urteil: lebenslange Armut. Interview mit Monika Haas

Autor: Rote Hilfe Hamburg · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:31

Zweieinhalb Jahre lang saß Monika Haas in U-Haft, zwei Jahre lang stand sie mit dem Vorwurf vor Gericht, sie habe im "deutschen Herbst" Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" transportiert. Als im November 1998 der Prozess gegen sie zu Ende ging, zweifelte niemand daran, dass das Oberlandesgericht Frankfurt sie verurteilen würde. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Nicht ein einziger der vom Gericht vorgetragenen Urteilsgründe wurde in der Hauptverhandlung durch einen unmittelbaren Beweis untermauert. Wenn dieses Urteil Bestand hätte, wäre es eine Schande für den Rechtsstaat." Im Revisionsverfahren wurde am 11. Februar das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt. Die Rote Hilfe Hamburg führte mit Monika Haas das folgende Interview.

Rote Hilfe: Obwohl der Prozess gegen dich und das Urteil zu fünf Jahren Haft in der breiten Öffentlichkeit überwiegend kritisch aufgenommen worden waren, hat der Bundesgerichtshof deine Revision verworfen. Wie sieht dein Leben im Augenblick aus, welche Konsequenzen hat das Urteil für dich?

Monika Haas: Ziemlich bittere. Am 3. Mai habe ich eine erste Teilrechnung der Prozesskosten in Höhe von 180.690,15 Mark von der Bundesanwaltschaft bekommen. Ende März hatte ich einen gerichtlichen Vergleich mit meinem früheren Arbeitgeber, der Uniklinik Frankfurt, geschlossen. Für den Zeitraum nach meiner Haftentlassung und bis zum Arbeitsantritt bei meinem jetzigen Arbeitgeber muss mir die Uniklinik das Gehalt nachzahlen. Nach Abzug der Steuern, Versicherungsbeiträge und der Sozialhilfe, die ich während dieser Zeit bekommen habe, wäre ein Restbetrag geblieben, mit dem ich die durch die Haft aufgelaufenen Schulden bezahlen wollte.

Außerdem habe ich die Rechnung für die Verfassungsbeschwerde bisher noch nicht bezahlen können. Die Gehaltsnachzahlung wurde inzwischen von der Justiz gepfändet. Bleibt es bei der Eintreibung der horrenden Prozesskosten, wird für mich jede berufliche Perspektive tiefgreifend zerstört.

Wie ordnest du das BGH-Urteil politisch und juristisch ein?

Es hat den Anschein, dass die Tragweite dieser Entscheidung von den meisten Menschen, gerade auch seitens der bürgerlichen Presse, bislang nicht erkannt wurde. Nur wenige Zeitungen haben in ihren Kommentaren die Konsequenz dieses Richterspruchs konkret benannt. Sollte es nämlich bei diesem Urteil bleiben, dann könnte künftig bei Strafprozessen die Verteidigung eingespart werden! Der vermeintliche Nachweis meiner Schuld basiert letztlich ausschließlich auf einem anonymen Hintergrundmaterial, dessen reale Existenz für keinen der Prozessbeteiligten manifest wurde. Wir hatten nie die Möglichkeit zu überprüfen, ob es beispielsweise den anonymen "Zeugen" in Wirklichkeit gab. Jeder Staatsanwalt kann sich also künftig bei seiner "Beweisführung" auf anonyme Zeugen vom Hörensagen oder aber auf anonyme Unterlagen berufen, die er dem Gericht nicht mehr zur Überprüfung präsentieren muss. Das ist eine eindeutige Negierung rechtsstaatlicher Prinzipien und gibt der Anklagebehörde die Chance grenzenloser Manipulation in Strafprozessen.

Bei dem Urteilsspruch vom 11. Februar ging es ja nicht nur um den Prozess gegen mich, sondern der Staatsschutzsenat hatte offensichtlich bereits künftige Prozesse im Visier.

Die Karlsruher Entscheidung könnte also von grundlegender Bedeutung für zukünftige Verfahren sein?

Auf jeden Fall. Die Urteilsbegründung des 3. Staatsschutzsenats stützt sich ja nicht auf eine juristischer Argumentation, sondern auf eine politische. "Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus erfordert die Ausschöpfung aller vorhandenen Beweismittel", sagte der Vorsitzende Richter Kutzner bei der mündlichen Urteilsverkündung. Ganz offensichtlich werde ich, und das nicht zum ersten Mal, für die Interessen des Staatsschutzes instrumentalisiert. Die Aktionen der RAF der achtziger Jahre konnten, wie aus der Presse zu entnehmen ist, nie aufgeklärt werden. Wer damals "RAF" war, ist den Ermittlungsbehörden offenbar nicht bekannt. Damit wird sich die Bundesanwaltschaft nicht abfinden wollen. Um diese Akten einmal schließen zu

können, müssen die Aktionen personell zugeordnet werden. Das ist mit den üblichen kriminaltechnischen Mitteln aber nicht leistbar.

Eines der wichtigsten Instrumente, um diese Lücke zu schließen, war die Kronzeugenregelung. Diese Möglichkeit ist für die Bundesanwaltschaft nicht mehr verfügbar. (...)

Der Ersatz für die Kronzeugenregelung heißt jetzt: "Zeugen vom Hörensagen!" Das gilt insbesondere für Staatsschutzprozesse, aber nicht nur. Es lässt sich sehr leicht nachweisen, dass früher oder später die Verhandlungs- und Beweisführung dieser Prozesse zum Allgemeingut werden.

Wie sehen die nächsten Schritte für dich aus? Du hast ja immer gesagt, dass du dich mit einem Urteil nicht abfinden wirst.

Wir haben inzwischen Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt, denn erst muss der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft werden, um den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen zu können. Dabei geht es, wie gesagt, nicht nur um mich. Beweismaterial, welches jeder gerichtlichen Überprüfung entzogen wird, darf es in einem Rechtsstaat ebenso wenig geben, wie die Kronzeugenregelung. Mit solchen Instrumenten ist ein faires Verfahren noch nicht einmal ansatzweise gegeben.

Wie können die Leute dich jetzt unterstützen?

Ein wichtiges Moment ist die Öffentlichkeit. Das "Forum für Monika Haas" richtet zur Zeit eine Website ein (www.Monika-Haas.de), damit eine breite Öffentlichkeit regelmäßig über den aktuellen Stand der Entwicklung informiert werden kann. Leider denken viele Menschen, für mich sei alles gelaufen und es gehe mir inzwischen wieder ganz gut, dem ist aber leider noch nicht so.

Dann benötigen wir ganz dringend Geldspenden, um meine Klage beim Europäischen Gerichtshof sicher zu stellen. Möglicherweise ist der Hintergrund der finanziellen Strangulation, wie sie derzeit vorangetrieben wird, auch darin zu sehen, dass die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof blockiert werden soll.

24. Angewandter Realismus. Kontroversen um die Solidarität mit den angeblichen RZ-Mitgliedern

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:45

Zumindest etwas Erfreuliches lässt sich im Zusammenhang mit den mittlerweile sechs Leuten berichten, die wegen angeblicher Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) seit Dezember in Haft genommen wurden: In Berlin haben sich zahlreiche Menschen zu einem Bündnis für Freilassung zusammengefunden, das sich bereits kurz nach der Verhaftung von Axel H. und Harald G. und der ersten Durchsuchung des MehringHofs im Dezember vergangenen Jahres in Berlin gebildet hat.

Angesichts des desolaten Zustands der Linken in der Bundesrepublik ist das erst einmal nicht wenig - vor allem auch, wenn man bedenkt, dass sich hier nicht nur Menschen aus dem Umfeld der autonomen Restzusammenhänge zusammengefunden haben. In Berlin beteiligen sich auch Leute, die zumindest einzelne der Gefangenen aus ihrer politischen Arbeit her kennen und nicht aus der autonomen Szene stammen. Reibungslos ist die Zusammenarbeit allerdings nicht. Und auch in der Berliner linken Szene stößt das Soli-Bündnis nicht nur auf Gegenliebe. Die Soli-Kampagne sei unpolitisch, profillos und würde bestimmte Positionen ausgrenzen, so die häufigsten Vorwürfe.

Am 6. Juni fand in Berlin die zweite größere Veranstaltung zum Thema statt. Mit rund 400 BesucherInnen platzte das Kato an diesem Abend fast aus den Nähten. Auf Einladung von bis gleich, Initiative für die Freilassung und die Abschaffung des §129a waren der emeritierte FU-Politik-Professor Johannes Agnoli aus Italien und der Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner nach Berlin gekommen. Auf dem Podium saß außerdem Silke Studzinsky, die Anwältin von Harald G. Heiko Kauffmann, Sprecher von Pro Asyl, musste leider kurzfristig absagen. Das momentane Verfahren zeige, wie schnell man in die Gefahr komme, kriminalisiert zu werden, wenn man sich mit kriminalisierten Menschen beschäftigte, so Kauffmann in einem Grußwort, das auf der Veranstaltung verlesen wurde - womit er auf die Arbeit von Harald G. in der Forschungsgemeinschaft Flucht und Migration anspielte.

Der weitere Verlauf des Abends zeigte dann deutlich, welche Konflikte in der Berliner Szene existieren. Seit Wochen wird das Berliner Soli-Bündnis kritisiert, weil es die Haltung der RechtsanwältInnen der Inhaftierten und derjenigen Verhafteten, die sich bislang öffentlich geäußert haben, unterstützt, sich nicht an Spekulationen über die Motive des Kronzeugen Tarek M. zu beteiligen. Silke Studzinsky nutzte die Gelegenheit, diese Position noch einmal zu verteidigen. Jedes öffentliche Nachdenken über die persönlichen und politischen Beweggründe von Tarek M., Aussagen bei der Bundesanwaltschaft (BAW) zu machen, arbeite indirekt der BAW in die Hände - so die Anwältin.

Solidarisieren, nicht spekulieren!

Auch Rolf Gössner warb für die Haltung seiner KollegInnen um Verständnis: "Die Aufgabe der Verteidigung ist es, alles zu unterbinden, was ihren Mandanten schaden könnte." Zuvor hatte er noch einmal die besondere Rolle des §129a bei der Kriminalisierung linker Politik dargestellt und darauf verwiesen, dass die Aussagen eines "gekauften Zeugen" grundsätzlich in Zweifel gezogen werden müssen: "Wer Belohnung durch Straffreiheit oder Strafmilderung zu erwarten hat, wer existenziell daran interessiert ist, dass ihn die Sicherheitsorgane schützen und unterstützen, wer dermaßen von staatlichen Institutionen abhängig wird, gerät unter ungeheuren Druck und sagt leicht mehr, als er weiß."

Dieser juristische Blick, der bei Teilen der Anwesenden nicht auf Gegenliebe stieß, war nicht die Sache von Johannes Agnoli. Er versuchte vielmehr, die Verhaftungen in einen politischen Zusammenhang einzuordnen: Aktuelle, konkrete Gründe konnte er allerdings nicht erkennen - "am Stand der Klassenkämpfe kann es wohl nicht liegen." Vielmehr handele es sich um die präventive Repression des Staates gegen "Zellen des Widerspruchs", damit aus diesen nicht "Zellen des Widerstandes" werden. Seinen Beitrag nutzte er ansonsten zu einer schonungslosen Kritik der autonomen Bewegung in der Bundesrepublik, der er vorwarf, sich in Ein-Punkt-Bewegungen zu verzetteln und so die Frage von Kapital und Staat aus dem Blick zu verlieren. Er verschonte dabei auch nicht die Aktionen der RZ. Trotz seiner Einwände gegen die juristische Argumentation

ließ er doch gleichzeitig erkennen, dass er ein solches Vorgehen für unabdingbar hält, wenn es darum geht, die Gefangenen aus dem Knast zu holen.

Vor allem die Ausführungen von Silke Studzinsky waren es, die in der anschließenden Diskussion auf Widerspruch stießen. Hieß es auf der einen Seite, im Zentrum einer Kampagne müsse stehen, die Legitimität des Widerstands zu verteidigen, wurde auf der anderen Seite die Debatte um Tarek M. eingefordert, um die politische Seriosität der eigenen Bewegung zu retten. Vehement wurde davor gewarnt, sich als Soli-Kampagne vor den Karren der Verteidigung spannen zu lassen. Denkverbote würden ausgesprochen, so der schärfste Vorwurf an diesem Abend. So abwegig dieser Vorwurf auch ist, von der taz wurde er in ihrer Berliner Lokalausgabe begierig aufgriffen: "Bedingt durch die unfreiwillige Konfrontation mit einem längst abgeschlossenen Kapitel tobt nun in der linken Berliner Szene seit Monaten ein Streit um die ‚richtige` Ausrichtung der Solidaritätsarbeit." (23.6.2000)

Das Soli-Bündnis hat sich zur Aufgabe gestellt, die Verhafteten materiell zu unterstützen, Öffentlichkeit herzustellen und Solidarität zu organisieren. Dass dabei noch einige Anstrengungen unternommen werden müssen, die Verhaftungen weit über das enge linke Spektrum hinaus zum Thema zu machen, zeigte nicht zuletzt die Veranstaltung selber. Anstatt die eigene Befindlichkeit zu thematisieren, sollte man lieber in diese Richtung arbeiten. Nichts spricht gegen eine Diskussion über die Politik der RZ und die Rolle von Verrätern in politischen Bewegungen, aber die eigene autonome Identität zum Maßstab einer Solidaritätskampagne zu machen, wird sich nicht auszahlen.

mb.

25. Fünf Frauen gegen den Repressionsapparat

Autor: Antirassistische Initiative Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:08

Am 19. April diesen Jahres endete einer der längsten Hungerstreiks, der je in einem Berliner Abschiebeknast stattfand, mit der Entlassung von Soja Schatz. Sie hatte 61 Tage für ihre Freilassung aus der Abschiebehaft gehungert.

An diesem Hungerstreik beteiligten sich anfangs acht Frauen. Nach dreieinhalb Wochen waren es noch fünf Ukrainerinnen, die den Hungerstreik konsequent und entschlossen fortsetzen. Von den fünf Frauen wurden vier Frauen entlassen. Der fünften Hungerstreikenden, Lyudmyla Orlova, fehlte in den entscheidenden Tagen vor allem die psychische Kraft, so dass sie am etwa 50. Tag den Hungerstreik abbrach. Lyudmyla wurde erst am 14. Juni - zwei Monate später - aus der Abschiebehaft entlassen.

Als die Frauen sich bei der Antirassistischen Initiative (ARI) meldeten und um Unterstützung baten, saßen sie bereits seit mehreren Monaten im Abschiebeknast Berlin-Moabit in der Kruppstraße - und waren in der dritten Woche ihres Hungerstreiks. Die Frauen hatten zu diesem Zeitpunkt alle keinen Rechtsbeistand.

Eine der wichtigsten Aufgabe der ARI war es zu diesem Zeitpunkt, neben RechtsanwältInnen auch ÄrztInnen, BesucherInnen, DolmetscherInnen einzubinden, um einerseits den stetigen Kontakt zu den Frauen zu gewährleisten, andererseits auf juristischer und medizinischer Ebene kompetent agieren zu können. Das Zusammenspiel zwischen ihnen wurde mit zunehmender Länge des Hungerstreiks und angesichts der lebensbedrohlichen Zustände der Hungerstreikenden immer wichtiger. Zum Beispiel bei der Durchsetzung der Patientinnen-Interessen gegenüber dem polizeiärztlichen Dienst; bei Dienstaufsichtsbeschwerden, bei den diversen Anträgen auf Haftentlassung auf Grund der schweren körperlichen Schäden der Frauen usw.

Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler de Unterstützung war die Öffentlichkeitsarbeit. Die Frauen formulierten gemeinsame Statements, sie gaben Live-Interviews per Telefon aus dem Knast heraus für Radiosender, sie sprachen ihre Forderungen auf Band, so dass diese bei Demonstrationen abgespielt werden konnten oder sie ließen sich von JournalistInnen direkt im Abschiebeknast interviewen. Auch nach Beendigung des Hungerstreiks stellten sie sich der Presse weiterhin zu Verfügung. Die ARI ihrerseits initiierte eine große Öffentlichkeitskampagne zum Hungerstreik. Es gelang, PolitikerInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Unterstützung zu gewinnen. In Fax- und Briefaktionen wurden Protestschreiben von Organisationen aus dem In- und Ausland und von vielen Einzelpersonen an die politisch Verantwortlichen geschickt.

Im Laufe der Zeit wurde allen UnterstützerInnen deutlich, dass bei diesem Hungerstreik und mit diesen Frauen ein Exempel statuiert werden sollte. Grund dafür war sicher die unbeirrbare Entschlossenheit und Konsequenz, mit der die Frauen agierten. Die Frauen selbst vermuteten, dass sie deshalb so sehr schikaniert würden, weil sie Frauen seien.

Sie wurden ab der dritten Woche in einer Gemeinschaftszelle im sonst unbelebten Erdgeschoss des Abschiebeknastes untergebracht und waren somit von anderen Gefangenen völlig isoliert. Sie widerstanden allen Spaltungsversuchen der Knastleitung. Gleichzeitig konnten sie die Schikanen des medizinischen Personals und des Bewachungspersonals öffentlich machen und damit der Propaganda des Innensenats die Grundlage entziehen. Alle Hungerstreikenden hatten bis zu ihrer Entlassung Infusionen oder Medikamente konsequent abgelehnt, um den Streik nicht zu verlängern. Dana und Soja wurden am 51. bzw. 55. Hungerstreiktag ins Haftkrankenhaus der JVA-Moabit gebracht und mussten Verfügungen unterschreiben, die festlegten, was mit ihnen im Falle des Eintretens ihrer Bewusstlosigkeit geschehen solle.

Alle Frauen mussten mit rechtsanwaltlicher Hilfe freigekämpft werden. Keine von ihnen wurde allein auf Grund ihres schwer kranken Zustandes, z.B. von den Knastärzten, für haftunfähig erklärt und damit entlassen. Im Gegenteil: sie galten als "gesund", obwohl sie von unabhängigen ÄrztInnen mehrfach als hochgefährdet eingeschätzt wurden. Knast-Ärzte und Politiker nahmen über Wochen bewusst den drohenden Tod oder schwere Folgeschäden durch den Hungerstreik der Frauen in Kauf. Auf dem Höhepunkt der öffentlichen Empörung, als Protest-Aktionen beim Innensenat und direkt vor dem Haftkrankenhaus stattfanden, wurde kurz vor den Osterfeiertagen Soja Schatz als letzte Hungerstreikende entlassen.

Nach der Entlassung aus der Haft wurden Dana und Soja sofort in ein öffentliches Krankenhaus gebracht, in dem sie die Folgen des langen Hungerstreiks auskurieren konnten. Nach diesem dreiwöchigen Krankenhausaufenthalt wurde die Ausländerbehörde wieder aktiv. Soja drohte jetzt direkt die Abschiebung und sie musste untertauchen. Gegen Danas Entlassung hatte die Ausländerbehörde Beschwerde eingelegt und sie musste sich wieder den Verfolgungsbehörden stellen.

Resultat für die Frauen: Sie haben ihr Ziel, Freilassung aus der Abschiebehaft, erreicht. Aber lediglich zwei von Ihnen haben für einige Wochen eine Duldung erhalten - die anderen sind weiterhin ohne gültige Aufenthaltspapiere. Sie sind wieder Sans Papiers.

Frieda und Anneliese,

Antirassistische Initiative Berlin

Eine Info-Mappe mit ca. 130 Seiten über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Hungerstreik der ukrainischen Frauen kann für 15 DM inkl. Porto bei der ARI bestellt werden: Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Telefon: 030-785 72 81, Fax: 030-786 99 84, Email: ari@ipn.de

26. Orte der Verzweiflung. Hungerstreiks in Abschiebeknästen - das Beispiel Berlin

Autor: Antirassistische Initiative Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:07

Wenn Menschen im Abschiebeknast landen, dann sind ihre Chancen auf ein Leben in diesem Lande rapide gesunken. Denn diese Haft hat nur eine Funktion: die Menschen bis zur Abschiebung zu internieren. Das heißt, die Gefangenen kommen in der Regel erst aus dieser Haft heraus, wenn sie in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Da die Gründe für die Einreise nach Deutschland für Flüchtlinge unterschiedlich sind, hat auch die Abschiebung für die Menschen unterschiedliche Bedeutungen. Ob es pure Angst und Panik vor der Auslieferung in den Verfolgerstaat, oder ob es die Rückkehr in Kriegsverhältnisse, Hunger und Armut und Perspektivlosigkeit ist - in den meisten Fällen hat die Abschiebung katastrophale Folgen für die Betroffenen. Dementsprechend schrecklich ist die Stimmung in einem Knast, in dem Menschen allein zum Zwecke der Abschiebung festgehalten werden.

Die Abschiebehaft dient den Behörden und Gerichten nicht nur zur Durchführung der Abschiebung, sondern zunehmend auch als Beugemaßnahme gegen Menschen, um sie zu zwingen, bei der Passbeschaffung oder bei ihrer Identitätsklärung aktiv mitzuwirken. Demzufolge sitzen viele Gefangene über Monate - einige über ein Jahr - in Haft. Alle Gefangenen sind Sans Papiers, fast alle haben keine RechtsanwältInnen, die meisten hätten auch kein Geld dafür.

Abschiebeknäste - weg damit!

Zu dem Bewusstsein des Eingesperrtseins kommt die Tatsache, dem täglichen Terror des Anstaltspersonals ausgeliefert zu sein. Das meist ignorante und rassistische Verhalten der Knastbullen, der Sozialarbeiter oder des medizinischen Personals - alle Angestellte der Polizei - verschärft das Gefühl der Hilflosigkeit. Es kommt zu Selbstverletzungen und Selbstmordversuchen der Gefangenen (in Berlin seit Anfang dieses Jahres in fünf Fällen). Es kommt häufig zu Misshandlungen von Seiten des Bewachungspersonals und zu unterlassener Hilfeleistung durch das medizinische Personal - Straftatbestände, die im Abschiebeknast immer ungesühnt bleiben.

In dieser Situation ergreifen immer häufiger und immer mehr Gefangene die Initiative und wehren sich mit dem einzigen Mittel, das ihnen noch geblieben ist. Sie hören auf zu essen und riskieren ihre Gesundheit, um gegen ihre Inhaftierung und die drohende Abschiebung zu demonstrieren. Der Kampf ist riskant und die Gefahr der Langzeit- und Folgeschäden wächst mit zunehmender Länge des Hungerstreiks. Die Situation wird lebensgefährlich, wenn sich die Gefangenen entschließen, auch die Wasseraufnahme zu verweigern. Dann müssen innerhalb von Tagen Entscheidungen getroffen werden, um den Tod des Menschen zu verhindern.

Seit Monaten finden im Abschiebeknast in Berlin-Köpenick, Grünauer Straße, fast ständig Hungerstreiks statt, meist kollektiv in Gruppen von 10 bis 16 Männern. Und obwohl es Hungerstreiks nach Aussage der Anstaltsleitung gar nicht gibt, weil die Gefangenen ja nur "die Anstaltsnahrung verweigern" und sich dementsprechend "anderweitig versorgen könnten", wurde im Frühjahr die zweite Etage im Haus II des Knastes als Isolierstation für Hungerstreikende eingerichtet. Diesen Isolationstrakt gibt es offiziell natürlich auch nicht. Tatsache ist allerdings, dass in diesem Trakt alle hungerstreikenden Menschen zusammengelegt werden und sie dadurch keinen Kontakt zu den übrigen Gefangenen mehr haben.

Eine besondere Rolle spielt bei den Hungerstreiks das medizinische Personal des polizeiärztlichen Dienstes. Die Tätigkeit dieser Sanitäter und der Ärztin erschöpft sich in der Kontrolle des Körpergewichtes der Hungerstreikenden und in der ständigen Aufforderung an die Gefangenen, den Hungerstreik zu beenden. Erst wenn sie essen würden, bekämen sie auch medizinische Versorgung.

Die offiziellen Reaktionen auf diese fast kontinuierlich stattfindenden Hungerstreiks sind unterschiedlich und unvorhersehbar. So werden Hungerstreikende zum Teil ins nahe gelegene Krankenhaus Köpenick gebracht und entweder freigelassen oder nach kurzer Behandlung wieder zurück in den Abschiebeknast gebracht. Andere wiederum werden einfach vor die Tür gesetzt und sind damit frei. Einige Hungerstreikende werden zügig allerdings auch und unter Umständen schon schwer krank abgeschoben. So geschehen mit Nidjo

Lucubami am 5.3.2000. Er galt als Sprecher der Hungerstreikenden und wurde am 16. Hungerstreiktag nach Misshandlungen in Berlin und ab Paris auch in einem Rollstuhl nach Angola abgeschoben. Auf dem Flug schnitt er sich noch drei Mal die Adern auf.

Rückblickend betrachtet gelang es in der letzten Zeit immerhin einer größeren Zahl von Hungerstreikenden, sich "freizuhungern". Und das ist angesichts der drohenden Abschiebung oder der noch monatelangen in Aussicht stehenden Haft ein großer Erfolg für die Einzelnen - auch wenn sich ihre aufenthaltrechtliche Situation durch die Freilassung nicht grundlegend geändert hat. Sie sind weiterhin vogelfrei und können jederzeit wieder eingefangen werden. Sie sind allerdings vorerst aus dieser Sackgasse heraus und haben ihr Leben und ihre Zukunft wieder ein Stückweit mehr in der Hand.

Der Apparat (re-)agiert

In Berlin gibt es vor allem die Initiative gegen Abschiebehaft, deren Mitglieder die Gefangenen besuchen und betreuen und aktuelle Hungerstreiks dann auch öffentlich machen. Die Unterstützung von Gefangenen in Abschiebehaft erfordert Zeit und starke Nerven. Denn die psychische Belastung ist groß im Umgang mit Menschen, die Schrecklichstes erlebt haben und die auch jetzt absolut mit dem Rücken zur Wand stehen. (1) Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) beteiligt sich vor allem an der Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit für die hungerstreikenden Gefangenen.

Für beide Organisationen - Ini und ARI - sind Hungerstreiks auch immer Anlass, auf die Existenz und den Skandal der Abschiebeknäste überhaupt aufmerksam zu machen. Der Abschiebeknast ist das krasseste Sinnbild bundesdeutscher Abschottungspolitik. Abschiebeknast steht für hundertfache Freiheitsberaubung von Menschen; Freiheitsentzug, der durch RichterInnen und Richter in schlampigen Fünf-Minuten-Verhandlungen gesetzlich "legitimiert" wurde, oft ohne Anhörung der Betroffenen und oft ohne Rechtsbeistand. Die einzige Forderung kann deshalb nur sein: "Abschaffung aller Abschiebeknäste! Bleiberecht für alle!"

Frieda und Anneliese,

Antirassistische Initiative Berlin

Anmerkung:

1) Es werden immer Menschen gesucht, die sich an dieser Arbeit beteiligen wollen. Wer Interesse hat, soll sich bei der Berliner Initiative gegen Abschiebung melden (Tel. 030-417 00 915).

27. Grenzcamp, zum Dritten! Antirassistische Aktionswoche in Forst bei Cottbus

Autor: h./AG3F, Hanau · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:22

"Was mir besonders auffällt: Man sieht keine Ländergrenzen. Ich habe schlagartig begriffen, dass die auf Landkarten eingezeichneten Grenzlinien Geburten in den Köpfen von Menschen sind."

(Ulf Merbold, Astronaut)

Einen Ausflug ins All können wir leider nicht anbieten. Jedoch besteht beim Camp trotzdem die Möglichkeit, sich der oben zitierten Erkenntnis zu vergewissern.

Ein Mensch überquert die Neiße und es sind keine unsichtbaren Mächte oder Kräfte, die sein Ankommen in der Bundesrepublik Deutschland verhindern. Diejenigen, die das besorgen, haben Namen und Ränge. Sie sind aus Fleisch und Blut und verstecken sich hinter Pflichterfüllung sowie nationaler bzw. europäischer Verantwortung: BGS, Bundesinnenministerium, Zentrale Ausländeraufnahmestelle.

Andere vollstrecken den Willen schweigender Mehrheiten, indem sie in der Sprache der Gewalt Menschen anderer Hautfarbe, Nationalität oder Weltanschauung angreifen und gelegentlich totschlagen: Deutsche Neonazis und FaschistInnen.

Viele tun ihren Teil dazu, indem sie wegsehen und schweigen oder gar die Opfer denunzieren: Deutsche StaatsbürgerInnen.

Diese Zusammenballung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gesellschaftlichem wie staatlichem Verfolgungsinteresse nennen wir das Grenzregime. Gegen dieses Ensemble bundesrepublikanischen Alltags veranstalten wir erneut ein Camp an der polnisch-deutschen Grenze. (...)

Mit diesen knappen, treffenden Sätzen ruft die Campvorbereitungsgruppe, ein Bündnis vor allem antirassistischer, antifaschistischer und autonomer Gruppen, nun zum dritten Mal in Folge zu einer Aktionswoche an der Grenze auf, die in diesem Jahr zwischen dem 29. Juli und 6. August stattfindet.

Die Kampagne kein mensch ist illegal hatte erstmals 1998 vorgeschlagen, die deutsche Ostgrenze, die zugleich ja auch EU-Außengrenze ist, zum Aktionsziel zu machen. Die Menschenjagd des BGS, die Grenze als erster Brennpunkt der Illegalisierung, sollte nicht nur thematisiert, sondern fantasievoll und provozierend attackiert werden. Die Premiere in der Nähe von Görlitz konnte sich sehen lassen: etwa 300 AktivistInnen hielten mit Demonstrationen, Autocorso und einer Regatta auf der Neiße die Grenzschützer Tag und Nacht auf Trab. Zumindest in den regionalen Medien sorgte das Camp für reichlich Schlagzeilen.

Mit 5-600 TeilnehmerInnen folgte 1999 bei Zittau das Camp Nr. 2. Erneut wurde in einer Mischung aus "Vermittlung und Provokation" gleichermaßen informiert wie irritiert. Inhaltliche Debatten hatten in Zittau an Stellenwert gewonnen und somit die "Binnenbedeutung" des Camps erhöht. Als gelungenes soziales Experiment wurde von den meisten TeilnehmerInnen empfunden, wie das Zusammenleben mehrerer hundert Menschen aus völlig verschiedenen Szenerien funktionierte.

Erwartungsgemäß überwogen zwar Unverständnis bis Feindschaft in der ansässigen Bevölkerung, wenn die Forderung nach offenen Grenzen erhoben wurde. Doch die Campzeitung wurde oftmals interessiert angenommen, praktische Hilfen und Tipps zeugten ebenfalls von punktuellen Sympathien.

Dennoch blieb und bleibt in den bisherigen Campbilanzen unbestreitbar, dass die Außenwirkung insgesamt äußerst begrenzt blieb: mit einem einwöchigen Spektakel lässt sich zwar einiger Staub aufwirbeln, doch Einfluss auf den (rassistischen) Alltag davor und danach ließ sich damit kaum erreichen. Es existieren vor Ort eben kaum Zusammenhänge, die den "radikalen" Campansatz weitertragen oder verlängern könnten. Auch wurde zu wenig in die Diskussionen einbezogen, was im Vorfeld sowie im nachhinein an entsprechenden Initiativen nötig und möglich wäre.

Dem Grenzcamp eine gesteigerte "Nachhaltigkeit" zu verschaffen, gehört insofern zum vorrangigen Ziel des diesjährigen Projektes. Auch wenn schon in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit zwischen

ostdeutschen Antifas und westdeutschen Antiras eine Qualität der Grenzcamps ausmachte, in diesem Jahr sind mehr denn je lokale und regionale Gruppen aus Brandenburg eingebunden. In den zwei Wochen vor dem Camp werden bereits Informationsabende in Forst und Cottbus stattfinden, und die Tatsache, dass die NPD aus Zittau großmäulig Gegenaktionen angekündigt hat, war schon im Juni Gegenstand erster Presseberichte.

"Nachhaltigkeit" macht sich zudem auf einer weiteren Ebene bemerkbar. Lief das erste Camp noch nahezu ohne Beteiligung von Flüchtlingen ab, wurden in Zittau die unerträglichen Bedingungen des dortigen Wohnheims zu einem Schwerpunktthema. Motiviert durch die Teilnahme einer Delegation der afrikanischen Selbstorganisation Voice nahmen zahlreiche Flüchtlinge aus Zittau an den Aktionen teil. Die Schließung des Wohnheims einige Monate später hat sicherlich auch mit den damals gestarteten Aktivitäten zu tun.

Im dritten Camp steht diesbezüglich nun eine weitere Steigerung an. Flüchtlinge aus Wohnheimen in Forst und Cottbus beteiligten sich bereits an Vorbereitungstreffen, die Kontakte über die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen konnten frühzeitig hergestellt werden. Aktivitäten gegen die diskriminierende Gutscheinpraxis, gegen die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht und nicht zuletzt gegen das Abschiebegefängnis in Eisenhüttenstadt stehen in den Veranstaltungsplanungen oben an.

Geradezu zur "Sommeruni" wollten einige Vorbereitungsbeteiligte das diesjährige Grenzcamp (um)gestalten. Zwar hat der aktionistische Flügel seine Position behaupten können, doch soll in diesem Sommer nahezu allabendlich eine vorbereitete Diskussionsveranstaltung stattfinden. Die Themen (siehe Kasten) könnten, wenn sie entsprechend gut aufbereitet werden, schließlich auch intern für "nachhaltige" inhaltliche Debatten sorgen.

War noch beim ersten Camp 1998 die Zusammenarbeit mit Leuten in Polen auf einzelne Kontakte beschränkt, so beteiligte sich 1999 eine größere Gruppe aus Poznan an der Aktionswoche. Sie hatte im Vorfeld eine öffentliche Aktion beiderseits der polnisch-ukrainischen Grenze durchgeführt. In einer gemeinsamen Osteuropa-Arbeitsgruppe im Zittauer Camp wurde einerseits über die Vorverlagerung der Abschottungspolitik nach Osten diskutiert, zum anderen über mögliche Gegenprojekte beraten. Vorgeschlagen wurde damals auch, im nächsten Jahr ein Camp im Dreiländereck Polen-Ukraine-Slowakei durchzuführen.

Die Gruppe aus Poznan, die Anarchistische Föderation (FA), hatte sich dann zur Organisierung eines solchen Camps entschlossen, das jetzt Mitte Juli stattfinden wird. Die Teilnahme von etwa 100 Personen, u.a. aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, wird erwartet, auch aus der BRD werden Leute dort hinfahren. Allerdings nicht als offizielle Delegation der "deutschen" Grenzcampvorbereitung. Eine Mehrheit der deutschen Grenzcampvorbereitung hat sich der weit reichenden Kritik einer feministischen Gruppe aus Warschau an der FA Poznan angeschlossen und die Zusammenarbeit erst einmal ausgesetzt. Vor dem Hintergrund der Ereignisse um ein sexistisches Plakat sowie der Bündnispolitik mit einer rechten Gruppierung soll zunächst eine weitergehende Auseinandersetzung stattfinden, um genauere Kriterien einer Zusammenarbeit zu entwickeln. Über diese Fragen wird sowohl auf dem polnischen wie auch auf dem deutschen Camp die Diskussion geführt werden.

In No Border, einem europäischen Netzwerk antirassistischer Gruppen, haben Initiativen aus acht Ländern die Grenzaktionen zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Zwischen Mitte Juli und Anfang September rufen sie zu entsprechenden Aktionen auf, die zeitlich gestaffelt, aber inhaltlich aufeinander bezogen stattfinden werden. Durch die gegenseitige Teilnahme sollen Querverbindungen hergestellt werden, Informationen über alle Camps sollen zukünftig auf einer gemeinsamen Website veröffentlicht werden. (http://noborder.eu.org)

Camps werden also Mitte Juli in Ostpolen und Ende Juli in Cottbus/Forst, im August dann Aktionen an der italienischen Küste in Apulien sowie in Südspanien organisiert. Vor dem Hintergrund der jüngsten 58 Opfer europäischer Abschottungspolitik in Dover planen No Border-AktivistInnen jetzt auch in England Aktionstage gegen das Grenzregime. Schließlich betritt die Kampagne Anfang September die "interkontinentale Ebene": in Tijuana in Mexiko wird ein dreitägiges Happening direkt am Grenzzaun zu den USA stattfinden.

Ob an den Außengrenzen der Festung Europa oder zwischen den USA und Mexiko: es geht nicht allein um das tägliche Unrecht der Rückschiebungen und die oft tödliche Brutalität der Jagd auf die Illegalisierten. Der Zusammenhang von Globalisierung und Migration, die immense Bedeutung der Grenzen für das Ausbeutungsgefälle soll gleichermaßen an allen Widerstandsorten zum Thema gemacht werden.

h./AG3F, Hanau

Kontaktadresse, auch für Aufrufe und Plakate: Grenzcamp 2000 c/o FFM, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin, Tel.: 030/6938318, Email: FFM@snafu.de, Kampagnenhandy: 0172/8910825.

Vorläufiger Aktions- und Veranstaltungsplan für das Camp in Forst:

29.7.: Anreise und Aufbau; Treffpunkt ist Freitag um 17 Uhr sowie Samstag um 12 Uhr am Parkplatz vor dem Schwimmbad in Forst (südlich vom Rosengarten)

30.7.: Stadtspaziergang, Grenzvisite, Besuch des Flüchtlingswohnheims; Eröffnungsplenum mit dem autonomem Ohnesorgtheater

31.7.: Fußballturnier; Veranstaltungen zu den internationalen Grenzaktionen, insbesondere der Situation in Mexiko, zu Fluchthilfe sowie zur Einschätzung und zum Umgang mit dem rassistischen Konsens

1.8.: Straßentheater zum Prozess gegen Faschisten in Guben, Teach-In gegen antisemitische Angriffe; Veranstaltung zu Osteuropa

2.8.: Aktion gegen die Gutscheinpraxis in Forst; Veranstaltung der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

3.8.: Veranstaltung zur Geschichte des Antirassismus

4.8.: Aktion am Arbeitsamt; Demo zum Flüchtlingsheim in Cottbus; Veranstaltung zum Nato-Krieg in Jugoslawien

5.8.: Aktion gegen die Zentrale Ausländeraufnahmestelle und den Abschiebeknast in Eisenhüttenstadt; Veranstaltung zu Arbeit, Armut und Migration

6.8.: Abschlussaktion und Konzert

sowie ein Nonstop-Internetcafé mit nadir, Work-Shops zu Lufthansa, zum Einwanderungsgesetz, zur Residenzpflichtkampagne, Filme und viele weitere spontane und vorbereitete Aktionen ...

28. Mit und ohne Arbeit: sichere Einkommen. Erwerbslose diskutieren über Arbeitszwang und Billigjobs

Autor: ALSO Oldenburg · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:40

Erste Schritte zu einer breiten Kampagne "Gegen Arbeitszwang und Billigjobs - für ein existenzsicherndes Einkommen" unternahmen im Juni Erwerbslose und ungesichert Beschäftigte auf einer Arbeitstagung in Bielefeld. "Der Weg ist vorerst das Ziel", meinen die AutorInnen des folgenden Artikels und verstehen das als realistische Beschreibung des Standes der derzeitigen Kämpfe Erwerbsloser um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Tagung in Bielefeld war das erste Produkt des im Januar dieses Jahres neu gegründeten "Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen". Über 100 VertreterInnen kirchlicher, gewerkschaftlicher und unabhängiger Erwerbsloseninitiativen und -verbände trafen sich zu einem seit Jahren überfälligen Austausch. (1) Angesichts der Breite der vertretenen Spektren war die Tagung ein erster Erfolg des Runden Tisches. Die Forderung nach einem Mindesteinkommen, das vor Armut, Schikane und miesen Jobs schützt, erwies sich im Laufe der Tagung als verbindendes Element. Die Tagungsergebnisse sollen zu Handlungshilfen für eine Kampagne gegen Billigjobs zusammengefasst und verbreitet werden. (Bezug ab Herbst über: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/96784-0, Fax: -22).

"Runder Tisch und" Arbeitstagung sind im Grunde Spätfolgen eines politischen Misserfolgs. Als im Juni vergangenen Jahres gegen Armut, Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit und Rassismus zum Kölner EU-Gegengipfel mobilisiert wurde, wurde das für die bundesdeutschen Erwerbslosenorganisationen zu einem glatten Fehlschlag. Das gilt für die Demo am 29.5.1999 und noch viel mehr für das anschließende "Europäische Erwerbslosenparlament". Dort sollten länderübergreifend Kämpfe gegen die vom EU-Ministerrat vertretene Politik zur Senkung von Löhnen und Sozialleistungen diskutiert werden. Die bundesdeutschen Erwerbslosenzusammenhänge hingegen blieben jede abgestimmte Beteiligung am "Parlament" schuldig. Dies war nicht Schludrigkeit, sondern Ausdruck von Unorganisiertheit.

Mit der Verabredung regelmäßiger Treffen zwischen wesentlichen regionalen und bundesweiten Erwerbslosen- und Sozialhilfezusammenschlüssen soll dies zukünftig ausgeschlossen sein.

Die Treffen unter dem Titel "Runder Tisch" sollen angesichts rot-grüner Verarmungspolitik und nur vereinzelt agierender Gruppen organisierter Erwerbsloser politische Aktivitäten für eine breitere Mobilisierung entwickeln. Den Rahmen steckt dabei eine Arbeitsplattform, die in die Forderung nach "einer existenziellen Absicherung für alle durch ein Einkommen unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit" mündet. Als erstes Projekt wurde die Entwicklung der Kampagne gegen Arbeitszwang und Billigjobs ins Auge gefasst. Damit sich Erwerbslose vom sozialdemokratisch "aktivierenden Staat" nicht überrollen lassen, und damit mit dem Wechsel zu rot-grün nicht auch noch die letzten von der ArbeiterInnenklasse erkämpften Standards für Leben und Arbeit fortgespült werden.

Das Projekt einer bundesweiten Kampagne Erwerbsloser stößt jedoch auf einige Schwierigkeiten. Erwerbslose führen Kämpfe um Einkommen alltäglich - sei es auf den Ämtern um Lohnersatz- und Sozialleistungen, sei es in den verschiedenen Jobs, sei es (vor allem) kommunal um die Finanzierung ihrer Zentren etc. Doch eine bundesweite Koordination solcher Kämpfe fehlt. Nur selten gibt es Austausch über Erfolge, Misserfolge, politische Strategien - und wenn, dann meist nur zwischen einzelnen Initiativen. Um in dieser Situation eine breite Kampagne entwickeln zu können, müssen die verstreuten Gruppen zuallererst an einen Tisch kommen. Dazu sollte die Arbeitskonferenz Gelegenheit geben. Und der Runde Tisch mit VertreterInnen bestehender Regionalkoordinationen soll die Kontinuität sicher stellen. Allerdings überwog die Einschätzung, dass der heutige Organisationsgrad Erwerbsloser nicht ausreicht für politisch wirksame zentrale Aktionen, daher wurde zunächst eine dezentrale Strategie anvisiert. Aktionen sollen örtlich umsetzbar, mobilisierend sein. Sie sollen so weit praktisch sein, dass auch punktuelle Erfolge möglich sind.

Aus der Pleite gelernt

Für die Tagung waren sechs Foren zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen um Arbeit und Einkommen konzipiert, in deren Verlauf auch Eingriffsstrategien entwickelt werden sollten:

- die rot-grüne Niedriglohnstrategie und die als Ergebnis des "Bündnisses für Arbeit" verabredeten Kombilohn-Versuche,

- die Pläne zur Schaffung eines Niedriglohnsektors, die Ergänzung von Billiglöhnen durch Sozialhilfe sowie eine Kampagne gegen prekäre Jobs in Callcentern ("Citikritik"),

- Ausgrenzungspraktiken der Arbeitsämter (z.B. dubiose Stellenangebote, Trainingsmaßnahmen) sowie - als Gegenstrategie - die optimale Nutzung bestehender Möglichkeiten zur Sicherung erworbener Ansprüche auf Lohnersatz,

- die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe sowie die Praxis, die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter den noch mieseren Standards der Sozialämter zu unterwerfen,

- die Vorbereitung zur weiteren Senkung der Sozialhilfe (sog. "Regelsatzreform" und "Pauschalierung") und - als Gegenstrategie - die Ausweitung der Sozialhilfe und deren Inanspruchnahme, etwa durch eine Kampagne zu "Kindern in der Sozialhilfe".

Das sechste Forum hatte die Aufgabe, die von verschiedenen Gruppen unterschiedlich begründeten Forderungen nach einem gesicherten Einkommen (z.B. "Existenzgeld", "Mindestlohn", "gesetzlicher Mindestlohn") darauf zu prüfen, ob in ihnen Gemeinsamkeiten zu finden sind, die als zukünftiger politisch-perspektivischer Minimalkonsens des Runden Tisches dienen könnten.

So unterschiedlich wie die Foren, so unterschiedlich waren die Ergebnisse. Zur Niedriglohnstrategie und Kombi-Lohn-Modellversuchen gab zuerst ein umfassendes Informationsbedürfnis, so dass Gegenstrategien nicht diskutiert wurden. Klar war, dass der angeblich erst zu schaffende Niedriglohnsektor nicht mehr als eine Mogelpackung ist. Aus Sicht der Erwerbslosen stellen stattdessen ein vernünftig gestalteter öffentlicher Beschäftigungssektor und ein existenzsicherndes Mindesteinkommen die einzig sinnvollen Perspektiven dar.

In der Diskussion über die alltäglichen Praktiken der Arbeitsämter, Erwerbslosen miese Jobs schmackhaft zu machen, konnten TeilnehmerInnen von vielen ähnlich gelagerten Erfahrungen berichten, sei es von Vermittlungsangeboten in ungesicherte und unklare Arbeitsverhältnisse, sei es von schikanösen Trainingsmaßnahmen. Ergebnis war hier der Vorschlag, die Vermittlungspraktiken der Arbeitsämter breiter zu untersuchen und zu dokumentieren. Anschließend sollen die in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit sitzenden GewerkschafterInnen mit den Ergebnissen konfrontiert werden. Am Ende sollten zumindest bessere Standards für Beratung und Vermittlung durch die Bundesanstalt durchgesetzt werden.

Die vollständige Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wurde als Regierungsprojekt für die nächsten Wahlperiode eingeschätzt, wobei aber bereits jetzt Schritte in diese Richtung vollzogen werden. Dazu gehört die Zusammenlegung der Arbeitsvermittlung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebeziehenden, die mit dem Verlust bisheriger Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosenhilfe einhergeht.

Angesichts der hohen Zahl von GewerkschafterInnen im Forum 5 erwies es sich als notwendig, zunächst die innere Logik der Sozialhilfe zu erläutern, bevor die aktuellen Regierungspläne zur Senkung der Sozialhilfe dargestellt und analysiert werden konnten. Erst so wurde durchschaubar, wie etwa die geplante Senkung der Regelsätze für Kinder begründet und durchgesetzt werden soll, wie individuelle Lebensbedarfe z.B. für Kleidung, Mieten oder längerlebige und kostspieligere Gebrauchsgegenstände pauschaliert werden sollen und wie durch Maßnahmen der Druck auf Sozialhilfeberechtigte verschärfen wird, jedwede Jobs anzunehmen.

Wieder kampagnenfähig?

Das Interesse anwesender GewerkschafterInnen am Thema war ein positives Element in dieser Runde. Allerdings wurde auch deutlich, dass die Arbeit an diesbezüglichen Kampagnen allein von den wenigen InitiativenvertreterInnen geleistet werden muss. Die Inhalte solcher Kampagnen sind dabei klar: Zum einen muss das Thema Kinderarmut in der Öffentlichkeit so hoch gehalten werden, dass die Regelsatzsenkung für Familien mit Kindern nicht durchsetzbar wird. Zum anderen müssen die Modellversuche zur Pauschalierung von Hilfen zum Lebensunterhalt so erfolgreich bekämpft werden, dass den Regierenden das Interesse an derartigen Menschenversuchen gründlich vergeht.

In den Debatten zum gesicherten Einkommen war klar, dass dieses auf einem Niveau liegen muss, das den Druck in Zwangsarbeit und Niedriglohnjobs abmildert. Schwieriger wurde es allerdings, als es an den Knackpunkt der Debatte ging, nämlich die vollständige Entkopplung von Mindesteinkommen und Arbeit. Dies sei in Gewerkschaften nicht zu diskutieren, stellte der NGG-Vertreter fest. Aber anders gäbe es keinen Schutz vor miesen Jobs, so die Einschätzung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.

Gleichermaßen schwierig war die Debatte um die mit einem Mindesteinkommen gestellte Frage nach der Umverteilung des Reichtums: Wer gibt wie viel ab von dem unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen produzierten Reichtümern? Die Sozialhilfeinitiativen etwa schlagen vor, dass alle die Hälfte ihrer Nettoeinkommen abgeben und zum verbleibenden Rest das Mindesteinkommen hinzubekommen. Dadurch würden ca. 75% der Bevölkerung deutlich profitieren. Ein Vorschlag allerdings, der selbst nach Einschätzung von manchen InitiativenvertreterInnen nicht vermittelbar sei. Immerhin bestand zumindest unter Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen Einigkeit darüber, dass eine tragbare Mindesteinkommensforderung prinzipiell binnen Jahresfrist erreichbar wäre.

Bei vielen Initiativen und auch etlichen GewerkschaftsvertreterInnen stieß die Initiative des Runden Tisches auf Interesse. Völlig vage allerdings bleibt die geplante Kampagne. Der von den AutorInnen favorisierte Ansatz, ausgehend von den Alltagskämpfen Erwerbsloser auch überregional politisch kampagnenfähig zu werden, scheint auch bei denen, die diese Alltagskämpfe führen, im ersten Moment schwer vollstellbar, aber zumindest diskutierbar. Eine solche Strategie würde auch auf Konflikte mit gängigen Dogmen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und zur Hilfe für angeblich defizitäre Arbeitslose hinauslaufen. Ob dies von gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Gruppen mitgetragen wird, hängt auch von der Entschlossenheit der Initiativen(vertreterInnen) ab, ein eigenes politisches Projekt zu entwickeln, statt auf Beschlüsse der Gewerkschaftsoberen zu warten.

VertreterInnen der derzeit üblicherweise als radikale Linke gehandelten Gruppen (z.B. Autonome, Antifa), die verschiedentlich verlautbarten, die "soziale Frage" berücksichtigen zu wollen, sind am Runden Tisch bisher nicht beteiligt. Aber auch die Verankerung in den klassischen Strukturen der Erwerbslosen(projekte) steckt noch in den Anfängen. So liegen erst von den wenigsten Regionalkoordinationen eindeutige Zusagen zur Mitarbeit vor.

Der Runde Tisch trifft sich Anfang August zur Auswertung der Tagung und weiteren Planung der Kampagne (2).

a.d., g.g., u.d. (ALSO Oldenburg)

Anmerkungen:

1) Am "Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen" sitzen derzeit: Arbeitslosenverband, Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbslosengruppen, BAG Sozialhilfeinitiativen, Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung und Ausgrenzung, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Arbeitsloseninitiative Thüringen, Kooperationsverbund der Arbeitslosenarbeit Westfalen/Lippe, Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte Niedersachsen, Info-Stelle Rheinland, Initiative zur Vernetzung linker Gewerkschafter.

2) Aktuelle Infos zum Runden Tisch und der Kampagne: http://www.euromarches.org

29. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:43

Wg. Fiat: Opelstreik

Die Unruhe, die die geplante Fusion von Fiat und General Motors unter den Opel-Beschäftigten verursacht hatte, eskalierte Mitte Juni im Bochumer Werk von Opel. Nachdem bereits im Mai die Opel-Beschäftigten mehrere Male die Arbeit niedergelegt hatten, um sich über den Stand der Fusionsverhandlungen und die drohenden Konsequenzen zu informieren, legte am 14. Juni mit Beginn der Frühschicht die komplette Belegschaft des Werkes II in Bochum die Arbeit nieder. Im Laufe des Vormittags folgen die Belegschaften in den Werken I und III, und auch der Motorenbau in Kaiserslautern sowie die Getriebefertigung in Rüsselsheim stehen still.

Um 16 Uhr 45 verkündet der Bochumer Betriebsratsvorsitzende Jaszczyk in einem Telefoninterview, dass man in Rüsselsheim eine Zwischeneinigung mit der Konzernleitung erreicht habe: die Forderung nach "Besitzstandswahrung" (Löhne und Gehälter sowie Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen) bei der Umwandlung von Teilen der Opel-Werke in neue GmbHs sei akzeptiert. Dissenz bleibt die Frage der Interessenvertretung. Am frühen Abend wurde folgende Vereinbarungen verlesen: Löhne und Gehälter bleiben bei einem Wechsel in die Joint Ventures unverändert. Dies wird für fünf Jahre garantiert; Betriebsrentenpläne bleiben erhalten; fünf Jahre lang soll es auch keine Nachteile bei sozialen und sonstigen Leistungen geben; keine betriebsbedingten Kündigungen im Zusammenhang mit den Joint Ventures; bekundet wird auch die Absicht, das Vertretungsrecht von Betriebsrat und Aufsichtsrat auf die Joint Ventures auszudehnen - so weit dies national rechtlich möglich sei. Weitere Verhandlungen seien für den folgenden Tag in Rüsselsheim geplant.

Dennoch: Weder die Spät- noch die Nachtschicht in Bochum brachen den Streik ab. Am 15. Juni stehen zu Beginn der Frühschicht in Bochum alle Werke still und das, obwohl die Opelgeschäftsleitung den "lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern" droht: "Weitere Arbeitsniederlegungen werden wir nicht tolerieren." Gerüchte über Aussperrungen kursieren. Die Antwort der Beschäftigten in Werk II: "Die Bosse fallen vom Hocker, wir lassen nicht mehr locker"

Am späten Vormittag des 15. Juni beginnen die Verhandlungen in Rüsselsheim, wo der Bochumer Betriebsrat die unbefristete Absicherung der sozialen Leistungen fordert. Auf die Antwort von Arbeitsdirektor Küpper, darüber könne man nicht verhandeln, skandiert die Bochumer Belegschaft: "Falsche Antwort!" Kurz vor 12.00 hieß es, Opel sei bereit, über die dauerhafte Zusicherung der sozialen Standards zu verhandeln, müsse jedoch die Lohnfrage mit Detroit abklären. Antwort im Bochumer Werk II: "Falsche Antwort" und "Wir wollen schriftliche Zusagen".

Der Bochumer Streik berührt inzwischen auch andere GM-Werke. Aus Mangel an Teilen stockt die Produktion in Antwerpen, Liverpool und Ellesmere Port. Die englischen KollegInnen sind begeistert über die Bochumer Belegschaft und lassen grüßen.

Am späten Abend verliest der aus Rüsselsheim zurückgekehrte Betriebsratsvorsitzende Jaszczyk einen Verhandlungskompromiss, der schriftlich und unterschrieben vorliegt. Die entscheidenden Neuerungen: Die Beschäftigten von neuen GmbHs können vom Opel-Betriebsrat vertreten werden, und Detroit gab grünes Licht für die unbefristete Lohn- und Gehalt-Garantie für alle in die GmbHs wechselnden KollegInnen. Am Freitag, den 16. Juni nimmt die Opel-Belegschaft die Arbeit wieder auf.

(labournetgermany, FAZ)

Heißer Herbst bei Ford

Die britischen Gewerkschaften haben Ende Juni Kampfmaßnahmen gegen die geplante Schließung des Ford-Werkes in Dagenham angekündigt. Nach Plänen der Ford-Konzernleitung aus dem Frühjahr soll die Fahrzeugproduktion in Dagenham zum Jahre 2002 eingestellt werden. Während die Autoproduktion hauptsächlich nach Köln verlagert wird, sollen in Dagenham lediglich Dieselmotoren hergestellt werden.

Gerechnet wird mit 1.900 Entlassungen auf Grund dieser Entscheidung. Bereits im Februar wurde die Produktion in Dagenham auf eine Schicht reduziert, was 1.500 Arbeitsplätze gekostet hat.

Ford will in Europa 1 Mrd. Dollar an Kosten sparen, die Schließung von Dagenham ist dabei ein wesentlicher Schritt. Allein im vergangenen Jahr hat Ford in England einen Verlust im dreistelligen Millionenbereich eingefahren. Hintergrund für die Verluste und die geplanten Produktionsverlagerungen ist nicht zuletzt die kämpferische Belegschaft in Dagenham. Immer wieder ist es hier zu wilden Streiks, militanten Aktionen und Sabotage gegen die Arbeitsbedingungen und das rassistische Klima in der Fabrik gekommen. Die Abwesenheitsrate war überdurchschnittlich hoch, und die Gewerkschaften haben für die Geschäftsleitung teure und unflexible Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. Ungeschminkt beschreibt so etwa die FAZ , wie sich hinter den nüchternen Zahlen über Kosten und Produktivität ganz konkrete Klassenauseinandersetzungen verbergen und wie Konzernentscheidungen auch ein Reflex dieser Auseinandersetzungen sind.

(labournetGermany, FAZ)

IWF-Proteste in Argentinien

Mehrere Millionen befolgten am 9. Juni den Aufruf zu einem eintägigen Generalstreik gegen die Austeritätspolitik der Regierung von Präsident Fernando de la Rua, die zu einer Arbeitslosenquote von über 14% geführt hat. Dabei handelte es sich um den zweiten Generalstreik innerhalb von sechs Wochen. Aufgrufen hatte vor allem de radikale Flügel des Gewerkschaftsverbandes UGT. Die Aktionen richteten sich gegen die strengen Sparmaßnahmen der Regierung und die massive Auflagenpolitik des IWF. Laut FAZ wurde der Streik der größte in den letzten vier Jahren - im ganzen Land befolgt, vereinzelt kam es zu Ausschreitungen. Die größeren Städte und weite Teile des Landes waren lahm gelegt, weil Tausende von EisenbahnerInnen und Beschäftigte in öffentlichen und privaten Verkehrsbetrieben sich dem Streik angeschlossen hatten. In der Hauptstadt der patagonischen Provinz Neuquén wurde das Verwaltungsgebäude der Erdölraffinerie Repsol-YPF zerstört.

Die Regierung will mit ihrem drakonischen Sparprogramm das Haushaltsdefizit von 20 Mrd. DM und die Auslandsschulden im Umfang von 300 Mrd. DM reduzieren. Lohn- und Gehaltskürzungen von 12-15% sind ebenso Teil der Maßnahmen wie Streichungen bei den Renten und die Deregulierung und Privatisierung des Gesundheitswesens. Trotz des Streiks äußerte sich de la Rua entschlossen, an seiner Sparpolitik festhalten zu wollen.

(FAZ,labournetgermany)

Polizeischutz für Duro

Mitte Juni eskalierte der Arbeitskampf im mexikanischen Rio Bravo. Seit April streiken dort 800 Maquiladora-ArbeiterInnen der US-Firma Duro um höhere Löhne und eigene, selbstbestimmte Interessenvertretung (vgl. ak 438). Inzwischen haben die ArbeiterInnen beschlossen, eine eigene Gewerkschaft zu gründen und dies auf großen Transparenten aus den Fabrikgebäuden heraus auch deutlich gemacht. Mit 13 Fahrzeugen rückte daraufhin bewaffnete Polizei an und bedrohte die Streikenden mit Pistolen und Maschinenpistolen. Als die Streikenden sich weigerten, die Straßen und Plätze vor dem Fabrikgelände zu verlassen, wurden sie angegriffen und niedergeknüppelt. Eine im achten Monat schwangere Frau musste ins Krankenhaus gebracht werden, und ein internationaler Beobachter wurde festgenommen.

Unter dem Schutz der Polizei versuchte die Firmenleitung anschließend, StreikbrecherInnen in die Fabrik zu bringen. Doch sie scheiterte an der Blockade der Streikenden. Diese Vorfälle bestätigen, dass sich die staatlichen Institutionen in diesem wie auch in anderen Konflikten auf die Seite der Unternehmer stellen. Obwohl die ArbeiterInnen bei Duro verfassungsmäßige Rechte einklagen, hat die mexikanische Regierung gegenüber Duro die Garantie abgegeben, dass sich die Firma auf den Polizeischutz verlassen könne.

(labournetgermany)

Tote bei VW-Streik

Inzwischen hat der Streik der VW-ArbeiterInnen in Uitenhage, Südafrika, Todesopfer gefordert. Kurz hintereinander starben zwei der Entlassenen. Sipho Nqirana starb, nach dem er trotz schwerer Krankheit von dem Krankenhaus in Uitenhage abgewiesen wurde. Das Krankenhaus verweigerte die Aufnahme, da seine

Krankenversicherung nach den langen Monaten der Aussperrung und des Streiks abgelaufen war und die Krankenhausverwaltung die Kosten der Behandlung nicht übernehmen wollte. Nqirana war 35 Jahre alt. Themba Vusani starb völlig überraschend am 17. Juni, kurz nachdem er noch am 13. Juni eine Streikversammlung besucht hatte. In beiden Fällen hatten die betroffenen Familien die VW-Geschäftsleitung um Unterstützung bei der Ausrichtung und Organisation der Begräbnisfeierlichkeiten gebeten - ein Akt, den die VW-ArbeiterInnen in langen Kämpfen durchgesetzt hatten. Jetzt jedoch wurde diese Unterstützung abgelehnt. Die Familien mussten auf Mittel aus dem Unterstützungsfond zurückgreifen.

Am 16. Juni kam es zu einer ersten Kundgebung der neuen Gewerkschaft in Uitenhage. Dabei wurde insbesondere die Polizei und die Schulbehörde heftig kritisiert, weil sie sechs Schulen bedroht hatten, die in der Vergangenheit mehrere Demonstrationen vor die VW-Tore organisiert hatten, bei denen die SchülerInnen die Wiedereinstellung ihrer Väter forderten.

Inzwischen, nach monatelangen Auseinandersetzungen haben die streikenden VW-ArbeiterInnen jetzt die ersten Arbeitslosenhilfezahlungen erhalten. Auf der anderen Seite gibt es erste Anzeichen, dass die Gläubiger der Streikenden versuchen, auf diese Druck auszuüben. Möbel sollen konfisziert worden sein, Beschlagnahmungen von Wohnungen und Häusern konnten abgewehrt werden. Die Kommunalverwaltung droht nun damit, die Wasser- und Stromversorgung auf Grund unbezahlter Rechnungen zu unterbrechen.

(labournetgermany)

30. Mit Sicherheit unsicher. Rot-grüne Gegenreform bei der Rentenversicherung

Autor: Horst Kahrs · Rubrik: Sozialpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:29

"Die am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beteiligten Seiten streben vor allem an: 1. weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ..." - so die gemeinsame Gründungserklärung des "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" vom 7.12.1998. Kanzler Schröder und Arbeitsminister Riester setzen diese Vorgabe um, in dem sie die Abschaffung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) einleiten.

Der zentrale Baustein der rot-grünen Rentenpläne ist die Einführung einer privaten Alterssicherung als "Ergänzung" der GRV. Beginnend im Jahr 2001 mit 0,5% des Bruttoeinkommens sollen die Arbeitnehmer ab dem Jahr 2008 dauerhaft 4% ihres Bruttoverdienstes in private Anlageformen für ihre Alterssicherung abführen. Gleichgültig, ob eine private Vorsorge tatsächlich betrieben wird und gleichgültig, ob die Verzinsung der Privatversicherung erreicht wird (veranschlagt ist eine jährliche Verzinsung von 5,5%) - jede zukünftige gesetzliche Neurente wird dauerhaft um die Hälfte der errechneten (fiktiven) Privat-Rente gekürzt. Die Privatversicherung ist also nur der Form nach freiwillig. Der Riester'sche "Ausgleichsfaktor" macht die Privatvorsorge de facto obligatorisch.

Die Privatvorsorge soll steuerlich gefördert werden: Niedrigverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 35.000 DM (Ledige) bzw. 70.000 DM (Verheiratete) erhalten eine Zulage in Höhe von 50% des Privatbeitrages, jährlich maximal 350 bis 1.000 DM (abhängig von der Anzahl der Kinder); für höhere Einkommen wird ein Steuerfreibetrag von 4.100 DM/8.200 DM eingeführt.

Das zweite Kernstück der rotgrünen Rentenpläne ist die Änderung der Rentenanpassungsformel. Ab dem Jahr 2002 sollen die Renten jährlich nicht mehr entsprechend der Nettolohnentwicklung (Bruttolöhne minus Steuern und Sozialabgaben) dynamisiert werden. Der private Vorsorgebeitragssatz soll zusätzlich von den Bruttolöhnen abgezogen werden. Dadurch vermindert sich das Niveau der Bestandsrenten, vor allem aber das der zukünftigen Neurenten dramatisch. Für die kommenden zehn Jahre bleibt die Rentenerhöhung damit auf jeden Fall hinter der Nettolohnentwicklung zurück, da sich der anpassungsmindernde Privatvorsorgebeitrag jährlich um 0,5%-Punkte erhöht.

Das Niveau der gesetzlichen Rente wird von heute etwa 70,1% in den kommenden fünf Jahrzehnten auf 54% sinken, wobei der Abstieg vor allem ab dem Jahr 2015 durch den "Ausgleichsfaktor" beschleunigt wird. (1) Während die Standardrente West heute bei netto 2.020 DM liegt, würde sie zukünftig auf einen Betrag von rund 1.560 DM abgeschmolzen werden. Allerdings bedient sich Riester eines Rechentricks, um die Senkung nicht ganz so schlimm erscheinen zu lassen: Er vergleicht die zukünftige Standardrente mit den (niedrigen) Nettolöhnen nach Abzug des privaten Vorsorgebeitrages. Ohne diesen Trick läge das Rentenniveau bei rund 50%, die Monatsrente bei 1.440 DM. Nach den rot-grünen Rentenplänen bewegt sich die Durchschnittsrente nur noch knapp über dem Sozialhilfe-Niveau. Und bereits heute liegen etwa zwei Drittel der gesetzlichen Rente deutlich unter dem Durchschnitt.

Die entscheidende Begründung für den Ausstieg aus der sozialen Rentenversicherung ist die "Beitragssatzstabilität". Der Beitragssatz zur GRV soll bis 2020 unter 20%, dann unter 22% gehalten werden. Ein höherer Beitragssatz sei "nicht zumutbar" bzw. "nicht tragbar". Nur nebenbei: Bei der letzten großen gemeinsamen Rentenreform von CDU und SPD aus dem Jahre1989 (in Kraft ab 1992) wurde ein Beitragssatz von 22% im Jahr 2000 durchaus als "tragbar" erachtet. Im übrigen werden in Zukunft die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen insgesamt geringer ansteigen als die zur Rentenversicherung, da auf Grund der demographischen Entwicklung die Arbeitslosenzahlen und damit der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinken werden.

Ausstieg aus der paritätischen Sozialversicherung

Tatsächlich kommen zu dem anvisierten Rentenbeitragsatz von 22% aber noch die 4% für die Privatvorsorge hinzu, so dass der gesamte Beitragssatz mit real 26% im Jahr 2030 genau so hoch ist, wie er es ohne diese

Rentenreform wäre. Allerdings: Während der Beitragssatz zur GRV paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird, soll die private Vorsorge allein von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. Der Satz von 26% verteilt sich also nicht mehr mit jeweils 13% auf beide Seiten, sondern wird für die Arbeitgeber bei 11% eingefroren, während er für die Arbeitnehmer auf 15% steigt.

Die Beitragssatzstabilität gilt also nur für Arbeitgeber. Zu diesem Zweck wird die paritätische Finanzierung aufgegeben. Um die effektive Mehrbelastung der Arbeitnehmereinkommen zu mildern, erfolgen Umschichtungen aus dem Staatshaushalt (und womöglich auch den Budgets der anderen gesetzlichen Sozialversicherungen), der sich wiederum überwiegend aus Steuern auf Löhne und Gehälter sowie aus Verbrauchssteuern speist.

Die effektive Belastung der ArbeitnehmerInnen will die Bundesregierung durch Zulagen und Steuerfreibeträge, die übrigens höhere Einkommen stärker begünstigen, mildern. In der Endstufe sind hierfür ab 2008 (in heutigen Preisen) 19,5 Mrd. DM vorgesehen; sie sollen auch für bereits bestehende private Versicherungen beansprucht werden können. Offen ist gegenwärtig noch, ob die private Vorsorge auch sozialabgabenfrei gestellt wird, wie von Teilen der SPD-Bundestagsfraktion gefordert. Wenn der private Beitrag vom sozialversicherungspflichtigen Entgelt abgezogen wird, entstehen unter dem Strich bei der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung Mehrbelastungen von gut 10 Mrd. DM jährlich, anfänglich auch bei der Rentenversicherung von rund 12 Mrd. DM. Die Minderung der verfügbaren Nettoeinkommen führt schließlich außerdem zu Einnahmeverlusten bei den öffentlichen Gebietskörperschaften, so dass sich die staatliche Förderung der Privatvorsorge dauerhaft auf rund 40 Mrd. DM pro Jahr belaufen würde.

Allein die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge entspricht etwa 1,3 Beitragssatzpunkten bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Wird die Privatvorsorge zusätzlich sozialabgabenfrei, erreicht die Förderung einen Umfang von fast drei Beitragssatzpunkten zur GRV. Nebenbei sinken auf Grund der niedrigeren beitragspflichtigen Entgelte auch noch die Lohnersatzleistungen aus der Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Vielfach wird behauptet, die private Vorsorge erziele durch das Kapitaldeckungsverfahren eine höhere Rendite als die gesetzliche Rente. Diese Sichtweise beruht auf einem grundsätzlichen Missverständnis. In der GRV werden mit den Beiträgen von heute die Renten von heute finanziert und zugleich Ansprüche auf Anteile aus dem zukünftigen Sozialprodukt erworben. Die private Vorsorge hingegen legt die individuellen Beiträge renditebringend auf dem Kapitalmarkt an, am Ende steht schließlich ein höherer monatlicher Ertrag. Allerdings müssen die monatlichen Ausschüttungen auch aus dem laufenden Sozialprodukt erbracht werden, aus den Aktien- und Immobilienfonds. Volkswirtschaftlich ändert sich an der Aufbringung der Mittel aus dem laufenden Sozialprodukt, also am Kern des bisherigen Umlageverfahrens, nichts. Allerdings: Die GRV verwaltet einen Rentenfonds, der nicht am Kapitalmarkt agiert, die privaten Versicherer agieren dagegen am Geldmarkt und müssen ihre Mittel dort erwirtschaften. Die amerikanischen Pensionsfonds demonstrieren, wie berechtigte Rentenansprüche die Renditeerwartungen ständig schüren, das Denken in den Kategorien des shareholder value antreiben. Diese Stärkung des Geldkapitals durch die Mobilisierung zusätzlicher privater Einkommensteile ist eine wesentliche Seite der rotgrünen Reform, die sich lediglich das wohlklingenden Namens "Eigenvorsorge" bedient.

Kapitalmarkt diktiert Rentenniveau

Das andere Problem bilden weniger die höheren Risiken des Geldmarktes gegenüber der GRV, sondern eher der unterschiedliche Versicherungscharakter. Die GRV enthält eine umfangreiche (wenn auch nicht ausreichende) solidarische Risikokomponente: Der Beitragssatz ist für alle gleich, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehungs- und Pflegezeiten wirken anspruchserhöhend bzw. -erhaltend, auch Berufs- und Erwerbsunfähigkeit wird abgesichert. All dies leistet die private Vorsorge nicht: Weil Frauen im Durchschnitt länger leben als Männer, stellen sie versicherungsmathematisch ein "schlechteres Risiko" dar, zahlen also höhere Beiträge für die gleiche monatliche Leistung bzw. erhalten für den gleichen Beitrag weniger. Zeiten der Arbeitslosigkeit sind vor allem Zeiten, in denen die Beitragszahlung in Frage steht, also Zeiten, die den Versicherungsaufbau erheblich beeinträchtigen können, usw. Die GRV enthält einen Versicherungsschutz, der deutlich weniger abhängig von individuellen Risiken ist; die kapitalgedeckte private Altersvorsorge hingegen gleicht individuelle Risiken deutlich geringer aus und führt somit zu einem Verlust an gesellschaftlicher Zwangssolidarität und solidarischem Ausgleich.

Unter Kanzler Kohl erklärten Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaftsspitzen im Januar 1996 im "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung": "Eigenvorsorge muss ein wachsendes Gewicht enthalten." Die modernen rot-grünen Nachfolger machen damit ernst und holen zur "Gegenreform" aus: Die Grundsätze von über 100 Jahren Sozialstaatsentwicklung in Deutschland werden unter modischen Leitsätzen wie "mehr Eigenverantwortung" oder "Nachhaltigkeit gegenüber der jüngeren Generation" entsorgt. Dabei sind es gerade die Jüngeren, die zumindest genauso viel zahlen soll wie ohne Riesters Plan, aber auf jeden Fall weniger erhalten.

Der Grundfehler der rot-grünen Rentenpläne liegt darin, dass sie die Einnahmeseite der GRV völlig außer acht lassen. Die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Einkommensarten und Personen und die Umstellung der Arbeitgeber-Beiträge auf eine Wertschöpfungsabgabe wird peinlichst vermieden. Letztere würde die Renten stärker an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit binden statt wie heute ausschließlich an die Löhne bzw. die Beschäftigung oder zukünftig noch an die Entwicklung der Finanzmärkte. Darüber hinaus will ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung Elemente in die gesetzliche Rentenversicherung einbauen, die keine systematische Grenze gegen den weiteren Abbau enthalten, sondern auf breiten Straßen aus der GRV herausführen.

Wer sagt, primäres Ziel sei die Beitragssatzstabilität und nicht die Sicherung der Renten, lässt erkennen, dass er zu weiterem Leistungsabbau zwecks Beitragssatzstabilität bereit ist. Das Rentenniveau ist eben nicht mehr sicher. Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung enthält eine sich selbst verschärfende Dynamik: Warum soll der Beitragssatz für die private Vorsorge gerade bei 4% liegen, und nicht bei 6% oder 10%? Und wie widersinnig ist das Gerede vom "Ausgleichsfaktor": Es soll privat vorgesorgt werden, damit einem von der gesetzlichen Rente etwas abgezogen werden kann.

Unter der Kohl-Regierung konnte im Grundsatz ein gemeinsames Interesse von RentnerInnen und BeitragszahlerInnen an der GRV erhalten und immer wieder neu konstituiert werden, eben gerade weil es nur dieses eine obligatorische System gab. Mit Rot-grün wird diese Gemeinsamkeit untergraben, weil nicht nur die Arbeitgeber teilweise aus der Finanzierung des Sozialfonds entlassen werden, sondern weil systematisch Widersprüche zwischen den Versicherten und dem Rentenversicherungssystem geschürt werden: Wie soll ein in sich widersprüchlich gewordenes System legitimiert werden, aus dem ein Durchschnittsverdiener nach 45 Beitragsjahren kaum mehr als die Sozialhilfe erhält? Riesters Rentenpläne sind der Anfang vom Rückbau der Sozialversicherungsrente auf eine - womöglich an Bedürftigkeit orientierte - gesetzliche Grundrente.

Horst Kahrs

(Mitarbeiter der

PDS-Bundestagsfraktion)

Anmerkung:

1) Das Rentenniveau ist eine Rechengröße: die Standardrente, die jemand erhält, der 45 Jahre lang Beiträge für ein Durchschnittseinkommen gezahlt hat, wird ins Verhältnis zum Durchschnittsnettoverdienst aller Arbeitnehmer gesetzt.

31. Die Regierung handelt - Die Bewegung schweigt

Autor: Tobi, Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:16

Der Atomkonsens samt grüner Zustimmung ist unter Dach und Fach. Trotz dieses umfassenden Horrorkataloges und der Dreistigkeit von Rot-Grün, das Ganze auch noch unter dem Label "Atomausstieg" der Öffentlichkeit zu verkaufen, blieb der große öffentlichkeitswirksame Aufschrei der Anti-Atom-Bewegung aus.

Dabei hat die Verkündung des "Atomkonsenses" die Bewegung beileibe nicht unvorbereitet getroffen. Unter dem Motto "Konsens ist Nonsens" wurde das desaströse Ergebnis der Konsensstrategie bereits zu Beginn der Verhandlungen vorhergesagt.

Auf der letzten Anti-Atom-Bundeskonferenz Anfang April in Mülheim a.d.R. (vgl. ak 435, 436, 437) war die Kritik der rot-grünen Atompolitik ein Schwerpunkt in der Diskussion über Perspektiven und Strategien der Bewegung. Dort wurde bereits die Notwendigkeit einer radikalen Kritik an der Konsenspolitik der Bundesregierung formuliert. Rot-Grün sollte nicht länger kampflos die Definitionsmacht über den Begriff des Atomausstiegs überlassen werden. Mit ihrer Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen wollte die Bewegung der zynischen Restrisiko-Logik rot-grüner Realpolitik offensiv entgegentreten. Die unvermeidliche politische Abnabelung von der Partei Bündnis 90/Die Grünen als moderne Sachwalterin der Interessen der Atomindustrie sollte als öffentlichkeitswirksamer Bruch inszeniert werden. Die grüne Bundesdelegiertenkonferenz in Münster erschien deshalb vielen als der geeignete Kristallisationspunkt für eine bundesweite Aktion gegen den drohenden "Atomkonsens".

Gute Vorsätze der Bewegung

Da es bei der aktuellen Atompolitik der Regierung auch um die endgültige Stilllegung des politischen Konfliktes um die Atomenergienutzung in diesem Land geht, und die Restglaubwürdigkeit und das Befriedungspotenzial der Grünen als ehemalige Anti-Atom-Partei nicht unterschätzt werden darf, geht es bei dem Konflikt um die Konsenspolitik auch um eine Existenzfrage der Bewegung. Nur eine erfolgreiche Repolitisierung der Anti-Atom-Bewegung und das Erschließen neuer Handlungs- und Aktionsfelder kann das absehbare Ausbleiben von Castor-Transporten als Hauptkristallisationspunkt in den neunziger Jahren kompensieren.

Allen Perspektiv- und Strategiedebatten sowie allen guten Vorsätzen und Aktionsplanungen zum Trotz ist die Bewegung beim Versuch einer Umsetzung ihrer Erkenntnisse bisher jämmerlich gescheitert.

Der Versuch einer größeren Mobilisierung zur grünen Bundesdelegiertenkonferenz in Münster verlief auf Grund der mangelnden Resonanz und dem politischen Desinteresse großer Teile der Bewegung im Sande (vgl. dazu auch den Versuch einer bundesweiten Demonstration im vergangenen Jahr, ak 425 ff). Auf schlecht besuchten Vorbereitungstreffen wurde die Mobilisierung der für konfrontativere Aktionen notwendigen Mindestzahl an TeilnehmerInnen als unrealistisch angesehen. Die Chance zu einem spektakulären Bruch mit den Grünen - nach dem Vorbild der Anti-Kriegs-Bewegung beim Bielefelder Kriegsparteitag - wurde dadurch verpasst. Selbst das abgesprochene Minimalkonzept einer symbolischen Schließung der Urananreicherungsanlage in Gronau samt anschließender Schlüsselübergabe an Umweltminister Trittin scheiterte an der politischen Ablehnung auf einem Treffen der Urankampagne, die sich mehrheitlich "nicht schon wieder an den Grünen abarbeiten" wollte. Die Chance einer Verbindung der inhaltlichen Anliegen der Urankampagne mit öffentlichkeitswirksamen Anti-Konsens-Aktionen blieb deshalb ebenfalls ungenutzt.

Auch die Verkündung des "Atomkonsenses" und das Überbieten aller negativen Prognosen und Erwartungen der Bewegung ändert nichts mehr an der vorherrschenden Haltung aus Indifferenz, Desinteresse und politischer Ignoranz.

Eine öffentlich wahrnehmbare Reaktion der Anti-Atom-Bewegung auf die Festlegung der Rahmenbedingungen des Atomprogramms für die nächsten Jahrzehnte bleibt aus.

Nach den gescheiterten Mobilisierungsversuchen blieb der Anti-Atom-Bewegung in Münster nicht mehr als pflichtschuldiges Abspulen eines routinierten Minimalprogramms. Umweltverbände und Bürgerinitiativen verkünden in diversen Presseerklärungen ihre Ablehnung der Vereinbarung. Einige wenige prominente Bewegungsaktivisten äußern sich als Interviewpartner in verschiedenen Medien. Der taz-Ausgabe zur

Grünen-BDK wird noch schnell eine Sonderausgabe der Anti-Atom-Zeitung "Restrisiko" beigefügt. Dort werden die Delegierten von Bündnis 90 /Die Grünen in einem offenen Brief der "Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) unter dem Slogan "Sagt Nein" dazu aufgefordert, den Pakt mit der Atomindustrie abzulehnen. Als hätten sich Delegierte grüner Landes- und Bundesparteitage in den letzten Jahren schon jemals durch gute Argumente von einer Entscheidung abbringen lassen, die die Regierungsverantwortung ihnen auferlegt.

Der Protest vor der Münsterlandhalle blieb mangels AktivistInnen fast ausschließlich Umweltverbänden wie BUND und Greenpeace überlassen. Deren symbolische Aktivitäten dürften die meisten Delegierten unter der bei grünen Bundeskonferenzen üblichen Begleitfolklore verbucht haben. Selbst das Aufhängen einiger Anti-Atom-Transparente im Tagungssaal wurde großzügig hingenommen. Ernst zu nehmende Störungen des Tagungsablaufs blieben trotz des unkomplizierten Zugangs zur Halle aus. Eine machtvolle und ernst zu nehmende soziale Protestbewegung war für die grünen Delegierten jedenfalls nicht erkennbar. Einige grüne Realos formulierten deshalb hämisch, dass auf die Anti-Atom-Bewegung in Zukunft ja wohl keine Rücksicht mehr genommen werden müsse.

Umsetzung? Gibt es nicht!

Ob die für September im Wendland geplante bundesweite Anti-Konsens-Demonstration die bisherigen politischen Versäumnisse ausgleicht und zu einer machtvollen Manifestation gegen die rot-grüne Atompolitik wird, bleibt abzuwarten. So wie es aussieht, ist die Bewegung für eine wirkliche Kraftprobe mit der rot-grünen Bundesregierung auf neue Castor-Transporte angewiesen.

Tobi,

Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet

32. "Das kann man jetzt Wahlbetrug nennen". Interview mit Francis Althoff

Interview mit Francis Althoff (BI Lüchow Dannenberg)

Autor: BI Lüchow Dannenberg · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:38

Was bedeutet die Atomkonsensvereinbarung für die weitere Arbeit der BI und für den Standort Gorleben?

Ich kann das mal überraschenderweise aus positiver Sicht darstellen. Und zwar nehme ich einfach zur Kenntnis, es gibt eine Regierung, die sagt, zumindest öffentlich, Atomkraft sei gefährlich. Das kann uns für die Öffentlichkeitsarbeit nur nutzen und wir hoffen, dass dadurch Leute noch eher kapieren, dass man sofort aussteigen muss. Aber mit Konsens hat die ganze Veranstaltung nichts zu tun, weil es nicht gesamtgesellschaftlich ist. Die Anti-Atom-Bewegung wurde ja nicht einbezogen. Zweitens ist das natürlich kein Ausstieg, sondern der gesicherte Weiterbetrieb der Atomanlagen, Es werden noch auf Generationen hinaus Menschen und Umwelt verstrahlt. Und drittens: Wenn man die Geschichte der Grünen betrachtet, die ja größtenteils aus der Anti-Atom-Bewegung kommen, ist das so ein radikaler Schnitt, dass man auf jeden Fall sagen kann, das, was hier heute läuft, ist der sofortige Ausstieg aus der Anti-Atom-Bewegung.

Was bedeutet denn diese Entscheidung für die weitere Arbeit der Bürgerinitiative? Entsteht nicht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass diese Vereinbarung das Thema Atomenergie abschließend regelt? Ist damit nicht die Luft aus dem Anti-Atom-Widerstand raus?

Also wir sind ja jetzt nicht überrascht durch diese Vereinbarung. Wir haben von Anfang an vermutet, dass die Grünen das nicht so auf die Reihe kriegen, wie sie es vor der Wahl behauptet haben. Das kann man jetzt Wahlbetrug nennen. Wir sind natürlich vorbereitet und rufen z.B. für den 23. September zu einer bundesweiten Sofortausstiegs-Großdemonstration auf, wo sämtliche Standorte in der BRD vertreten sein sollen. Dass auch klar rüberkommt, hier geht es nicht nur um Gorleben, sondern es geht um alles. Wir haben weitere Termine: Die Konditionierungsanlage wird demnächst in Betrieb gehen. Auch darauf sind wir vorbereitet und haben bereits Aktionen geplant.

Das heißt, du gehst davon aus, dass der Widerstand durch die Diskussion um den Atomkonsens und durch die Bezeichnung dieses Konsenses als Ausstieg nicht beeinträchtigt wird?

Also, wenn ich das auch noch mal positiv versuche zu betrachten, was ja schwer fällt, dann kann es sein, dass die Anti-Atom-Bewegung im Endeffekt sogar klarer rüberkommt, weil es eine deutlichere Abgrenzung z.B. zu den Grünen gibt. Und da kann ich mir vorstellen, dass die Anti-Atom-Bewegung insgesamt in der Öffentlichkeit noch klarer rüberkommt, weil sie jetzt den eigentlichen Anti-Atom-Part von der Straße vertreten muss und nicht mehr im Parlament.

Was bedeutet der Konsensbeschluss konkret für Gorleben? Ist das geplante Moratorium für den Endlagerstandort Gorleben nicht zumindest ein kleiner Erfolg aus eurer Sicht?

Es ist kein Erfolg. Erstens läuft der Rahmenbetriebsplan locker weiter. Den hätte man als erstes beschneiden müssen. Das Moratorium, das angeblich mindestens drei Jahre laufen soll, ist nichts anderes als ein verschämtes Feigenblatt, um uns zu beruhigen. Aber auch das hat ja nichts zu tun mit einer Alternativstandortsuche für ein Endlager und überhaupt mit einem Entsorgungskonzept. Der eigentliche Skandal ist, dass Rot-Grün so weit eingeknickt ist und sagt, Gorleben als Salzstock sei "eignungshöfig". Ein merkwürdiger Begriff. Man hofft, dass er sich eignet. Aber "eignungshöfig" heißt in der Betreibersprache: Der Salzstock ist toll. Aber schon seit über zwanzig Jahren sagen Geologen klar, dass er sich nicht eignet. Das ist der eigentliche Skandal, dass von einem Tag auf den anderen, von Rot-Grün der Salzstock auch noch schöngeredet wird.

Das Interview führte Tobi vom Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet.

33. Das rot-grüne Atomprogramm für das 21. Jahrhundert

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:14

Zwei Jahre hat es gedauert, bis sich die Atomwirtschaft aus einer ihrer größten Krisen - dem Atomtransporte-Skandal - befreit hat. Jetzt sieht sie einer strahlenden Zukunft entgegen. Zwei Jahre versprach die rot-grüne Bundesregierung, den Ausstieg aus der Atomkraft umfassend und unumkehrbar zu regeln. Am frühen Morgen des 15. Juni 2000 war

es schließlich so weit. Kanzler Schröder - flankiert von den Chefs von RWE und VEBA - trat vor die Presse und verkündete den historischen Kompromiss: Eine 13-seitige Vereinbarung mit fünf Anhängen regelt die Zukunft der Atomkraft in der Bundesrepublik.

Schon in der Einleitung wird Tacheles geredet: So soll zukünftig von Regierungsseite "der ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden." Allein dieser Satz macht schon vieles deutlich. Es geht nicht um den Atomausstieg, sondern um eine Absicherung des Weiterbetriebs der AKWs, ohne rot-grüne "Nadelstiche", ohne den noch vor Jahren in einigen Bundesländern praktizierten "ausstiegsorientierten Vollzug des Atomgesetzes". Die im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen konstatierte fehlende Entsorgung des Atommülls wird mit einem Federstrich ad acta gelegt. Die Regierung gewährleistet die Entsorgung qua Definition und schwups, schon ist alles paletti. War da was?

Als Erfolg bezeichnen die Konsensbefürworter, dass die AKW-Betreiber in der Vereinbarung den Primat der Politik anerkennen. Schließlich "respektieren die EVU die Entscheidung der Bundesregierung, die Stromerzeugung aus Kernenergie beenden zu wollen" und verzichten auf eine Entschädigung, wenn die Vereinbarung wie geplant umgesetzt wird. Die Frankfurter Allgemeine kommentiert: "Die Energiewirtschaft verzichtet auf die Errichtung neuer Kernkraftwerke, was sie in absehbarer Zeit ohnehin nicht vor hatte und sie gesteht zu, dass die Laufzeit ihrer Anlagen nicht unbegrenzt ist, was sie ohnehin nie war."

Reststrom-Mengenlehre

Der entscheidende Schritt zum Konsens führte über die Entwicklung eines geeigneten Rechensystems für die AKW-Laufzeiten. Entwickelt wurde es im Bundesumweltministerium unter der Federführung von Trittins Staatssekretär Rainer Baake. Es zeichnet sich durch drei Elemente aus:

1. Die Laufzeiten werden flexibilisiert. Es ist möglich, einen unrentablen Reaktor früher abzuschalten und dafür einen anderen länger als vereinbart zu betreiben. Das verbessert die ökonomischen Rahmenbedingungen und verhindert gleichzeitig die Festlegung auf ein verbindliches Enddatum der Atomkraftnutzung. "Kein Versorger hat etwas dagegen, veraltete Meiler abzuschalten" schreibt die Financial Times zu Recht.

2. Die Berechnung der Laufzeiten erfolgt nicht in Jahren, sondern in Strommengen. So wird einerseits der Manipulation Tür und Tor geöffnet (siehe 3.), andererseits entsteht den Betreibern durch zeitweilige Abschaltungen der Reaktoren (Störfälle etc.) kein Nachteil. In einem Brief an ihre Beschäftigten sind die EVU-Chefs ganz stolz: "Gegen Beeinträchtigung des laufenden Betriebs wirkt zudem der vereinbarte Strommengen-Mechanismus: Jeder politisch motivierte Anlagenstillstand würde eine Verlängerung der Laufzeit bewirken."

3. Bei der Umrechnung von Restlaufzeit in Reststrommengen wird so tief in die Trickkiste gegriffen, dass am Ende für die AKWs noch einige zusätzliche Jährchen rausspringen:

In der Vereinbarung ist von 32 Kalenderjahren die Rede. Doch dies ist nur die sogenannte "Regellaufzeit", die wenig mit der tatsächlichen Laufzeit zu tun hat. So wird der Beginn dieser Regellaufzeit an die jeweiligen Aufnahme des "kommerziellen Leistungsbetriebs" gelegt. Manche Meiler waren aber schon etliche Monate vorher "kritisch", mussten jedoch auf Grund von Pannen einen längeren Probebetrieb durchlaufen. Dieser wird nun einfach nicht mitgezählt.

Danach wird ausgerechnet, wie viele Jahre "Regellaufzeit" für jedes AKW ab dem 1.1.2000 noch übrig bleiben: die Restlaufzeit. Weil im Falle Obrigheim nichts mehr übrig wäre, bekommt der Reaktor einfach drei

Bonusjahre zusätzlich. So ist es rechnerisch möglich, alle 19 derzeit betriebenen Atomkraftwerke über diese Legislaturperiode hinaus zu betreiben.

Die Restlaufzeit wird jetzt mit einer "Referenzmenge" an Strom multipliziert. Diese berechnet sich allerdings nicht auf Grund der bisher in den AKWs im Jahresdurchschnitt erzielten Ergebnisse. Viel mehr werden die fünf höchsten Jahresergebnisse aus den 90er Jahren gemittelt und noch mal 5,5 Prozent draufgelegt. Es geht zu, wie bei Tante Emma: Darf's ein bisschen mehr sein?

Zuletzt werden noch 107 Terrawattstunden (Milliarden kWh) nie erzeugten Atomstroms aus dem bereits stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich als frei handelbare Menge den anderen Kraftwerken zugeschlagen.

Unterm Strich entsteht eine Strommenge, die nicht 32 Kalenderjahren, sondern 32 Volllastjahren - ohne Stillstände - entspricht, obwohl die Reaktoren in der Vergangenheit durchschnittlich nur 78 Prozent Leistung erzielen konnten. Wer mit der tatsächlich produzierten Strommenge nachrechnet, kommt auf 35 Jahre Laufzeit. Zufällig genau die Forderung, mit der die Konzerne in die Verhandlungen gegangen sind.

Insgesamt dürfen in den AKWs noch 2.623,3 Terrawattstunden Strom produziert werden. Dies entspricht fast der Menge, die bisher in diesen Reaktoren hergestellt wurde. Die Atomenergienutzung befindet sich also auf ihrem Zenit.

Der Vertrag regelt die Rahmendaten für den weiteren Betrieb der Reaktoren. Vorbei das Gerede von Schrottreaktoren: Jetzt stimmt Rot-Grün mit den EVUs überein, "dass Kernkraftwerke auf einem international gesehen hohen Sicherheitsniveau betrieben werden." Deshalb wird die Bundesregierung "keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zu Grunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern."

Da aber selbst die modernsten Atommeiler schon heute ca. 20 Jahre hinter der aktuellen Sicherheitstechnologie herhinken, wird sich das Risiko von Störfällen künftig weiter erhöhen.

Sicherheitsüberprüfungen - im Koalitionsvertrag noch jährlich vorgesehen - wird es jetzt nur alle zehn Jahre geben. Die Rahmenbedingungen für diese Checks werden praktischerweise gemeinsam mit den Betreibern festgelegt.

Um "die Nutzung der Kernenergie nicht durch einseitige Maßnahmen zu diskriminieren" wird die Bundesregierung keine steuerrechtlichen Verschärfungen beschließen.

Die Erhöhung der Haftpflicht-Deckungsvorsorge für schwere Störfälle von 500 Millionen auf 5 Milliarden DM (siehe ak 439) bedeutet faktisch nur, dass statt 0,01 Prozent nun 0,1 Prozent der bei einem GAU zu erwartenden Schäden abgedeckt werden. Weil die Betreiber sich künftig zu einem großen Versicherungspool zusammenschließen und für einander haften, bleiben die Prämien für die einzelnen Reaktoren allerdings unverändert.

In Sachen Atommüll und Konsens helfen nur noch Ironie und Sarkasmus: Schröder und Trittin ist es gelungen, den Gordischen Knoten Atommüll mit nur einem Schwerthieb zu durchtrennen. War laut Koalitionsvertrag das bisherige Entsorgungskonzept schlicht gescheitert, so wird nun ein überzeugendes Neues aus der Taufe gehoben.

Todsichere AKWs nicht diskriminieren

In der Vergangenheit wurden abgebrannte Brennelemente zur Wiederaufarbeitung ins Ausland gebracht. Zukünftig werden sie ins Ausland zur Wiederaufarbeitung gebracht. Jedenfalls noch mindestens fünf Jahre. Das reicht, um noch 15 Jahre Atommüll aus deutschen Landen in den WAAs zu verarbeiten. Mit einem Ende der WAA in fünf Jahren hat der Konsens gar nichts zu tun. Nur die Transporte werden 2005 eingestellt. Im Kleingedruckten steht: "Angelieferte Mengen dürfen verwertet werden." Und: "Sollte der Prozess der Abwicklung der Wiederaufarbeitung aus von den EVU nicht zu vertretenden Gründen nicht zeitgerecht durchgeführt werden können, werden beide Seiten rechtzeitig nach geeigneten Lösungen suchen." Beispielsweise weiter wiederaufarbeiten?

In den letzten beiden Jahren gab es keine hochradioaktiven Atommüll-Transporte. Jetzt können die Castoren nach Gorleben, Ahaus und ins Ausland wieder rollen. Mit der Genehmigung der WAA-Transporte wird noch im Sommer gerechnet. Trittin nennt dies die "drastische Reduzierung der Transporte".

In der Vergangenheit gab es nur zwei zentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente: Gorleben und Ahaus. Bald soll es an jedem Reaktor eine entsprechende Leichtbauhalle geben. Werden diese nicht rechtzeitig fertig, "wird gemeinsam nach Lösungen gesucht, vorläufige Lagermöglichkeiten an den Standorten vor Inbetriebnahme der Zwischenlager zu schaffen." Einfacher ausgedrückt: Die Castoren werden auf dem Hof abgestellt, und dieser bislang verbotene Akt wird durch eine Atomgesetzänderung legalisiert.

In der Vergangenheit wurde der Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Endlager untersucht. SPD und Grüne hielten ihn geologisch für ungeeignet. Zukünftig gilt der Salzstock als geeignet. Ein kurzes Moratorium von mindestens drei, höchstens zehn Jahren soll lediglich dazu dienen, die grundsätzlichen Eignungskriterien für Endlager der internationalen Diskussion anzupassen. Eindeutig erklärt die Regierung im Anhang: "Das Moratorium bedeutet keine Aufgabe von Gorleben als Standort für ein Endlager." Von der Suche neuer Endlagerstandorte ist nicht die Rede.

In der Vergangenheit hat Angela Merkel das Atomgesetz geändert, um die Enteignung von Graf Bernstorff zu ermöglichen. Durch seine Salzrechte verhindert der Graf die Erkundung eines Teils des Gorlebener Salzstocks. Auch die mit dem Graf zusammenarbeitende Salinas GmbH, die in Konkurrenz zum Endlagerbergwerk Salz fördern möchte, wurde durch die Merkelsche Atomnovelle eingeschränkt. SPD und Grüne versprachen im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag, dieses Gesetz zurückzunehmen. Jetzt heißt es: "Der Bund ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um während des Moratoriums den Standort Gorleben zu sichern. Dazu gehören die notwendigen rechtlichen Schritte, um die Position des Bundes als Antragsteller zu sichern und das Vorhaben gegen Eingriffe Dritter zu schützen." Kurz: Das "Lex Salinas" wird bleiben und auch angewandt.

Das Atommüll- Problem wird elegant gelöst

In der Vergangenheit hat die niedersächsische Landesregierung die Genehmigungen für die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) Gorleben und das Endlager für schwach- und mittelaktiven Müll im Schacht Konrad hinausgezögert. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass es künftig nur ein Endlager für alle Arten von Atommüll geben soll und dass dies nicht Konrad sein kann. Jetzt sollen PKA und Schacht Konrad genehmigt werden.

In der Vergangenheit mussten die Betreiber für den Entsorgungsvorsorgenachweis nicht nur Lagerkapazitäten in Gorleben, Ahaus oder dem Ausland, sondern auch Fortschritte bei der Endlagersuche nachweisen. Zukünftig gilt das Abstellen der Behälter auf dem Reaktorgelände als "geordnete Beseitigung".

Wird dieses Entsorgungsprogramm umgesetzt, sind die AKW-Betreiber bald alle Probleme mit dem Atommüll los. Ganz im Gegensatz zu den kommenden Generationen. Deren Sorgen wachsen weiter. Wird die Vereinbarung vollständig umgesetzt, dann wird der Atommüllberg noch auf mehr als die doppelte Menge anwachsen.

Zum Schluss noch ein Schmankerl für VerfassungstheoretikerInnen. Wer macht eigentlich die Gesetze? Zum Beispiel das jetzt zu ändernde Atomgesetz? Schauen wir mal in das Konsens-Papier selbst: "Über die Umsetzung der Atomgesetz-Novelle wird auf der Grundlage des Regierungsentwurfs vor der Kabinettbefassung zwischen den Verhandlungspartnern beraten."

Und wer kontrolliert die Einhaltung der Gesetze? "Um die Umsetzung der gemeinsamen Vereinbarungen zu begleiten, wird eine hochrangige Arbeitsgruppe berufen, die sich aus drei Vertretern der beteiligten Unternehmen und drei Vertretern der Bundesregierung zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe bewertet gemeinsam die Umsetzung der in dieser Vereinbarung enthaltenen Verabredungen."

Wie meinte doch Reinhard Bütikofer, Bundesgeschäftsführer der Grünen? "Der Atomkonsens ist eine historische Zäsur." Wo er Recht hat, da hat er einfach Recht.

Jochen Stay

Druckfrisch zum Thema: "Der große Bluff" Fragen und Antworten zum "Atomkonsens" - Broschüre im Format A6, 32 Seiten. Preise: 10 Ex. 10 DM, 25 Ex. 20 DM, 50 Ex. 30 DM, 100 Ex 50 DM, Lieferung nur gegen Vorkasse (Bargeld, Scheck, Briefmarken)

Tolstefanz - Wendländisches Verlagsprojekt, 29439 Jeetzel 41, Tel./Fax: 05841/ 4521, eMail: tolstefanz@jpberlin.de

34. Der "Geschichtsdenker" Ernst Nolte und sein "missverstandenes" Lebenswerk. Der Historikerstreit geht weiter

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:01

Die nationalkonservative Deutschland-Stiftung hat dem Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte den Konrad-Adenauer-Preis verliehen - "in dankbarer Würdigung seines herausragenden geschichtsphilosophischen Lebenswerkes". Der Preisträger seinerseits dankt der Deutschland-Stiftung für den "außergewöhnlichen Mut, von der Hauptströmung des gegenwärtigen intellektuellen Lebens in Deutschland abzuweichen." In Wahrheit ist Nolte, der sich als Opfer politischer Verfolgung ausgibt, von der "Hauptströmung des intellektuellen Lebens" allzu lange gehätschelt worden - sehr zu Unrecht, wie der folgende kritische Blick auf wesentliche Teile seines "Lebenswerks" zeigt.

In seiner Laudatio klagte Horst Möller, seit 1992 Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Noltes Werk sei oft auf "gewolltes Missverständnis" gestoßen. Natürlich musste und sollte das Publikum dies auch auf Noltes skandalöseste Aussage beziehen, die 1986 zum wesentlichen Auslöser des Historikerstreits wurde: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische` Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen` Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag` ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords` der Nationalsozialisten?"

Diese Umdeutung des Nationalsozialismus zur Reaktion auf den Bolschewismus war nun wirklich nicht misszuverstehen. Zumal Nolte auf seine rhetorischen Fragen selbst die Antwort gab: nämlich dass "ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist", d.h. dass aus dem bolschewistischen "Klassenmord" der nazistische "Rassenmord" gefolgt sei. Wenn Nolte missverstanden wurde, dann von denen, die 1986 aus allen Wolken fielen, weil sie ihn fälschlich für einen Antifaschisten gehalten hatten. Ihnen hat Nolte drei Jahre später deutlich widersprochen. In der Vorbemerkung zur Neuauflage seines wichtigsten Werkes, "Der Faschismus in seiner Epoche", das erstmals 1963 erschien, schrieb er 1989, also nach dem Historikerstreit: "Die Grundauffassungen haben sich indessen nicht verändert, auch nicht im Hinblick auf die ‚Endlösung der Judenfrage`." In seinem Buch "Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945", erschienen 1987, gebe es dazu lediglich "Ergänzungen" und "Akzentveränderungen."

Wenn Möller, der sich von Noltes Schlussfolgerungen halbherzig distanziert, heute dessen "Lebenswerk von hohem Rang" rühmt, dann hat er dabei vor allem das Buch "Der Faschismus in seiner Epoche" im Blick, das eine Gesamtauflage von 34.000 Exemplaren erreichte: ein kompaktes und mit Wissen voll gestopftes Buch über die Action Française, den italienischen Faschismus und den Nationalsozialismus. Es ist schon deshalb lesenswert, weil es die vernachlässigte Problematik der "vergleichenden Faschismusforschung" zum Thema hat. Allerdings läuft es im Abschnitt über den Nationalsozialismus mehr oder weniger zielstrebig auf die oben zitierte These hinaus. Diese hat Nolte 1986 so zugespitzt, dass sie für die Massenpresse handhabbar wurde.

Völkermord aus Angst?

Schon Noltes Darlegung seiner "phänomenologischen Methode" musste kritische Geister stutzig machen. Aufgabe des Historikers müsse es sein, "den Faschismus und den Nationalsozialismus zu Wort kommen zu lassen ohne voreilige Kritik"; wegen der Bedeutung der Führerpersönlichkeiten Mussolini und Hitler habe er deren Gedanken in das Zentrum seiner Darstellung gerückt.

Bei Hitler sind es allerdings weniger Gedanken als Gefühle, die Nolte als Triebkräfte ausmacht. Ob Hitler im klinischen Sinne krank war, lässt Nolte offen - die stärkste, Hitler leitende "Grundempfindung" aber sei seine "Angst" gewesen: Angst vor dem Fremden, das er in Wien sieht, Existenzangst, Angst vor Krankheit, Angst vor dem Bolschewismus und dem Aufruhr der Massen, Angst vor Folter durch die Bolschewisten, Angst aber auch, als der Reichstag brennt. Hitlers Judenhass führt Nolte ebenfalls auf Angst zurück: Angst vor der "rassischen Geschlossenheit" der Juden und Angst vor der "Macht der ‚Widernatur`, die im jüdischen Volke ihr Werkzeug hat" - die Juden widersetzen sich der "Höherzüchtung und Veredelung der Menschheit" und schüren seit Moses die Aufstände der rassisch minderwertigen Knechte gegen ihre natürlichen Herren, glaubte Hitler.

Natürlich teilt Nolte nicht den Rassenwahn, den er in aller Breite darstellt. Allerdings hebt er ausdrücklich Hitlers "Konsequenz" hervor, die ihn von den angeblichen Saboteuren des Holocaust (angefangen bei Göring!) unterscheide. Letztere seien "nicht zufällig die Beute des konsequenteren Geistes" geworden. Für Hitler und Himmler gelte aber auch: "Sie waren nicht nur konsequenter, sie hatten im Rahmen ihrer Denkweise auch Recht." Der Nationalsozialismus als "Faszinosum" (Jenninger) geistert immer wieder durch Noltes Buch. Da dürfen die Autobahnen nicht fehlen, insbesondere ist es aber die SS, die es Nolte angetan hat: "Zwar zeigt sich auch bei ihr nichts schlechthin Neues, aber gerade die außerordentliche Konsequenz (!) in der Entfaltung ist das Faszinierende."

Eine Konsequenz, die der deutschen Wehrmacht, glaubt man Nolte, ganz fehlte. Die Wehrmacht habe sogar bei den Bombenangriffen auf englische Städte "ritterlich" gekämpft. Das Ziel der Generäle, die "nationale Restitution", sei schon im September 1938 erreicht gewesen. Das Münchner Abkommen, mit dem die Zerstörung der Tschechoslowakei eingeleitet wurde, bewertet Nolte, der "Geschichtsphilosoph", rundum positiv: "Die Schaffung des Großdeutschen Reiches entsprach ohne Zweifel einer tiefen und jahrhundertealten Sehnsucht, und sie war in sich selbst (wenn man von der Komplikation durch den Zeitpunkt absieht) um kein Haar weniger legitim als die Errichtung des französischen oder italienischen Nationalstaates."

Wie aber bekam Hitler, der Einzeltäter, Macht über ein ganzes Volk einschließlich seiner Eliten, darunter die eigentlich "unpolitischen" Generäle der Wehrmacht? Nolte greift in seiner Erklärung nicht einfach auf das Stereotyp vom "dämonischen Verführer" zurück, der die willenlosen Massen in seine Verbrechen hineingezogen hätte. Entscheidende Voraussetzung dafür sei gewesen - hier ist Nolte durchaus originell -, dass die vielen Millionen Mitläufer von dem gleichen Grundgefühl beherrscht worden seien wie ihr Führer: der Angst.

Da gibt es die "bürgerliche Revolutionsfurcht", ja sogar die Angst vor der roten Fahne! Auch "die Fahne (der Nazis) war zwar blutrot", räumt Nolte ein, "aber doch nicht von jener Angst erregenden (!) Einfarbigkeit, sondern mit einem freilich fremdartigen Heils- und Hoffnungszeichen in der Mitte." Von Angst geschüttelt sieht Nolte auch die Spitze der Wehrmacht, die vor dem Überfall auf die Sowjetunion ihre berüchtigten Vernichtungsbefehle ausarbeitete: "In den bekannten Erlassen der Marschälle von Reichenau und von Manstein ist in der Tat noch etwas spürbar von dem Schrecken der Offiziere vor dem fremdartigen Phänomen der Revolution von 1918."

Dieses Erschrecken "bis in den Tod" ist für Nolte "das banale Grundfaktum, ohne das Faschismus und Nationalsozialismus nicht denkbar sind". Auch wenn 1922 in Italien und erst recht 1933 in Deutschland objektiv keine "Revolutionsgefahr" bestand, hat Nolte für die Angst volles Verständnis. Zwar sei der "rote Terror" schon bald vom Terror der Faschisten übertroffen worden; diese hätten aber die Methoden des Bolschewismus nur übernommen und abgewandelt.

So sind es letztlich auch schon in Noltes Buch aus dem Jahre 1963 die Linken, die den "Boden für die neue Saat" bereiten. Sie sind verantwortlich für die Angst einer ganzen Epoche, die in Deutschland besonders katastrophale Wirkungen hatte - wegen Hitler: "Er war ein Mensch an der Grenze der Krankheit, gejagt von pathologischen Ängsten, als deren Ursache ihm sein infantil-eidetisches (anschauliches; ak) Vermögen ‚den Juden` vor die Augen stellte. Aber seine Angst war als solche die Angst eines Volkes, einer Kultur, einer Epoche."

Demnach wäre, was Hitler und die Deutschen verband, vor allem das Gefühl, sich gegen eine tödliche Gefahr wehren zu müssen. Nolte geht aber noch weiter, wenn er nahe legt, dass dieses kollektive Gefühl der Bedrohung zumindest teilweise berechtigt war. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sei "in einem noch näher zu bestimmenden Sinne ein Verteidigungskrieg" gewesen, schreibt er. "Verteidigt" wurde, so Nolte, die deutsche "Souveränität" gegen einen Feind, der durch seine rasant wachsende Wirtschaftskraft zur "Weltgefahr" geworden war - und damit "in einem realeren Sinne" als in der NS-Propaganda behauptet. Nolte schreibt: "Wer den Entwicklungsvorsprung (Deutschlands bzw. des Westens; ak) als ein ewiges Recht empfand, musste sich bedroht fühlen" - " weil ein industrialisiertes Osteuropa eo ipso die Negation der totalen, das heißt vor allem militärgeographischen deutschen Souveränität bedeutete."

Die "verzerrte Kopie" des Kommunismus

So tastet sich Nolte ebenfalls schon 1963 an die These vom "Präventivkrieg" heran: Lenin eröffnet den "europäischen Bürgerkrieg", aber Hitler ist schneller als Stalin - das ist, ungeachtet gelegentlicher stilistischer Raffinesse, Geschichtsschreibung auf Illustrierten-Niveau.

Das bisher Gesagte soll nun beileibe nicht heißen, dass Nolte sich im Historikerstreit nur selbst zitiert hätte. Zudem richtete sich seine Provokation von 1986, den Judenmord als "Reaktion oder verzerrte Kopie" zu verkleinern, gezielt an ein Massenpublikum. FAZ-Herausgeber Joachim Fest, der Nolte ein Forum bot, hatte die politische Nützlichkeit des Tabubruchs erkannt. Diese bestand darin, schrieb Jürgen Habermas in seiner Replik, dass sie dem konservativen Projekt der "Wiederbelebung des Nationalbewusstseins" auf doppelte Weise diente: "Die Nazi-Verbrechen verlieren ihre Singularität dadurch, dass sie als Antwort auf (heute fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen mindestens verständlich gemacht werden. Auschwitz schrumpft auf das Format einer technischen Innovation und erklärt sich aus der ‚asiatischen` Bedrohung durch einen Feind, der immer noch vor unseren Toren steht."

Als dieser Feind zwischen 1989 und 1991 die Fahne einholte, wurde der tapfere Frontsoldat Ernst Nolte nicht mehr gebraucht. Dass er fortan in den meisten deutschen Zeitungen, die FAZ eingeschlossen, nicht mehr publizierte, hängt allerdings auch mit dem Ausgang des Historikerstreits zusammen. Nolte und seine Anhänger konnten sich damals mit ihren Thesen nicht durchsetzen, weil selbst deutschnationale Kommentatoren wie Rudolf Augstein ihnen deutlich widersprachen. Anders als in Italien, wo er auch in liberalen Blättern regelmäßig interviewt wird, ist es in Deutschland still geworden um Nolte. Führende CDU-Politiker, selbst bayerische Landesminister zogen es vor, der Münchner Preisverleihung fern zu bleiben.

Über solchen Undank muss sich Nolte nicht grämen. Er darf es sich als "Verdienst" anrechnen, die Renaissance der Totalitarismustheorie vorbereitet und angeschoben zu haben. In diversen "Light"-Versionen kann sie heute als hegemonial gelten - wie z.B. die Diskussion um das "Schwarzbuch des Kommunismus" zeigt. Nolte hat in seiner Dankesrede auf diese Kontinuität selbst hingewiesen. Darüber hinaus hat er seine etwas umständlich formulierte These von 1986 bekräftigt und zu dem Lehrsatz komprimiert, "dass die KPdSU die früheste und stärkste Vernichtungsorganisation des 20. Jahrhunderts war und dass die nationalsozialistische Partei eine spätere und weniger umfassende Entsprechung darstellte, ja vielleicht nicht mehr als eine ‚verzerrte Kopie`."

Soweit mir bekannt, hat es kein deutscher Politiker für nötig befunden, dieser grotesken Verharmlosung des Nationalsozialismus zu widersprechen. Offensichtlich erscheint Noltes Lehre auch denen politisch funktional, die einer Begegnung mit ihm lieber aus dem Wege gehen.

Js.

Literatur:

Deutschland Stiftung e.V. (Hg.): Festschrift zur Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise 2000 für Wissenschaft und Literatur

"Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung; München (Piper) 1987

Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte; Berlin (Propyläen) 1993

Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus; München (Piper) 1990

Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus; Berlin (Propyläen) 1987

Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum Historikerstreit; München (Beck) 1988

35. "... wie ein Kürbis im Gemüsegarten". Zur Debatte um embryonale Stammzellforschung

Autor: Ingrid Schneider · Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:03

Der politische Streit um das Zulassen der Forschung mit Stammzellen von Embryonen spitzt sich zu. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft kündigte Ende Juni an, den Import von embryonalen Stammzellen aus den USA zu unterstützen. Sie will ein Projekt finanzieren, bei dem menschliche embryonale Stammzellen, die aus so genannten "überzähligen" Embryonen die bei der Reagenzglasbefruchtung gewonnen wurden, verwendet werden. Die Herstellung solcher embryonalen Stammzellen ist in der Bundesrepublik nach dem Embryonenschutzgesetz verboten. Mit dem Import nutzt die DFG eine Gesetzeslücke. Dieses Vorgehen, das vom Forschungsministerium gedeckt wird, ist auf heftigen Protest gestoßen.

Wir dokumentieren hierzu einen Vortrag, den die Hamburger Politologin Ingrid Schneider Ende Mai bei einem dreitägigen Symposium des Gesundheitsministeriums gehalten hat. Bei dem Symposium "Fortpflanzungsmedizin in Deutschland" haben ÄrztInnen, ForscherInnen, JuristInnen, SozialwissenschaftlerInnen vor und mit 600 TeilnehmerInnen - unter anderem aus der Behindertenselbsthilfebewegung - eine äußerst kontroverse Debatte um Grenzziehungen in der Fortpflanzungsmedizin ausgetragen. Gesundheitsministerin Andrea Fischer hat angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode ein neues Fortpflanzungsmedizingesetz durchsetzen zu wollen, mit dem das Embryonenschutzgesetz novelliert werden soll.

Die entscheidende Frage, um die es bei der Debatte um embryonale Stammzellforschung geht, ist, ob die verbrauchende und fremdnützige Forschung an Embryonen in Deutschland weiterhin verboten bleiben soll. Das Embryonenschutzgesetz legt strafrechtlich sanktionierend fest, dass Embryonen nicht für andere Zwecke als eine Schwangerschaft erzeugt und verwendet werden dürfen. Vor gut zehn Jahren hat der Gesetzgeber unmissverständlich - im Übrigen gegen das vehemente Drängen von Teilen der Ärzteschaft und der Forschungslobby - entschieden, dass kein auch noch so hochrangiges Forschungsziel es wert sein darf, davon eine Ausnahme zu machen.

Die gegenwärtige Debatte um embryonale Stammzellen ist daher ein Präzedenzfall: Sofern hier die Entscheidung fallen sollte, Ausnahmen vom Verbot zuzulassen, Embryonen als vernutzbares Material zu behandeln, wäre damit auch insgesamt die Schranke gefallen, Embryonen als Rohstoffreservoir für Dritte zu verwerten. Genau das macht diese Diskussion so brisant.

Fremdnützige Forschung

Zur Zeit herrscht große Euphorie um die Stammzellforschung. Das Wissenschaftsmagazin Science hat Stammzellen als "Durchbruch des Jahres 1999" gefeiert. Forschungen an Stammzellen sind jedoch so neu nicht, es gibt sie bereits seit den 60er Jahren. Als Durchbruch wird vor allem gewertet, dass es Ende 1998 zwei Forschergruppen aus den USA erstmals gelang, aus embryonalen Zellen pluripotente Stammzellen zu schaffen und in diesem undifferenzierten Zustand monatelang in Laborkultur zu halten. Pluripotenz bedeutet, dass die Zellen sich noch in jede Körperzelle entwickeln können, aber selber nicht mehr totipotent sind, d.h. beim Einpflanzen in die Gebärmutter sich nicht zum Kind entwickeln können.

Tatsächlich handelt es sich bei der Regenerationsfähigkeit und Plastizität von Zellen um ein faszinierendes Gebiet. Stammzellen gelten als viel versprechend für die Grundlagenforschung, aber auch für mögliche Transplantationstherapien. Bis dahin wird es aber - wenn es denn überhaupt gelingen sollte - noch ein sehr weiter Weg sein. Wissenschaftlich ist vieles bisher unerforscht. So weiß man weder, wie man Stammzellen in großen Mengen kultivieren kann, vor allem aber noch nicht, wie man sie dazu bringt, sich in eine - und nur die eine - der 270 Zelltypen des menschlichen Körpers (darunter auch die Keimzellen!) zu differenzieren. Denn dieser gerichtete Differenzierungsprozess ist von einer Vielzahl von in Wechselwirkung stehenden inneren Faktoren der Zellen und äußeren Signalen abhängig, die man noch kaum kennt, geschweige denn in irgendeiner Weise beherrscht. Ob die Zellen nach einer Transplantation überleben werden, ist noch genauso wenig geklärt wie die Frage, ob sie sich langfristig und funktional in den Körper des Transplantierten eingliedern werden. Möglich ist auch, dass sie schnell absterben und keine Wirkung zeitigen. Riskanter noch,

aber nicht auszuschließen ist, dass die Zellen sich in andere Zelltypen umwandeln und damit Schaden beim Empfänger anrichten, dass sie ihr Wachstum nicht stoppen, oder gar tumorös entarten und zu einer Krebserkrankung führen, oder durch Viruskontamination Gefährdungen hervorrufen. Auch weiß man noch nicht, ob die Zellen nicht immunologisch abgestoßen werden. Dies macht deutlich, dass die Therapieversprechen, die für diesen Forschungszweig in die Waagschale geworfen werden, bisher völlig uneingelöst sind. Es bedarf wohl noch jahre- , wenn nicht jahrzehntelanger Grundlagenforschung, bevor eine therapeutische Anwendung im klinischen Versuch akzeptabel wäre.

Vor zwei Wochen hat hier in Berlin der international anerkannte schwedische Pionier für fötale Hirnzelltransplantate Anders Björklund seine Kollegen, gerade auch als Lehre aus der Gentherapie, zu Recht gewarnt: "Don't promise too much too early."

Daher ist das Argument, das Patientenwohl als Handlungsmaxime mache es erforderlich, diese Forschung gesetzlich zuzulassen und mit staatlichen Mitteln zu fördern, ein schwaches Argument. Denn es ist, wie gesagt, noch völlig spekulativ, ob es jemals zu Leidminderung oder gar Heilerfolgen kommen wird. Patienten sind auch vor voreiligen klinischen Versuchen zu schützen. Ganz zurückzuweisen sind die Bilder, die in den Medien zu diesem Thema vorherrschen: Dort klingt es, als könne man spätestens übermorgen Organe aus embryonalen Stammzellen züchten. Seriöse Forscher sind sich aber in einem Punkt einig: Niere oder Herz werden nie im Reagenzglas wachsen wie ein Kürbis im Gemüsegarten.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass neben dem Wissenszuwachs und potenziellen zukünftigen Therapieaussichten weitere Triebfedern diesen Forschungszweig forcieren: Dazu zählen der Wettlauf um Patente und Exklusivlizenzen an den Verfahren, den die kalifornische Firma Geron mit einer Monopolstellung bereits weitgehend für sich entschieden hat (1), aber auch wissenschaftliche Profilierungsambitionen und Karrieremotive sowie industrielle Nutzungs- und Gewinnperspektiven. Diese Interessen sind keineswegs illegitim, aber sie sollten offen gelegt werden. Partikulare wissenschaftliche und kommerzielle Interessen sind als solche zu kennzeichnen, und es besteht keineswegs eine Pflicht des Gesetzgebers, diese zu bedienen, sie können nur in eine Güterabwägung miteinfließen.

Auch sind die mit der embryonalen Stammzellforschung entstehenden Eigentumsfragen und Dispositionsbefugnisse über Embryonen noch weitestgehend ungeklärt. Es erscheint paradox, dass alle - Reproduktionsmediziner, Forscher und Firmen - Eigentumsrechte und weitere Ansprüche am Embryo anmelden können, aber diejenigen, von denen der Embryo stammt, nicht. Diese werden sogar - etwa im Richtlinien-Entwurf des US-National Instituts of Health (NIH) - gezielt ausgegrenzt, indem sie weder irgendeine Einflussnahme auf die Auswahl der Empfänger(gruppen) geltend machen können, noch ein Einschränkungsrecht bezüglich der Forschungszwecke, noch eine Beteiligung an den damit erzielten Gewinnen erlangen dürfen. Damit soll nicht Eigentumsrechten am eigenen Körper und an Embryonen das Wort geredet, sondern lediglich auf Widersprüche und Konfliktpotenziale aufmerksam gemacht werden.

Ich will mich jedoch im Folgenden vor allem mit den ethischen und gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigen, die durch die embryonale Stammzellforschung aufgeworfen werden.

Dabei beschränke ich mich auf die Forschung an IVF-Embryonen (IVF - In- Vitro-Fertilisation, Reagenzglasbefruchtung), obwohl - dies sei erwähnt - ich auch schwerwiegende Einwände habe gegen die Forschung mit embryonalen Stammzellen, die aus dem Gewebe von Schwangerschaftsabbrüchen stammen, und mich gegen deren gesetzliche Legitimierung aussprechen möchte. Unter anderem steht zu befürchten, dass Zeitpunkt und Methode des Schwangerschaftsabbruchs zum Nachteil für die Frau verändert und am Zweck der Beschaffung der primordialen fötalen Keimzellen aus der 5.-9. Schwangerschaftswoche ausgerichtet werden. Diese Forschung ist in der Bundesrepublik übrigens nicht verboten es stimmt also nicht, dass deutschen Forschern die Hände völlig gebunden wären.

Patente und Lizenzen

Ein utilitaristisches Standardargument, das Befürworter der embryonalen Stammzellforschung vorbringen, lautet, man solle doch "überzählige Embryonen" lieber nutzen, statt sie jahrelang gefroren aufzubewahren und dann absterben zu lassen oder wegzuwerfen. Was nützt, ist gut, der Zweck heiligt die Mittel, und wer heilt, hat Recht, ließe sich diese Argumentation auf einfache Volksmund-Formeln bringen. Doch ist sie aus folgenden Gründen nicht haltbar:

1) Embryonen fallen nicht einfach an, sondern werden durch eine bestimmte institutionelle Praxis geschaffen. Das deutsche Recht sieht "überzählige Embryonen" nicht vor. Die Existenz solcher Gebilde ist bereits überaus voraussetzungsreich und ethisch problematisch.

Laut Embryonenschutzgesetz dürfen nicht mehr Eizellen einer Frau befruchtet werden, "als ihr innerhalb eines Zyklus übertragen werden sollen" (§1.1.5), und es dürfen maximal drei Embryonen transferiert werden (§1.1.3.). Diese Regelung liegt auch im Wohl der Klientin der IVF. Es schützt sie vor Überstimulation mit Hormonen und vor Mehrlingsschwangerschaften.

Während es also die Intention des Embryonenschutzgesetzes ist, "überzählige" Embryonen unter allen Umständen zu verhindern, sollen diese mit der embryonalen Stammzellforschung gerade zur Voraussetzung der Therapieabsicht und damit zum Ausgangspunkt einer neuen Normalität werden. Dies führt zu einer gravierenden Perspektivverschiebung: Zukünftig müssten Ärzte sie also nicht zu vermeiden suchen, sondern befürworten, dass sie entstehen, bis hin dazu, "überzählige" Embryonen womöglich gezielt zu schaffen. Damit würden die behandelnden Mediziner in neue professionsethische Dilemmata gestürzt, indem ihnen die Forschung eine Maklerrolle für Embryonen zuweist. Und es ist deshalb wohl kein Zufall, dass in Großbritannien, wo die Forschung an Embryonen unter bestimmten Bedingungen bis zum 14. Tag nach der Befruchtung zugelassen ist, durchschnittlich sechs Eizellen befruchtet werden, also doppelt so viele wie bei uns. Das bedeutet aber auch: stärkere hormonelle Stimulation der Frau, um mehr Eizellen zu gewinnen - was diese einer größeren Gesundheitsgefährdung aussetzt. Die Frau hat aber einen Anspruch darauf, erstens schonend und zweitens um ihrer selbst und ihres Kinderwunsches willen behandelt zu werden, und nicht, um Forschungsembryonen gewinnen zu können.

2) Dies verweist auf meinen zweiten Kritikpunkt, den Paradigmenwechsel, den der Verbrauch von Embryonen für die Legitimationsgrundlage und die Praxis der IVF bedeutet: Die Erzeugung eines extrakorporalen Embryos war eigentlich nur als "Umweg" zur Herstellung einer Schwangerschaft gedacht. Mit der IVF wurde die Zeugung eines Menschen von Sexualität getrennt. Nun würde aber mit der verbrauchenden Forschung die Zeugung sogar von der Fortpflanzung abgekoppelt und zu einem Mittel zur Produktion biologischer Ersatzteile werden. Das heißt, der Embryo soll nicht mehr vermittels einer Schwangerschaft zum Kind werden, sondern wird zum bloßen Material, zur Substanz für die Forschung und für neue biomedizinische Märkte, zum ökonomisch verwertbaren und patentierbaren Gut. Die embryonale Stammzellforschung beruht auf der Grundlage, dass es eine neue Kategorie von Nutzembryonen für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke gibt. Mit der Verdinglichung des Embryos und der Abtrennung von jeglicher sozialen Beziehung, in der dieser Embryo entstanden ist, werden jedoch auch die Frau und der Mann verdinglicht, von denen dieser Embryo stammt.

"Überzählige Embryonen"

Selbst wenn man einem Embryo nicht schon Menschenwürde zuspricht, wie es im Embryonenschutzgesetz verankert ist, sollte man anerkennen, dass ein Embryo die Potenzialität des Menschwerdens in sich trägt, welches sich vollziehen kann, sofern eine Frau bereit ist, diese in einer Schwangerschaft zu realisieren. Auf Grund dieser Potenzialität verdient der Embryo einen respektvollen Umgang, der eine massenhafte Verwertung als Forschungsgegenstand und zu vernutzende Ressource ausschließt.

3) Ein weiteres gravierendes ethisches Problem liegt darin, dass der Verbrauch von Embryonen fremdnützig ist, also nicht therapeutischen Zwecken der Frau und des Mannes selbst, von denen Eizelle und Sperma stammen, gewidmet ist.

Embryonen sind nicht beliebig verfügbar, sondern persönlichkeitsrechtlich an ihre Urheber gebunden. Keimzellen sind Teil der Leiblichkeit und der Person eines Menschen. Diese persönlichkeitsrechtliche Bindung erlischt nicht, wenn Eizelle oder Sperma vom Körper abgetrennt sind, sondern besteht weiter. Deshalb kann über Keimzellen und über Embryonen nicht wie über eine eigentumsfähige Sache verfügt werden. Reproduktive Körpersubstanzen, also Keimzellen und Embryonen, sollten meines Erachtens grundsätzlich für Dritte unverfügbar sein. Daraus ergibt sich, dass sie weder verschenkt noch verkauft werden dürfen. Denn es gibt keine körperliche Verpflichtung von Menschen gegenüber Dritten. Die Verwendung außerhalb von Fortpflanzungszwecken und für Dritte instrumentalisiert Frauen und Männer und degradiert sie implizit auf

einen Status von Lieferantinnen und Lieferanten von Forschungsgrundstoffen. Diese Verzweckung ist als Verstoß gegen die Menschenwürde zu bewerten.

Eigentumsrechte an Embryonen

4) Nun zum sogenannten "therapeutischen Klonen", für das sich inzwischen einige führende Transplantations- und Reproduktionsmediziner in der Bundesrepublik aussprechen. (2) "Therapeutisches Klonen" bedeutet, dass man die Klontechnik mit der embryonalen Stammzellforschung verbinden will. Man würde dabei den Zellkern einer beliebigen somatischen Körperzelle eines Erwachsenen in eine entkernte Eizelle einfügen und sie fusionieren. Aus dem so geklonten, totipotenten Embryo will man dann nach ein paar Tagen embryonale Stammzellen entwickeln und diese in die gewünschte Richtung ausdifferenzieren, somit ein "individuelles" Ersatzteilreservoir an Zellen schaffen. Der Fusionsprozess selbst entspricht exakt dem sog. "reproduktiven" Klonen (nahezu identische genetische Vervielfältigung eines Menschen), es wird "lediglich" der embryonale Entwicklungsprozess bereits nach wenigen Tagen abgebrochen und der Embryo nicht in die Gebärmutter einer Frau transferiert. Die semantische Unterscheidung zwischen "therapeutischem" und "reproduktivem" Klonen dient jedoch u.a. dazu, die beiden Techniken mit unterschiedlicher moralischer Signifikanz aufzuladen.

Auch das sog. "therapeutische Klonen" verstößt gegen das im Embryonenschutzgesetz (§6) verankerte Klonverbot, da zunächst ein totipotenter Embryo entsteht. Es würde gezielt ein Embryo für Verwertungszwecke geschaffen. Therapeutisches Klonen ist daher etwas völlig anderes als etwa eine Eigenbluttherapie, bei der ein Mensch mit seinen eigenen Blutzellen behandelt wird. Darüber hinaus ist das "therapeutische" Klonen darauf angewiesen, dass Frauen Eizellen für das Fusionieren mit Körperzellen bereitstellen. Bei Tieren sind beim bisherigen Stand der Forschung pro Zelllinie mehrere Dutzend bis einige hundert Eizellen nötig, bis es einmal klappt. Das heißt also, dass ein massenhafter, serieller Verbrauch von weiblichen Eizellen bei dieser Forschung notwendig ist. Der Verdacht drängt sich auf, dass das Zulassen der Eizellspende derzeit vor diesem Hintergrund propagiert wird. Bei der Eizellentnahme handelt es sich jedoch um einen invasiven, risikobehafteten Eingriff, der in diesem Fall keinerlei therapeutischen Zwecken der Frau selbst gegenüber dient. Als fremdnütziger Eingriff stellt er aber medizinethisch einen Bruch mit dem Gebot der Schädigungsfreiheit medizinischen Handelns dar und ist selbst bei Vorliegen einer Einwilligung der Frau rechtlich als Körperverletzung zu bewerten. Es darf nicht zugelassen werden, dass Frauen zu Auftragsproduzentinnen von Eizellen für das "therapeutische Klonen" werden.

5) Durch das Klonverfahren wäre es aber unter Umständen auch möglich, aus den als "pluripotent" qualifizierten embryonalen Stammzellen wieder einen totipotenten Embryo zu schaffen. Für Paare, die einen sog. "überzähligen Embryo" nach einer IVF gespendet haben, könnte dies bedeuten, dass aus den daraus entwickelten Stammzellen, die von Forschern jahrelang gelagert, in der ganzen Welt verteilt und in großen Mengen kultiviert werden können, irgendwo ein Embryo hergestellt werden könnte, der von einer Leihmutter zum Kind ausgetragen werden könnte, welches ihr Erbgut tragen würde.

Auch könnte, wenn man aus den embryonalen Stammzellen selbst Keimzellen (Eizellen und Spermazellen) generieren würde, dieser verwertete Embryo gewissermaßen zur "genetischen Mutter" bzw. zum "genetischen Vater" werden, ohne selbst jemals als Mensch gelebt zu haben. Das klingt wie Science-Fiction, aber man muss diese technischen Möglichkeiten erkennen, um sie verhindern zu können.

6) Als zusätzliches Argument spricht gegen die embryonale Stammzellforschung, dass sie es zwangsläufig mit sich bringen wird, weitere wissenschaftliche Schritte hin zum sog. "reproduktiven Klonen" eines Menschen und zur Keimbahnmanipulation zu vollziehen. Auch wenn damit der Damm zu diesen Techniken nicht bereits gebrochen ist, muss doch berücksichtigt werden, dass die Schwellen sinken. Die Entwicklung von "Knockout"-Mäusen und das transgene Schaf "Polly" weisen jedenfalls auf die bei Tieren bereits realisierten diesbezüglichen technischen Möglichkeiten hin und erfordern von der Politik höchste Wachsamkeit.

7) Als letzter Punkt ist darauf zu verweisen, dass es eine Alternative zur embryonalen Stammzellforschung gibt, mit der potenziell die gleichen wissenschaftlichen und therapeutischen Ziele erreicht werden können. Diese liegt in der Gewinnung von sog. "adulten" Stammzellen aus den Zellen und Geweben von Erwachsenen. Auch wenn deren Erforschung möglicherweise etwas langwieriger ist, erscheint diese Lösung ungleich eleganter. Potenziell sind diese Stammzellen ebenso erfolgreich einsetzbar, sie wären immunologisch gut verträglich, und vor allem sind diese Verfahren ethisch weitaus unbedenklicher.

8) Ich habe eingangs davon gesprochen, dass die embryonale Stammzellforschung einen Präzedenzfall darstellt: Würde das Verbot der Embryonenforschung gelockert, würde dies eine Kaskade von Folge-Entscheidungen nach sich ziehen.

Ich plädiere deshalb nachdrücklich dafür und fordere den Gesetzgeber auf, dem Drängen der Forschung nicht nachzugeben, sondern das gesetzliche Verbot der verbrauchenden und fremdnützigen Embryonenforschung aufrechtzuerhalten.

Ingrid Schneider

Anmerkungen:

1) Es ließe sich sogar vermuten, dass Patente dazu führen, dass weit mehr IVF-Embryonen vernutzt werden, als wissenschaftlich "eigentlich" nötig wären. Denn da die US-Firma Geron die Forschungsprojekte zu pluripotenten Stammzellen finanziert hat, hat die Firma sich Exklusivlizenzen für die Patente an den Verfahren vertraglich gesichert. Geron verfügt über seine britische Tochter Geron Biomed (früher: Roslin Biomed) auch über eine exklusive Lizenz für die "Dolly"-Klontechnik und die Entwicklung von Stammzellen in Verbindung mit dem sog. "therapeutischen Klonen". Zwar besteht patentrechtlich für Forscher für die rein wissenschaftliche Beschäftigung mit den embryonalen Stammzellen ein sog. Forscherprivileg (research exemption), jede gewerbliche Nutzungsperspektive ist aber dem Patentschutz und der Lizenzpflicht unterworfen. Das bedeutet u.U. sowohl eine gravierende Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten wie auch eine Verteuerung der Therapien für die Patienten. Möglicherweise führen die bestehenden Patente bzw. Patentanträge dazu, dass jedes Forschungsteam eine neue, eigene Technik zur Gewinnung von Stammzellen aus Embryonen entwickeln wird, um die Exklusivlizenz von Geron zu umgehen oder um keine hohen Lizenzgebühren entrichten zu müssen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass keineswegs einige wenige embryonale Stammzelllinien ausreichen würden, um Forscher auf der ganzen Welt zu "versorgen", sondern eher ein konstanter Verbrauch und "Nachschub" an Embryonen nötig sein dürfte. Auch weitere Faktoren, etwa das Streben nach Verifikation der Experimente oder die nach zirka 50 Kulturpassagen auftretende Mutationsrate, deuten darauf hin, dass eine große Zahl von Embryonen vernutzt werden würde.

2) Seit 1997 die Geburt des Schafes "Dolly" bekannt gegeben wurde und man inzwischen neben Mäusen auch Rinder und Affen geklont hat, gilt als ausgemacht, dass diese Technik auch beim Menschen realisierbar wäre.

Weiter zum Thema im Internet:

www.reprokult.de

Stellungnahmen des Frauenforums Fortpflanzungsmedizin, ein Arbeitszusammenschluss von Frauen, der Positionspapiere u.a. zu Embryonenforschung, Präimplantations- und Pränataldiagnostik entwickelt hat.

www.dialog-gesundheit.de

Informationen zum Berliner Kongress des Gesundheitsministeriums zur Fortpflanzungsmedizin

36. Offener Brief an das "Netzwerk zur demokratischen Kontolle der Finanzmärkte"

Autor: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:27

Das deutsche Netzwerk sucht derzeit UnterstützerInnen für seine "Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte". Wir vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft möchten mit diesem Offenen Brief einige Kritikpunkte an der Erklärung benennen. Es geht uns dabei nicht um Abgrenzung, sondern um solidarische Kritik, denn wir begrüßen die Initiative des Netzwerkes, auf einige zentrale Probleme des gegenwärtigen globalen Kapitalismus aufmerksam zu machen. Doch die inhaltlichen Widersprüche und Vereinfachungen sowie die politisch-strategische Ausrichtung der Erklärung können unseres Erachtens nicht unwidersprochen bleiben.

Die Erklärung erweckt den Eindruck, als seien "wachsende Instabilitäten" und Krisen "in immer kürzeren Abständen" ein Phänomen der derzeitigen kapitalistischen Globalisierungswelle und des damit verbundenen Aufstiegs der internationalen Finanzmärkte. Der Kapitalismus ist jedoch seit seiner Entstehung im 19. Jahrhundert von Finanz-, Währungs-, Verschuldungs- und Inflationskrisen begleitet. Seine immanente, unausweichliche Krisenhaftigkeit allein auf die quantitativ gestiegenen Kapitalflüsse spekulativen Charakters zurückzuführen, ist zu kurz gegriffen. Denn die monetäre Sphäre der Finanzmärkte ist eben nicht zu trennen von der realökonomischen, "produktiven" Sphäre. Beide sind funktional aufeinander angewiesen, ihre Krisenlogik ergänzt und überlagert sich in hohem Maße. Der Aufstieg der Finanzmärkte beruht auf den (Über-)Akkumulationsprozessen der "Realökonomie" und ist strukturell mit ihren Verwertungskrisen verbunden. Eine simplifizierende dichotomische Sichtweise verbietet sich daher.

Ähnliches gilt für den in der Erklärung erweckten Eindruck, als "unterdrückten" die internationalen Finanzmärkte die demokratischen Regierungen, die eigentlich ganz anderes wollen, als ihnen die Märkte diktierten. Differenziertere Analysen weisen darauf hin, dass die Globalisierung der (Finanz-)Märkte eben nicht mit einem Rückzug der Nationalstaaten aus Regulierungsprozessen einhergeht, sondern mit einer Redefinition seiner Interventionsformen. So weist z. B. die Finanzmarkt-Expertin Susanne Lütz (PROKLA 118, 2000/1, S. 61-81) darauf hin, dass die Staaten zwar nationale Standards bei der Regulierung von Kapitalflüssen reduziert haben, aber seit den 90er Jahren Bestandteil von Public-Private-Partnerships in der Bankenregulierung wurden, die wiederum in pluralisierte Abstimmungsnetzwerke auf internationaler Ebene eingebunden sind. Mit anderen Worten: Die gegenwärtige Struktur des globalen Finanzmarktes wurde nicht gegen Staaten oder Regierungen, sondern durch sie bzw. mit ihnen verwirklicht.

Die etatistische und neokeynesianische Schlagseite des Netzwerkes und der gesamten ATTAC-Bewegung (1) halten wir daher für wenig angebracht. Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten als potenzielles Gegengewicht zum Kapitalismus (miss-)zu verstehen und nicht als sein integraler Bestandteil, verweist auf ein Staatsverständnis, das im Nationalstaat eine an sich neutrale Instanz sieht, derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen. Nicht nur materialistische Staatstheorie, sondern auch die historische Erfahrung lehrt jedoch das Gegenteil. Aus diesem Grund ist auch die Forderung nach der "demokratischen Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen" irreführend. Es ist die zentrale Aufgabe dieser Institutionen, das auf Ausbeutung und Ungleichheit basierende Geldverhältnis zu stabilisieren und die Verwertung von Kapital zu organisieren. Die in der Erklärung verwendete Forderung "Wir brauchen eine andere Politik", die mit der Hoffnung verknüpft wird, die Probleme des globalen Kapitalismus ließen sich "eindämmen", wenn die Staaten bzw. die gewählten Regierungen nur die richtige Politik betrieben, ist daher aus unserer Sicht eine fatale Illusion. Sie trägt zur Legitimierung derjenigen Institutionen und Verhältnisse bei, die Teil des Problems sind, nicht dessen Lösung. Analog dazu ist auch die Unterscheidung von gutem und schlechtem Kapital problematisch. Im Aufruf zur Gründung des Netzwerkes ist die Rede davon, die Finanzmärkte müssten wieder ihrer eigentlichen Funktion, nämlich der Finanzierung "produktiver Investitionen", zugeführt werden. Damit wird erstens der Schein erweckt, das primäre Ziel des Kapitals sei nicht der Profit. Zudem ergibt sich dieser aber auch bei produktiven Investitionen auf Grund der zu Grunde liegenden Herrschaftsverhältnisse.

Abgesehen davon, ob die Wahl von Staaten und Finanzinstitutionen als Adressaten der Forderungen nicht darauf hinausläuft, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben (diese religiös gefärbte Metapher sei uns hier erlaubt), stellt sich auch die Frage, ob die vom Netzwerk vorgeschlagenen Maßnahmen selbst aus einer rein systemimmanenten, technischen Sichtweise überhaupt geeignet sind, die proklamierten Ziele zu erreichen. Die Tobin-Steuer als zentrale Forderung des Netzwerks beispielsweise wird selbst von solchen WissenschaftlerInnen für zweifelhaft befunden, die das Netzwerk auf seiner Pressekonferenz am 31.5. aufbietet, um seine Position zu untermauern. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf urteilen in ihrem Standardwerk "Grenzen der Globalisierung": "Die Tobin-Steuer wäre also nur eine ‚Gut-Wetter-Steuer` und ungeeignet, die in der Finanzkrise aufgepeitschten Wogen zu glätten. Obendrein wäre es naiv, von einer Tobin-Steuer die Stabilisierung des Kapitalismus zu erwarten. Denn auch innerhalb eines Währungsraumes ohne grenzüberschreitende Transaktionen finden spekulative Kapitalbewegungen statt." (S. 216) Es scheint, als ob innerhalb des Netzwerkes noch einige Diskussionen über die Tobin-Steuer nötig sind.

Besonders irritiert waren wir durch folgende Formulierung in der Erklärung: "Durch Finanzcrashs werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht." Gab es evtl. Leute, die auf Grund der jahrelangen Anstrengungen der "Volkswirtschaften" profitiert haben? Hier verschmelzen die "Mehrheit der Menschen" und die "Kapitalbesitzer", die an anderer Stelle in der Erklärung unterschieden werden, wieder zu nationalen Wertschöpfungsgemeinschaften. Eine derart extrem und unseres Erachtens unzulässig verkürzte Kapitalismuskritik beschwört jedoch Missverständnisse und die Vereinnahmung des Netzwerks für nationalistische Argumentationsfiguren geradezu herauf. Bei allem Verständnis für das im Wesen des Lobbyismus begründete Bedürfnis nach griffigen Parolen, hier werden die Grenzen des Zulässigen überschritten.

Wir würden es begrüßen, wenn das Netzwerk einen Schritt weiter in die richtige Richtung gehen würde: nicht nur die vermeintlichen Auswüchse einer scheinbar aus dem Ruder laufenden globalen Finanzwirtschaft anzugehen, sondern den Kapitalismus selbst zum Gegenstand der Kritik zu machen. Darüber und wo und wie Widerstand gegen die Zumutungen der "Globalisierung" geleistet werden kann, das möchten wir vom 6. bis zum 8. Oktober in Berlin beim 23. BUKO-Kongress diskutieren. Dazu laden wir alle interessierten Individuen und VertreterInnen von sozialen Bewegungen ein - und damit natürlich auch die Mitglieder des "Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte".

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

Anmerkung:

1) Attac wurde im Juni 1998 gegründet und versteht sich als Bewegung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte. Nähere Informationen finden sich auf ihrer Homepage www.attac.org

37. Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

Autor: Netzwerk · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:26

Auf Initiative von WEED, Pax Christi, Kairos Europa und der Stiftung Umverteilen trafen sich im Januar diesen Jahres mehr als 100 Menschen aus NGO um über Aktivitäten "für die politische Regulierung der internationalen Finanzmärkte" zu diskutieren und erste gemeinsame Schritte zu vereinbaren. Herausgekommen ist zunächst eine Erklärung, für die das Netzwerk zur Zeit UnterstützerInnen sucht. Wir dokumentieren im Folgenden die Erklärung des Netzwerkes und eine erste kritische Stellungnahme des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft des BUKO. Wir erhoffen uns für die nächste Zeit eine Intensivierung der Diskussion über die Rolle und Funktion der Finanzmärkte im jetzigen Stadium des Kapitalismus und werden entsprechend Raum dafür in ak zur Verfügung stellen.

Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

Die internationalen Finanzmärkte sind zu einer Macht geworden, die zunehmend die Politik bestimmt. Immer mehr Lebensbereiche geraten unter das Diktat von Dax, Dow Jones und "Shareholder Value". Im Namen einer Modernisierung, die als unabänderlicher Sachzwang präsentiert wird, untergräbt die Macht der Finanzmärkte die Demokratie. Mit der Drohung, auf einen anderen "Standort" oder eines der Steuerparadiese und "Offshore-Bankzentren" auszuweichen, verfügen internationale Finanzkonzerne und KapitalbesitzerInnen über ein Erpressungspotenzial, mit dem sie die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin unterwerfen.

Mit Transaktionen von 1.500 Milliarden Dollar pro Börsentag, wovon der Löwenanteil auf Geschäfte mit spekulativem Charakter entfällt, ist eine völlig neue Qualität internationaler Wirtschaft entstanden. Doch die grenzenlose Freiheit der Kapitalflüsse führt zu einer wachsenden Instabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in immer kürzeren Abständen in Krisen entlädt. Durch Finanzcrashs werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht.

Die Behauptung, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht bewahrheitet. Während eine kleine Gruppe von Globalisierungsgewinnern immer reicher und mächtiger wird, wachsen weltweit soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Armut. Die Kluft zwischen und innerhalb von Industrieländern und Entwicklungsländern wird immer größer. Die Lösung brennender ökologischer Probleme wird verschleppt. Im Interesse von Unternehmen und Kapitalbesitzern wird der Abbau der sozialen Sicherungssysteme betrieben.

Wir brauchen eine andere Politik!

Doch diese Art der Globalisierung ist nicht schicksalhaft und unaufhaltbar. Sie ist von staatlicher Politik zielgerichtet in Gang gesetzt worden. Durch internationale politische Regulierung könnten die entfesselten Marktkräfte so weit gezähmt werden, dass ihr destruktives Potenzial eingedämmt wird. Dazu ist allerdings gesellschaftliche Bewegung von unten notwendig. Um erfolgreich zu sein, muss dieser Druck national und international organisiert sein, beispielsweise in enger Zusammenarbeit mit den Attac-Bewegungen in vielen Ländern. Nur dann wird etablierte Politik die Interessen der Mehrheit der Menschen gegen die Interessen der Wirtschaft vertreten. Eine Bewegung für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte muss vielfältige Aktionsformen nutzen, von der Aufklärungsarbeit für Öffentlichkeit und Medien über Lobbytätigkeit bis zum öffentlichkeitswirksamen Protest.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin Tax)

- Die Schließung der Steuerparadiese und "Offshore-Zentren"

- Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds)

- Das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen "Hedge-Funds"

- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer

- Strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger

- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen

- Die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen

- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

Kontakt: Share, Ökozentrum, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, 04231/957-591, fax 957-594, e-mail: info@share-online.de,

www.share-online.de/finanz.

38. Christopher Street Day und SM. Manifest der Schlagwerker

Autor: Michael Gümbel · Rubrik: Schwule · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:19

In diesen Wochen ziehen wieder Hunderttausende Schwule und Lesben durch die Großstädte, um sich bunt feiernd der Öffentlichkeit darzustellen und um für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Art zu lieben zu demonstrieren. Unter den 50 Wagen der Hamburger Parade fiel einer auf, stand daran doch geschrieben: Heterosexuell? Das kann jedem passieren! Trotzdem Spaß beim Sex? SM in Hamburg! Nachdem Homosexuelle bereits seit Jahren offensiv für ihre Rechte eintreten, suchen nun vermehrt auch andere sexuell Marginalisierte die Öffentlichkeit, um gegen Diskriminierungen vorzugehen und für mehr Akzeptanz zu werben. Darunter die Sadomasochisten (SMer). Geplante rechtliche Verschärfungen der Porno-Paragrafen könnten für die SMer zum Problem werden. In Hamburg haben sie sich in der Initiative Schlagwerk zusammen geschlossen. Was die wollen, soll der folgende Artikel skizzieren.

Was sich da erstmalig auf einem deutschen Christopher Street Day (CSD) mit einem eigenen Wagen zeigte, ist ein Symbol für das wachsende Selbstbewusstsein einer weiteren sexuellen Minderheit, der SadomasochistInnen. In den vergangenen Jahren beteiligten sich die SMerInnen an den diversen CSD-Paraden noch als organisiertere Fußgruppen (letztes Jahr in Köln mit über 70 Personen). Dabei ist die sadomasochistische Subkultur nicht neu, drei der Trägerinstitutionen des Hamburger Wagens - das Szenemagazin Schlagzeilen, die Partyorganisatoren abART-Team, der Second-Hand-Laden Der 2te Streich - sind seit langem aktiv und gehören gewissermaßen zu den Gründungsmitgliedern der Szene. Relativ jung dagegen ist die Initiative Schlagwerk, und dass sich hier eine breite Plattform für sadomasochistisch Liebende herausbildet, deutet auf einen Wandel hin, der sich z.T. auch in anderen Städten erkennen lässt.

Mit der Beschreibung dieses gesellschaftlichen Wandels beginnt das Manifest, dass sich die SchlagwerkerInnen gegeben haben. Die Veränderungen finden auf verschiedenen Ebenen statt, auf der Ebene der verbreiteten Vorstellungen von dem, was Sadomasochismus ist, im Selbstbewusstsein und in der Selbstwahrnehmung der Sadomasochisten und in der medialen Darstellung von sadomasochistischer Sexualität. Nicht verändert haben sich dagegen alle anderen Felder, auf denen es in ganz anderer, höchst bedrohlicher Weise um Sexualität und Gewalt geht, und aus diesen sexualisierten Gewalttaten erwächst mit den Bemühungen um neue, verschärfte gesetzliche Regelungen ein Potenzial, das SMerInnen kriminalisieren könnte.

Doch der Reihe nach: Was ändert sich an den verbreiteten Vorstellungen von Sadomasochismus? Lange Zeit galt SM in erster Linie als psychische Krankheit, die geradewegs zur realen sexuellen Gewalt der Sexualmörder führt, wenigstens aber doch zutiefst zerstörerisch wirkt und deshalb unbedingt behandelt bzw. je nach Restriktivität der Gesellschaft bestraft werden muss. Diese Vorstellungen waren auch für viele Menschen mit sadomasochistischen Leidenschaften bestimmend für ihre Selbstwahrnehmung.

Schlagwerk und gesellschaftlicher Wandel

Dass dies heute nicht mehr ganz so ist, hat eine ganze Reihe von Ursachen: das Verschwinden allgemein gültiger Moralvorstellungen, neuere wissenschaftliche Studien zum Thema, die zunehmende Gleichberechtigung anderer sexueller Minderheiten, die Aufklärungs- und Informationsarbeit durch die SM-Aktiven in den vergangenen Jahre. Das Schlagwerk-Manifest benennt noch eine weitere Ursache: Erst über den anonymen Kontakt durch das Internet haben viele Menschen zum ersten Mal eine Gelegenheit gefunden, sich angstfrei mit ihren sexuellen Neigungen auseinander zu setzen und feststellen zu können, dass sie damit alles andere als allein sind.

In den vergangenen Jahren hat sich SM immer mehr auch zu einem mediengängigen Thema entwickelt. Fast kein Tag vergeht, ohne dass in den Sexsendungen, Nachmittags-Talk-Shows und Printmedien irgendetwas über SM geboten wird. Von Peep! bis zur altehrwürdigen Zeit scheint kein Medium von der Faszination und dem massenwirksamen Appeal der schwarzledernen Gesellschaft ablassen zu können. Was dort zu sehen und zu lesen ist, erscheint den SMerInnen zumeist aber reichlich plakativ und klischeehaft. Nur selten will es den Journalisten gelingen, das Spannungsfeld von Leidenschaften und einvernehmlicher Sexualität einigermaßen angemessen zu beschreiben. Allzu häufig gibt es da noch die Serienmörderin im Fernsehfilm,

die natürlich Peitschen und Ketten in ihrer Wohnung lagert oder den "Sadokiller" aus den USA und viele andere grausige Kriminalfälle. Für große Teile der Öffentlichkeit erschweren es derartige Szenarien, zwischen sadistischen Sexualmördern und einvernehmlicher sadomasochistischer Leidenschaft zu unterscheiden. Schon allein deswegen sehen sich die SMerInnen vom Schlagwerk gezwungen, sich mit der realen sexuellen Gewalt auseinander zu setzen. Wer so dicht am Spannungsfeld von Sexualität, Macht und Gewalt lebt und leidet, hat vielleicht auch Aspekte zum Verständnis der realen Gewaltbedrohung beizutragen, die sich anderen nicht so leicht erschließen.

Die realen sexuellen Gewaltverbrechen haben immer wieder auch zu Bestrebungen geführt, die geltenden Gesetze zu verschärfen. Nicht lange bevor sich die Initiative Schlagwerk gegründet hatte, kam es im Frühjahr 1998 zu einer Erneuerung der PorNO-Kampagne des Frauenbündnisses unter der Federführung von Alice Schwarzer und unter Mitwirkung gerade ernannter Ministerinnen wie Christine Bergmann (SPD) und Andrea Fischer (Grüne). Mit einer drastischen Verschärfung der Pornografie-Gesetzgebung wollten die Initiatorinnen den Versuch unternehmen, durch das Verbot der Darstellung von Kindern und Frauen in "sexuell erniedrigender Weise" diese vor realer sexueller Erniedrigung zu schützen. Richtig ist, dass gegen sexuelle Gewalt, egal ob gegen Kinder, Frauen oder auch Männer vorgegangen werden muss. Ob das aber mit einer Verschärfung der Porno-Gesetze erreicht werden kann, ist zumindest fraglich. Eine Verschärfung der Porno-Paragrafen stellt hingegen ganz sicher die gesamte sadomasochistische Bilder- und Informationssubkultur in Frage. Eine stärkere Zensur könnte daher zu einer weiteren Diskriminierung und möglicherweise Kriminalisierung der SM-Szene führen. Derzeit ist es in Deutschland um den geplanten Gesetzentwurf recht still geworden.

Alle diese Entwicklungen haben die Schlagwerker dazu gebracht, eine Initiative zu gründen um - so ihr Manifest "öffentlich einen Standpunkt einzunehmen und für eine selbstbestimmte Sexualität einzutreten".

Das Schlagwerk-Manifest bezeichnet SM als einen möglichen Sammelbegriff für alle Formen von Grenzerfahrungen mit Körpern und Lüsten, für den spielerischen Umgang mit Macht, den freiwilligen, sicheren, selbstbestimmten Akt des Gebens und Nehmens und die Einbeziehung von Schmerz in das Repertoire der Lust.

safe, sane and consensual

Es geht um das fantasievolle Erleben von Körperlichkeit, und ein vertrauensvolles Aneinander-Annähern. SM soll ein umfassendes Konzept sein, um partnerschaftliche Beziehungen zu gestalten und die Grenzen üblicher Sexualität lustvoll und verantwortungsbewusst zu überschreiten. Und auch: Die Lust neu zu definieren und auf den ganzen Körper zu schreiben.

Schlagwerk soll eine Organisation sein, die offen ist für die verschiedensten sexuellen Orientierungen und nicht - wie in jeder Subkultur verbreitet - neue Definitionen liefert von dem, was richtiger Sadomasochismus ist und was nicht. Dieser Ansatz, nicht eine abgeschlossene Gruppe von Wissenden zu bilden, begründet den hohen Stellenwert, den die Arbeit für NeueinsteigerInnen unter den Schlagwerk-Aktivitäten aufweist. Die Erfahrung der Unsicherheit des eigenen Begehrens hat dazu geführt, für andere den Raum möglichst weit zu öffnen, damit sie sich mit ihren oft unklaren und verwirrenden Gefühlen im Rahmen des Schlagwerks aufgehoben fühlen können. Dieses Konzept scheint aufzugehen, und so sind die meisten der weit über hundert in irgendeiner Weise mit Schlagwerk in Verbindung stehenden Menschen in Hamburg über den EinsteigerInnen-Treff "SMalltalk" hinzugestoßen.

SM und PorNO

Doch diese Offenheit hat auch Grenzen. Die SMerInnen vom Schlagwerk beziehen sich hierbei auf die drei Grundbegriffe safe, sane and consensual, die sich bereits seit langem von San Francisco aus in den SM-Subkulturen der Welt als Standard durchgesetzt haben. Safe (sicher) bedeutet hier das Wissen um und die weitestmögliche Einschränkung von Gefahren und Risiken. Sane (mit gesundem Menschenverstand) steht für die Vermeidung von destruktiven Abhängigkeitsbeziehungen und Mustern. Consensual (freiwillig) heißt, dass die Beteiligten gemeinsam die volle Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und im Konsens darüber entscheiden, welche Risiken sie eingehen möchten.

Ein solcher Konsens kann jedoch in den Augen der SchlagwerkerInnen nur dann hergestellt werden, wenn sich die Beteiligten gleichermaßen über Möglichkeiten und Risiken informiert haben. Der Konsens also, der auf zunächst gleichmäßig verteilter Macht beruht, erfordert als Voraussetzung ein einigermaßen gleichmäßig verteiltes Wissen - Wissen ist eben auch in sadomasochistischen Beziehungen Macht!

Genau hier könnten die diskutierten gesetzlichen Maßnahmen zum Problem für die SMerInnrn werden. Denn wenn Wissen und Macht für SM-Beziehungen, in denen Macht zeitweilig bewusst ungleich verteilt werden soll, in so besonderem Maße eng miteinander verknüpft sind, erscheint eine Einschränkung der Zugänge zum Wissen umso unerträglicher. Ein Darstellungs- und Kommunikationsverbot über diese Themen würde die Grundlagen moderner SM-Verhältnisse untergraben. Dem entgegenzuwirken und vielmehr den Fluss der Informationen zu verstärken und zu verbreiten, ist so nur folgerichtig eines der wesentlichen Ziele des Schlagwerks.

Vorrangig geht es Schlagwerk um Aktivitäten in drei Bereichen: Eine Anlaufstelle für Neueinsteiger und Interessierte zu bieten (z.B. den SMalltalk), Serviceangebote für die bestehende und wachsende SM-Szene zu etablieren (z.B. Open House und Chill Out, die Themenabende als Forum für Diskussion und Erfahrungsaustausch sowie Work-Shops zu bestimmten SM-Techniken wie Fesselungen oder Schlagen) und außerdem ein öffentliches Forum zu bilden für die Anerkennung der sadomasochistischen Art zu lieben (z.B. Teilnahme am CSD mit Straßenstand).

Michael Gümbel

Infos und Kontakt: www.schlagwerk.org oder per Telefon: 040-454046 oder per Email: info@schlagwerk.org

39. Word Up! Garantiert vom Rezensenten persönlich gelesene Wortporduktion

Garantiert vom Rezensenten persönlich gelesene Wortproduktionen

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:37

Seit bald zwei Jahren wird der Schriftsteller Tim Staffel in den bürgerlichen Medien auf geradezu abstoßende Weise abwechselnd als Kult-, Szene- oder Bürgerschreck-Autor gehypet. Das ändert nichts daran, dass sich der 1965 geborene Staffel mit seiner ganz eigenen Erzählsprache Respekt verdient hat. Ambivalent, aber vor allem empfehlenswert ist sein neuer Roman Heimweh.

In Heimweh geht es wie in Terrordrom (seinem ersten Roman) um Fremdheit gegenüber sich und den Verhältnissen. Drei Ich-Erzähler berichten die Episoden einer Flucht. Der gemeinsame Banküberfall von Marvin und Tizian endet in einem kalkulierten Desaster. Marvin bekommt einen epileptischen Anfall und wird ins Krankenhaus geschafft, Tizian taucht unter. Als die Bullen ihm nichts nachweisen können, kommt Marvin wieder frei und macht sich mit dem Freund auf den Weg, irgendwo nach Südosten; eine Road-Story. Zwischen undurchsichtigen Waffenhändlern, UN-Blauhelmen und Drogen treffen die beiden auf Cem, den dritten im Bund, von Marvin geliebt, aber auf eine Art nicht zu fassen für ihn. Man landet in Istanbul, "die Muezzin singen", bleibt auf der Suche nacheinander und sich fremd. Alle drei werden von Wünschen getrieben, die sich nicht erfüllen. Sie sehnen sich nach Heimat, Liebe oder Tod, werden von Einsamkeit erschlagen, haben merkwürdige Macken: Sie ertragen es nicht, berührt zu werden, bewegen sich am Rande des Wahnsinns, springen überdreht durch die Geschichte.

Dabei ist Staffels Sprache passagenweise aufs Extremste reduziert. Anstelle von Erläuterungen, wer spricht, fallen nur noch Namen, Stimmungen werden mit knappen Einschüben erzeugt, Höhepunkte der Handlung - eine Schlägerei, ein Banküberfall, ein Kuss - tauchen aus dem Nichts auf und verschwinden dort wieder. Für die klassische Vorstellung, dass LeserInnen auf bestimmte Ereignisse dramaturgisch vorbereitet werden müssen, hat Staffel nichts übrig. Man schlittert in Situationen hinein, die man nicht vollständig begreift, die über einen hinweg, manchmal auch einfach an einem vorbeirollen. Und genau das dürfte auch einer der Gründe sein, warum so viele KritikerInnen Staffels Bücher mit dem Regisseur Tarantino (Pulp Fiction) in Verbindung bringen. Er schreibt zwar unsystematischer als der US-Regisseur, die Erzählplots sind unklarer, aber tatsächlich gibt es Berührungspunkte. Auch bei Staffel besitzt Gewalt etwas Banales, wird die Geschwindigkeit unerwartet überdreht, sprechen die Akteure in verwirrten Monologen.

Das Schönste an Heimweh ist jedoch, dass es ein ehrliches Buch ist. Anders als in Terrordrom, wo man gelegentlich den Eindruck hatte, Staffel kokettiere mit dem Bild des gewalttätigen Outcasts (wobei man fairerweise hinzufügen muss, dass dieses Bild wesentlich auf die Bedürfnisse der bürgerlichen Feuilletons nach virtueller Authentizität zurückgeht), sind Hassausbrüche in Heimweh nicht das Entscheidende. Im Mittelpunkt stehen leise Töne: die Sehnsucht, die einen weitertreibt und immer wieder zurückwirft. Heimweh ist ein Beziehungsbuch, so komisch das klingt, über Freundschaft und Liebe von Menschen, die mit allergischen Reaktionen auf Berührungen antworten. Und außerdem auch noch gestalterisch ein echtes Juwel.

Thomas Simon vom Ostberliner Verlag Volk und Welt hat Staffel den Raum gelassen, Fotomotive für sein Buch auszuwählen. So steht vor jedem Kapitel das Bild eines im amerikanischen Mittelwesten herumsegelnden Ufos, skurril, und man weint eine kleine Träne, dass dieser schöne und wichtige Verlag jetzt mehr oder weniger abgewickelt wird. Dem Großteil der Belegschaft ist gekündigt worden, Luchterhand in München übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit.

Dass es Kleinverlage nicht leicht haben, dürfte inzwischen allen bekannt sein. Sogar große Häuser können heutzutage froh sein, wenn von ihren Titeln mehr als 1500 Exemplare verkauft werden. Vorbei die Zeiten, in denen man im Antiquariat in den Rotbuch-Impressen nachlesen kann: 8. Auflage 30.000, 35.000 Stück. Umso erstaunlicher ist es, wenn sich kleine Verlage an große Projekte herantrauen. Atlantik aus Bremen hat so etwas gemacht. Mit der Reihe Soul Fiction haben sich die VerlagsmacherInnen zum Ziel gesetzt, vergessene afroamerikanische Literatur aus den sechziger Jahren neu auszugraben. Dabei sind die Berührungspunkte mit dem Jazz fast zwangsläufig: Schwarze Überlieferung hatte in und nach der Sklaverei immer viel mit Musik zu

tun. So geht es bei Tanz auf rohen Eiern von Herbert Simmons um die Lebensgeschichte des Jazzmusikers Raymond Douglas, der in der Musikszene auf- und wieder absteigt, mit Drogen, Bullen und einer neu entstehenden Schwarzen-Bewegung zu tun hat. Das Buch zeichnet die ganze Biografie der Douglas' nach: ein rassistischer Überfall von Weißen, als die Mutter noch ein Kind war, die ewige Armut, das Scheitern des Vaters, dem es nicht gelingt, als Football-Spieler Karriere zu machen, die Probleme des Onkels, ebenfalls ein Musiker, die ersten Berührungen mit der Bügerrechtsbewegung bis hin zur Geburt des Free Jazz, der radikalen afroamerikanischen Artikulation gegen die Verhältnisse.

Der Roman vermittelt einiges über den historischen Rahmen, das Lebensgefühl der fünfziger und sechziger Jahre und die Eroberung öffentlicher Räume durch schwarze Musiker, die es viel schwerer hatten sich durchzusetzen, als es im Nachhinein - wo die gesamte moderne Musikgeschichte afroamerikanisch zu sein scheint - wirkt. Doch ähnlich wie im Porträt eines Ertrinkenden von Charles Perry, einem weiteren Roman aus der Reihe Soul Fiction (der Lebensgeschichte des weißen Gangsters Harald Odum), hat man bei Tanz auf rohen Eiern an vielen Stellen das Gefühl, dass die Geschichte nicht wirklich groovt.

Die Übersetzung eines "Milieu"-Buchs aus den Sechzigern ist mit Sicherheit keine einfache Angelegenheit. Es stellt sich immer wieder die Frage, auf welche Art von Straßen-Slang man zurückgreift, ob sich ein historischer Tonfall überhaupt rekonstruieren lässt. Die beiden Romane wirken an vielen Stellen einfach zu gestelzt. Ein Teil davon hat mit Sicherheit mit dem englischen Original zu tun. Probleme werden allzu detailliert in Dialogen herausgearbeitet, als ob man dem Leser alles erklären müsste, viele Darstellungen wirken redundant.

Dass ich Soul Fiction trotzdem für eine sympathische Reihe halte, hat mit dem subjektiven Blick der Bücher zu tun. Sie ermöglichen es einem, afroamerikanische Geschichte aus einem anderen Winkel zu betrachten, und zwar nicht in die sechziger Jahre zurückprojiziert, sondern aus ihnen heraus. Schon das hat etwas Reizvolles.

Raul Zelik

Tim Staffel: Heimweh, Verlag Volk und Welt, 264 Seiten, 32 DM; ders.,Terrordrom, Ullstein TB, 192 Seiten, 12 DM

Herbert Simmonds: Tanz auf rohen Eiern, Soul Fiction bei Atlantik,

226 Seiten, 24,80 DM

Charles Perry: Porträt eines Ertrinkenden, Soul Fiction bei Atlantik,

396 Seiten, 29,80 DM

40. Der Traum der Levante

Autor: Theo Bruns · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:17

Der im Libanon geborene und heute in Paris lebende Schriftsteller Amin Maalouf hat in einer klaren und durchsichtigen Prosa eine anrührende, wundervolle Liebesgeschichte geschrieben. Mit einer Behutsamkeit der Sprache, die der Zerbrechlichkeit seiner Personen Rechnung trägt. Und er hat einem Traum Gestalt verliehen, dem Traum der Levante von einer "sepiafarbenen Welt", in welcher die Menschen gleich welcher Herkunft einträchtig zusammenleben. Ein Traum von der einzig möglichen Zukunft, der einzigen, für die zu kämpfen sich lohnt.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag. Vier Tage des Wartens in Paris. Vier Tage, an denen Ossyan Ketabdar, Nachfahre eines entthronten osmanischen Herrschergeschlechts, einem jungen Mann, den er in der Metro getroffen hat, seine Lebensgeschichte erzählt. Eine Familiengeschichte, die zugleich ein Spiegel der Geschichte der Levante, der östlichen Küstenländer des Mittelmeers, im vergangenen Jahrhundert ist.

Ossyans Vater, Sohn einer osmanischen Prinzessin und eines persischen Arztes, wächst - erzogen von Hauslehrern der unterschiedlichsten Nationalitäten - im anatolischen Adana auf. Im Haus, einer "Heimstatt des freien Geistes", herrscht eine kosmopolitische Atmosphäre. Mit seinem besten Freund, dem Armenier Nubar, gründet er einen Fotografiezirkel. Als bei einem antiarmenischen Pogrom im Jahre 1909 auch das Haus seines Freundes verwüstet wird und beide nur knapp mit dem Leben davonkommen, ist das letzte Foto, das er macht, jenes des angreifenden Mobs. Als Nubar kurz darauf ins Exil geht und den Libanon als Zufluchtsstätte wählt, entschließt sich Ketabdar, ihn zu begleiten. "Wenn das Land für meinen besten Freund beengt ist, wie dann nicht auch für mich?", lautet seine Schlussfolgerung.

Fünf Jahre später heiratet er die Tochter seines älteren Freundes. Anlässlich der Hochzeit feiert der Gouverneur des Libanongebirges in einer Ansprache die wiedergefundene Brüderlichkeit zwischen den Gemeinwesen des osmanischen Reiches: "Türken, Armenier, Araber, Griechen und Juden, die fünf Finger der erhabenen Hand des Sultans". Eine Erhabenheit von kurzer Dauer, denn kurz darauf bricht der Krieg aus.

Die Welt, in der sein Vater fest verwurzelt war, geht im Massaker unter: "Jenes Zeitalter, da die Menschen verschiedenster Herkunft Seite an Seite in den Häfen der Levante lebten und ihre Sprache mischten: ist es eine Reminiszenz an früher? Eine Vorahnung der Zukunft? Jene, die an diesen Traum gebunden bleiben: sind das Nostalgiker oder Visionäre?" Als Ossyan kurz nach dem Krieg geboren wird, sieht der Vater für seinen Sohn nur eine Bestimmung: Revolutionär zu werden, um die verlorene Welt zurückzugewinnen.

Doch Ossyan will seinen eigenen Träumen folgen und Arzt werden. Als junger Mann begibt er sich nach Montpellier, um Medizin zu studieren. Dort wird er vom Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und dem deutschen Überfall auf Frankreich überrascht. Als er in einer Diskussion seiner Empörung über die antijüdischen Maßnahmen des Vichy-Regimes Ausdruck verleiht, kontaktiert ihn die Résistance, für die er fortan als Kurier und Fälscher von Ausweispapieren arbeitet. Als Decknamen wählt er Baku, eine Verballhornung des armenischen Abaka (Zukunft). Sein Rückblick ist eine kleine Hommage an die unspektakuläre Arbeit der vielen Namenlosen, an die "diskreten Aspekte des Widerstands", ohne die die heroischen Momente nicht möglich wären.

In Lyon lernt er auf der Flucht vor der Gestapo Clara Emden kennen, eine Grazer Jüdin, deren Familie deportiert wurde und die sich in Frankreich dem Widerstand angeschlossen hat. Sie führen ein langes intensives Gespräch während einer Nacht. Die Trennung am nächsten Morgen. Nur wenige Stunden des Zusammenseins. Doch sie wiegen viel in einer Zeit, in der "jeder Handgriff, jede Geste einen Sinn hatten".

Nach dem Krieg sieht sich Ossyan wider Willen als Held der Résistance gefeiert. Bei seiner Rückkehr nach Beirut wird ihm ein triumphaler Empfang bereitet, der Traum des Vaters scheint in Erfüllung zu gehen. Es kommt zum Wiedersehen mit Clara, die einen Onkel, der als Einziger der Familie den Holocaust überlebt hat, nach Haifa begleitet. Kaum erwacht, sieht sich ihre Liebe schon von den wachsenden Spannungen in der Region bedrängt. Um zu heiraten verabreden sie sich in Paris: am 20. Juni mittags am Quai de L'Horloge. Ihre Liebe sucht einen Ausweg angesichts des wachsenden Hasses zwischen Arabern und Juden. Sie ist Symbol

der Suche nach Verständigung. Aber wie viel Kraft hat ein Symbol und welche Chance eine Liebe wider die Zeit?

Im Mai 1948 bricht der erste israelisch-arabische Krieg aus, im Juli stirbt der Vater. Ossyan und Clara sind in Beirut und Haifa nur hundertfünfzig Straßenkilometer voneinander entfernt doch durch eine unüberwindbare Barriere getrennt. Ossyan bricht zusammen und versinkt in einer Nebelwelt. Immer tiefer. Für lange, lange Zeit. Erst achtundzwanzig Jahre später kommt es zu einem Wiedersehen mit ungewissem Ausgang: an einem 20. Juni mittags am Quai de L'Horloge.

Theo Bruns

Amin Maalouf: Die Häfen der Levante, Frankfurt 1999 (suhrkamp taschenbuch), 254 S., 16,80 DM, 160 Gramm

41. Botschaften in totgesagten Wortschätzen. "Freundeskreis" mit Esperanto auf Tournee

Autor: DSe · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:18

Esperanto heißt die aktuelle CD vom Stuttgarter Freundeskreis. Das ganze läuft unter dem Titel von Hip-Hop. Nicht das ich davon irgendetwas verstehe. Genau genommen überraschte mich sogar, dass das, was ich hörte, tatsächlich zu diesem Genre zählen sollte. Aber das kam mir in diesem Fall sehr entgegen. Leg dein Ohr an die Schiene der Geschichte. Diesen Titel von der ersten CD empfahl mir jüngst ein Antifa-Genosse, als wir über ak, Rio Reiser und die Welt sprachen.

Bereits 1997 veröffentlichte der Freundeskreis die Quadratur des Kreises mit dem besagten Titel. Und für einen alten Kader-Linken mit überfülltem Terminkalender war das schon klasse überraschend. Mit dem Putsch in Chile beginnt Max "Maximilian" Herre seinen Raper-Ausflug in die Geschichte, vom CIA über Kambodscha, von Intifada, dem ersten Balkan-Krieg, Tschernobyl und bis Tracy Chapman schlägt der Freundeskreis den Bogen zum eigenen Leben (Geburt, Kinderjahre), zum eigenen Umfeld (antifa).

Doch Vorsicht. Mit dem Titel Polit-Band, jedenfalls innerhalb der Kategorien, die unsereins üblicherweise anlegen würde, hat diese Band eigentlich nichts zu tun. Im Zentrum der Musik und des Schaffens stehen ihre eigenen, sehr persönlichen Erfahrungen, ihr Verhältnis zur Gegenwart, zu Menschen, Freunden. Immer wieder reflektiert der Freundeskreis seine eigene Entwicklung, seinen Standort als Gruppe von Musikern, die es mit A.N.N.A. (Immer wenn es regnet) zu echten Hitparaden-Gassenhauern gebracht hat und sicher auch in Zukunft da noch einige Mal anzutreffen sein werden.

Esperanto als Synonym für Hip-Hop

Die steile Karriere läuft unter dem Dach des Labels Fourmusic, das wiederum zu Sony gehört. Auch damit setzten sie sich vernehmlich auseinander: "auch plattenfirmen sind multinationale monopole, musik ist nur ne ware, sie akkumuliern kohle, auch wir sind teil jener gesellschaft mit begrenzter haftung, kein Mensch ist mehr wert als sein mehrwert, ham wir nur noch vor profit achtung" heißt es in dem Track Sternstunde / Die Revolution der Bärte. Andererseits aber bietet die Firma auch die Möglichkeit, die eigenen Projekte durchzuziehen. Solche und viele andere Reflexionen machen die ganze Sache des Freundeskreis interessant. Das hat viel mit einer Offenheit zu tun, damit, sich und das Umfeld transparent zu machen. Ebenso geht die Band auch damit um, wenn es um ihre Interessen und die der Plattenfirma geht. In verschiedenen Interviews mit dem Freundeskreis wird ganz offen berichtet, welche Single die Firma will und welche die Band bringen will. So balanciert die Band zwischen den kommerziellen Anforderungen ihrer Firma und den eigenen Projekten.

Freundeskreis vermeidet alles, was mit schwarz-weiß Bildern zu tun hat und praktiziert differenziertes Nachdenken. Sie rufen nicht auf zur Revolution, aber fordern, den eigenen Kopf zu benutzen, die eigene Meinung zu sagen und Verantwortung für die Dinge um sich herum zu übernehmen. Die Art und Weise dies zu tun bringt ihnen wohl hin und wieder auch die Kritik ein, mit erhobenem Zeigefinger zu predigen. Doch angesichts höchst interessanter Texte und einer unglaublich harmonischen Musik spielt das eher eine untergeordnete Rolle.

Die aktuelle CD Esperanto hat ihren Titel von der in den 20er Jahren entstandenen Sprache: "Die Idee von Esperanto war, dass die Leute ihre kulturelle Eigenständigkeit behalten, und jeder diese Sprache lernen muss. Es hat also nicht jemand von vornherein bessere Voraussetzungen, weil es zufällig seine Muttersprache ist," erklärt Max in einem Interview. "Für uns ist Esperanto einfach das Synonym für Hip Hop. Wir haben eine afroamerikanische Kultur adaptiert und haben was eigenes draus gemacht. Musik generell ist ja schon ein Weltsprachending, und der Lingo, den wir benutzen, ist ja auch nicht mehr nur deutsch. Dadurch, dass Hip-Hop ursprünglich amerikanisch ist, werden viele Worte übernommen. Ganz Deutschland ist auch ein Einwanderungsland, und Stuttgart ist eine Einwanderungsstadt, und so wächst man natürlich mit Leuten aus den unterschiedlichsten Kulturen auf. Alles sind Deutsche, haben aber andere Roots. Bei uns wars so, dass da tausend Jugos, Türken, Griechen waren, und wir in der vierten Klasse auf vier Sprachen perfekt fluchen konnten." Passenderweise werden die HörerInnen der CD dann auch in Esperanto begrüßt.

Wenn auch nur am Rande bemerkenswert, aber verkneifen kann man es sich ja nicht: Auch ein Udo Lindenberg beteiligt sich ganz gern am Freundeskreis. Der Titel Nebelschwadenbilder (siehe nebenstehenden Text), in dem es um die Vision eines friedlichen Landes geht, ist Lindenberg an Text und Musik beteiligt und singt sogar. Sicher ist auch: Freundeskreis ist eine Einladung an den Kopf und an die Ohren.

DSe

Tourneedaten:

15.07.2000 Stuttgart, Hip-Hop Open; 16.07.2000 CH - Bern, Gurtenfestival; 21.07.2000 Saarbrücken, Com.Pop; 22.07.2000 Chemnitz, Splash Festival; 05.08.2000 Potsdam, Waschhaus;

06.08.2000 Hamburg, Stadtpark;

19.08.2000 Erfurt, Highfield Festival

Nebelschwadenbilder

FK: stell dir vor es gibt kein asyl weil kein grund zu fliehn

du siehst cnn und sie berichten mumias free

hast kein stress mit den bullen weil du dein buddah liebst

und in yugo ist schluß mit dem bürgerkrieg

stell dir vor du kannst deutsch und trotzdem türke sein

die gleichstellung der fraun gibts in wirklichkeit

die bahn fährt immer und umsomst brauchst kein führerschein

hastn job der dich erfüllt und noch genügend zeit

stell dir vor akws wären lahmgelegt

bist an der adria siehst fische wenn du baden gehst

die alten herrn im bundestag wären abgesägt

die menschen verbrüdern sich und esperanto lebt

stell dir vor der papst wird schwanger und treibt ab

du gibst ein interview und sie schreiben was du sagst

du sagst den leuten was du denkst sie sind nicht eingeschnappt

bayern steigt ab und kickers holt die meisterschaft

stell dir vor im plattenbiz gings nicht um profit

in den charts ist wenig plastik dafür viel musik

nur der coolste rapsound beschallt die republik

kids kaufen alben auf vinyl statt auf compact disc

manchmal dreh ich mirn spliff und fang an zu träum

nehm mirn stift und papier und schreibn rhyme

ich sitz am fenster daheim mal mir die schönsten szenerien

und der wind bringt mir diese melodie - sing sie für mich udo

Udo: - seltsame szenen - nebelschwadenbilder

noch nie dagewesene situationen

42. Der Imageschaden beginnt zu wirken. Erfolgreiche Proteste bei der Lufthansa-Jahreshauptversammlung

Autor: kmii · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak440/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:25

Dass die Aktionärsversammlung der Lufthansa am 16. Juni in Berlin überschattet sein würde von Protesten, war absehbar, ist doch die Fluggesellschaft seit Anfang März mit einer Kampagne konfrontiert, die erbittert gegen Abschiebungen auf Linienflügen kämpft. Dass das jährliche Aktionärstreffen aber in turbulenten Szenen gipfeln und einem kleinlauten Eingeständnis des Vorstandsvorsitzenden enden würde, dürfen die Abschiebungsgegner getrost als großen Erfolg verbuchen.

Schon als der Aufsichtsratsvorsitzende vor angeblich 4.500 Aktionären die Hauptversammlung eröffnete, kam er nicht umhin, die Proteste der Abschiebungsgegner ein erstes Mal zu würdigen. Er kündigte an, die Versammlungsleitung werde es nicht dulden, wenn die Aktionärsversammlung zu einem Forum für Asylpolitik umfunktioniert werde. Kaum hatte er den Satz beendet, da sprangen auch schon die ersten Abschiebungsgegner im Saal auf und breiteten vor dem Podium mehrere Transparente aus. Ein Spruchband erinnerte an Aamir Ageeb und Kola Bankole, die beide bei Abschiebungen an Bord von Lufthansa Maschinen umgebracht wurden. Handgreifliche Auseinandersetzungen im Blitzlichtgewitter der zahlreichen Fotografen war garantiert nicht das, was die Lufthansa AG sich erträumt hatte für ihre jährliche Hauptversammlung - das drei Millionen Mark teure "Schaufenster des Konzerns", wie es ein Mitarbeiter am Rande der Konferenz so treffend ausgedrückt hatte.

Auch Vorstandsvorsitzender Weber wurde in seinem etwa einstündigen Geschäftsbericht mehrfach mit Spruchbändern, Sprechchören und Zwischenrufen aus dem Konzept gebracht. Die eilig einschreitenden privaten Sicherheitskräfte brauchten jeweils mehrere Minuten, um Weber wieder die Aufmerksamkeit der versammelten (Re-) Aktionäre zu verschaffen: Wütende Rentner in grauen Blousons und alter Berliner Frontstadtmentalität versäumten keine Gelegenheit, ihrem Konzern einen Bärendienst zu erweisen und sich mit den besonnen und entschlossen auftretenden Demonstranten zu rangeln, die sich für ihren großen Auftritt fein herausgeputzt hatten.

Nervöse (Re-) Aktionäre

Am Ende seines Geschäftsberichts ging Weber nochmals auf die seit drei Monaten andauernde Kampagne gegen die "deportation.class" ein. Lufthansa sei Opfer ungerechtfertigter Angriffe, weil das Unternehmen mittlerweile keine Schüblinge "gegen deren erklärten Widerstand" transportiere. Außerdem gälte es die gesetzlich vorgeschriebene Beförderungspflicht einzuhalten. Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Aktivisten von kein mensch ist illegal darauf hingewiesen, dass solche Erklärungen das Papier nicht wert seien, auf dem sie geschrieben stünden. Sie fordern den unwiderruflichen Ausstieg aus dem Abschiebungsgeschäft. Die Lufthansa sei mitverantwortlich für die zwangsweise Verschleppung von 10.000 bis 20.000 Menschen pro Jahr.

Die Münchner Rechtsanwältin Gisela Seidler hielt Weber in der anschließenden Diskussion des Geschäftsberichtes entgegen, die vermeintlichen Beförderungspflicht sei auf Betreiben der Lufthansa schließlich auch für tropische Ziervögel aufgehoben worden. Seidler wollte von Weber einige präzise Fragen beantwortet wissen: Was etwa dran sei an den unbestätigten Informationen, die Lufthansa verhandele hinter verschlossenen Türen längst mit dem Innenministerium über einen Ausstieg aus der "deportation.class".

Einen Schritt weiter ging der Konstanzer Internet-Forscher Reinhold Grether. Grether war einer der Feldherren im "Toywar", als es einer Massenbewegung von Internet-Aktivisten gelang, einen der größten Internet-Händler in die Knie zu zwingen. Grether rechnete der Unternehmensleitung vor, welchen immensen Schaden ein Konzern nehmen könne, wenn er Zielscheibe einer intelligent organisierten Kampagne werde. Virtuelle Protestformen, die sich darauf beschränken, das Image der jeweiligen Marke zu verschmutzen, können auch Umsatzriesen wie die Lufthansa in ernste Gefahr bringen.

Erste Erfolge, aber noch nicht am Ziel

Den Aktionären, die sich vor ein paar Stunden noch über 1,10 DM Dividende pro Aktie angesichts eines lustlos vor sich hindümpelnden Kurses freuen konnten, war der Schreck in die Glieder gefahren. Die Versammlungsleitung verlor völlig die Fassung, als ein paar Minuten später ein weiterer Vertreter der Kampagne "kein mensch ist illegal" ans Rednerpult trat. Dieser konnte gerade einmal zwei Sätze sprechen, doch sobald er den Namen des vor fast genau einem Jahr getöteten Lufthansa-Schüblings Aamir Ageeb aussprach, verbot ihm der Aufsichtsratsvorsitzende reichlich ungehobelt und ungehalten das Wort. Ein ohrenbetäubendes Gejaule brach in der Aktionärsmenge aus. Die Sicherheitskräfte stürzten sich auf den Aktivisten und schleppten ihn aus dem Saal.

Spätestens jetzt gab es eigentlich nur noch ein Thema auf dieser Hauptversammlung: Abschiebungen auf Lufthansa-Linienflügen. In den Gängen, auf den Toiletten, in den Warteschlangen vor den Ständen, an denen sich die Aktionäre ihre Naturalien-Dividende abholen konnten - die "deportation.class" war Gegenstand aller Gespräche und heftiger Auseinandersetzungen.

War es bloße Schadensbegrenzung oder bereits eine geschickt eingeleitete Rückzugsstrategie, wenn Vorstandschef Weber am Ende der Veranstaltung erstmals klipp und klar eingestand: "Wir werden mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Beförderungspflicht verhandeln." Die Aktivisten von kein mensch ist illegal und der Dachverband der Kritischen Aktionäre, die die Proteste auf der Hauptversammlung organisiert hatten, fühlen sich durch diese Aussage jedenfalls weiter bestätigt.

"Um der Lufthansa AG bei ihren sicherlich schwierigen Verhandlungen mit dem Innen- und Verkehrsministerium nachhaltige Unterstützung und entsprechende Rückendeckung zu geben, werden wir unsere Beziehungen zu dem Konzern durch weitere Auftritte und Besuche bei Lufthansa festigen", hieß es auf einer tags darauf stattfindenden Pressekonferenz von kein mensch ist illegal. Geplant sind Aktionen am Lufthansa Pavillon auf der Expo und vor allem eine Intensivierung der Internet-Aktivitäten.

kmii

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak440/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:05

Friedenskonsolidierung auf Bougainville

Die Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (FKRE) an der Universität Hamburg und die ihr angegliederte Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) unterziehen sich nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt der mühseligen, aber verdienstvollen Arbeit, das weltweite Kriegsgeschehen zu beobachten, zu dokumentieren, darzustellen und zu analysieren (und bei letzterem - ungewöhnlich in unseren Zeiten - von einem marxistischen Ansatz auszugehen). Festgehalten werden die Arbeitsergebnisse u.a. in einer Serie von "Arbeitspapieren" und in einem Buch, das alljährlich alle Kriege und bewaffneten Konflikte in Kurzdarstellungen präsentiert. ("Das Kriegsgeschehen 1999" erscheint in diesen Tagen.) Im Jahr 1999 sind z.B. Arbeitspapiere zum "Krieg der kurdischen Arbeiterpartei in der Türkei" (1/99), zu "Staatsbildung und Staatszerfall in Albanien" (2/99), zum "Kampf um die Märsche in Nordirland" (4/99) und zu "Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten. Der Fall Bougainville" (3/99) erschienen. Das letztgenannte Heft thematisiert einen der Weltöffentlichkeit - nicht aber den ak-LeserInnen - weitgehend unbekannten Konflikt. Auf der Südseeinsel Bougainville tobte bis 1998 ein zehnjähriger Krieg zwischen den Streitkräften der Zentralregierung Papua-Neuguineas und der sezessionistischen "Bougainville Revolutionary Army". Seither herrscht dort Waffenstillstand, und man bemüht sich um eine friedliche Lösung des Konflikts. Der Autor des Arbeitspapiers beleuchtet die verschiedenen Dimensionen dieser Bemühungen. Das heißt, er geht nicht allein auf die politische Dimension ein, in der es um Autonomie und Sezession sowie um ein Referendum über die politische Zukunft der Insel geht, sondern auch auf Schwierigkeiten des Wiederaufbaus und der Versöhnung an der gesellschaftlichen Basis, in dem vom Krieg zerstörten Dörfern und bei den kriegstraumatisierten Menschen. Deutlich wird, dass Regelungen auf der politischen Ebene allein nicht ausreichen, um in Nachkriegsgesellschaften Frieden zu konsolidieren. Dazu bedarf es zudem u.a. der gesellschaftlichen Reintegration von jugendlichen Ex-Kombattanten, denen eine Lebensperspektive jenseits des "Kriegshandwerks" geboten werden muss. Und dazu bedarf es traditionaler Versöhnungsrituale, die eine - für westlich-abendländisch aufgeklärte Gemüter oft schwer verstehbare - spirituelle Dimension von großer Bedeutung haben. Auch wenn die Erkenntnisse aus dem "Fall Bougainville" sicher nicht beliebig in andere Weltregionen übertragbar sind, so liefern sie doch wichtige Hinweise für Probleme und Möglichkeiten von Friedenskonsolidierung und Krisenprävention.

Volker Böge: Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten. Der Fall Bougainville (Arbeitspapier Nr 3/99 der FKRE), 65 Seiten. Kostenlos (wie alle Arbeitspapiere; Spende willkommen) zu beziehen bei: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg. Allende-Platz 1, 20146 Hamburg

Alte und neue "Burschenherrlichkeit"

Männer aus studentischen Verbindungen pflegen auch heute noch ihre elitären Seilschaften in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Neben der Männlichkeits- und Elitenerziehung ist die revisionistische bis neonazistische Ausrichtung Kennzeichen der deutschen Verbindungen. Der Sammelband "... und er muss deutsch sein..." zeigt die historischen und aktuellen Verflechtungen der Hamburger Verbindungen mit der extremen Rechten. Die AutorInnen Ines Meyer, Lasse Koch und Robert Kocher haben Spezialliteratur und Quellen des Hamburger Staatsarchivs ausgewertet und zeichnen eine Kontinuitätslinie des völkischen Organisationsspektrums, die von der Gründung der Hamburger Universität Anfang des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart reicht: Die Entwicklung Hamburger Burschenschaften in der Weimarer Republik, während des Nationalsozialismus und der Nachkriegsrestauration wird erstmals ausführlich dargestellt. Trotz einiger Abgrenzungsmanöver der Verbindungen gegenüber der NSDAP schöpften beide aus einem gemeinsamen Ideologiehaushalt. Die Faschisierung der Hamburger Studentenschaft vollzog sich spätestens 1931, als der Nationalsozialistische Studentenbund (NSDStB) den Asta-Vorsitz übernommen hatte; im Hochschulpolitischen Ausschuss arbeiteten NSDStB und Korporierte zusammen. Ebenfalls 1931 wurde ein jüdischer Student im Studentenhaus zunächst beleidigt, dann geschlagen und anschließend von der Universitätsverwaltung disziplinarisch bestraft, als er sich beim Rektor beschweren wollte. Obwohl die Alliierten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus Altherrenverbände und Verbindungen zunächst verboten hatten, war Ende 1951 bereits jeder dritte in einem Studentenverband aktive Studierende auch Korporierter. Nachdem die Verbindungen im Zuge der 68er Bewegung einige Zeit zum Stillhalten gezwungen waren, kandidieren sie

heute mit eigenen Listen und stellen immer dreister ihre undemokratischen Forderungen. Felix Krebs beschreibt detailliert die rechtsextremen Umtriebe der Hamburger Burschenschaft Germania, der Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock und einiger anderer Burschenschaften. Wie bereits der Titel ankündigt, konzentriert sich das Buch auf die Hamburger Verbindungen und die Alten Herren in der hanseatischen High Society. Der Sammelband ist aber nicht nur eine fundierte Lokalstudie, sondern gibt auch einen Überblick über die Dachverbände der Verbindungen und die studentischen Bräuche vom 14. bis zum 20. Jahrhundert. Diana Auth und Alexandra Kurth blicken ebenfalls über den Hamburger Tellerrand: Sie betonen in ihrem Artikel "Ein Männerbund bleibt ein Männerbund bleibt ein Männerbund", dass die Verbindungsprinzipien Freundschaft und (Lebens-)Bund sowie Waffenstudententum und Exklusivitätsanspruch autoritäre und frauenfeindliche Elemente enthalten, die in den Verbindungen reproduziert werden.

Anke Beyer / Johann Knigge / Lasse Koch / Robert Kocher / Felix Krebs / Ines Meyer u.a.: "... und er muss deutsch sein..." Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg; VSA-Verlag, Hamburg 2000, 227 Seiten, 34,80 DM

Frauen und Macht

Die öffentliche Diskussion über die Emanzipation der Frau ist auf die "Frauenquote" in Partei- und Regierungsämtern eingeschrumpft, auch werden bei (seltener) Gelegenheit Frauen vorgezeigt, die als Unternehmerinnen und Vorstandsmitglieder "nach oben" gekommen sind. Monika Domke findet das katastrophal und versucht einen theoretischen Neuanfang. Sie geht die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft durch und weist nach, "dass seit dem 18. Jahrhundert im Zuge der europäischen Aufklärung die Bestimmung einer besonderen ‚weiblichen Natur` mit Mutterinstinkt und Häuslichkeit als Präzedenzfall für die ‚natürliche` Hierarchisierung von Gesellschaften wirkt" und damit soziale und politische Ungleichheit rechtfertigt. Die Autorin zeichnet den ideologischen und den sozialen Weg der modernen Kleinfamilie nach: vom bürgerlichen Hort der Tugend über das proletarische Heim des Klassenkampfes bis zur Restfamilie der Neuen Mitte. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - nicht alle Männer werden Brüder, Frauen schon gar nicht" ist das Kapitel über die französische Revolution überschrieben; "Arbeiterin und Mutti" heißt das Kapitel über die Frau in der DDR. Domke stellt heute die "anti-aufklärerische Verherrlichung der Mütterlichkeit durch Teile der Frauenbewegung" ebenso an den Pranger wie die Fortführung der "konservativen" Familienpolitik durch Rot-Grün: So erscheint ihr die Ausweitung der Teilzeitarbeit vor allem für Frauen "konsequent und rot-grün auf der Höhe der Zeit". Domke geißelt auch die bis heute fortbestehende "Ignoranz der Marxisten". Sie haben zwar die Geschlechterfrage pflichtgemäß entdeckt, aber sie begreifen Geschlecht "nicht als Strukturkategorie, sondern nur als identitätsbildend". Trotz gut gemeinter Ankündigungen komme die Theoriebildung hier nicht voran. Der weitgehende Ausschluss der Frauen von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht ist nach Domke rein ökonomisch oder aus Kapitalinteressen nicht erklärbar. Das lasse sich auch in den untergegangenen realsozialistischen Ländern sehen, die den Frauen berufliche Tätigkeit ermöglichten, aber die geschlechtliche Arbeitsteilung und die familiäre (Zusatz-)Belastung nicht aufhoben. Domke entdeckt überraschende Gemeinsamkeiten zwischen bestimmten Marxisten und Feministinnen: Frauen sind für beide vor allem Opfer, sei es der wenigen Kapitalisten, sei es der vielen Männer. Dabei gerät das Ziel der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung aller Menschen aus dem Blick. Die Perspektive liegt gleichermaßen "jenseits von Muttiwesen und Männlichkeitswahn". Hierzu sei die "Abkehr von der herrschenden Leistungsideologie erforderlich, dazu gehört die Aufhebung der Trennung von ‚produktiver` Berufs- und ‚unproduktiver` Hausarbeit". Der Weg dahin ist offensichtlich noch mühsamer als bisher vermutet.

Monika Domke: Leistung und Idylle. Frauen zwischen Markt- und Hauswirtschaft; Papyrossa Verlag, Köln 1999; 214 Seiten, 28 DM

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak440/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:28

Sommerpause all überall. Überall? Nein. In Hannover ist mensch nicht nur mit dem ganzen Blödsinn der EXPO gestraft, schlimmer noch, die Linke darf sich keine wohlverdiente Sommerpause gönnen. In einer Kooperation des Arbeitskreis Regionalgeschichte aus Neustadt a/Rbge, Radio Flora, der Geschichtswerkstatt Hannover und des Bildungswerks der DAG Hannover wurde eine Veranstaltungsreihe zusammengestellt bei der sich die Internationale der Ungenannten zu Wort meldet, um ihre Nachrichten aus einer anderen Welt zu senden ...

Krimi-Lese-Nacht

64 Jahre ist es nun her, dass Teile des Militärs in Spanien gegen die Republik putschten. Die deutsche Legion Condor bombardierte während dieses Krieges neben zahlreichen spanischen Städten auch Gernika. Um die Bombardierung Gernikas, die Folgen des Krieges und des deutschen Eingreifens, um verdrängte Familiengeschichten und einen mysteriösen Tod bei Wunstorf geht es in dieser Krimi-Lese-Nacht von Heidi Dettinger.

Hannover, 19.7. um 20 Uhr im Café International, Ottenstr. 1

Basisarbeit in der Blumenproduktion

Viele der Blumen, die auf den deutschen Märkten angeboten werden, stammen aus Kolumbien. Über die Arbeitsbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Frauen und den Entwicklungen auf dem Blumensektor berichten Margarita und Lina Arregocés. In einem Video wird der Organisationsprozess der BlumenarbeiterInnengewerkschaft gezeigt. Ein lebensgefährliches Unterfangen. In den letzten 12 Jahren wurden mehr als 2.500 GewerkschafterInnen ermordet.

Hannover, 20.7. um 19.30 Uhr im

Pavillon/Sonnengarten,

Andreas-Hermes-Platz

Fujimori ohne Ende?

Wieder einmal hat es Fujimori geschafft, Präsident in Peru zu werden. Die harte Hand des Regenten werden insbesondere die politischen Gefangenen zu spüren bekommen. Isaac und Ada Velasco, Europavertreter/in der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) werden über die Situation der politischen Gefangenen und die allgemeine Lage in Peru berichten.

Hannover, 28.7. um 20 Uhr im UJZ Kornstr., Kornstr. 28-30

Tag der Gewerkschaften

Man kann sich nur wünschen, dass die positive Bezugnahme der Gewerkschaften auf die EXPO auf dieser Veranstaltung heftigst thematisiert wird. Wenn überhaupt, dann höchstens halbherzig wurden die Auswirkungen der EXPO auf und in der Arbeitswelt aufgegriffen. Es sei nur das Stichwort der Ladenöffnungszeiten genannt. Oliver Lindner (Betriebsrat bei der Zeitarbeitsfirma Adecco) und andere werden über ihre Erfahrungen von der unheilen EXPOwelt berichten.

Hannover, 31.8. um 20 Uhr im Pavillon, Lister Meile 4

Ganzheitlich Sorgenlos

Zu den Themen Wissenschaft und Irrationalismus, Esoterik und rechtes Denken, Walser-Debatte und neuer Antisemitismus, Standort-un-logik referiert und diskutiert folgender illustrer Referentenkreis in der Uni in München: Heiner Fink, Colin Goldner, Peter Kratz, Peter Bierl, Natan Sznaider, Thomas Ebermann.

München, 15./16. Juli, Uni München, Infos unter 089/2180 20 72 oder über AStA Uni München, AK Irrationalismus, Leopoldstr. 15, 80802 München

Ausstellungsprojekt

Noch bis zum 16.7. ist im Rathaus Berlin-Kreuzberg die Ausstellung "betrifft: Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn" zu sehen. Moishe Postone wird einen Tag nach Ausstellungsende im Rahmen des Begleitprogramms über "Antisemitismus und Nationalsozialismus" referieren.

Berlin, 17. Juli um 19.30 Uhr, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6

Atomausstieg globalisieren

Wem die südländische Sonne schnurz ist und wer trotzdem nicht ohne Strahlen auskommen kann, dem sei die deutsch-schwedische Anti-Atom-Fahrradtour ans Herz gelegt. Einigen AKWs wird die Ehre erwiesen: Barsebäck, Krümmel, Stade, Brokdorf, Brunsbüttel. Orte, die eindeutig ihren antiatomaren touristischen Reiz haben.

Barsebäck-Brunsbüttel, 5.-12. August; Infos bei BARSEBÄCKOFFENSIV, Allmendeweg 43, 13509 Berlin, 030/43 40 95 98, kontakt@barseback.de, www.barseback.de

Steppende Barsche

Von AtomkraftgegnerInnen aus Lüneburg geht die Initiative zu einer Fahrt auf der Elbe aus. Von Gorleben bis nach Geesthacht (AKW Krümmel) geht es elbabwärts (oder ist es doch elbaufwärts?) auf einem 5 mal 10 Meter großen Floß. Wir wünschen mindestens gutes Wetter und immer ein Handbreit Wasser unterm Kiel, oder war das die andere Abteilung.

Elbe, 10.-20. August; Infos unter 04131/48599

Politische Verfolgung in der BRD

Die unterschiedlichen Facetten politischer Verfolgung gegen oppositionelle Kräfte werden auf einem Seminar der JungdemokratInnen-Junge Linke aus Sachsen-Anhalt angesprochen. Dabei wird es um die ganze Bandbreite staatlicher Repression gehen. Die Kommunistenverfolgung in den 50ern, der "Radikalenerlass" der Brandt-Regierung, der § 129a, aber auch die Einschüchterungsversuche gegen Menschen aus den sozialen Bewegungen und die Einschränkung von Grundrechten an Schulen und Universitäten werden thematisiert.

Seminar vom 8.-10. September

Informationen und Anmeldung bei: JdJL Sachsen-Anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, 39108 Magdeburg,

lsa@jungdemokratinnen.de, http://www.jungdemokratinnen.de/

sachsen-anhalt

BUKO 23

Der diesjährige Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Kooperation mit "express" und "Widersprüche" stellt die WTO und die sozialen Bewegungen im globalen Kapitalismus in den Mittelpunkt der dreitägigen Konferenz. Die WTO wird als "Manifestation globaler Herrschaftsverhältnisse" interpretiert und wird als Aufhänger betrachtet, "von dem ausgehend unterschiedliche Formen und Dimensionen von Herrschaft diskutiert werden können."

Berlin, 6.-8. Oktober, Infos bei BUKO Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040/39 31 56,

bukohh@t-online.de,

www.von-unten.org oder www.epo.de/buko/

45. "Tötet sie alle ..."

Die Meute ist los

CD-Datei: daten/aksuche/ak440/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:39

... verlangt die BILD. Die Volksseele kocht. Auf kaum noch zu überbietende Weise blasen Politik, Medien und Bürger zum Angriff. Bis weit in die Linke hinein sorgt der gemeine Kampfhund für heftige und emotionale Debatten. Dabei finden auch viele Linke Gefallen an der Forderung, den gesamten Bestand der in der Bundesrepublik lebenden Kampfhunde am besten vollständig und gründlich auszurotten. Hier ließe sich vermutlich ohne große Mühe ein gesamtgesellschaftlicher Konsens stricken, in den auch viele Linke aus tiefstem Herzen und befreit von animalischen Angstzuständen einstimmen könnten. Und nicht nur das gemeine Volk ist sich sicher: Sag mir, welchen Hund du hast, und ich sage dir, wer du bist. Wer einen Kampfhund besitzt, ist in jedem Fall verdächtig, aus dem Rotlicht-Milieu zu stammen, lebt garantiert in einem Stadtteil, der als sozialer Brennpunkt angesehen wird, verdient schlecht und braucht den Kampfhund, um sich darüber mit Potenz und Macht auszustatten. Und da es sich ja nur um Hunde, also Tiere (besser Bestien) handelt, fällt der Ruf nach einer massenhaften Tötungsaktion nicht schwer. In der Angst vor dem Kampfhund gibt es keine Parteien mehr, sondern nur noch ein Volk!

Keine Frage: Angesichts der grauenhaften Unfälle gibt es einen Handlungsbedarf. Und richtig ist auch, dass - rastet ein so genannter Kampfhund erst mal aus - die Verletzungen häufig um einiges schlimmer sind, als würde der in der Beißstatistik weit vorne liegende Schäferhund zuschlagen. Zuchtkontrollen, Hunde-Führerscheine, Maulkörbe, Leinenzwang ... Darüber muss geredet werden. Doch man muss auch fragen, woher diese Panik kommt. Die Dimensionen geraten völlig aus dem Rahmen. Tote Kinder bei Verkehrsunfällen werden als unvermeidlich abgebucht, da geht der Bürger kaum noch auf die Barrikaden. Wie wäre es, wenn man mal die Beteiligung bestimmter Automarken an schweren bis tödlichen Unfällen genauer betrachtet? Wie wäre es, wenn für diese Automarken ein totales Herstellungsverbot verhängt wird? Das kann man so nicht vergleichen? Warum nicht?

Mindestens Unbehagen tritt ein, wenn man die Stigmatisierungen vom Kampfhund und der sozialpsychologischen Struktur der Herrchen und Frauchen hört.

Über die Ursachen, warum bestimmte Hunderassen von einigen Leuten als Potenzsymbol benutzt werden, auch darüber muss geredet werden. Aufklärung war schon immer Sache der Linken. Was ist los, wenn Menschen bestimmte Hundearten als Waffe benutzen? Was muss sozialpolitisch geschehen? Und auch, wie Menschen in (Groß-)Städten mit Haustieren leben können, gehört zu diesen Fragen. Im Ernst, ich kann Hunde nicht ausstehen. Aber es fällt auch dem Hundehasser auf, dass es in den Städten zu wenig Auslaufflächen gibt, - nicht nur für Hunde.

* * *

Aber vielleicht sorgt sich der Redakteur auch nur darum, dass es dieser Zeitung ebenso ergehen könnte wie den Kampfhunden. Zwar nicht verboten, aber kurz vor der Ausrottung. Allerdings helfen Maulkörbe und Leinen bei uns nicht viel weiter, um das Überleben sicherzustellen. Bei uns heißt das Mittel A.B.O.N.N.E.M.E.N.T. Und zwar nicht nur eins, sondern am besten gleich ganz viele. Dumm nur, dass sich hier niemand Gedanken darüber macht, mit gesetzlichen Vorschriften die Lage zu verbessern. So bleibt ein nicht unwesentlicher Teil der Verantwortung für den weiteren Bestand einer arg bedrohten linken Kampf-Zeitung auch in Zukunft bei Euch. Ein Abonnement von ak-analyse&kritik ist im vergleich zu der Anschaffung eines Hundes und den dafür fälligen Steuern nämlich extrem günstig. Mit nur 60 DM für diejenigen, die über nicht so viel Geld verfügen, und 90 DM für alle anderen gibt es jährlich 432 Seiten auf 12 Ausgaben verteilt. Außerdem erhaltet ihr für ein Jahresabo auch noch richtiges Computer-Futter. Kostenlos rücken wir für jedes Abo nämlich auch noch die ak.Archiv-CD-Rom raus, auf der ihr mit fast 4.000 Artikeln die ak-Jahrgänge von 1993 bis einschließlich Oktober 1999 findet. Ohne Abo kostet diese CD 69 DM. Kostenlos gibt es diese CD übrigens auch, wenn ihr ein ak-Abo vermittelt. Und diejenigen, die sich nicht ganz sicher sind, können mit dem Schnupper-Abo einsteigen. Für nur 10 DM erhaltet ihr dann drei ak-Ausgaben. Wenn ihr das nicht verlängern wollt, braucht ihr uns nach Erhalt der zweiten Ausgabe nur eine Mitteilung zuzusenden, dass aus dem Schnupper-Abo kein

Jahresabo werden soll. Aber bedenkt: Unser Bürodienst bekommt bei derartigen Nachrichten extrem schlechte Laune und ihr wollt uns doch wohl nicht den sowieso schon verregneten Sommer weiter vermiesen? Na also!

DSe

ak-redaktion, Rombergstr. 10,

20255 Hamburg, Tel: 040-40170174, Fax: 040-40170175,

Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

46. Quelldatei 44.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak440/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:44

LeserInnenbriefe

Wer macht da Stellvertreterpolitik?

Betr.: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!", ak 438

Der mit mb. gezeichnete Artikel endet mit einer unglaublich paranoiden und unverschämten Äußerung über Verantwortung. Gemeint sind Menschen, die Fotos mit Parolen in Knäste schickten, die von mb. (und sicher auch anderen) als verantwortungslos bezeichnet werden.

Was glaubt mb., was die BAW mit Parolen wie: "Freiheit für die Gefangenen" und "Die RZ lebt" beweisen kann? Vor allem denen, die weder sprühten noch fotografierten? Aus welcher materialistischen Analyse zieht mb. die Tatsache, dass das juristische Beweismittel für Anschläge und "Mitgliedschaften" sind? Oder Untermauerung des Kronzeugen Tarek bzw. seiner Aussagen.

Wo sind die Beweise, dass in vergangenen konstruierten Anklagen im Zusammenhang mit Guerilla und Widerstand Urteile gefällt wurden, in denen in Knäste geschickte Fotos, Zeitungen, Briefe oder Flugblätter als Beweismittel dienten. Plakate zu Hungerstreiks mit militanten Parolen und Aufrufe zur Solidarität mit der RAF, hat nicht zur Anklage geführt: der Mitgliedschaft in selbiger bei Gefangenen.

Es sollte seit 1970 eigentlich im Bewusstsein derer verankert sein, die zu Gefangenen Solidaritätsarbeit leisten, dass die Beschlagnahme solcher Dinge zur Abschreckung derer dienen, die da draußen arbeiten. Wenn also etwas verantwortungslos sein soll, dann eher sich selbst gegenüber.

Warum überlässt mb. die Kritik nicht den Gefangenen selbst? Der letzte Absatz stinkt nach Stellvertreterpolitik und hat mit Prozessvorbereitung und Solidarität mit den Gefangenen nichts zu tun. Aber alles mit Hetze, Diskriminierung und Entpolitisierung, wofür auch ein Beispiel die Diskussionen um Tarek und seinen Verrat stehen.

Die zum Beispiel schrecken doch einige ab, Solidaritätsarbeit mitzutragen, wo es darum geht RZ-Politik rauszuhalten und für Tarek Verständnis aufzubringen. Da läuft Solidarität auf anderen Ebenen und hat Verantwortung andere Inhalte.

Ausdrücklich wollte ich noch einmal meinen Dank denen aussprechen, die mir Fotos, Plakate und Flugblätter in der Zeit von 1971-1982 in den Knast schickten. Zu keiner Zeit hielt ich sie für verantwortungslos!

Mit Grüßen

Ilse Schwipper

K-Gruppen müssen zusammenhalten

Betr.: Tatort Katholikentag, ak 439

Liebe ak-Redaktion!

Gegen kritischen Atheismus ist ja nichts zu sagen ... Christenbashing ist schlicht unqualifiziert. Der Gleichklang "Kirche und Reaktion" stimmt einfach nicht, wie vielleicht die ak-RedakteurInnen wissen, die sich mit Kirchenasyl-Initiativen o.ä. beschäftigen. Also bitte etwas differenzieren. Denn auch als Christ lese ich ak seit Jahren mit Gewinn für die antirassistische Praxis.

Herzliche Grüße

P.M.

47. Strahlende Erfolge, Strahlende Zukunft

CD-Datei: daten/aksuche/ak440/titel2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:440:titel2

Das ist besser, als jede Satire. Der Atomwirtschaft wird per Konsens garantiert, dass sie ihre Atomkraftwerke noch für rund 20 Jahre weiter betreiben kann - und die Grünen samt Bundesregierung nennen das Atomausstieg. Fabelhaft. In den nächsten Jahren werden quer durch die Republik neue Atomanlagen entstehen - vermeintliche Zwischenlager für den hochradioaktiven Atommüll. Sind diese Lager erstmal gebaut, dann - so die Hoffnung - ist die Anti-AKW-Bewegung abgeschaltet, fehlen ihr dann doch die Castor-Transporte, an denen der Wahnsinn der Atomenergie immer wieder plakativ vorgeführt werden konnte.

Doch fast noch beeindruckender ist, wie die in den Kämpfen um Brokdorf, Grohnde und Gorleben entstandene Partei diesen Atomkonsens auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Münster durchgestimmt bekommt.

Der einzige Delegierte, der mit einer flammenden Rede seine KollegInnen an die Bedeutung der Atomenergie und an deren Risiken erinnerte, stammte ausgerechnet aus Ostdeutschland, heißt Werner Schulz und ist als Oberrealo seiner Partei bekannt. Da steht selbst die Geschichte Kopf. Alle anderen, vor allem die bundesweit bekannten Anti- Atom-Leute samt vermeintlicher Linker stammelten meist nur noch lustlos vor sich hin und fügten sich. Am Ende waren scheinbar alle froh, dass es nun keinen Zweifel mehr daran gibt, dass die Grünen für ihre Teilhabe an der Macht auf Forderungen und Inhalte künftig auch schon mal verzichten können. Mit der Annahme des Atomkonsenses einerseits und den Wahlen zum Parteivorstand sowie Parteirat andererseits haben sich die Grünen in die vielzitierte Mitte verabschiedet. Zukunft, Erfolg, Aufbruch, Marketing. Mit derartigen Parolen wollen die Grünen nun gegen die FDP antreten, um die dritte Kraft im Staate Deutschland zu werden. In Hamburg sagt man Tschüs, beim Auseinandergehen.

Ein Kommentar zur BDK

auf Seite 5

Über den Atomkonsens

Seite 26-27